

Roger Friedrich

Funktioniert das „Modell Schweiz“?

Der Autor dankt

... dem Verleger Emmanuel Vandelle für die Anregung, einen Essay über meine Erfahrungen in den drei Landesteilen zu schreiben, und für seine Geduld angesichts der Dauer und Komplexität des Projektes.

... meinen beiden „ersten Lesern“, Prof. Dr. Hansjörg Peter, Pully, und Dr. Kilian Oberholzer, Uznach, für die Ermutigung und ihre kritischen Feststellungen, die es mir ermöglichten, die erste Fassung noch wesentlich weiterzuentwickeln.

... vielen weiteren Personen, die mir bei diesem „Abenteuer“ geholfen und geraten haben.

Roger Friedrich

Funktioniert das „Modell Schweiz“?

Neun Essays über Vielfalt,
Föderalismus und Demokratie

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Roger Friedrich

Funktioniert das „Modell Schweiz“?

Neun Essays über Vielfalt, Föderalismus und Demokratie

Berlin: Pro BUSINESS 2010

ISBN 978-3-86805-747-8

1. Auflage 2010

© 2010 by Pro BUSINESS GmbH

Schwedenstraße 14, 13357 Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Produktion und Herstellung: Pro BUSINESS GmbH

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

www.book-on-demand.de

Umschlaggestaltung: Catherine Duval, Dynamic 19, Thonon-les-Bains

Die französische Fassung dieses Buches erschien mit dem Titel „La Suisse a-t-elle un avenir? – Réflexions sur les cantons, les régions et l'Etat fédéral“ bei „Les Presses du Belvédère“, Pontarlier, 2009.

ISBN: 2-88419-156, EAN: 978-2-88419-156-2

www.pressesdubelvedere.com

book-on-demand ... Die Chance für neue Autoren!

Besuchen Sie uns im Internet unter www.book-on-demand.de

Inhalt

Warum und wozu	7
I. Kontinuitäten und Scheidelinien	15
1. Um den Gotthard	17
2. Von den Mythen	42
3. Aufbruch zur Metropole (Zürich)	64
4. Republiken in Zipfeln (Genf und das Tessin)	84
5. Kräftefeld und Wasserscheide	102
II. Wege und Holzwege	115
6. Eruption (EWR-Abstimmung)	117
7. Von „suisse“ zu „global“ (Expo.02)	133
8. Schule des Volkes	149
9. Dynamik und Krise der Vielfalt	174
I. Die Landesteile und die Kantone	174
II. Regionenfrühling	198
III. Blöcke oder Vielfalt	217
Statt einer Konklusion	227
Anmerkungen	239

«cette incongrue machine d'une folle complexité que nous avons montées tous ensemble, que nous ne cessons d'ajuster, et qui marche à la grâce de Dieu malgré la confusion des hommes – et mieux qu'une autre, en fin de compte »

(Denis de Rougemont, La Suisse ou l'Histoire d'un peuple heureux)

Warum und wozu

Es erleichtert oft die Lektüre eines Buches, wenn der Autor erklärt, warum und mit welchen Absichten er es geschrieben hat. Ich will einige Angaben dazu machen. Vor allem muss ich erklären, warum es nicht ordentlich systematisch ist. Meine journalistische Tätigkeit hat mir Gelegenheit geboten, die Schweiz aus verschiedenen Gesichtswinkeln zu betrachten. Etwas genauer gesagt, hatte ich die Aufgabe, über Teile dieses Landes zu berichten, doch geriet da von selbst mehr und mehr auch das ganze ins Blickfeld. Ich arbeitete als Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung im Ressort Zürich (1970-1984) und im Inlandressort (1990-1992) und berichtete als Korrespondent aus der italienischen (1984-1990 und 2001-2003) und aus der französischen Schweiz (1992-2001).

In den letzten Jahren wuchs in mir das Bedürfnis, nochmals im Zusammenhang über das nachzudenken, was in all der Zeit an mir vorüber gezogen ist. Ich legte mir auch manches Konzept zurecht, wie das, was mich beschäftigte und beschäftigt, zu systematisieren und in eine Ordnung zu bringen wäre. Bald dachte ich, dass ein geographischer Raster mir dienlich sein könnte, ein abgerundetes Gemälde der Schweiz mit ihren über Alpen, Mittelland und Jura ausgelegten Landesteilen zu entwerfen. Dann schien mir wieder, ein Gerüst, wie es Wissenschaftler vorziehen, böte bessere Hilfe. Ich würde Schachteln zum Beispiel nach den Säulen unseres Staatswesens (Demokratie, Föderalismus, Willens-

nation, usw.) anschreiben und in sie die Gedanken und Erfahrungen verteilen, die sich im Lauf von ein paar Jahrzehnten angesammelt haben.

Ich musste aber einsehen, dass wir nicht so leicht aus der Haut können oder aus den Überkleidern, in denen wir ein Leben lang unser Handwerk ausübten. Meines bestand darin, mich auf die Alltagswirklichkeiten einlassen zu müssen, denen die Perfidie eignet, jedem ordentlichen Gedankengang immer wieder in die Quere zu geraten, morgen zu widerlegen, was uns gestern plausibel schien, und Widerspruchslosigkeit gar nicht aufkommen zu lassen. Mir haben es auch immer die Worte angetan, die Conrad Ferdinand Meyer über „Huttens letzte Tage“ (1871) setzte: „...Ich bin kein ausgeklügeltes Buch, Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch ...“ So bin ich denn dazu gekommen, statt einem grossen Essay neun kürzere zu schreiben. Jeder Versuch sucht sich seinen eigenen Weg. Jederzeit ist die Versuchung willkommen, kurz einzuhalten oder einen Umweg einzuschlagen, immer in der Hoffnung, es eröffne sich eine neue Perspektive oder stelle sich noch eine bislang nicht bedachte Frage.

*

Mir schwebte eine Reflexion über die Vielfalt und Komplexität meines kleinen Landes vor. Was ist Vielfalt? Was ist komplex? Wir wandern durch die lebhafteste Tessiner Hügellandschaft und geniessen die Aussicht. Der Weg führt um einen Geländesporn – und wir wissen kaum mehr, wo wir sind, so verschieden sind Umgebung und Ausblick. Wir müssen lange das vielfältig kuptierte Gelände um den verästelten Luganersee herum durchstreifen, bis wir uns eine zusammenhängende Vorstellung von dieser komplizierten Geographie machen können. Der italienische Schriftsteller Italo Calvino (1923-1985) erzählt die merkwürdigen Erfahrungen Palomars, der an der Küste ganz einfach eine Welle anschauen möchte, nicht viele Wellen, nur eine einzige, „un'onda

singola e basta“. Aber wie diese eine Welle von der vorangehenden und der nachfolgenden scheiden? Und da sind noch die Wellen, die vom Sandstrand zurückkommen, und irgendwo treffen die einen auf die andern und werfen Gischt auf. Dem armen Signor Palomar wird schwindlig. Er „verlässt die Küste angespannt, wie er gekommen war, und in allem noch unsicherer.“ Sollte ein kompliziertes Land leichter zu verstehen sein als eine Welle auf dem Meer?

Edgar Morin hat die Komplexität zu einem Schwerpunkt seines Nachdenkens gemacht. Er schrieb einmal: „Die Komplexität ist tatsächlich das Geflecht von Ereignissen, Aktionen, Wechselwirkungen, Rückkopplungen, Entwicklungen, Zufälligkeiten, die unsere Erscheinungswelt konstituieren. Damit gehören zur Komplexität die beunruhigenden Züge des Durcheinanders, des Unentwirrbaren, der Unordnung, des Doppeldeutigen, der Ungewissheit...“¹ Morin erklärt, was Palomar an der Küste erfahren hat: Komplexität beunruhigt. Man versucht, Ordnung in die Phänomene zu bringen, um zu sicherer Erkenntnis zu gelangen. Deshalb werden die Unordnung zurückgedrängt und das Ungewisse ausgeschieden. Es wird selektioniert, geklärt, unterschieden, hierarchisiert, damit Eindeutiges und Verständliches zurückbleibt. Das separierende, reduzierende, vereinfachende Denken ermöglichte die enormen Fortschritte der Wissenschaften und der Technik. Deshalb droht es, für das einzig Richtige gehalten zu werden und das komplexe Denken zu verdrängen. Das „paradigme de simplification“ mache uns blind für das Komplexe, erklärt Morin. Er spricht von „nouvelle ignorance“ und „intelligence aveugle“.

*

In den neun Essays ist kein „Gesamtbild“ des Landes beabsichtigt, kein „Inventar“ oder Kompendium, keine in sich geschlossene und „stimmige“ Darstellung. Die Essays versuchen Zusammenhängen nachzugehen, auch solchen, die nicht ohne weiteres definierbar sind. Wie wirkt die

Dynamik von nicht als Ganzen erfassbaren Zusammenhängen und ausfransenden Vernetzungen? Die Schweiz besteht aus der „institutionalisierten Vielfalt“ der Gemeinden und der Kantone, die im Bund zusammengefasst sind. Die Dynamik dieser Strukturen verläuft einigermassen durchschaubar. Daneben gibt es die schwieriger fassbaren, weder durchorganisierten und strukturierten noch flächendeckend definierten und geregelten kulturellen, konfessionellen, topographischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen Zusammenhänge und Kräftefelder mit ihrer eigenen unübersichtlichen Dynamik. Die „institutionelle“ und die „nichtinstitutionelle“ Ebene durchdringen sich, wirken zusammen und hängen voneinander ab.

Dieses komplexe Zusammenspiel entzieht sich weitgehend der systematischen und zergliedernden Analyse, weil es dafür kein generell gültiges, stetiges, immer greifendes Instrumentarium von Kategorien, Massstäben und Sensoren gibt. Besondere Aufmerksamkeit verdienen „Übergangsformen“, beispielsweise die Landesteile (Sprachregionen), die weder den Status noch die Strukturen von Kantonen haben, sich aber auf dem Weg zur Institutionalisierung befinden. Die folgenden Essays halten sich nicht streng an einen Raster. Sie beleuchten und beschreiben wechselnde Themen und Realitäten aus wechselnder Perspektive in der Hoffnung, dass Bruchlinien, Übergänge, Verwerfungen, Zusammenhänge aufscheinen. In dieser komplexen Realität versuchen diese Essays dem „Modell Schweiz“ nachzugehen und zu entdecken, wie und ob es – ob diese besondere schweizerische Kombination von „klein-staatlichem“ Föderalismus und „halbdirekter“ Demokratie – funktioniert.

*

In einem ersten Teil sind die Essays mehr geographisch-historisch angelegt. Ein erster Essay folgt dem grossen Bogen der Geschichte des Gotthards, der zweite versucht sich an den Mythen, der dritte geht dem

Aufbruch Zürichs zu neuer Grösse nach, der vierte vergleicht zwei „kleine Republiken“ (Genf und Tessin), der fünfte erhofft sich Erholung in den satteren Gefilden des Waadtlandes. Die Essays folgen nicht einem ordentlichen Programm, als sollten sie als Leiter dienen, auf der man zu höherer Einsicht empor klettern kann. Ich wünsche mir hingegen, dass sich die fünf „Versuche“ gegenseitig bereichern und erhellen. Die beiden ersten Essays versuchen am Beispiel des Gotthards über die Dialektik von „Realität“ und „Mythos“, von Dichtung und Wahrheit, nachzudenken. Mit der Verkehrsachse, dem Gegensatz der beiden Republiken und dem Auseinander von Wasserscheide und Sprachgrenze kommen typische und wesentliche Elemente der eidgenössischen Struktur und Dynamik – Transit, Topographie, Mehrsprachigkeit – zur Sprache.

Die Essays des zweiten Teils sind eher problemorientiert und der Aktualität näher. Sie erhalten eine kritische Note. Diese ist aber nicht das Hauptanliegen. Wichtiger sind die Fragen, die sich stellen. Wichtig scheint mir die Frage, ob in unserer Zeit ein Trend zur Vereinfachung und Simplifizierung immer mehr die komplexen Zusammenhänge und Entwicklungen verdeckt, gefährdet und behindert, ob Rationalisierung, Professionalisierung und Bürokratisierung Transparenz abbauen und den Bürger mehr und mehr ausschalten.

Warum geht eine Entwicklung in ganz andere Richtung, als ursprünglich angenommen und anvisiert? Wie verkehren sich Absichten in ihr Gegenteil. Ein propagiertes Ziel verbirgt ein anderes oder schlägt in ein anderes um? Der Kampf um den Beitritt der Schweiz zum EWR wurde im Zeichen der „Weltoffenheit“ geführt und zugleich von ausgesprochen regionalen oder regionalistischen Mechanismen bestimmt. Die Expo-02, die im Interesse der Kohäsion des Landes über die französisch-deutsche Sprachgrenze hinweg organisiert wurde, verlor im Zeichen der Globalisierung und Verspieltheit den Boden unter den Füßen.

Bei solchen Betrachtungen entdeckt man, wie schwierig es ist, den „richtigen“ Weg und den Holzweg auseinanderzuhalten.

Instruktiv, obgleich kaum je thematisiert, war die Verfassungsänderung, die den „Bildungsraum Schweiz“ einführte. Sie wurde am Ja-Nein-Stimmen-Verhältnis gemessen in der Volksabstimmung glanzvoll bestätigt; bedenkt man die minimale Stimmbeteiligung von 27 Prozent, kam sie in einer Weise ohne das Volk zustande, die einer ordentlichen Demokratie nicht würdig ist. Wurde da die Bürgernähe zur Farce? Bedeutet dieser Zentralisierungsschub im Bildungswesen den Anfang vom Ende des schweizerischen Föderalismus? Es mangelt nicht an Anlass, unser Land nachdenklich zu betrachten.

*

Der Mensch möchte wissen, wann etwas angefangen hat und wann etwas endet. Er gliedert Entwicklungen in Epochen, die gewöhnlich mehr über denjenigen aussagen, der sie festlegt, als über die Realität. Auch in den folgenden Ausführungen ist immer wieder über Epochen nachzusinnen. Es scheint mir, dass man beim Gotthard tatsächlich von einer „Epoche“ reden kann. Die Geschichte des Gotthardpasses begann mit dem Bau der Teufelsbrücke und läuft nun mit dem im Bau befindlichen Eisenbahnbasistunnel aus. Das engere Gotthardgebiet verliert seine Funktion am „Weg der Völker“, dessen Entwicklung mit derjenigen der Eidgenossenschaft so eng liiert war. Die Theorien zur Alpenbegeisterung und zur „Erfindung“ der Schweiz, der „Aufbruch zur Metropole“, der Gegensatz einer alten und einer jungen Republik in Zipfeln des Landes – immer besteht Anlass, über unterschiedliche „Entwicklungsrhythmen“ zu reflektieren; sie sind Aspekte der schweizerischen Vielfalt und helfen, manche Spannungsfelder besser zu verstehen.

Als 1991 das 700jährige Bestehen der Eidgenossenschaft gefeiert werden sollte, spotteten die „Verweigerer“: „700 Jahre sind genug“. So

wurde das Ende der Schweiz zum Thema gemacht, als sie sich anschickte, ihres Anfangs zu gedenken. Während die Mythologen und die Historiker die Gründung der Eidgenossenschaft hinterfragten, forderten die Unzufriedenen das Ende. Eben war die „Fichen-Affäre“ ausgebrochen (Hunderttausende von Personen waren zur Abwehr subversiver Aktivitäten registriert und beobachtet worden). Zorn der einen über solche Verirrungen und diffuse Angst anderer, dass sich die Schweiz im geeinigten Europa auflöse, vermischte sich vor allem in der Deutschschweiz zu einer eigentümlichen Endzeitstimmung. Nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) folgten im Zeichen des „Röstigrabens“ welsche Untergangsszenarien („Quand la Suisse disparaîtra“ [José Ribaud, 1998] oder „Quand la Suisse éclatera“ [Jean-Claude Rennwald, 2000]).

*

Da kam Friedrich Dürrenmatt (1921-1990) eben recht, als er kurz vor seinem Tod der Schweiz prophezeite, dass sie sich dereinst wie ein Zucker im Wasser auflöse. Die Vision machte die Runde. Gelegentlich erinnerte man sich daran, dass schon anderthalb Jahrhunderte vor Dürrenmatt Gottfried Keller (1819-1890) über die Vergänglichkeit seines Landes nachgedacht hat. Mehr als eine Stelle in seinem Werk zeugt davon. Nicht immer wird in solchen Endzeitreflexionen deutlich, ob mehr das Ende der Existenz des Staates oder das Verblässen der Staatsidee – des „Modells“ – anvisiert ist. In der Zürcher Novelle „Das Fähnlein der sieben Aufrechten“ lässt Keller den Handwerksmeister Frymann Worte an seinen Freundeskreis richten, die einem ins Gedächtnis eingeprägt bleiben:

„Wie es dem Manne geziemt, in kräftiger Lebensmitte zurweilen an den Tod zu denken, so mag er auch in beschaulicher Stunde das sichere Ende seines Vaterlandes ins Auge fassen, damit er die Gegenwart desselben umso inbrünstiger

liebe; denn alles ist vergänglich und dem Wechsel unterworfen auf dieser Erde. Oder sind nicht viel grössere Nationen untergegangen, als wir sind?“

In seinen späteren Jahren erfüllten Gottfried Keller wachsende Zweifel, dass die demokratischen Bürgertugenden angesichts der grassierenden Karrieresucht und Geldgier Bestand haben könnten. Wer möchte behaupten, diese Sorge sei heute nicht wieder oder sei überhaupt immer aktuell. Werke wie „Das verlorene Lachen“ und „Martin Salander“ sind durchzogen von tiefer Skepsis und schmerzlichem Pessimismus. Im „Fähnlein der sieben Aufrechten“ ist Frymanns Endzeitvision ein dunkler Ton in der zukunftsfröh gestimmten Erzählung und verleiht der Aufforderung, sich der Gegenwart umso freudiger zuzuwenden, Ernst und Gewicht.

In diesem Sinne suchen auch die folgenden Reflexionen die Antwort auf die Frage nach der Zukunft im Hier und Jetzt. Wir möchten besser verstehen, wie die Schweiz funktioniert, diese – «geradezu ungehörig irrwitzig komplexe Maschinerie, die wir gemeinsam montiert haben und laufend weiter justieren und die dank der Gnade Gottes trotz der menschlichen Konfusion funktioniert – und dies letztlich besser, als eine andere“² Es ist fast ein halbes Jahrhundert her, seit es de Rougemont so gesehen hat. Können wir seine Meinung noch teilen?

Erster Teil

Kontinuitäten und Scheidelinien

1. Essay

Um den Gotthard

Können wir die Schweiz denken, ohne dass der „Gotthard“ mitgedacht ist? Ich kann es nicht. Deshalb fange ich mit einem Essay über den Gotthard an. Als Abkömmling der Zwingli-Stadt erweise ich dem Heiligen, der dem Pass den Namen gegeben hat, die Ehre. Im Jahre 1131 wurde Godehard (960-1038), seinerzeit von Kaiser Heinrich II als Bischof nach Hildesheim berufen, heiliggesprochen. Etwa hundert Jahre später wurde ihm auf dem Übergang zwischen dem Reuss- und dem Tessintal ein Kirchlein geweiht. Schon bald danach wurden der Pass, die Landschaft und die „Strasse der Völker“ nach ihm benannt.

Wo liegt die Schweiz?

Wir fangen unsere Reflexionen über den Gotthard, seine Geographie und seine Geschichte mit einem Blick von aussen an, von ferne her, von einer anderen grossen Alpentransversale, vom Brenner aus. Was fällt einem späten Nachfahren jenes Rudolf, der als Graf auch am Gotthard interessiert war und sich dann als deutscher König mehr nach Osten orientierte, was fällt dem Sohn des letzten Kaisers, der statt Nachfolger Mitglied des europäischen Parlamentes wurde, was fällt dem vielseitigen Historiker, Otto von Habsburg, ein, wenn er sich kurz über die Schweiz und ihren Alpenübergang äussern soll?

Zuerst aber ein Zitat über das untergegangene Reich seiner Vorfahren. Als Österreich 1996 den ersten Beleg für „ostarrichi“ (996) feierte, nahm das Kulturzentrum auf der Lenzburg, die in den Stammlanden der Habsburger Dynastie liegt, das Millennium zum Anlass für eine

Ausstellung „Die Habsburger zwischen Rhein und Donau“. In einer Grussbotschaft, die Otto von Habsburg zu diesem Ereignis übersandte, heisst es:

„Rhein und Donau haben in unterschiedlicher Weise das Schicksal der Völker im Herzen Europas bestimmt. Nicht ohne Berechtigung wurde das Reich, in dem über Jahrhunderte meine Vorfahren wirkten, im Volksmund auch als Donaumonarchie bezeichnet. Die Völker entlang des Donaustromes waren in diesem Reich zu einer friedlichen Völkerfamilie vereint, wengleich sich die Monarchie von Trient bis nach Lemberg, von Dubrovnik bis Krakau erstreckte. Der Rhein dagegen war in der Geschichte nicht nur eine völkerverbindende Lebensader europäischer Völker, sondern markierte auch die Grenze zwischen Deutschen und Franzosen. Erst als diese beiden Völker begannen, nicht nur über den Fluss, sondern auch zwischen den Nationen Brücken zu schlagen, verlor der Streit um die Grenze seine Bedeutung. Heute kann man ohne Zweifel sagen, dass die Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen zu einem Eckstein der europäischen Einigung geworden ist.“³

Knapper lassen sich die Geographie und die Geschichte des Abendlandes – fokussiert auf eine idealisierte Donaumonarchie – schwerlich zusammenfassen. Wir können auf dieser Landkarte auch die Schweiz eintragen. Sie liegt auf der südlichen Verlängerung des Rheinlinie im doppelten Sinn, nämlich auf der Fortsetzung sowohl der „völkerverbindenden Lebensader“, der „Strasse der Völker“, als auch der Kultur- und Sprachgrenze. Die Strasse der Völker führt vom Rhein über den Gott hard zum Fluss Tessin, der bei Pavia in den Po mündet. Die Grenze zwischen dem deutschen und dem französischen Sprach- und Kulturgebiet setzt sich nach dem Rheinknie (Basel) – nach Westen ausschwenkend – fort bis zum Alpenkamm, wo sie auf das italienische Sprachgebiet – beziehungsweise den Mittelmeerraum – trifft.

Inn und Aare haben etwas gemeinsam

Die Donau entspringt im Schwarzwald (jedenfalls entspringt sie da ein erstes Mal, versickert dann und wird weiter östlich wiedergeboren). Bei Passau trägt der Inn auch Schweizer Wasser aus dem Engadin in die Donau. Das Einzugsgebiet der Donau umklammert den Oberlauf des Rheins, der zwischen Gotthard und Basel einen weiten Bogen nach Osten schlägt und im Bodensee eine Ruhepause einlegt. Dass schweizerisches Wasser bis ins Schwarze Meer fliesst, ist im schweizerischen Bewusstsein eher wenig verankert. Die „nationalen Flüsse“ sind diejenigen, die am Gotthard entspringen. Sie verlassen das Land im Norden, im Westen und im Süden. In diesen Richtungen blicken die Schweizer, viel weniger gegen Osten. Die Schweiz und Österreich, die beiden „Alpenrepubliken“, leben nebeneinander her.

Was wäre, wenn man in Wien „Am schönen blauen Inn“ singen würde? Claudio Magris⁴ spielt in seinem Buch über die Donau mit diesem Gedanken. Schon der Zürcher Naturforscher Jacob Scheuchzer (1672-1733) stellte fest, dass der Inn bei Passau grösser, wasserreicher und tiefer sei als die Donau und zudem einen längeren Weg zurückgelegt habe. Natürlich hütet sich Magris in einem Donaubuch dem Inn-Mythos das Wort zu reden. Das Auge attestiert dem geraden Fluss die Kontinuität, der im Winkel einmündende ist der Nebenfluss. Das subjektive Empfinden siegt über das Quantifizierbare. Das hat die Schweiz um die Ehre gebracht, dass auch ein Fluss mit dem Namen des zweitgrössten europäischen Stromes nach der Wolga sie verlässt.

Wie dem Inn bei Passau ergeht es der Aare bei Koblenz. Die Aare hat das grössere Einzugsgebiet, aber der Rhein, der vom Bodensee her geradewegs Basel zustrebt, behält den Namen. René Monteil⁵, der ein Buch über die Aare geschrieben hat, tröstet sich mit folgendem Schlusswort: „Sie wusste den Verlockungen der Ferne, die dem meerverbundenen Rhein eignen, zu widerstehen und ist der Schweiz von der Grimsel

bis hier an die Grenze treu geblieben: UNSERE AARE.“ Das Einzugsgebiet „unserer Aare“ bildet die geographische Mitte des Landes, zusammen mit der Reuss, die im Wettbewerb der Grossen nicht mithalten kann. Ihr Wasser, das die Ufer des Vierwaldstättersees bespült, benetzte dafür Tells und Gesslers Füsse.

Der Spätling

Ich bin vom Thema, dem Gotthard, abgekommen und habe mich bei den Flüssen verloren. Wir wenden uns wieder den Pässen zu. Ich hatte es von Anfang an abgesehen auf eine Äusserung, die Otto von Habsburg vom Brenner aus über den Gotthard beziehungsweise von Tirol aus über die Schweiz tat:

„Tirol war somit eine der grossen Heeresstrassen der Geschichte Es verband zwei Gebiete, die politisch und kulturell entscheidend waren: die oberitalienische Tiefebene und den Donaauraum. Das hatte zur Folge, dass Tirol die Auswirkungen aller grösseren Ereignisse verspürte. Seine Lage unterscheidet sich damit grundlegend von derjenigen der Schweiz. Infolge der Gegebenheiten der Geographie und des Mangels an Bodenschätzen lag die Eidgenossenschaft abseits und konnte sich somit ungestört entwickeln. Dazu kam, dass die Tiroler Pässe früher als die Schweizer dem Verkehr erschlossen wurden. Während der St. Gotthard erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts passierbar gemacht wurde, ist der Brenner schon im Altertum benutzbar gewesen. Eisenbahnen konnten durch die Schweizer Alpen erst nach Süden geführt werden, als die Technik im Stande war, lange Tunnel zu bauen. Auch da hatte Tirol einen Vorsprung, der zugleich bedeutete, dass diesem Land der Pässe, Täler und Durchgangsstrassen grosse Bedeutung im politischen Kräftespiel zukam. Nördlich der schwer passierbaren Uralpen hat sich der Kern der Eidgenossenschaft als Keimzelle eines neutralen Landes entwickeln können. Tirol demgegenüber erlebte die Auswirkungen aller Beben, die Europa heimsuchten“⁶

Gingen alle europäischen Beben an der Eidgenossenschaft ohne Auswirkungen vorüber? Die Reformation, Napoleon? Darüber wollen wir hier nicht rechten. Wichtig ist die Feststellung, dass der Gotthardpass ein Spätgekommener war. Der Gotthard blieb ein Spätling. Wichtige Modernisierungsschritte erfolgten auf der Gotthardachse später als auf anderen Alpenübergängen. Der Gotthardpass erhielt später als andere Übergänge eine befahrbare Strasse (Brenner 1772, Simplon 1805, Gotthard 1830), später eine Eisenbahn (Semmering 1854, Brenner 1867, Mont-Cenis 1871, Gotthard 1882, Simplon 1906), später eine Autobahn. Jedesmal aber, wenn der Schritt getan war, wurde die Gotthard-Alpentransversale rasch zu einer der wichtigsten und am stärksten frequentierten. Erstmals in der Geschichte sollte der Gotthard mit dem Basisbahntunnel gegen 2020 als erster einen epochalen Qualitätssprung schaffen, der noch über den Standard des ihm zuvor gekommenen Lötschberg hinausgeht.

Es war wohl nicht so, dass sich der „späte Neuling“ im 13. Jahrhundert gegen eine harte Konkurrenz etablierter Konkurrenten einen Platz an der Sonne erobern musste. Das Netz der Verkehrswege über die Alpen war wohl relativ flexibel. Ziemlich konstant über die Epochen hinweg wurde der niedrigste Alpenübergang, der Brenner, benützt. Der Grosse Sankt Bernhard war die zweite Alpentransversale, die schon die Römer begingen und die auch noch lange wichtig blieb. Im Übrigen hatten die Pässe ihre Konjunkturen und Baissen, über deren Verlauf wir lückenhaft informiert sind. Ein Bergsturz oder eine Überschwemmung genügten, damit eine Route für längere Zeit unterbrochen blieb. Die Handelswege verschoben sich, wenn sich neue Wirtschaftszentren, Messen, Produktionstechniken und Materialbedürfnisse entwickelten. Der Gotthardpass profitierte im Norden davon, dass im Urserental bereits der Furka- und der Oberalppass zusammenkamen, im Süden von den eingespielten Zugängen zum Lukmanier und zum San Bernardino. Die Mailänder waren früh sowohl an der Leventina als auch am Bleniotal interessiert. An die Bindungen, die sich daraus ergaben, erinnert in den bei-

den Tälern der Ambrosianische Ritus, der hier wie in der Mailänder Diözese gilt.

Vernetzter Anfang

Es scheint, dass der Gotthard und der Simplon zeitweise geradezu als System funktionierten, auch wenn sie in unterschiedliche Zusammenhänge gehörten. Der Simplon befand sich im Interessensbereich der Savoyer, der Gotthard in jenem der Zähringer und Habsburger. An beiden Alpenübergängen waren die Mailänder Kaufleute interessiert, um zu den florierenden Märkten in der Champagne zu gelangen. Ab Mitte des 13. Jahrhunderts waren die Kanäle befahrbar, auf denen der Marmor aus den Brüchen von Candoglia am Toce, der zwischen Pallanza und Baveno in den Langensee mündet, zum Bauplatz des Doms transportiert wurde. Sowohl Pallanza als auch Bellinzona, Ausgangspunkte zum Simplon beziehungsweise zum Gotthard, konnten von Mailand aus über das Wasser angefahren werden. Bei Behinderungen auf der einen Route konnte der Verkehr leicht auf die andere ausweichen.

Der damals bereits moderneren Administration der Savoyer ist es zu verdanken, dass für die Zollstationen von Saint-Maurice und Villeneuve für das 13. Jahrhundert brauchbare Statistiken vorliegen, was für die Gotthardroute nicht der Fall ist. Die Historiker Modestin und Morerod⁷ ziehen aus den Schwankungen der Transportmengen auf der Simplonroute Rückschlüsse auf Geschehnisse entlang des Gotthards. In den Jahren 1291 bis 1293 wurden deutlich mehr Güter über den Simplon transportiert. Das waren just die Jahre, in denen es nach dem Tode Rudolfs in den Waldstätten unruhig wurde und zum Bündnis kam, mit dem man gerne die Geschichte der Schweiz beginnen lässt. Da war es sehr wohl möglich oder wahrscheinlich, dass der Verkehr über den Gotthard behindert war und auf den Simplon abgedrängt wurde.

Als der Gotthard zu einer der internationalen Verkehrsachsen wurde und sich die Talschaften um den Vierwaldstättersee verbündeten, gab es auch dem Simplon entlang und anderswo Interessenskonflikte zwischen Feudalherren und Gemeinden. Ausgerechnet das „Bauernbündnis“ der Eidgenossen setzte sich – im Unterschied zu den deutschen Städtebündnissen – gegen die Feudalheere durch. Der Gotthard weckte Hoffnungen, die dem Bündnis als „ausserpolitische Perspektive“ zur bleibenden Herausforderung wurden. Eine solche Aufgabe mochte wohl dazu beitragen, dass die Kooperation sich weiter entwickelte und dauerte.

Zunächst allerdings hätte wohl kein Futurologe auf die Möglichkeit und Chancen einer Eidgenossenschaft gesetzt. Herrscherhäuser waren wie anderswo auch am Gotthard engagiert. Was alles musste sich ereignen, damit die Eidgenossenschaft entstand! Die Zähringer mussten in Krise geraten und die Habsburger sich attraktiveren Gegenden zuwenden. Eben in den Jahren, da der Bundesbrief schon geschrieben war, zeichnete sich unter Heinrich VII. nochmals das Projekt einer politischen Gotthard-Struktur ab. Der aus dem Hause Luxemburg stammende Graf war an Italien und an der Kaiserkrone interessiert. Einen entsprechend wichtigen Platz nahm in seinen Plänen der Gotthard ein. Er fasste die Waldstätte, Ursern und Livinen zu einer Reichsvogtei zusammen, einer zum Schutz des Gotthardweges konzipierten reichsunmittelbaren Struktur. Heinrich organisierte seine Karriere zielstrebig. 1308 wählten ihn die Kurfürsten zum deutschen König. Er setzte sich 1311 in Mailand die – neu angefertigte – eiserne Krone der Langobarden auf. Im Sommer darauf wurde er in Rom zum Kaiser gekrönt. Zwei Jahre danach starb er. Was Heinrich noch zustande gebracht hätte, können wir nicht wissen.

Heinrichs VII. Projekt eines „Passstaates am Gotthard“⁸ blieb jedenfalls Episode. Die Urner waren in den Startlöchern, sich auf eigene Faust einen guten Zugang zur Poebene zu sichern. Nun ging es Schlag auf

Schlag. 1330 zogen Urner und Schwyzer in Scharen mit Zürcher Unterstützung über den Gotthard und erreichten, dass ihnen Como Transportrechte zugestand. Als Zürich 1351 dem Bund der Eidgenossen beitrug, sicherte die Limmatstadt den Urnern Beistand bis zur Piottinoschlucht zu. 1422 stiessen die Urner bis nach Bellinzona vor, erlitten aber bei Arbedo eine vernichtende Niederlage. 1478 gelang ihnen, bereits auf dem Rückzug, bei Giornico ein Überraschungsschlag. Zwei Jahre später trat Mailand den Eidgenossen die Leventina definitiv ab.

„Schlag auf Schlag“ – das ist aus der Distanz gesehen: zwischen jedem Schlag lag ein halbes Jahrhundert. Bereits waren die französisch-habsburgischen Auseinandersetzungen um Italien und um das burgundische Erbe Karls des Kühnen im Gange. Der französische König Louis XII. liess offenbar die Burg von Locarno nach Plänen von keinem geringeren als Leonardo da Vinci (wie die neuere Forschung zeigt) verstärken. 1499 besetzte er die Burg Bellinzona. Die Bellinzonesen wollten nicht unter die Fuchtel der Franzosen kommen, die die kommunalen Statuten nicht zu anerkennen pflegten und deren katholische Glaubensstreue nicht im besten Rufe stand. Sie ersuchten die eidgenössische Tagsatzung um Schutz. Die Waldstätte fackelten nicht lange, zogen in Bellinzona ein, und die Bellinzonesen, die wohl von einem Bündnis geträumt hatten, erwachten als Untertanen. 1515 nahm das italienische Abenteuer der Eidgenossen mit der Niederlage von Marignano ein bitteres Ende. Das Ansehen der Eidgenossenschaft überstand das Debakel intakt genug, dass ihr im Frieden von Freiburg (1516) doch das Gebiet zugeschlagen wurde, das dem Schweizerland nun als Kanton Tessin lieb ist. Ein Passstaatgebilde Gotthard hatte Form angenommen, integriert in das eidgenössische Bündnissystem, das noch in anderer Richtung engagiert war.

Über die Verkehrsentwicklung auf dem Gotthardweg gehen die Meinungen auseinander. Heute scheint die Ansicht vorzuherrschen, dass die Transporte über den Gotthard gering, wenn nicht praktisch bedeu-

tungslos gewesen seien. Die Konjunktur wird auch da gewechselt haben. Immerhin fand in der Zeit der Landvögte, in der Mitte des 16. Jahrhunderts, ein wichtiger und aufwendiger Ausbau in der Leventina statt. Durch die Piottino-Schlucht wurde ein Weg angelegt, der die weiten Umwege in der Höhe unnötig machte. Fresken, die bei der Restaurierung des Dazio Grande am Nordeingang zur Schlucht zum Vorschein kamen, lassen die Eröffnung dieser neuen Zollstation und Sust beim oberen Eingang zur Schlucht auf das Jahr 1561 datieren. Sie ersetzte das ältere Zollgebäude, das an einem höheren Weg lag, der im 14. Jahrhundert vielleicht mit Hilfe der Mailänder Kaufleute-Gesellschaft erstellt worden war. Eine zweite wesentliche Verbesserung der Gotthard-Route brachte 1708 das „Urnerloch“, der Tunnel am oberen Ausgang der Schöllenen. Der grosse Aufstieg des Gotthards begann aber im 19. Jahrhundert.

1. Exkurs: Passstaaten im Westen und Osten

Blicken wir weiter nach Osten und Westen, so sehen wir die wichtigsten Pässe, Brenner und Mont Cenis, während Jahrhunderten in weite Herrschaftsgebilde von grossem Atem integriert. Die Habsburger und die Savoyer, die seinerzeit im Gebiet der heutigen Schweiz aufeinandergestossen waren, hatten ihre Schwerpunkte in entgegengesetzte Himmelsrichtungen verlagert.

Die Habsburger und die Savoyer

Das laufend mutierende Habsburgerreich breitete sich über die «grosse Heeresstrasse der Völker», den Brenner, hinweg aus. Den Grundstein setzte 1363 die Übernahme Tirols. Anfangs des 16. Jahrhunderts kamen im Norden Kufstein, im Süden Trient dazu. Damit wurde der Brenner – unter Maximilian I. (unter dem die Grenzen von Tirol fest-

gelegt wurden) – zu einem Scharnierstück des nach Italien ausgreifenden Herrschaftsgebietes. Als das Habsburgerreich nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, wurde auch Tirol geteilt (nach einer ersten vorübergehenden Teilung bereits in der napoleonischen Zeit). 1919 zog der Friedensvertrag von St. Germain die österreichisch-italienische Grenze auf dem Pass. Ein 1935 abgeschlossener deutsch-italienischer Vertrag sah die Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung vor, die gestoppt wurde, als das Südtirol der deutschen Zivilverwaltung des Tiroler Gauleiters unterstellt wurde. Der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und Italien von 1947 bestätigte die Grenze auf der Brenner-Passhöhe.

Das savoyische Herrschaftshaus begann seinen Aufstieg im Kerngebiet der Westalpenpässe (Maurienne), als Humbert aux Blanches-Mains (975-1047) seinen Sohn Oddon über den Mont-Cenis hinweg mit der in Norditalien begüterten Adelaide de Suse verheiratete. Im 14. Jahrhundert beherrschten die Savoyer von Chambéry aus ein Gebiet, das sich vom Waadtland bis ins Piemont zog, und kontrollierten die wichtigsten Übergänge zwischen Nizza und dem Montblanc. Als sich die Schwierigkeiten im Norden häuften (Vorstoss der Berner, widerspenstige Genfer, wachsender französischer Druck), wandten sich die Savoyer Herzöge mehr und mehr Italien zu (1563 wurde Turin Hauptstadt), bis schliesslich Savoyen als Rest des savoyischen Pass-Staates – am Alpennordhang verwaist zurückgelassen – nach der Einigung Italiens im Frühling 1860 (zusammen mit Nizza) an Frankreich überging.

„La frontière atteint la crête“

Die Schicksale von Tirol und Savoyen fügen sich in einen historischen Prozess, für dessen Schlussphase Paul Guichonnet⁹ in seiner Darstellung des westlichen Alpenraumes einmal den Titel «Die Grenze erreicht die Kette der Alpen» verwendet hat. Guichonnet schlägt den Bo-

gen vom 11. Jahrhundert, als sich die Alpen öffneten und zum Rückgrat Europas wurden, bis zur Zeit, in der sie mit der Zuwendung des Kontinents zu den Weltmeeren wieder an Bedeutung und Transitfunktion einbüssten. Bei diesem langsamen Niedergang spielten viele Faktoren zusammen, bis hin zum Klimawandel, der die höchsten Pässe unzugänglich machte und lokale Netze über den Alpenkamm hinweg auflöste.

Rationalismus und Absolutismus drängten auf logische und natürliche Grenzen; der Pyrenäenvertrag von 1659 legte die französisch-spanische Grenze auf den Kreten fest. Die Idee der «Bassins», der Flusseinzugsgebiete, fing an, Schule zu machen. Guichonnet zeigt, wie nach dem für Savoyen wichtigen Vertrag von Utrecht (1713) das Alpengebiet zwischen Montblanc und Mittelmeer zunehmend militarisiert wurde, von den Festungsbauten jener Zeit bis zu den gegen Ende des 19. Jahrhunderts gebildeten Spezialeinheiten, den Alpini und Chasseurs alpins, und den erbitterten Kämpfen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Unter dem Einfluss des aufkommenden Nationalismus gingen die verschiedenen Teile des Alpenraums ihre eigenen Wege und wurden die Passhöhen zu Grenzposten.

Neue Kooperation über die Pässe

Die politischen Grenzen waren nun zwar auf den Kreten, die Sprach- und Kulturräume aber überlappten sie. Die faschistische Italianisierung erreichte ihr Ziel nicht. Zu Konfliktzonen wurden vor allem das Aostatal und das Südtirol. Nach langem Ringen schuf das „Südtirolpaket“ vom Herbst 1969 die Grundlage für ein Autonomiestatut und eröffnete Aussichten auf eine geordnete Koexistenz der Deutsch- und der Italienischsprachigen. In diesen Jahren, in denen manches in Bewegung geriet, wurden auch weniger offizielle Kontakte geknüpft, die schliesslich zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge-

Alp) führten. 1972 unterzeichneten die Regierungschefs des Freistaates Bayern, der Autonomen Provinz Bozen (1973 folgte die Provinz Trient), der Region Lombardei, des Kantons Graubünden (später traten die Kantone St Gallen und Tessin bei) und der Länder Vorarlberg, Tirol und Salzburg ein Protokoll, das die künftige Zusammenarbeit stipulierte. Im Grunde ging es darum, der Zusammenarbeit im Südtirol und über den Pass hinweg einen weiteren Rahmen zu geben, der die immer noch virulenten Animositäten auffangen konnte. Die beiden „Grossen“, Bayern und Lombardei, die der Brenner verbindet, hatten alles Interesse, Pate zu stehen.

Die Arge-Alp wurde zu einer Wegbereiterin der aufblühenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Direktes Modell wurde sie für die Communauté de travail des Alpes Occidentales (Cotrao) im Westen und die Alpe-Adria im Osten. Letztere diente als Plattform für Kontakte mit Regionen des Ostblocks. Die Cotrao, die von den Schweizer Kantonen am Genfersee bis zu den Departementen und Provinzen an der Côte d'Azur reichte, wurde geographisch praktisch ein Abbild des savoyischen Passstaates in seiner Blütezeit. Den Alpen-Arbeitsgemeinschaften kommt das Verdienst zu, Zusammenhänge, die die Geschichte zerrissen hatte, wieder neu zum Leben erweckt zu haben. Sie haben den Zenit überschritten. Es ist ihnen nicht gelungen, sich zu politischen Strukturen zu entwickeln. Die Zentralstaaten haben es, dem rhetorisch viel beschworenen Regionalismus zum Trotz, vorgezogen, sich mit der Alpenkonvention einzulassen, die sich von Anfang an stärker an die Nationen gewandt hat, auch wenn deren Hauptstädte grossenteils weit vom Alpenraum entfernt sind (Paris, Berlin, Rom!). Es ist kein Zufall, dass sich die föderalistisch organisierte Schweiz bei der Ratifizierung der Staatsverträge der Alpenkonvention besonders widerborstig verhielt.

2. Exkurs: Blick auf die Westschweiz

Während die Urkantone der Gotthardroute entlang nach Süden drängten, strebte Bern Richtung Osten und Westen, ebenfalls einer Verkehrsachse entlang, jener, die die beiden Messeorte Genf und Zurzach verband. 1415 gliederte sich Bern den Aargau an. Ein halbes Jahrhundert später folgte mit den Burgunderkriegen –1476 verlor Karl der Kühne die Schlachten bei Grandson und Murten – der Vorstoss gegen Westen. Nach einem weiteren halben Jahrhundert erreichten die Berner den Léman und kontrollierten nun den West-Ost-Verkehr durch das Mittelland. Lausanne befand sich auf der Handelsroute, die zwischen dem Boden- und dem Genfersee die reformiert gewordenen Städte verband.

Lausanner Blüte

Seine Blütezeit und Internationalität im Mittelalter verdankte Lausanne dem Grossen Sankt Bernhard und seiner Fortsetzung über den Jura Richtung Champagne und England. Von dieser Zeit zeugt noch die von englischen und französischen Vorbildern beeinflusste Kathedrale, die sich so prächtig über der Stadt erhebt. Als sie 1275 eingeweiht wurde, waren Rudolf von Habsburg und Papst Gregor zugegen. Die Lausanner Fürstbischöfe waren mächtig und bildeten im Waadtland ein Gegengewicht zu den Savoyern, bis die Reformation sie vertrieb. Die hinter den Genfersee zurückgedrängten Savoyer Herzöge konzentrierten ihr Passsystem mehr und mehr auf den Mont Cenis. Der Grosse Sankt Bernhard verlor seine einstige Wichtigkeit und damit das Waadtland seine Öffnung nach Süden. Die Alpen sind ein Hindernis, das die Menschen zwar immer wieder überwunden haben, das aber rasch zur Barriere wird, wenn der Wille, sie zu durchqueren erlahmt. Georges DUBY¹⁰ hat diesen zwiespältigen Charakter des grossen Walls trefflich ins Licht ge-

stellt, wo er sich über „Lausanne, soeur de Chartres...“ und ihre Zugehörigkeit zur Welt der Kathedralen auslässt:

„La commune origine des techniciens de la création théologique et de la création artistique explique que la Cathédrale de Lausanne unique et qui n'a nulle part d'exacte réplique soit cousine de tant de monuments dispersés dans cette vaste province de la géographie culturelle que les Alpes bornent au sud. Contre cette barrière en effet que les empereurs et les marchands se hasardaient à traverser, tous les courants esthétiques qui avaient aisément franchi les passages jurassiens venaient buter. Au-delà commençait un autre univers, où la cité, le monument, l'esprit civique présentaient d'autres structures. Lausanne apparaît donc comme le poste avancé d'un mode de pensée, d'une configuration sociale, d'une conception de l'art sacré dont les assises maîtresses se trouvaient à Reims, à Liège, à Canterbury.“

Drehung der Achsen

Was sich in der Westschweiz ereignete, beschrieb Eric Vion¹¹ als eine „Drehung der Verkehrsachsen“ von Süd-Nord (Grosser Sankt-Bernhard – Col de Jougne) nach West-Ost (Zürich-Bern-Genf). Seither liegt das Waadtland zwischen den grossen Nord-Südachsen, dem Rhonetal und dem Gotthard. Vion gelangt zum Schluss: „Fürs Waadtland hat sich seit dem Mittelalter nichts wirklich bewegt. Seine Integration in die Schweiz bedeutete fortschreitende Entfernung von den internationalen Verkehrswegen.“ Den Höhepunkt habe diese Entwicklung mit Napoleon erreicht. Er liess die Fahrstrasse über den Simplon bauen und legte die Zufahrt durch das von Frankreich annektierte Wallis und dem Südufer des Genfersees entlang an. Ähnlich umfährt die Mont Blanc-Autobahn von Genf aus die übrige Westschweiz. Simplonstrasse und -bahnlinie haben an Attraktivität eingebüsst. Die TGV-Züge zwischen Paris und Mailand verkehren über den Mont-Cenis. Aber es setzt sich auch die schweizerische Ost-West-Achse nicht einfach über Genf hinaus

fort. Zürich nimmt Lyon so wenig zur Kenntnis wie Mailand. Die Schweiz nimmt ihre Landesteile zu wenig als Scharniere wahr und diese sehen die Chance nicht, die ihnen diese Funktion bieten würde.

Wo es eine Drehung gab, ist auch wieder eine in der andern Richtung möglich. Ganz ist die Erinnerung an die „grosse Vergangenheit“ nicht verblasst und der Traum der internationalen Anbindung nicht verfliegen. Der Kanton Waadt und die Stadt Lausanne sind zusammen mit dem Kanton Wallis Hauptaktionäre der Gesellschaft, die den Strassentunnel auf dem Grossen Sankt Bernhard betreibt. Es ist noch gar nicht lange her, da stellte an einem Symposium in Aosta (2001) die «Communauté internationale du Grand-Saint-Bernard» sogar eine revidierte Machbarkeitsstudie für eine 162 Kilometer lange Strecke Martigny-Santhià mit einem 48 Kilometer langen Basistunnel Martigny-Aosta vor. Das sind sehr langfristige Pläne, denn der Fortsetzung des Grand-Saint-Bernard stellt sich als Handicap auch noch der Jura als zweite Barriere in den Weg. Hingegen eröffnet sich dem Simplon dank dem neuen Lötschbergtunnel eine vielversprechende Zukunft. Auch die Westschweiz profitiert, wenn der Simplon und seine italienischen Zufahrtsstrecken aufgewertet werden. Das Wallis ist sich des Marktes, den die Mailänder Metropole für seinen Tourismus darstellt, sehr wohl bewusst. Öffnung ist nicht nur eine Frage von Strassen und Bahnen, sondern geschieht zuerst in den Köpfen.

Die Berner haben sich seit je um eine eigene Verbindung nach Italien bemüht. Ihre bevorzugte Achse führte über den Grimsel- und den Griespass (Wallis – Val Formazza/Ossola). Auf die Länge konnte sie mit dem Gotthard nicht konkurrieren. Erst als der Simplon- und der Lötschbergtunnel gebaut waren, verfügte Bern wieder über eine eigene Route in den Süden. Dank dem neuen Lötschbergtunnel bleibt diese auch für die Zukunft konkurrenzfähig. Der kostspielige Bau zweier Alptransitachsen, die so nahe nebeneinander verlaufen, erscheint auf den ersten Blick irrwitzig. Er wurde als eidgenössischer Kompromiss, den

sich das vielgestaltige Land etwas kosten lassen muss, und als Netzlösung begründet. Tatsächlich gehören die beiden Verkehrsachsen verschiedenen Welten an. Das zeigt sich auch darin, dass auf einem langen Abschnitt nur Nebenlinien – Brünig-, Furka- und Centovalli-Bahn – die Gotthard- und die Simplon-Lötschberglinie verknüpfen. Im Süden führt die Gotthardlinie nach Mailand, der Simplon hingegen durch Piemont Richtung Genua.

Weichenstellung im 19. Jahrhundert

Im Alpenbogen gibt es eine besondere Stelle. Die parallelen Gebirgsketten, zwischen denen im Westen die Rhone und im Osten der Rhein fließen, verknüpfen sich in der Mitte. Die Quellgebiete der Reuss und des Tessin berühren sich, so dass da für die Passage nur ein Übergang, wenn auch ein komplexer, nötig ist. Im Süden greift die Poebene im insubrischen Gebiet (zwischen Adda und Ticino) besonders weit nach Norden aus; die oberitalienischen Seen zwingen sich geradezu in die Alpen. Auf der Gotthardachse kommen sich das südliche und nördliche Siedlungsgebiet – die stark entwickelte Nordspitze der Mailänder Metropole und die grösste Schweizer Agglomeration Zürich – nahe. Diese Konstellation erklärt die Vorzüge der Gotthardroute und damit auch, warum es eine Gotthardschweiz gibt und eine, die ausserhalb des Einzugsbereichs dieses Alpenübergangs liegt. In den beiden hat sich je ein anderes verkehrsstrategisches Bewusstsein gebildet. Die Diskussionen um die neuen Eisenbahnalpentransversalen zeigten immer wieder, wie wenig die Gotthardisten und die Simplonisten die Besonderheiten der andern Verkehrsachse kennen und verstehen.

Der moderne Gotthard ist das Werk der modernen Schweiz. Erst als der südliche Zipfel, das Tessin, Mitglied der Eidgenossenschaft in vollen Rechten geworden war, entwickelte sich der Gotthard zu dem, was er heute ist. Der Gotthard hat sich seine mythische Bedeutung für die

Schweiz mit der Rolle, die er vor und nach 1848 spielte, ein zweites Mal und überhaupt erst wirklich verdient. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die durchgängig fahrbare Route in Angriff genommen, in der zweiten Jahrhunderthälfte das Mammutwerk der Gotthardbahn geschaffen. Mehr oder weniger der gleichen Linienführung folgen im zwanzigsten Jahrhundert die Autobahn und die neue Eisenbahnalpen-transversale. Vier gigantische Bauwerke auf einer Achse, jedes teurer und gewagter als das vorhergehende. Wäre der Gotthard nicht für zwei Jahrhunderte zur Dauergrossbaustelle geworden, hätte sich wohl auch der Gründermythos nicht in gleicher Weise entwickelt.

Es war keineswegs von vorneherein gegeben, dass der Gotthard in dieser absoluten Weise das Rennen machen würde. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hätten manche gewettet, dass eher das von der Lombardei favorisierte Projekt einer Splügenstrasse oder jenes von Piemont unterstützte einer Lukmanierstrasse zum Zug käme. Es dauerte einige Zeit, bis die Basler und Luzerner merkten, dass „ihrer Achse“ die Felle fortzuschwimmen drohten und sie anfangen, auf die Urner, die beim Strassenbau zögerten, Druck auszuüben. Auch dass die Alpenbahn durch den Gotthard führen würde, war alles andere als sicher. Die erste Bahnstrecke von Locarno nach Biasca war als Fortsetzung der Schiffsverbindung von Arona nach Locarno konzipiert und liess noch beide Möglichkeiten – Lukmanier und Gotthard – offen. Erst in den siebziger Jahren reifte der Entscheid für den Gotthard und den langen Tunnel. Mit dem Bau der Gotthardbahn waren dann allerdings die Weichen für die Zukunft gestellt.

Zwei Jahrhunderte Grossbaustelle

Jedes der grossen Bauwerke hatte seine spezifischen Probleme und Auswirkungen. Als 1832 die Passstrasse gebaut war, konnten Wagen immer noch nicht von Basel nach Chiasso fahren. Zwischen Luzern und

Flüelen musste auf das Schiff verladen werden. Im Tessin konnte der alte Grenzübergang von Ponte Tresa benützt werden: andernfalls stand zwischen Bissone und Melide eine Fähre zur Verfügung. Der Damm von Melide wurde 1847 gebaut und veränderte das Tessin von Grund auf. Von nun an verband die Gotthardroute Mailand, Como, Lugano und Bellinzona, während Locarno ins Abseits geriet. Die Strasse der Völker verknüpfte das Sotto- mit dem Sopraceneri und festigte die Einheit des Kantons. Auf der Nordseite wurde 1865 die Axenstrasse von Flüelen bis Brunnen eröffnet. Erst jetzt verband eine durchgehende Fahrstrasse das Tessin und Uri mit dem übrigen Land.

Schon das spektakuläre Bauwerk der „Tremola“, die kurvenreiche Südrampe des Gotthardpasses, hatte Furore gemacht. Aber wirklich als technisches Wunderwerk und Meisterleistung berühmt geworden ist die Alpenbahn. Das politische Ringen, die Invasion fremder Arbeitskräfte, das finanzielle Desaster, die menschlichen Tragödien trugen dazu bei, die Gotthardbahn im schweizerischen Bewusstsein tief zu verankern. Alfred Escher, Politiker und Wirtschaftsführer, hat vor dem Zürcher Hauptbahnhof, der Ingenieur und Unternehmer Louis Favre – zumindest früher – in Schulbüchern einen Ehrenplatz erhalten. An die Mühen und Leiden der Arbeiter erinnert das eindruckliche Relief des bedeutenden Tessiner Bildhauers Vincenzo Vela (1820-1891) in Airolo.

Die Leistungen des italienischen Vordenkers, Carlo Cattaneo (1801-1869), lange Jahre im Tessiner Exil, und von Giovanni Battista Pioda¹² (1808-1882), nach seinen Bundesratsjahren Diplomat am italienischen Königshof in kritischer Zeit, sind kaum mehr in Erinnerung. Figuren wie Pioda und Cattaneo wären heute wieder nötig.

Neue Dimensionen und Konstellationen

Wir haben gesehen: Die Grenze der Schweiz liegt nicht auf der „Krete“, auf dem Alpenkamm, wie jene der Nachbarländer. Der Gotthardpass ist ganz schweizerisch. Aber die Alpen sind trotzdem eine Barriere, eine Barriere vor allem in den Köpfen. Das Tessin ist klein. Deshalb nimmt die Schweiz ihre italienische Komponente fast nur als sonniges Anhängsel wahr und jedenfalls zu wenig ernst. Es war bemerkenswert, wie wenig Elmar Ledergerber¹³, 2002–2009 Zürcher Stadtpräsident und 1987–1998 Nationalrat, an einer Tagung über Alptransit zu Mailand zu sagen wusste. Stephan Kux¹⁴, Leiter der Wirtschaftsförderung des Kantons Zürich, erklärte, dass sich Zürich zwar im Gotthard-Komitee für den Ausbau der Gotthardachse eingesetzt habe, auf politischer Ebene bestünden aber wenig Kontakte mit Italien und habe die geographische und sprachliche Barriere ihr ganzes Gewicht behalten. Vor der südlichen Haustüre der Schweiz breitet sich die weite Poeben aus. Da wohnen etwa zwanzig Millionen Menschen. Es waren noch etwas weniger, als vor einem halben Jahrtausend die Alten Eidgenossen mit ihren Helmbarden in der Lombardei mitspielen und gar in Mailand zum Rechten sehen wollten. Sie erfuhren in Marignano, dass sie zu hoch gepokert hatten.

Der neue Basistunnel ist – wie der Pass – ganz schweizerisch, aber die Verkehrsachse reicht weit über die Grenzen hinaus, und ausserhalb des Landes entscheidet sich, ob sie funktionieren wird. Bautechnisch ist der lange Gotthardtunnel die grosse Aufgabe, aber logistisch ist Italien gefordert. Die Transitkorridore – die Gotthardlinie mehr als die den Hafen von Genua anvisierende Simplonlinie – müssen in die dichten und komplexen Verkehrsnetze der Poebene integriert werden. Das italienische Verkehrskonzept ist auf eine Trennung des Personen- und Gütertransportes im metropolitanen Gebiet um Mailand herum angelegt. Die „Umorientierung“ und der Ausbau der Infrastruktur sind jedoch in enormem Rückstand. Eine enge schweizerisch-italienische Zusammen-

arbeit auf allen Ebenen wäre nötig. Die schweizerischen Politiker und Amtsstellen haben aber Mühe, sich mit der italienischen Bürokratie und dem italienischen Temperament zurechtzufinden und dem raschen Wechsel der italienischen Verkehrsminister zu folgen. Dem Tessin fehlen heute die engen Beziehungen, die just im 19. Jahrhundert – nicht zuletzt dank der Kontakte, die das Risorgimento schuf – über die Landesgrenzen bestanden. Dazu scheint die Distanz zwischen der deutschen und der italienischen Schweiz grösser geworden.

Konzentration des Alpenverkehrs

Der Alpenverkehr hat sich in den letzten Jahrhunderten gewandelt. Fahrzeuge verlangen besser ausgebaute Strassen als die Vierbeiner. Die Kosten werden höher, die Investitionen konzentrieren sich auf weniger Achsen. Es wurden weniger Passstrassen für den Fahrverkehr erstellt, als es zuvor Saumpfade gab. Immerhin entstand doch ein recht dichtes Netz von Alpenstrassen. Die eigentliche Konzentration brachte das Eisenbahnzeitalter. Nun wurden die Verkehrsinfrastrukturen extrem aufwendig und kostspielig. Eisenbahnachsen durch die Alpen gibt es nur noch wenige: Mont Cenis, Simplon, Gotthard, Brenner (Bis zur Tauern- und zur Tendabahn wollen wir hier das Blickfeld nicht ausweiten, und die Berninabahn ist eine andere Kategorie). Damit waren die Korridore festgelegt, die auch die Projekte der grossen Alpentransversalen des zwanzigsten Jahrhunderts bestimmten. Die Räume dazwischen verloren ihre Transitfunktion. Graubünden und das Wallis sind keine Passkantone mehr, sondern Tourismusregionen. Winterkurorte sind typisch für sie, nicht Hospize.

1882 vertrat Bundespräsident Simon Bavier – Bündner, also Vertreter des „Verliererkantons“ beim Alpenbahnentscheid – an den Feierlichkeiten zur Eröffnung der Gotthardlinie die Landesregierung.

Er berichtet in seinen Memoiren darüber:

„Am nächsten Tage, dem 23. Mai, begaben wir uns in der Frühe zum Bahnhof, woselbst drei Extrazüge von uns bestiegen wurden, die zirka 800 Personen aufnahmen. Die Fahrt ging bei herrlichem Wetter vor sich; die Bevölkerung längs der Gotthardbahn bis Flüelen war festlich gestimmt und begrüßte uns mit Hochrufen und Kanonenschüssen. Am Gotthard jedoch fanden wir grosse Ernüchterung. In Amsteg war eine schwarze Fahne ausgehängt, und die armen Leute hatten nicht unrecht; denn der Verkehr, der täglich mit mehr als 400 Pferden stattfand und grossen Verdienst brachte, hörte nun auf und der „Brotschelm“, wie sie die Lokomotive nannten, nahm alles weg. Die Urner hatten überdies an Subventionen eine Million geleistet und mussten noch dafür steuern, dass ihnen der Verdienst weggenommen wurde. Es hat mich diese Urnermisere immer mehr in der Überzeugung bestärkt, dass bei internationalen Alpenbahnen die in den Alpen liegenden Strecken verlieren und die weiter entfernt liegenden Zentren gewinnen“.

Das Befürchtete trat damals nicht unmittelbar ein. Die Gotthardbahn brachte neuen Verdienst. Unterhalt und Betrieb schufen Arbeitsplätze. Die Bahn erschloss die Bergtäler dem Tourismus. Als sich der erste Boom des Ferientourismus etwas legte, löste ihn bald einmal der Passantentourismus des aufkommenden Autoverkehrs ab. Die Gotthardbahn bescherte aber doch mancherlei Probleme. Die plötzliche Öffnung weckte im Tessin Befürchtungen, dass die Identität der kleinen italienischen Südecke dem Ansturm nicht standhalte. Der Bahn waren auch wirtschaftliche Impulse wie das Stahlwerk Monteforno (1946-1995) in Bodio zu verdanken. Es war eine grosse Zeit des Gotthards, die auch die Voraussetzung für das militärstrategische Konzept des „Reduits“ schuf. Die Festung nimmt sich rückblickend als seltsames, den Sinn der „Strasse der Völker“, „Öffnung“ zu sein, ins Gegenteil verkehrendes Finale der langen Geschichte des Passes aus.

Ende einer Geschichte

Die letzte Generation der Gotthard-Verkehrsbauten, in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, gehört nun einer anderen Epoche an. Dass das so sei, ahnte die weite Öffentlichkeit bei der Projektierung noch nicht. Als die ersten Autobahnabschnitte eröffnet wurden, merkten die Gastwirte in der Leventina und im Reusstal, dass die Touristen auf den Betonbändern vorbeirasteten. Der moderne Reiseverkehr funktioniert isoliert von aller Topographie. Die Autobahn ist nach bautechnischen Gesetzen als Fremdkörper quer durchs Gebirge gelegt und hat mit der Umgebung nichts mehr zu tun. Immerhin vermögen inzwischen lokale Initiativen wieder einige Wanderer, Radfahrer und gemütliche Automobilisten anzulocken, die den Reiz der Gotthardlandschaft neu entdecken. Aber der Schock in den plötzlich links liegen gelassenen Tälern ist geblieben.

Immer deutlicher wird, dass die grosskalibrigen Verkehrsinfrastrukturen und modernen Mobilitätsformen enorme langfristige Auswirkungen haben. Man muss nicht einmal die Folgen des Basistunnels abwarten. Schon auf der bestehenden Bahnstrecke gibt es keine Züge mehr, die an den einst frequentierten Bahnhöfen halten. Im Buffet von Göschenen sind die Lichter erloschen. Die Urner müssen damit fertig werden, dass sie nun von der Welt abgeschnitten sind, mit der sie der Gotthard in Kontakt gebracht hat. Dafür rückt sie der Seelisbergtunnel – zwiespältiger Trost – in Pendlerdistanz zu Luzern und droht das stolze Uri zur Banlieue der Stadt am untern Seeende zu machen, mit der es sich vor bald 700 Jahren auf ewig und auf gleicher Ebene verbündet hat.

Auf der Tessiner Seite erlebt die Leventina das Gleiche. Vor hundert Jahren war Faido eine blühende Destination Sommerfrische suchender Mailänder. Heute stehen die Hotels um den Bahnhof leer. Die Leventina fühlt sich nicht einmal mehr so ganz sicher, ob sie der Kanton nicht

schon als *Quantité négligeable* abgeschrieben habe. Die Gotthardbahn, die das Tessin plötzlich dem Norden öffnete, problematisierte zwar das Verhältnis des Tessins zur übrigen Schweiz, fügte aber den Landesteil doch stärker in die Eidgenossenschaft und stärkte die Kohäsion. Der zuerst eröffnete Abschnitt Chiasso-Lugano der Autobahn hingegen hat Lugano an Mailand angeschlossen und seine Rolle als Brückenkopf des Zürcher Finanzplatzes noch verstärkt. Das Sopraceneri, aus dem bisher mit einer Ausnahme alle Bundesräte stammten, fällt mehr und mehr hinter dem wirtschaftlichen Schwerpunkt Lugano zurück. Die Gewichte im Kanton haben sich schon drastisch ins Sottoceneri verschoben und verschieben sich weiter.

Der „Weg der Völker“ führt nun durch Röhren, nicht mehr durch die Gotthardlandschaft, in der – der Gotthardroute entlang – vor sieben Jahrhunderten die Eidgenossenschaft entstanden ist. Nach dem Wallis und Graubünden ist auch das Gotthardgebiet keine Passregion mehr. Unsicher und tastend suchen die Talschaften um den Gotthard, wo die Rhone, der Tessin, der Rhein und die Reuss ihre Reise beginnen, nach einem neuen Selbstverständnis. Grosse und kleine Tourismusprojekte stehen im Vordergrund. Viel Phantasie gibt es nicht, mehr Unsicherheit. Nicht vergessen werden sollte immerhin, dass sich in diesem Gebiet aber auch neue, geradezu revolutionäre Gedanken und Visionen entwickelt haben: In Altdorf und im Oberwallis befanden sich die Hauptquartiere der „Alpeninitiative“. Diese verlangte den vom Volk 1994 gutgeheissenen Verfassungsartikel, der den Transitverkehr auf der Strasse über die Alpen beschränkt.

Mein eigener Mythos

Ich habe meinen eigenen Gotthardmythos und kein Mythenzertrümmerer kann ihm etwas anhaben. Als ich die Korrespondentenstelle im Tessin übernahm, hatte das für die Familie zur Folge, dass sie über die

Alpen in die Schweizer Sonnenstube umsiedeln musste oder durfte. Die Verschiebung war in Kilometern gemessen relativ bescheiden; sie entsprach ungefähr einer doppelten oder dreifachen Pendlerdistanz. Aber die Kinder mussten – abgesehen vom veränderten sozialen Umfeld – in der Schule mit einer neuen Sprache fertig werden. Die familiäre Entscheidungsfindung soll hier, die Privatsphäre respektierend, nicht thematisiert werden. Ich verrate, dass die Begeisterung zunächst unterschiedlich war, aber kein Vetorecht beansprucht wurde und nach wenigen Jahren im Rückblick das Urteil über die damalige Weichenstellung Gott sei Dank unisono positiv ausfiel.

Auf meinen Wunsch sollte der Umzug von Langnau am Albis nach Cagiallo in der Capriasca einen besonderen Akzent erhalten. Wir machten Halt auf dem Pass und übernachteten im Albergo San Gottardo. Es war keine patriotische Anwandlung, eher eine literarische. Goethe ist dreimal von Norden her hinauf zum Hospiz gestiegen. Er schrieb am 13. November 1779: „Endlich sind wir auf dem Gipfel unserer Reise glücklich angelangt! Hier, ist's beschlossen, wollen wir stille stehen und uns wieder nach dem Vaterlande zuwenden.“ Seltsam tönen mir die Worte in den Ohren. Goethe schaute, von Italiensehnsucht geplagt, in die Leventina hinunter. Aber er kehrte jedesmal um. Als er nach Italien reiste, fuhr er über den Brenner.

Ich war mir damals gar nicht so richtig bewusst, zu welchem besonderem Zeitpunkt wir im Sommer 1984 auf dem Pass die Nacht verbrachten, bei eher düsterem Wetter. Doch es regnete nicht, so dass wir im kargen Gelände herum streifen konnten, über das die Geister einer grossen Geschichte, frei gelassen, nochmals tanzten. Ich gehe gewöhnlich spät zu Bett und stieg als letzter hinauf in die Kammer. Ich trug das Tablett mit hinauf, auf dem das Morgenessen vorbereitet war, denn wir wollten früh abreisen. Aber ich stolperte im Dunkeln, die Thermosflasche stürzte und am morgen fanden wir den Kaffee voller Scherben. Kein Mythos ohne Scherben.

Wir waren auf dem Gotthard in der kurzen „Zwischenzeit“, die ihm gegönnt war. 1980 war der Autotunnel eröffnet worden. Damit war der Pass seiner historischen Bestimmung entledigt, eine Epoche zu Ende. Der Transitverkehr benützte nun die lange Röhre tausend Meter tiefer, auf gut 1100 Metern über Meer anstatt auf 2100. Auf dem Pass herrschte für sechs Jahre Stille. 1986 erhielt der Pass seine „touristische Aufwertung“. Das Gotthardmuseum wurde eröffnet, bald darauf folgte das Festungsmuseum, dann das Festungshotel. Das museale Zeitalter begann. Nicht verstaubte Museen entstanden. Die Vergangenheit lebt zur Unterhaltung weiter. Museal im melancholischen Sinn ist der Phantom-Bahnhof Göschenen. Bald wird die Gotthardbahn eine Museumsbahn sein. Im sich ausbreitenden Museumsland werden Golfplätze und Mountainbikepisten angelegt. Die Hotels und Bankfilialen haben weiter zu tun.

In Hospenthal blickt von der Fassade der Karlskapelle noch immer die Mutter Gottes über dem Portal auf den Wanderer herab, der vor ihr steht und den bekannten Spruch liest: „Hier trennt der Weg. O Freund. Willst du zum ew'gen Rom hinunterziehn. Hinab zum heil'gen Köln. Zum deutschen Rhein. Nach Westen weit in's Frankenland hinein?“ Der Freund will weder das eine noch das andere. Auf dem Pass soll ein Wald von Windmühlen, energieverzeugenden, heranwachsen.

Von den Mythen

Der Gotthard ist eine Realität, aber auch ein Mythos! Was ist schon ein Mythos? Man spricht vom „Mythos Gotthard“, vom „Mythos Schweiz“, vom „Alpen-Mythos“. Es gibt den Sonderfall-Mythos, den Konkordanz-Mythos, den „Mythos der aufgeplusterten Neutralität“. Es wird der „chant du cygne du mythe suisse“ gesungen. Mythen erlauben, in nebelhafter Weise über komplizierte Themen zu spekulieren. Es gibt zwar wissenschaftliche Definitionen des Begriffs, doch wird er durchaus willkürlich verwendet. Es gehört zur Spielregel, dass wir – wenn nicht todernst – eher nonchalant mit Mythen umgehen. Auch die wissenschaftliche Rede über Mythen ist letztlich spielerisch. Etwas Scharlatanerie nach Art der Wunderdoktoren scheint oft dabei. Die Mythen werden befragt, hinterfragt, in Frage gestellt, mit wissenschaftlichem Scharfsinn und Ernst und gelehrter Pedanterie auf Analogien abgeklopft und durchschaut, auseinander abgeleitet und entmythologisiert.

Aber die Mythen kümmern sich nicht um Sophistereien; sie zeigen den Ernsthaften und den Spöttern die kalte Schulter. Wir glauben nie sicher zu wissen, ob sie noch lebendig oder schon archiviert sind. Unübertroffen hat Levi-Strauss gesagt: „Les hommes ne pensent pas les mythes, les mythes se pensent eux-mêmes.“ Was über Mythen hier gesagt worden ist, gilt auch für die Gegenmythen und grosso modo für Identitäten, Visionen, Utopien. Mythen eröffnen der Debatte unendliche Möglichkeiten. Wo in und über Mythen geredet wird, muss man auf Neben- und Untertöne achten. Angedeutetes, Verschleiertes, Verschwiegenes, unterschwellige Botschaften laufen mit. Mythen entwickeln ihre geheime Dynamik. Je weniger ernst man sie nimmt, desto explosiver ist ihr Potential.

Mythos Schweiz

Der Historiker Ulrich Im Hof¹⁵ hat 1991 zum „700 Jahr-Jubiläum“ eine Geschichte des „Mythos Schweiz“ vorgelegt. Im Hof definiert wie folgt: „Unter Mythos verstehen wir die Vorstellung, die sich die Schweizer seit jeher von ihrem Land, von seiner Staats- und Gesellschaftsform, von seiner Rolle in der Welt gemacht haben; eine Vorstellung, die stets – bei aller Konstanz – dem Wandel der Zeitläufe unterworfen war.“ Das Buch Im Hofs ist eigentlich ein Inventar von Mythen, die zusammen den Mythos Schweiz ausmachen. Die Mythen und mythischen Bilder, die er behandelt, reichen von den „Bauern und Helden“, den humanistischen „Helvetii“ und der „Helvetia“ über den „Versöhnungsmythos“ (Niklaus von Flüe, Kappeler Milchsuppe) und den „alpinen Mythos“ der Aufklärung und der Romantik bis zu den Mythen der Mehrsprachigkeit, der Kleinstaatlichkeit („S'Schwizerländli isch no chli“) und der Neutralität. Es ist ein ganzer Olymp nicht von Göttern, aber von Mythen.

Die ganze mythische Gedanken- und Bilderwelt hängt zusammen und ist dauernd, einem Kaleidoskop ähnlich, in Bewegung. In Im Hofs Buch heisst es zum Beispiel zu den Mythen des 19. Jahrhunderts:

„Nach wie vor steht die Heldengeschichte im Mittelpunkt, in ihr beherrschend Wilhelm Tell. Schillers Schauspiel, immer wieder gelesen und aufgeführt, wirkt nun als neuer Impuls. Wesentlich war hier die ausdrückliche naturrechtlich-philosophische Verankerung der Tellengeschichte, ihre Ausrichtung auf die Berechtigung des Widerstandsrechts (...). Gleichwertig neben Tell behaupten sich die Drei Eidgenossen vom Rütli. Das Rütli wird nun endgültig zum Wallfahrtsort, zum «heiligen Land», wie es im Grütli lied heisst; (..) Auch Niklaus von Flüe hielt seinen Platz als Mediator, aber sein Flüeli-Ranft stand doch immer im Schatten der Rütliwiese und der drei Tellskapellen an der Tellsplatte, in der Hohlen Gasse und in Bürglen. Ganz gross aber wird nun der Kult der Heldenschlachten in Szene gesetzt, die sich so schön auf das ganze

Land verteilen (..) Im Zentrum aber steht wohl die Schlacht von Sempach. Dort ist die Konfrontation Hirtenkrieger, Fussvolk gegen Ritterheer am deutlichsten sichtbar (..) Über all diesem Schlachtenheroismus ist aber nicht zu vergessen, dass die Kappeler Milchsuppe – dieses muntere Versöhnungsmahl – ebenso sehr in den Vordergrund rückt und über das Konfessionelle hinaus Mahnung für die politisch zerstrittene Schweiz wird.“

Wenn sich Subjektives und Objektives mischen, geht es nicht ohne Risiken ab. *„Da nationale Identität nicht nur objektiv feststellbare Realitäten beinhaltet, sondern auch Wertung und Werte, entzieht sie sich keineswegs der politischen Brauchbarkeit oder des politischen Missbrauchs.“* Im Hof gibt zu bedenken, dass wir uns *„in einer Phase der Reaktion auf die Nationalideologie der faschistischen Zeit befinden. Wir kommen aus einer national überhitzten Epoche. Nationalismus ist in Europa verdächtig geworden, was nicht hindert, dass überall Nostalgien des Rückzugs auf den kleinen heimatlichen, mininationalen Raum aufkeimen“*. Es geht darum, zwischen der Skylla und der Charybdis hindurch zu steuern. *„Positivistisches Denken glaubt, auf den Mythos verzichten und ein Bewusstsein nationaler Identität entbehren zu können. Folge davon ist die Abwertung nationaler Identität zur Folklore und ihre Verniedlichung zum kommerziellen, touristischen Angebot. Abgesehen davon, dass dieses so entstehende Vakuum durch andere, unkontrollierbarere Identitätsvorstellungen ausgefüllt werden könnte, sind die Komponenten nationaler Identität und deren Mythen – sofern sie wirkliche Werte verkörpern und stets kritisch hinterfragt werden – für das Bestehen einer politischen Gesellschaft sicher nach wie vor unentbehrlich.“*

Vom pausbackigen Tell

Auf den letzten Seiten seines Buches streift Im Hof besorgt, aber nicht ohne Verständnis einige jüngste Entwicklungen. Er weist auf die „Mythenzerstörung“ hin, „die nach 1945 recht rau einsetzte“. Er greift das Beispiel „Tell“ auf „Mit dem Nachweis der Nichtexistenz von Tell und

den Drei Eidgenossen werden jedenfalls Freiheitsrechte und Bundesidee ihrer packenden Bildhaftigkeit entkleidet. Dies, weil wir unfähig sind, Sprache und Ausdruckswelt des mythenreichen Spätmittelalters zu verstehen und richtig zu deuten.“

Hat Max Frisch mit seinem so reizvoll bitterbösen Büchlein „Wilhelm Tell für die Schule“ dem Mythos den Todesstoss versetzt? Helmut Stalder¹⁶, auf den wir gleich zurückkommen, schreibt in seinem Buch über den Gotthard-Mythos, Frisch habe die Tellegende ohne patriotisches Pathos erzählt und aus dem Helden „eine pausbäckige, hinterwäldlerische, etwas tumbe Witzfigur“ gemacht. Und er fährt fort: „So entzog Frisch dem zähesten helvetischen Mythos den Lebenssaft, seine emotionale Substanz. Tell war ausgezehrt und starb kläglich an Ridikulisierung.“ Ist das so?

Im Hof scheint mir treffend darauf hingewiesen zu haben, dass Frisch „Rache an den Fehlleistungen der 'Geistigen Landesverteidigung', genommen habe. Ich denke, es war tatsächlich Rache an der „Geistigen Landesverteidigung“, nicht am Mythos. Das ist ein Unterschied. Der Leser des Büchleins weiss es und der Dramatiker Frisch musste es am besten wissen: Wenn wir das nächste Mal im Theater sitzen und Schillers wunderbares Stück gegeben wird, fiebern wir mit dem leibhaftigen Mythos mit!

Mythos Gotthard

Mythen wachsen aus dem eigenen Erlebnis, am besten aus Jugenderfahrungen. Helmut Stalder hat sein Buch über den „Mythos Gotthard“ aus einer langjährigen Anhänglichkeit heraus verfasst.

Er schreibt:

„Vielleicht war es bei mir am Anfang bloss der Klang des Namens – hundertmal gehört in Kindertagen, wenn ich auf dem alten Kurbelgrammophon des Grossvaters die zerkratzte Platte mit Friedrich Schneebergers Lied vom letzten Postillion abspielen durfte: 'Ich bin vom Gotthard...' – Kehrreim meiner Kindheit. Etwas Magisches ging von dem Namen aus, dunkle Assoziationen rief er hervor, von «Gott» und «hart» und von der «hohen Alpenwelt». Mein erstes Bild zum Namen war Rudolf Kollers «Gotthardpost» von 1873. Eine Reproduktion des Gemäldes hing eine Weile im Kinderzimmer...“

Das ist wundervoll berichtet. Weiter ist dann die Rede vom Kirchlein von Wassen und den Kehrtunnel, vom Suworow-Denkmal neben der Teufelsbrücke, vom Reduit, von den museal gewordenen Festungen, vom Strassentunnel, vom Basistunnel. Stalder erzählt in naivem Ton, wahrt aber Distanz zur eigenen Nähe, wagt Ironie, flicht Ökologisches, Ideologisches, Ideologiekritisches ein. Der Mythos hält gerade noch, bleibt in der Schwebel. Einmal formuliert Stalder. *„Der Gotthard ist eine Idee, eine geistige Konstruktion. Er ist ein Mythos – in seinem Kern von einer kolossalen Konstanz, seinen Rändern verwirrend nachgiebig und kaum fassbar.“*

Stalder stellt den Gotthard-Mythos von Norden her dar. Der Gotthard-Mythos ist eine Angelegenheit vor allem der Alpennordseite. Ein innerer Kompass richtet den Blick der Menschen dorthin, wo die Sonne am Mittag im Zenit steht. Im berühmten Gedicht schwärmt Goethe vom Ziel: *„Kennst du das Land, wo die Zitronen blühn.“* Und er schildert den Weg, der dorthin führt: *„Kennst du den Berg und seinen Wolkensteg? Das Maultier sucht im Nebel seinen Weg.“* Goethe hat Gefühle besungen, die sich mit Gedanken an den Süden verbinden. Hinter dem Alpenübergang locken Träume: Italien, der Zauber der verwunschenen Gärten, und Sonne.

Von Süden her gesehen

Von Süden her nimmt sich der Gotthard prosaischer aus. Wovon träumt, wer die Leventina hinauffährt? Im Unterschied zu den Deutschschweizern fahren Tessiner über den Gotthard nicht in die Ferien, sondern zur Arbeit, zum Studium, zur Parlamentssession. Giuseppe Zoppi¹⁷ führt in seinem 1939 erschienen Band „Presento il mio Ticino“ – ein Klassiker unter den Tessin-Büchern – den Leser von Chiasso aus in einem ersten Anlauf hinauf zum Gotthard. Der Dichter sitzt im Nachtzug. Vor dem inneren Auge zieht die Landschaft vorüber, die er auswendig kennt. Er träumt nicht vom Norden, der ihn nach dem Tunnel erwartet. Er mythisiert auch den Pass nicht. Später in seinem Buch lädt er den Leser – in einem zweiten Anlauf – in seine eigentliche Heimat ein, in die Täler hinter Locarno. Das Finale widmet Zoppi „seinen“ Bergen, jenen, die das obere Maggiatal säumen, denen er auch sein erfolgreichstes Buch „Il libro dell'alpe“ gewidmet hat.

Wo es ums „Vaterland Schweiz“ geht, fügt sich der Gotthard auch für das Tessin als Massiv und als Pass, der die Kulturen zusammenhält, in den nationalen Mythos. Guido Calgari schrieb in den dreissiger Jahren eine Art Weihespiel, eine szenische Darstellung des Gotthard- und Schweiz-Mythos. Sie trägt den Titel „San Gottardo – Sintesi nazionale“¹⁸ und enthält die vaterländische Symbolik ziemlich komplett. Der Text reicht vom Rütli Schwur über die Erweiterung der Eidgenossenschaft nach Süden und den Bau des Bahntunnels bis zum Ersten Weltkrieg.

Gleich am Anfang wird der Kern des Gotthard-Mythos formuliert:

„PRIMA VOCE: Per infinite sorgenti, scendono dal Gottardo i grandi fiumi, a portare nell'Europa la forza e la ricchezza dei traffici. SECONDA VOCE: Per infinite sorgenti è sceso dal Gottardo il fiume della libertà svizzera, a portare in Europa la luce di un'Idea. CORO: L'Idea dell'unione pacifica e armoniosa di tre razze diverse.“

Im letzten Akt wird in fünf Sprachen (deutsch, französisch, italienisch, englisch, russisch) der Gotthard als Symbol des Friedens – auf dem Gotthard donnern keine Kanonen – gefeiert.

„VOCE DI UN SOLDATO FRANCESE (con un gemito): Maman! Maman! VOCE FEMMINILE: 1914: Un milione di morti! UN GENERALE: Sur quelle montagne le canon ne tonne-t-il pas encore? CORO: Sur le St-Gothard! VOCE DI UN SOLDATO TEDESCO: Mutter! Muetterchen! VOCE FEMMINILE: 1915: Due milioni di morti! UN GENERALE: Auf welchem Berge donnert noch nicht die Kanone? CORO: Auf dem Gotthard! VOCE DI UN SOLDATO ITALIANO: Mamma! Mamma! VOCE FEMMINILE: 1916: Due milioni di morti! UN GENERALE: Su quale montagna non tuona ancora il cannone? CORO: Sul San Gottardo! VOCE DI UN SOLDATO RUSSO: Mama! Mama! VOCE FEMMINILE: 1917: Due milioni di morti. UN GENERALE: Na cacòì gorie niè gremit iestciò puschè? CORO: Na ssviatom Gottardie! VOCE DI UN SOLDATO INGLESE: Mother! Mother! VOCE FEMMINILE: 1918: Due milioni di morti. UN GENERALE: On which mountain does the gun not yet thunder? CORO: On the St. Gothard! UNA VOCE: Su quale montagna d'Europa il cannone non ha seminato la strage? CORO: Sul San Gottardo! LA VOCE: Su quale montagna gli uomini non hanno bestemmiato la vita? CORO: Sul San Gottardo! LA VOCE: Su quale montagna gli uomini non hanno inneggiato alla morte? CORO: Sul San Gottardo!“

Als nationales Symbol löst sich der Gotthard von seiner konkreten Existenz. Die Vorstellung, die die Menschen vom Gotthard haben, vereinigt viele Komponenten, die sich immer wieder verändern. Das Verhältnis der Tessiner zum Gotthard kompliziert sich dadurch, dass es bis vor zweihundert Jahren kein Tessiner Bewusstsein gab, sondern jede Talschaft ihre eigenen Vorstellungen von diesem Pass hatte. Willkommen war für den nationalen Mythos die Entdeckung des „Paktes von Torre“, der im Rahmen politischer Spannungen im Blenio im Jahre 1182 geschlossen wurde. Der Pakt wurde im Tessin als Ausdruck einer

noch früheren Freiheitsbewegung auf der Südseite des Gotthards aufgefasst, das Dokument als Vorläufer des Bundesbriefes. Der Pakt ist aber nie wirklich als Pendant in den Gründungsmythos integriert worden. Dass von Norden her die Landvögte über den Gotthard in die Ennetbirgischen Täler angereist kamen, verlieh dem Mythos für Tessiner keinen besonderen Charme. Wohl noch präsenter als Torre ist das traurige Schauspiel von Faido, wo die Urner 1755 die Rädelsführer eines wohl nur vermeintlichen Aufstandes vor den Augen der knieenden Talbevölkerung die Köpfe abschlugen.

Das erste vom neuen Kanton Tessin erstellte Gotthardbauwerk war die befahrbare Passstrasse. Wichtiger für den Gotthard-Mythos wurde dann die Gotthardbahn, die von Airolo bis hinunter nach Chiasso als imposante Technik in Erscheinung trat. Sie bestimmte die Entwicklung des Tessins und verband nun leistungsfähig den Kanton mit dem Land, dessen gleichberechtigtes Anhängsel er eben geworden war. Der Gotthard hat für Tessiner mehr als für alle anderen Schweizer zwei Sinnenebenen. Er ist – mit den Augen des Schweizer gesehen – ein nationales Symbol und – mit den Gefühlen des Tessiners zwiespältig erlebt – die Nabelschnur zur Schweiz. Als die Gotthardbahn gebaut war, kamen durch den Tunnel plötzlich Massen von protestantischen Deutschschweizern und richteten sich im Tessin ihre Kirchen und eine deutschsprachige Schule ein. Durch diesen Tunnel kam, was – wechselnd virulent – als Bedrohung der kulturellen Eigenständigkeit erfahren wurde. Der Tessiner Schriftsteller Piero Bianconi (1899-1984) soll einmal gesagt haben, dass man den Tunnel zumauern müsste. Der Gotthardmythos ist im Tessin gewiss weniger lebendig als auf der Alpennordseite, aber die praktische Bedeutung der Verkehrsachse ist sehr wohl im Bewusstsein verankert. Es war in erster Linie das Tessin, das in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts das Projekt einer neuen Eisenbahnalpentransversale (Neat) wieder auf die politische Tagesordnung brachte.

Ausbruch aus dem Ring

Die Urner leben seit je mit dem Gotthard zusammen. Für sie war und ist dieser Übergang nicht Anknüpfung an die Nation sondern Tor zum Süden. Dank dem Gotthard liegt Uri am „Weg der Völker“ und steht mit der Welt in direktem Kontakt. Aber auch die Urner sprechen nicht nur vom Pass, sondern auch vom Berg. „Ein trutziger Berg!“ ruft der aufmüpfige Urner Schriftsteller Martin Stadler¹⁹ in seinem Buch „Die neuen Postillione“ aus. Er schreibt von den modernen Dimensionen, den der Transitverkehr in den letzten hundert Jahren angenommen hat: „Der Gotthard war den Urnern über den Kopf gewachsen. Seither lebt das Land im Abseits.“ Auch Karl Iten²⁰ spricht in seinem Band „Adieu – Altes Uri“ vom „Schicksalsberg Uris“. Unter dem Titel „Uris Mittelpunkt“ denkt er über die „irritierende Unentschiedenheit zwischen Gotthard und Rütli“ nach: „Das Rütli ist sozusagen das Herz, der Gotthard der Kopf Uris. Je nach Standpunkt wird man das eine oder andere als die eigentliche 'Mitte' dieses Landes bezeichnen.“ Es ist, als wehrten sich die Urnern dagegen, ihre Identität ganz dem Gotthard zu verdanken und ganz vom Gotthard eingenommen zu werden. Aber das ist wohl schon ein „Postgotthardselbstverständnis“.

Der Arzt und Denker Eduard Renner²¹ (1891-1952) hat ein schönes und sinnreiches Buch über die Urner geschrieben. Es heisst „Goldener Ring über Uri“ und ist – wie es im Untertitel heisst – *„Ein Buch vom Erleben und Denken unserer Bergler, von Magie und Geistern und von den ersten und letzten Dingen“*. Renner versuchte zu begreifen, wie der Urner der magischen Bedrohung seiner urtümlichen Welt (dem „Es“) kraftvoll den Bann des Ringes entgegensetzt. Was fühlt der Bergler, der von der Alp seinen Betruf im weiten Rund erschallen lässt? Diese schwierige Welt hat Renner zusammen mit seinem Künstlerfreund Heinrich Danioth (1896-1953) erkundet. Renners Sohn Gedeon hat sich als Bildhauer mit Scheu dem „Ring“ zugewandt. Eher noch dachte er über den „Ausbruch aus dem Ring“ nach. Eine seiner Plastiken stellt einen „Brü-

ckenbauer“ dar, der den Anfang eines Brückenbogens konstruiert, eine andere einen David, der weit zum Wurf ausholt. Haben die Urner mit ihrem Vorstoss über den Gotthard nach Süden Jahrhunderte lang versucht, den Ring zu durchbrechen?

Eduard Renner schrieb: „Der Pass trug in die Welt der Hirten das neue Moment der Weite hinein.“ Er schildert, wie die Urner die Herausforderung aus dem Geist des Bergbauern heraus annahmen. Renner sinnierte:

„Denn mochte dem Ackerbauer Fürstendienst noch Herzenssache sein, ging dem Händler und Hirten am Fusse des St Gotthard jedes Verständnis für diese Dinge ab; suchte der Bauer anderswo im blutigen Aufstande nur Gerechtigkeit, machte jenes Bergvolk Anspruch auf das gesamte Rechtsgut. So wurde die oberste gesetzgebende Behörde das Volk selbst, vereinigt in der Landsgemeinde.“

Bemerkenswert wie sich da Händler und Hirten in die Hand arbeiten. Renner fügte an: „Der Bruch mit dem Alten, Untauglichen wurde vielmehr von den Ministerialen und Händlern vollzogen, und zwar unter ruhigem Abwägen der gegenseitigen Kräfte. Der Bau des Neuen aber zeigt dann ganz und gar die Hand der Bergler, die gewohnt ist, Hütte und Hag aus dem Holze zu zimmern, das in der Nähe wächst. So wurde die oberste gesetzgebende Behörde das Volk selbst, vereinigt in der Landsgemeinde.“

Goethe vermerkte zu Altdorf:

„Der Ort selbst mit seinen Umgebungen erscheint im Gegensatz von Schwyz; er ist schon stadtmässiger, und alle Gärten sind mit Mauern umgeben. Ein italienisches Wesen scheint durch auch in der Bauart. So sind auch die untern Fenster vergittert; die starke Passage scheint solche Vorsicht notwendig zu machen.“

Das urbanere Altdorf vergittert die Fenster, weil über den Pass nicht nur südländischer Geist weht. Über den Pass kommen auch wenig vertrauenswürdige Fremde, die durch das Städtlein ziehen. Altdorf liegt nicht am Fuss des Gotthards. Der „Verkehrsknoten“, wo sich die Wege ins Wallis, ins Tessin und ins Bündnerland trennen, befindet sich im Urserental, das seine eigene Geschichte hat. Nach Renner heirateten reiche Töchter des Urserenvolkes, das den Verkehr über das Gebirge aufrecht erhielt, in die Herrenfamilien des Urnerlandes und vermochten „auch bei diesen materielle und ideelle Interessen an den alten Handelswegen zu wecken“. In dieser kleinen komplexen Welt zwischen dem Gotthardpass und dem „Hafenstädtchen“ Flüelen hat sich ein durchaus eigenwilliges Identitätsbewusstsein entwickelt, das dem auf der Südseite verwandt und zugleich grundverschieden ist.

Renners Saat ist bei Anselm Zurfluh²² nochmals aufgegangen, der sich ethno-geschichtlichen Studien über die Urner Mentalität widmet. Zurfluh verankert diese Studien handfest in demographischen Untersuchungen. In der Fruchtbarkeitsstatistik schlägt sich eine profunde Abneigung der Urner gegen Geburtenregelung nieder. Er erklärt und begründet aber seine Thesen mit einer auf die Transzendenz bezogene Gesellschaft, nämlich darin, „dass die Gesellschaft des Gotthardstaates einer immobilen, in der Zeit sich wiederholenden Psychologie gehorcht, die als transzendentes Prinzip betrachtet werden kann“. Er spricht von einer „blockierten Gesellschaft“, von einer Bevölkerung, der es möglich war, „sich kollektiv gegen die von auswärts kommenden, umwälzenden Erneuerungen zu stemmen, und dies bis weit in die Neuzeit hinein“. Und was ist geblieben? Zurfluh antwortet: „Beaucoup et rien“²³. Nichts, wenn von einem das gesellschaftliche und individuelle Leben der Urner tragenden kohärenten und organischen Konzept die Rede ist. Er verweist dazu auf den Titel von Karl Itens Buch „Adieu, altes Uri“. Aber viel, wenn man den mentalen Unterbau bedenkt, dem der transzendente Bezug Stärke und Stabilität verleiht. Damit aber wollen wir den Exkurs

in die „lokale“ Gotthardmythologie abschliessen und die Perspektive wieder weiten.

Erfundene Identität

Eine neue Historiker-Ethnologen-Schule will „Mythos“ und „Identität“ in einem neuen Licht untersuchen. In der Einleitung zum Band „Erfundene Schweiz“ erklären Guy P Marchal und Aram Mattioli²⁴, was sie mit diesem Titel meinen. Ihres Erachtens haben sich die Geisteswissenschaften bisher damit begnügt, „die nationalen Identitätsbilder deskriptiv zu rekonstruieren“; so blieben sie „im Werthorizont des untersuchten Bildes“ stecken und stellten „die wissenschaftliche Werkstatt dadurch selbst in den Dienst der nationalen Identitätspräsentation“. Auf Grund der modernen Forschungsansätze – schreiben die beiden – seien indessen „nationale Identitäten heute in erster Linie als imagologische Basteleien im Schnittpunkt von Geschichte und kulturellem Kontext zu untersuchen“.

Identitäten und Mythen sind „mentale Konstruktionen“, die als solche natürlich „nicht notwendigerweise mit der historischen Wirklichkeit übereinstimmen müssen, immer aber kontext- und zeitgebunden sind“. Der Begriff der Bastelei knüpft an das Konzept des „Bricolage“ von Claude Levi-Strauss²⁵ an. Wir kommen später darauf zurück. Bastelei bringt, sehr vereinfacht gesagt, „Vorstellungsreste“ aus der Vergangenheit in neue Sinn- und Bildzusammenhänge.

Entscheidender als die neue Methode scheint mir für die Argumentation der beiden Autoren, dass sie sich in ihrer Betrachtung auf das Nationale, auf die „nationale“ Identität konzentrieren, auf einen Mythos, der „für die Mitglieder von national verfassten Gesellschaften identitätsstiftend wirkt“. Entscheidend ist, dass mit den „nationalen Werten“ etwas „völlig Neues“, vom früheren offenbar Geschiedenes gekommen sei. Es mache kaum Sinn, „für die Zeit vor der Helvetischen Republik von 'na-

tionaler Identität' zu sprechen“. Das ist etwas anderes, als wenn Im Hof seine Geschichte des Mythos Schweiz bei Adam und Eva oder jedenfalls in dunkler Vergangenheit anfängt. Marchal und Mattioli räumen zwar „erste Spuren des eidgenössischen Zusammengehörigkeitsgefühls im Spätmittelalter“ ein, aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts – als zum Beispiel das Gründungsjahr 1291 festgelegt und die Bundesfeier am 1. August eingeführt wurde – seien „den überkommenen Traditionen völlig neue, eben nationale Werte zugesprochen und die vermeintlich seit dem Mittelalter bestehende 'Nation Schweiz' erfunden“ worden.

Ihres Erachten ist es dieses „Verständnis, in dessen Bann wir noch heute stehen“. Dieser Bann müsse gelöst werden. Für sie ist <Nationale Identität> eben „nicht etwas naturhaft Gewachsenes, sondern eine je aktuelle Imagination, die aufgrund gewisser Vorgaben und in einem gewissen zeitbedingten Kontext möglich geworden ist“. Nationales wird hier als das Gegenteil dessen verstanden, was der Begriff etymologisch (aus dem lateinischen „Geburt“) besagt. Nehmen wir eine ältere Definition („Taschenlexikon politischer Begriffe“ des Zürcher Historikers Arthur Mojonner²⁶ aus dem Jahr 1952): „In der Nation vereinigen sich Volk und Staat zum psychischen Inhalt, zum affektbetonten Wert, zum Mythos. Nation, die in die Zukunft getragene völkische Vergangenheit, gründet im Überpersönlichen.“ Im Pathos der historischen Bücher von Mojonner wird die Geschichte zu einem wachsenden Identitätshort, in den – in umgekehrter Formulierung – eine völkische Zukunft die Vergangenheit verwandelt und seit je laufend verwandelte. Eine „kritische“ Anwendung des Begriffs „Nation“ stülpt diesen als etwas Neues über die Identität und riskiert dabei, zugleich die Kontinuität der Identität aufzubrechen. Bei näherem Zusehen wird sich der „Bruch“, als welcher der Schritt zur Nation nun dargestellt wird, als eine Reihe von Brüchen erweisen und die ins 19. Jahrhundert verlegte „Erfindung der Schweiz“ als nicht weniger erfunden herausstellen als die in die frühesten Bündnisse hinein interpretierte „Gründung der Eidgenossenschaft“.

Die braven Bergler

Der Mythos Schweiz ist mit dem Alpen-Mythos verflochten, der ebenfalls ein beliebtes Thema der Wissenschaftler geworden ist. Für Matthias StremLOW²⁷ sind (in seinem Buch „Die Alpen aus der Untersicht“) auch die Alpen – über ihre felsige Realität hinaus – ein „gedankliches Produkt“. Das Alpenbild ist produziert, nicht archetypisch und nicht aus den unergründlichen Tiefen der Volksseele heraus gewachsen. Die alpenmythologische These lautet: Bis ins 18. Jahrhundert stellten sich die Menschen die Alpen schrecklich und voller Untiere und Drachen vor. Dann kippte das Bild in sein Gegenteil; die Alpen werden als erhaben oder idyllisch erfahren: In den Alpen lebt ein ideales Volk von unverdorbenen, bescheidenen und arbeitsamen Menschen. Albrecht von Haller malte in seinem Alpengedicht die Alpen als moralisch vorbildliche Gegenwelt zur Stadt. Er bereitete damit nach StremLOW das „positive Alpen- und Schweizbild“ vor. Auf Haller folgte Rousseau, dessen Natur- und Alpenbegeisterung ein viel breiteres Echo fand. Die Verkehrstechnik war gerade daran, die Voraussetzungen für den rasanten Aufschwung des Tourismus zu schaffen. Ganz allgemein wurde aus den Reiseberichten Tourismuspropaganda und diente schliesslich beides als Lob der Heimat den aufsteigenden Nationalstaaten zur patriotischen Aufrüstung.

Was manche Wissenschaftler von den Schweizer Alpen sagen, sagen andere vom deutschen Wald²⁸. In der Wissenschaft bekommen Theorien immer Geschwister. Auch der Wald war einst fürchterlich. Kein geringerer als Tacitus berichtete von den riesigen Urwäldern im germanischen Norden, die zu betreten sich die Eingeborenen fürchteten. Später wurde auch der Wald in einem freundlicheren Licht gesehen. Auch da woben die Romantiker am neuen Waldbild mit und sangen gar schön von der zauberhaften „Waldeinsamkeit“. Manche Romantiker glaubten, dass dank einer ursprünglichen Disponibilität ein Menschenschlag für das Walderlebnis besonders empfänglich sei. Eine neue Wis-

senschaft „entlarvt“ diese Waldstimmung – wie die Alpenbegeisterung – als das „Ergebnis der städtischen Intellektuellenkultur“. „Es bedurfte erst der Sicherheit der Städte, um das Gefühl romantischer Natursehnsucht zu empfinden.“ Diese Schwärmerei setzte einen Verlust voraus, den Verlust der natürlichen Umwelt.

Da der Verlust weiter empfunden wird, bleiben auch die romantische Sensibilität und Schwärmerei. So heisst es in einem Text von 1921: „Noch heute wirkt das Rauschen der Bäume tief auf das Gefühl des Volkes ein.“ Auch da mischen sich die Nationalisten ein und orten in der Wildnis der deutschen Wälder die Verjüngungskraft für das deutsche Volk. Der Nationalsozialismus entdeckt auch noch die rassische Überlegenheit des Waldvolkes. Schliesslich wirkt die deutsche Sensibilität für den Wald in der grossen Aufregung um das Waldsterben nach, das in Deutschland zur grossen Metapher der auf die Menschheit zukommenden Umweltkatastrophe wurde. In der Schweiz brauchte es den alpinen Hintergrund. Hier war die höchste Alarmstufe erreicht, als Bilder kranker Bannwälder über der Urner Autobahn verbreitet wurden.

Fremdbestimmte Maskeraden

Heute ist eine reiche ausgewählte Dokumentation zur Alpen- und Schweizbegeisterung greifbar in einer 1750seitigen Anthologie von Reiseberichten seit der Renaissance. Sie ist unter dem Titel „Le voyage en Suisse“²⁹ 1998 herausgekommen. In ihr tritt die Parallelität von Alpen- und Schweizmythos, von Alpen- und Schweizbegeisterung deutlich hervor. Aus den Texten von Reisenden, nicht von Einheimischen schöpfen die Deuter der Mythen reichlich. Die Kommentare der Herausgeber sind umsichtig. Sie schwanken manchmal zwischen differenziertem Abwägen und gelegentlich holzschnittartigen Einschüben. Das Erscheinungsjahr verführte die Herausgeber, mit einem „Avertissement“ zur damals laufenden Diskussion um die Rolle der Schweiz im

Zweiten Weltkrieg einen riskanten Link herzustellen. Darin findet sich folgender Satz: „Il se confirme aussi que les dirigeants suisses de l'époque, dans leur majorité, ont accepté un rôle ambigu.“ Das war ein hartes Urteil, das sich die beiden Historiker so beiläufig gestatteten. Aber es ist ein Indiz für die Schlagseite, die dem Mythendiskurs unserer Tage eignet.

Was der Zeitgeist aufzunehmen bereit ist, verraten knapp gefasste und zu überspitzten Konturen neigende Zeitungsartikel oft besser als die wissenschaftliche Originalliteratur. Vernehmen wir also, welche Schlüsse ein Rezensent aus dem oben genannten Band zieht. Zwei Elemente verschmelzen sich seines Erachtens im 18. Jahrhundert zum Schweiz- und Alpenmythos. Erstens hat sich die Schweiz, die im 17. Jahrhundert viele hugenottische Flüchtlinge aufgenommen hat, den Ruf als Refugium und Asylland für Verfolgte erworben. Zweitens haben Rousseau und seine Nachbeter die „grossartige Mischung von wilder Natur und menschlichem Fleiss“ der Alpenbevölkerung besungen. Waren die Schweizer so gute Menschen? Natürlich nicht. Erst recht – schreibt der Rezensent – als es „den bürgerlichen Eliten der Schweiz vor und während des Zweiten Weltkrieges immer schwerer fiel, neben dem politischen auch einen ideologischen Neutralitätskurs zu wahren, geriet die humanitäre Tradition zur Makulatur“. Die Schönheit der Landschaft wurde für die Schweizer zum Alibi. Eine neue Generation von Reisenden zögerte nicht, liest man, die Maske niederzureissen. Quintessenz: Der Mythos Schweiz fällt „dort wieder in sich zusammen, wo er entstanden ist, auf den Briefbögen und den Notizblöcken der berühmtesten Touristen des Landes.“

Antoine Chollet³⁰ greift in seinem Essay „La Suisse, nation felée“ („sur le nationalisme helvétique“) die Diskussion über das Alpen- und Schweizbild auf. Er glaubt nicht, dass die Schweiz, wo sich der Alltag der Bürger in den wirtschaftlichen Schwerpunkten abspielt, als Alpenland zu verstehen sei: „La Suisse n'est pas montagnarde et ne s'est jamais pensée ainsi avant l'offensive romantique qui a soudain

transfiguré la montagne pour en faire un environnement ami.“ Überhaupt: „L'<histoire suisse> n'existe pas“. Ein von so vielen Rissen durchzogenes Land könne keine eigentliche Nation mit einer richtigen Geschichte sein. „Pour la Suisse, cela signifie qu'il faut parvenir à se détacher de son histoire et de la mythologie qui lui est accolée, et s'autoriser à fabriquer un présent qui ne soit pas la pathétique tentative de reproduire ce que les manuels d'histoire nationale nous présentent comme était la Suisse.“

Auch wenn man mit Chollets Buch nicht einverstanden ist, liest man mit Interesse und Anteilnahme, wie ein junger Historiker mit zwei Themen ringt, die unserer Zeit problematisch geworden sind. Es sind das die Nation und die Geschichte. Mit beidem hat der Nationalsozialismus derart Schindluder getrieben, dass das Abendland mehr als ein halbes Jahrhundert danach noch zu keinem ausgewogenen Verhältnis zu seiner Vergangenheit und seiner Geschichte zurück gefunden hat. Nach einer Katastrophe, wie sie der Zweite Weltkrieg war, wird die Vorstellung von Kontinuität schwierig und erhalten auch die Begriffe „Anfang“ und „Ende“ eine andere Attraktivität, so dass der Titel „Ende der Geschichte“ einem Buch – mehr als sein Inhalt – Resonanz und Erfolg verschaffen konnte. Dessen Autor, Francis Fukuyama, trug in seinem wohl mehr zitierten als gelesenen Buch die These des Titels mit viel Wenn und Aber vor und er hielt sie dann auch nicht lange aufrecht..

Perfekte Bergsteiger – symbolische Berge (und umgekehrt)

Das 19. Jahrhundert hatte weniger Skrupel. Die Nation brauchte ein Jubiläum. Was tun? Man durchhaute den gordischen Knoten und erfand, nachdem die Alpen und die Schweiz schon erfunden waren, auch noch die Gründung der Eidgenossenschaft und legte diese auf das Jahr 1291 fest, das am besten ins Programm passte. Das christliche Abendland hat jahrhundertlange Erfahrung mit der Erfindung und Festle-

gung von Feier- und Festtagen. Vom Ende des zwanzigsten Jahrhunderts her erscheint das Ende des 19. Jahrhunderts als Zeit patriotischer Erfinderei – Alpenmythos, Schweizmythos, Nation, Bundesbrief, Bundesfeier – und wird suspekt und hinterfragt. Wie entwickeln sich Mythen? Hallers idealisierendes Alpengedicht dient den Forschern als besonders willkommener Ansatz ihrer Theorien. Von Haller wird der Bogen zu Rousseau und zur Romantik geschlagen, oft salopp und mit wenig Berücksichtigung des fundamentalen Stilwandels vom Barock zur Goethezeit. Aber auch Haller hatte Vorläufer. Es wird immer schwieriger, die Entdeckung oder Erfindung der Alpen zu datieren. Die Erfindung zieht sich durch die Jahrhunderte und entpuppt sich als „normale“ Entwicklung.

In einer jüngsten Publikation zum Wandel des Alpenbildes, die die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Die Eliten und die Berge; alpiner Diskurs und Gegendiskurs seit der Renaissance“³¹ vereinigt, schreibt Jon Mathieu über „Probleme der historischen Periodisierung“ bei der Alpenwahrnehmung. Er stellt „erstaunliche Divergenzen“ fest. Autoren aus der Literaturwissenschaft, der Philosophie und verwandten Disziplinen halten sich gerne an das zweiteilige Schema eines grundlegenden Wandels der Wahrnehmung im 18. Jahrhundert. Autoren aus dem Umfeld des Alpinismus und der Geographie verlegen eine erste Entdeckung der Alpen in die Renaissance vor allem des 16. Jahrhunderts (zum Beispiel der „Brief über die Bewunderung der Berge“, 1541, des Zürchers Konrad Gessner) und stellen nach einem Rückgang des Alpeninteresses im barocken 17. Jahrhundert eine erneute Alpenbegeisterung in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts fest.

Hatte man doch schon früher Augen für die Berge, dann doch wieder nicht, dann wieder? Erfindet, legt zur Seite, erfindet neu? Reizvoll habe ich eine Notiz des italienischsprachigen Graubündner Schriftstellers Remo Fasani³², der an der Neuenburger Universität lehrte, gefunden. Ein – berühmt gewordener – Brief, in dem Petrarca (1304–1374) seine Besteigung des Mont Ventoux (1336) schildert, hat den Dichter zu einer Art Urvater der Bergsteiger gemacht. Fasani hat den Brief noch-

mals genauer gelesen und kommt zum Schluss, dass kein Mensch, der einen Berg erklimmt, es so tut, wie es Petrarca beschreibt. Auch Dante (1265-1321) besteigt im IV. Gesang des Purgatorio einen Berg. Der Berg ist zwar weniger wirklich, aber die Beschreibung des Aufstiegs findet Fasani entschieden realistischer, moderner. Der eine Dichter besteigt als perfekter Alpinist einen symbolischen, der andere mit eher symbolischer Bergsteigerpraxis einen konkreten, auf jeder Landkarte identifizierbaren Berg. Das Verhältnis von Dichtung und Wahrheit, von Sinnbild und Realität ist immer schwierig und war es besonders auch im 18. Jahrhundert, in dem Albrecht von Haller die Alpen wieder erfunden haben soll.

Verneigung vor dem Matterhorn

Der Walliser Bernard Crettaz³³ hat ein schönes Buch zum Alpenbild geschrieben: „La Beauté du Reste“. Ich nehme es immer wieder gern zur Hand, weil ich nie so recht zu Rande komme damit. Ich glaube auch, dass es nicht ganz logisch ist. Crettaz stammt aus dem Val d'Anniviers und arbeitete als Kurator am Musée d'Ethnographie in Genf. Er vereint in sich das Herz des Berglers und den Esprit des urbanen Intellektuellen. Auch bei ihm werden die Alpen erfunden, sogar doppelt und vierfach. Er beschreibt, wie erstens Naturphilosophen, zweitens Bergsteiger, drittens Ausstellungsmacher (die das „Village Suisse“ an der Genfer Landesausstellung von 1896 konzipierten) und viertens Militärs die Alpen erfinden. Im Epilog reiht er Fragen aneinander, von denen er glaubt, dass sie ihm die Leser stellen:

*„...et alors, qu'y-a-t-il réellement à démontrer et à démonter? S'agit-il seulement de ton problème ou prétends-tu nous y inclure? Cela nous concerne-t-il?
...et alors, quelle est finalement ta visée? Déconstruire une visibilité, une réalisation, une matérialisation du rêve, du mythe, de l'utopie? Et cette utopie réalisée, si elle désigne correctement la Suisse, ne nous est-elle pas commune*

avec d'autres pays et alors, la complexité helvétique est-elle vraiment réductible à la démonstration? Qu'en est-il du fédéralisme, de la diversité, de la dissidence, de la rupture?

..et alors ...“

Dann ist die Rede von „déconstruction“, Befreiung, „revendication d'un passé plus vrai, plus réel“, von elementarem Staunen, Hinuntersteigen ins Heilige, Auskundschaften des Humanen. Das Buch endet mit Worten des Bergsteigers Guido Rey zum Matterhorn.

„Das Matterhorn, das noch vor kurzem das heissersehnte Ziel der edelsten Geister gewesen, das unendlichen Jammer und unendlichen Jubel sah, es geht dahin wie alles, was einst gross war. Die Ketten fallen, mit denen der Mensch es bezähmte; langsam bricht das alte Steinmal zu Trümmern, zerbröckelt, und in fernen Jahrhunderten wird man vielleicht an seinem Fusse stehen und zu dem letzten Rest des Berges aufsehen, der einsam noch aus der öden Schneebreite ragt, wie zu einem geheimnisvollen Menhir, das undeutbare Sinnbild eines alten Glaubens, von dem niemand mehr weiss.“³⁴

Auf dem verwickelten Reflexionsweg zum Matterhorn macht Crettaz auch einen Abstecher zum Gotthard, um den Beitrag der Militärs zum Alpenbild abzuhandeln. Im Zeichen von Rütli und Réduit habe sich die „Militarisierung unseres Alpen-Mythos“ vollzogen: Mythos „de notre éternel retour aux montagnes“. Crettaz' ziemlich komplexe Spekulation kann hier nicht ausgebreitet werden. Bemerkenswert ist hier, dass er die „Strasse der Völker“ nicht erwähnt, die dem Reduit erst die strategische Begründung lieferte. Crettaz ordnet den Gotthard als Festung und Wasserschloss – im Grunde als Berg, was dieser eigentlich nicht ist – in sein Alpenkonstrukt ein. Das fundamentale Missverständnis im „Alpendiskurs“ besteht darin, dass nur die Berge, aber nicht die Pässe gesehen werden. Wenn wir in Zermatt vor dem einzigartigen Matterhorn stehen, verliert sich unser Geist in ihm wie in einem Mandala. Auf dem

Gotthard enteilen die Gedanken in die Ferne, ein Teil nach Süden, ein Teil nach Norden. Das Matterhorn und der Gotthard stehen für zwei verschiedene Alpenbilder, die Westschweiz neigt eher zum ersteren, das zweite bestimmt die „Gotthardschweiz“.

Alpenföderalismus – auch ein Mythos?

Während sich die Forschung mit der Erfindung und der Unteransicht der Alpen befasste, fanden 1973 in Mailand und 1985 in Lugano grosse Alpensymposien statt, beide mit dem Titel „Le Alpi e l'Europa“³⁵. Beide wurden nördlich des Gotthards kaum wahrgenommen. Einer der Hauptinitiatoren war Piero Bassetti, damals Präsident der Region Lombardei und Mitgründer der ArgeAlp. Im Einleitungsreferat zum zweiten Symposium variierte er den Titel der Veranstaltung und sprach von „Le Alpi per l'Europa. Una proposta politica“. Worum ging es ihm? Er sagte: „Die europäische Geschichte lehrt uns, dass sich in den Alpen in der Vergangenheit die interessantesten und aktuellsten föderativen und plurinationalen Modelle für ein freies und zur eigenen Verteidigung fähiges Europa entwickelt haben.“ Bassetti meinte damit das habsburgische und das eidgenössische Modell. Auch er malte ein mythisches Bild der Alpen, aber kein idyllisches von ehrlichen und waghalsigen Heuern. Er stellte den Alpenraum vor mit „seinem Reichtum an Spannungen, Öffnungen, Beziehungen, wahrhaft das Herz Europas“.

Dieses Herz war weder abgeschirmt noch statisch. Transumanza, Einwanderung und Auswanderung, Flucht, Warenaustausch und Austausch der Gedanken waren Elemente alpiner Dynamik. An den Rändern hatten sich die Alpenfussstädte gebildet, an denen das alpine Verkehrsnetz festgemacht war. Bassetti erkannte eine besondere Weitsicht der Urkantone darin, dass sie sich so rasch mit Luzern, Zürich und Bern zusammentaten.

Mir scheint, dass das föderative Herz in den Alpen, von dem Bassetti träumte, nur noch müde pulsiert. Europa wird heute an vielen Orten entwickelt, aber nicht in den Alpen. Allerdings bildet der Alpenraum keine Einheit, auch wenn die Alpwirtschaft eine in mancher Hinsicht über den Alpenbogen hin verwandte Kultur hervorgebracht hat. Der grossräumige imperiale Föderalismus der Donaumonarchie und der von unten her gewachsene, kleingliedrige eidgenössische Föderalismus sind grundverschieden. Die Kohäsion ist dem Alpenkamm entlang bescheiden. Die Wanderung der sich von Westen nach Osten ausbreitenden Walser war eine Ausnahmeerscheinung. In der Regel haben sich politische Strukturen den wichtigen Verkehrswegen, den Alpentransversalen, entlang gebildet. Das Tessin ist auf die Nord-Süd-Linie festgelegt; es interessiert sich weder für Domodossola noch für Chiavenna. Erst in der Poebene blicken die Städte in allen Richtungen.

In den italienischen Provinzen und französischen Departementen des Alpenraums mangelt es nicht an föderalistischen Reflexen. Da regte sich in den vergangenen Jahrzehnten oft die Hoffnung, dass grenzüberschreitende Kooperation Distanz zur Zentralregierung schaffen und mehr Handlungsspielraum öffnen könnte. Oft rechneten wohl Nachbarregionen damit, dass ihnen Schweizer Kantone in Paris oder Rom als Vorbilder dienen könnten. Mit mehr Sensibilität und Engagement hätten die Schweizer Chancen gehabt, föderalistisch über die Grenzen wirken zu können. Sie haben sich aber lieber damit begnügt, sich von ausländischen Besuchern, die in billiger *captatio benevolentiae* das eidgenössische System als Modell für Europa rühmen, den Bauch pinseln zu lassen.

Aufbruch zur Metropole (Zürich)

Wenn ich nach Zürich zurückkehre, so berührt und rührt mich jedesmal, wie kleinstädtisch der Kern der grössten Schweizer Stadt wirkt. Genf und Basel sind urbaner. Die Rhoneufer sind „städtisch“ überbaut. Das Basler Münster thront hoch über den zirkulierenden Lastkähnen. An der Limmat drängt sich die Altstadt eng zusammen. Gewiss steht das Grossmünster einigermaßen prominent und leicht erhöht über der Limmat. Es ist gerade ausreichend dimensioniert, um mit seinen von biedermeierlichen Helmen bedeckten Doppeltürmen als Wahrzeichen der Stadt zu dienen. Das bescheidener auftretende, feingliedrige Fraumünster auf dem gegenüberliegenden Ufer hat nur noch einen Turm; der nördliche wurde ihm einst gestutzt. In der Limmat duckt sich die Wasserkirche, hinter deren Chor recht diskret das Zwingli-Denkmal steht; der Reformator drückt mit der rechten Hand die Bibel ans Herz, hält in der Linken das mächtige Schwert und blickt selbstbewusst gegen Rom. Auf einem wuchtigeren Sockel sitzt Hans Waldmann vor dem Fraumünster hoch zu Ross, mit stolz erhobenem Haupt, um das die Zürcher den Bürgermeister und Heerführer, der in den Burgunderkriegen eine entscheidende Rolle spielte, 1489 kürzer gemacht haben. Die Heiligen Felix, Regula und Exuperantius, die für ihren Glauben enthauptet wurden, tragen auf dem Stadtsiegel in alle Ewigkeit, mit nichts über dem Hals, ihre Köpfe auf den Armen, wie Wickelkinder, auf die sie doch nicht liebevoll hinabschauen können. Es wäre einmal eine Geschichte der Zürcher Köpfe zu schreiben.

Mit dem riesigen Zifferblatt erhebt sich der breite Turm von Sankt Peter über die Altstadtdächer. Wenig limmatabwärts steht rechts im Fluss das Rathaus, stolzer Barock- oder Renaissancebau, aber durchaus die Proportionen der Zunfthäuser respektierend. Unterhalb der Rat-

hausbrücke setzt sich die Kleinmassstäblichkeit in den Schipfgehäusern und allerlei Bauten unter dem Lindenhof fort. In diesem Flussraum klopft dem Zürcher das Herz und wohnt die Seele der Stadt. Feine Ohren hören im Geflüster des gezähmten Flusses die Stimmen der Rats Herren und tätigen Bürger und das unergründliche Gespräch der Altstadtkirchen, wie es feine Sinne braucht, um Gottfried Kellers „unbegreiflich feine und sichere Schilderung gemischter Zustände“ (Hofmannsthal) zu schätzen.

Die modernere Quaibrücke, unter der die Limmat den See verlässt, gehört nicht zur Altstadt. Auf ihr zu stehen weckt aber sehr zürcherische Gefühle, denn von ihr aus sieht man flussabwärts die beiden Münster und über dem See, bei Föhn ganz nah, die Alpenkette mit Glärnisch und Vrenelisgärtli. Wie diese Brücke, über die immer noch blaue Tramzüge beinahe lieblich verkehren, gehört auch die über dem alten Fröschengraben entstandene Bahnhofstrasse zum ersten Ring, den die wachsende Stadt um sich gelegt hat. Oberhalb der Mitte der noblen Geschäftsstrasse umrahmen das noble Hotel Baur en Ville, die noble Confiserie Sprüngli und zwei hochnoblen Banken den Paradeplatz, auf dem – so gemütlich eng, wie er ist – gewiss nie eine Parade stattfinden konnte. Unterhalb der Brun-Brücke stehen die Amtshäuser, Zeugnisse des Ausbruchs aus der Enge der Altstadt. Sie sind ein Beispiel dafür, dass die Zürcher klug genug sind, nicht alles auszuführen, was sie planen, sonst wäre das viel weiter konzipierte Verwaltungsquartier brutal in die alte Substanz des Lindenhofquartiers eingebrochen. Ähnlich Mass gehalten wurde bei den beiden nur halb so gross wie geplant ausgeführten Hochschulen über dem Hirschengraben, so dass es bei einem harmonischen und doch selbstbewussten Ensemble geblieben ist.

Inzwischen ist die Stadt über die Hochschulen hinweg dem Zürichberg empor geklettert. Sie breitete sich nach allen Seiten aus, dem Fuss des Üetliberg entgegen, das Limmattal hinab, hinauf nach Oerlikon und hinüber ins Glattal. Rundherum gibt es nun Stadt, auch wo die Stadt selbst gar nicht mehr ist. Städtisch ist es nun bis Spreitenbach und Baden, es gibt keine Verschnaufpause auf dem Weg zum Flughafen Klo-

ten, der nun Unique Airport heisst, und vom Schiff aus sieht man bis Rapperswil wohl keine hundert Meter grünes, ländliches Ufer. So ist die Stadt Pestalozzis, Johanna Spyris und Max Frischs – um zwei Männer und ein Frau zu nennen, die ihre Köpfe behalten durften – eben zur Metropole nach Schweizer Art geworden.

Blüte- und Umbruchszeiten

Die Stadt Zürich musste sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder den neuen Gegebenheiten anpassen, sich im Innern neu strukturieren und organisieren und ihre Stellung im weiteren Umfeld überdenken und neu finden. Ab 1300 näherte sich Zürich der langsam entstehenden Eidgenossenschaft und gestaltet sie seither mit. Die Stadt musste ihr Verhältnis zur Landschaft und zum Kanton immer wieder neu definieren und regeln. Man glaubt Blütezeiten und Umbruchsphasen zu erkennen. Um 1300 herum entstand in Zürich die Manessische Handschrift, die prächtige und wichtigste Sammlung mittelhochdeutscher Lyrik, Zeugnis einer strahlenden Zeit. Im 18. Jahrhundert sprach man rühmend vom Limmatathen. Bruns kraftvoll durchgesetzte Zunftverfassung von 1336 und die Reformation von 1519 hingegen markieren tief greifende Umbrüche. Im 19. Jahrhundert wurde das Wachstum immer fulminanter. Zuerst sprengte die Stadt den Mauerring und dann zweimal mit Eingemeindungen ihre Grenzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt zum Zentrum einer stürmisch expandierenden Agglomeration, die heute das Gleichgewicht des Landes durcheinander zu bringen droht.

Bevor wir einen Blick auf die letzte Umbruchszeit werfen, seien hier einige Gedanken eingeflochten, die im Rückblick auf das ausklingende 18. Jahrhundert formuliert wurden, das Zürich eine so erstaunliche Blüte – vor allem des literarischen Lebens – beschert hat. Johann Jacob Bodmer, Johann Jacob Breitinger, Salomon Gessner, Johann Caspar

Lavater waren Namen, die weit ausstrahlten und Dichter wie Klopstock und Goethe an die Limmat lockten. Max Wehrli³⁶ (1909-1998), Professor für deutsche Literatur an der Zürcher Universität, hat einen Sammelband von Texten dieser Schriftsteller herausgegeben. Im Vorwort hat mich immer ein Satz als treffliche Charakterisierung der Stadt Zürich fasziniert. Er lautet:

„Es ist kein Zweifel: Zürich war im Begriff, sich zu übertun, wie es sich mit seinem beweglichen, aufs Weite gerichteten Geiste auch früher schon, zu Zwinglis Zeiten, übernommen hatte. War nicht auch Bodmers Versuch, ästhetisches, moralisches und politisches, schweizerisches und europäisches, vergangenes und gegenwärtiges Leben derart als Eines und Ganzes zu verwirklichen, schon an sich eine Vermessenheit oder zum mindesten voreilig?“

Mit der Subtilität, die ihm eigen war, verfolgte Wehrli die Fäden im bunten Teppich, in denen sich der Niedergang ankündigt. Ohne hier den weiteren Zusammenhang zu berücksichtigen, zitieren wir einige Stellen, die Allgemeingültiges aussagen:

„Zunächst bedeckt der äussere Ruhm der Stadt die innere Schwächung. Erst aus der Rückschau wird deutlich, wie sich der geistige Gehalt und der echte Wille immer mehr zurückzogen aus der Fassade der Worte, wie es auch hier eine gewisse Wortinflation und zunehmende Rhetorisierung der Sprache war, die als Zeichen des Niedergangs erschien.(...)“

So traf denn, als von Europa, von Frankreich her die Revolution hereinbrach und die fremden Armeen, die Katastrophe nur auf zwiespältige und gelähmte Geister.“

Aber Zürich hatte „noch einen letzten grossen Mann in Bereitschaft“. Mit diesen Worten kommt Wehrli auf Pestalozzi zu sprechen:

„Pestalozzi hat den dunkeln Hintergrund aufgetan, der bis dahin verdeckt war von der Heiterkeit des Zürcher Gesellschaftslebens, aber doch vielleicht dieses

mitermöglichen half: die Not, das wirtschaftliche und moralische Elend des Volkes. In den Tagen des Unterganges war es Pestalozzi, der nicht zurückblickte in die entschwundene Herrlichkeit, der nicht „Genügsamkeit im Gärtchen zog“, sondern aus vollem Herzen in Stans Vater der Waisen wurde, deren heldenhafte Väter oder gar Mütter im Kampf gegen die hereinbrechenden Franzosen gefallen waren.“

1973: die Wende

Die Stadt Zürich hat sich im letzten halben Jahrhundert erneut tiefgreifend gewandelt. Sie ist nicht im landläufigen Sinn „grösser“ geworden; die Bevölkerung hat nicht zugenommen, sondern um einen Viertel abgenommen. Aber die Stadt ist zum Zentrum einer wachsenden Agglomeration und zur Hauptstadt eines Kantons geworden, dessen Einwohnerzahl sich zwischen 1950 und 2000 von 777 000 auf 1 248 000 erhöht hat.

Meine lokaljournalistische Tätigkeit in Zürich – von 1970 bis 1984 – fiel ungefähr in die Mitte dieser zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Die siebziger Jahre kamen mir als eine Umbruchsphase vor. Das Startzeichen setzte 1973 die Abstimmung über die grosse Regionalverkehrsvorlage, die den Bau einer U- und einer S-Bahn vorsah. Das Volk sagte mit aller Deutlichkeit Nein. Zehn Jahre Planungsarbeit waren vertan. Eine ebenso lange Orientierungskrise folgte, die in den Krawallen der „Achtzigerbewegung“ gipfelte.

1973 war nicht irgendein Jahr. Die 68er waren voll im Saft. Ein Jahr zuvor hatte der Club of Rome seinen dramatischen Bericht zur „Lage der Menschheit“ veröffentlicht: „Die Grenzen des Wachstums“. Die erste Nachkriegsgeneration trat an, inspiriert von Gross- oder Urgrossvätern: Herbert Marcuse („Der eindimensionale Mensch“, 1964) kam im vorangegangenen Jahrhundert (1898) zur Welt. Der Traum von der

„autogerechten Stadt“ hatte zu vollgestopften Strassen und Plätzen geführt. Über der Sihl war eine Stadtautobahn auf mächtigen Säulen im Bau.

Sonnenschein, Wetterleuchten, Donnerwetter

Zu Beginn des Jahrzehnts schien noch die Sonne. Der im Frühling glänzend im Amt bestätigte Stadtpräsident Sigmund Widmer verlas im August 1970 die von Zuversicht getragene erste „Standortbestimmung“, eine vom Parlament neu verlangte Grundsatzerklärung, welche die Exekutive fortan alle zwei Jahre abgeben sollte.

«Bei einem Blick auf die derzeitige Lage der Stadt darf mit Befriedigung festgestellt werden, dass wir über ein wohlorganisiertes und im ganzen blühendes Gemeinwesen verfügen. Im Rahmen der Schweiz nimmt die Stadt Zürich in vieler Hinsicht eine führende Stellung ein. Sowohl auf wirtschaftlich-finanziellem wie auf kulturellem Gebiet gehen von Zürich Wirkungen aus, die sogar beträchtlich über die Grenzen unseres Landes hinausreichen.»

Die Standortbestimmung war aus dem gelassenen Selbstbewusstsein einer Stadt heraus verfasst, die sich aussichtsreich im Wettbewerb mit den grössten oder wenigstens den zweitgrössten Zentren Europas sah. Die Probleme (rückläufige Einwohnerzahl, Wandel der Bevölkerungsstruktur, Verhältnis zwischen Region und Stadt, Verkehr) wurden nicht in gedrückter Stimmung eingestanden, sondern mit ruhiger – oder doch etwas forciertes? – Selbstverständlichkeit als Aufgaben formuliert, die gelöst werden müssen und können. Auch die 68er Unruhen waren bis an die Limmat geschwappt. Die Krawalle wurden zwar als unangenehme Störung empfunden, aber aus dem Gleichgewicht konnten sie die Stadtväter nicht bringen. Die Lösung? Man musste das Jugendproblem einfach wissenschaftlich analysieren lassen. Die Stadt konnte sich alles leisten. Im Frühling hatte der Finanzvorstand den besten Rechnungs-

abschluss der Stadt Zürich vorgelegt, die nun schuldenfrei dastand. Im gleichen Jahr stellte die Stadt ihr bisher grösstes Bauwerk, das Stadtspital Triemli, vor. Eine Revision der Gemeindeordnung verzehnfachte die Finanzkompetenzen der Behörden. Das Instrumentarium für grosse Aufgaben war zurechtgelegt. Im Sommer lud der Stadtrat sein Parlament ins Kongresshaus ein, um ihm das Strassenbauprogramm für das angebrochene Jahrzehnt mit Dias zu erläutern: Es sah Ausgaben in der Grössenordnung von 800 Millionen Franken vor. Da waren schön säuberlich das Expresstrassen-Ypsilon, ein Seetunnel und ein Cityring eingetragen, Projekte, von denen keines realisiert wurde.

Es grollte im Untergrund, offiziell kaum gehört, erst recht nicht ernst genommen. Amtliche Planung und alternative Ideen gingen ziemlich unvermischt nebeneinander her. Zu unterschiedlich waren Geist und Sprache. Die Planung hatte sich zu einem komplexen System von Prognosen, Konzepten und Projekten verfestigt. In den Amtshäusern gab es keine Antennen mehr für ungewohnte und unorthodoxe Töne. Die oppositionellen Planer hingegen improvisierten von keinen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten belastet und propagierten ihre Ideen in munterer und unkonventioneller Form. Beliebt waren die „Lavinenverbauungen“ gegen den Pendlerverkehr. In einer Ausstellung „Zürich plant – plant Zürich?“ standen reihenweise Grabsteine, die an dem Verkehr geopfert Bauten erinnerten. Mitscherlichs „Unwirtlichkeit der Städte“ war allgegenwärtig. Der Redaktor der sozialistischen „AZ“ rief den Münchner Oberbürgermeister Vogel herbei und inszenierte mit ihm den „Appell von Zürich“, der da lautete: „Rettet die Städte!“ Zürcher Künstler sorgten sich um ihre „eigene Existenz in einer Stadt, die ihrer Menschlichkeit verlustig geht“. Als eine Alternative anderer Art zog 1971 die Nationale Aktion, Kampftrupp gegen die wachsende Ausländerpräsenz, ins kantonale Parlament. Und schliesslich stiegen noch dunkle Wolken auf, die nicht alternativer Herkunft waren: 1972 verzeichnete die Stadt Zürich – im puren Gegensatz zu 1970 – ih-

ren schlechtesten Rechnungsabschluss mit massiv zurückgekehrter Verschuldung.

Ein Kartenhaus stürzt ein

In solcher Stimmung verwarf das Volk am 20. Mai 1973 die Untergrundbahn. Das wohl austarierte Planungsgebäude stürzte ein wie ein Kartenhaus. Die Wirkung war enorm. Auf allen Ebenen wurden hängige Projekte gestoppt. Es wurde zur Neuorientierung geblasen. Der Gemeinderat wies Vorlagen für einen neuen Bebauungsplan und den Umbau des Heimplatzes (wo sich das Schauspielhaus und das Kunsthaus befinden) zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück; beide Vorlagen hatten vorberatende Kommissionen seit Jahren beschäftigt. Ehrgeizige Projekte für ein neues Schauspielhaus und eine neue Oper wurden aufgegeben. Man schritt zur Renovierung der bestehenden Gebäude. Ein Jahr später verwarf das Volk die 42-Millionen-Vorlage für ein neues Jugendhaus und den Projektierungskredit für eine neue Quaibrücke. Überall „Nein“! Als flankierende Massnahme zum Projekt einer Untergrundbahn hatte der Stadtpräsident ein „Büro für Entwicklungscoordination“ installiert und einen Hamburger Professor, Harald Jürgensen, mit einem Gutachten zur Stadtentwicklung beauftragt. Das Gutachten war ein Paradebeispiel für den Glauben an die Berechenbarkeit und Steuerbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen. Auf Grund raffinierter Analysen urbaner Qualität und Attraktivität berechnete die Expertengruppe den Gesamtnutzen von Stadtentwicklungsvarianten. Der Gutachter lieferte seinen Bericht knapp vor der U-Bahn-Abstimmung ab. Nach dem Volksverdict ergänzten die Experten ihr Gutachten mit „Stabilisierungsvarianten“...

Es musste noch mit der Planungseuphorie abgerechnet werden. Ein Sündenbock musste her. Der Blitz der Politiker traf den Stadttingenieur, der in Erwartung der riesigen U-Bahn-Bauten auf eine computerisierte

Erfassung von Kataster- und Leitungsplänen gedrängt hatte. Er war eine jener Persönlichkeiten, die in grossen Dimensionen denken und überzeugen können. Er überschätzte – wie viele in der Frühzeit der angewandten Informatik – das Entwicklungstempo und konnte sich wohl gar nicht vorstellen, dass sich seine Visionen nicht erfüllten. Nun, da es anders herausgekommen war, musste er sich gegen den Vorwurf wehren, Steuergeld verschleudert zu haben. Das Stadtparlament setzte eine Untersuchungskommission ein, die auch noch eine Urkundenfälschung entdeckte, die sich später nicht bestätigte. Die Untersuchung entwickelte eine enorme Eigendynamik. Geheimhaltungspflicht und gezielte Verdächtigungen, Misstrauen und endlose Prozedurstreitigkeiten brachten die Stadträte und ihre Abteilungen, die Exekutive und das Parlament, die Fraktionen und die Parteien hintereinander. Es ist kaum vorstellbar, in welchem Ausmass eine vermeintliche Eiterbeule (die Untersuchung ging aus wie das Hornberger Schiessen) die Atmosphäre vergiften, Energien binden und das politische Leben lähmen kann. Seit dieser Erfahrung bin ich zutiefst überzeugt, dass Politiker sich für solche Untersuchungen nicht eignen. Wer sich zum Schwatzen berufen fühlt und immer die nächsten Wahlen im Kopf hat, hat zu viel Mühe mit einem neutralen Standpunkt. Keine der parlamentarischen Untersuchungen, mit denen sich andere, auch „höhere“ Parlamente beauftragten, hat mich von dieser Überzeugung abbringen können.

Turbulenzen und Chaoten

Ohne ursächlichen Zusammenhang fiel das planungspolitische Fiasko mit Instabilität der Parteien zusammen. Plötzlich brannte es an allen Ecken. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre forderte ein Generationenwechsel die Freisinnigen heraus. 1966 trat Stadtpräsident Emil Landolt, 1970 Polizeivorstand Sieber zurück; beide hatten dem Gremium 24 Jahre lang (!) angehört. Beide wurden in ordentlichen Wahlen ohne übertriebene Aufregung aus der eigenen Partei ersetzt, nur das

Präsidium ging an Sigmund Widmer vom Landesring der Unabhängigen über. Dann aber war es mit der Kontinuität aus. Einer der beiden freisinnigen Stadträte trat 1971 überraschend zurück (und wechselte in eine Bank). Die Partei verlor den Sitz. Sie eroberte ihn nach vier Jahren zurück. Die neu gewählte Stadträtin verwickelte sich mit einem Chefarzt in eine Fehde, die sie verlor. Nach vier Jahren wurde sie nicht wiedergewählt.

Den Sozialisten setzten in dieser Zeit Richtungskämpfe zu, die direkter mit der Stadtplanung zusammen hingen. Die damals in anderen Schweizer Städten wieder erstarkenden alten oder neu gegründeten Parteien der extreme Linken (die Partei der Arbeit und die Progressiven Organisationen) blieben in Zürich marginal. Die ideologischen Auseinandersetzungen wurden innerhalb der Sozialistischen Partei ausgetragen. Der linke Flügel versauerte den mehr einer traditionellen Sozialdemokratie verpflichteten Stadträten das Leben. 1982 wurden diese von der Partei nicht mehr nominiert, aber als Vertreter der Gewerkschaften in die Stadtexekutive gewählt. Die Kandidaten der Partei blieben auf der Strecke. Die SP war damit im Stadtrat nicht mehr vertreten.

Aufräumarbeit nach dem Debakel der U-Bahn-Vorlage, politische Abrechnung mit der Machbarkeitseuphorie, Instabilität in der Stadtexekutive – das reichte für ein Krisenjahrzehnt. 1980 kam das Hauptspektakel. Es war damals üblich, dass dem Konzert zur Eröffnung der „Juni-Festspiele“ ein Empfang im „Muraltengut“ – einer schönen Villa mit hübschem Rosengarten – folgte. Während sich dort Zürichs „Elite“ vergnügte, fast wie einst der Wiener Kongress tanzte, wenn auch gewiss etwas sparsamer, fand am Bellevue eine Kundgebung gegen den Kredit für die Renovierung des Opernhauses und für mehr alternative Kultur statt. Sie artete in eine Konfrontation mit der Polizei und wilde Krawalle aus. Diese Nacht war der Auftakt zu einem Krawallsommer, der den Zürchern fast so viel Ärger bescherte wie seinerzeit die uner-

wartete Rückkehr Napoleons Europa. Die „Jugendbewegung“ fand bald in der „Verweigerung“ ihre Philosophie und in sarkastischem Schalk ihren Stil. So sprachlos sich die „Bewegung“ aus Berechnung gab, so sprachlos waren die Behörden angesichts der „totalen Ironie“. Beispielhaft war der legendär gewordene „Herr Müller“, das Mitglied der Jugendbewegung, das an einem „Runden Tisch“ des Fernsehens als rechtsbürgerlicher Hardliner auftrat und das Gespräch zu einem Kabarettstück umfunktionierte, dem die Politiker mit ihrer Rhetorik nicht gewachsen waren. Auf ähnliche Weise wurde das liberale Motto „Mehr Freiheit, weniger Staat“ mit dem Slogan „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ ad absurdum geführt.

Zwiespältiges

Der Krawallsommer liegt schon so weit zurück, dass bereits ein Vierteljahrhundert-Jubiläum gefeiert werden konnte. Was man aus diesem Anlass zu lesen bekam, tendierte sehr zur Idealisierung und Verklärung der „Bewegung“. Diese habe in einem verstockten Zürich den Anstoss zu jenem lebhaften und vielfältigen Kulturleben gegeben, dessen sich heute die Stadt erfreut. Lag ich nicht heillos schief, als ich meinen ersten Kommentar unter dem Titel „Nicht unter dem Druck der Gewalt...“ schrieb? Ich streue mir keine Asche aufs Haupt. Gewalt schreckte mich auf, auch wenn nur Pflastersteine flogen und keine Schüsse fielen, und ängstigt mich noch heute. Der Stadtrat lud im „bewegten Jahr“ die damals siebzigjährige Philosophin Jeanne Hersch (Universität Genf) an die Jungbürgerfeier ein. Die Veranstaltung wurde zu einem „Lärmduell“, in dem die Verstärkeranlagen der Organisatoren mit den „Spässen“ protestierender Jugendlicher um die Oberherrschaft kämpften. Jeanne Hersch kommentierte: „Wo die menschliche Stimme, die an sich schwach ist, vom Lärm überdeckt wird, ist man nicht mehr in einer Demokratie.“ Es wär alles viel einfacher, wenn wir genauer wüssten, wie viel Ernst und wie viel Spass eine Demokratie braucht und erträgt.

Die „Bewegung“ und ihre Manifestationen hatten mancherlei Facetten. Verweigerung, Chaos und Spiel gehören seit je zum Jugendprotest. Zwiespältige und schillernde Bilder, in denen sich dunkle und bunte Töne mischen, sind mir in Erinnerung. Lebhaft gegenwärtig ist mir die Belagerung des Rathauses. Aus den Fenstern des Foyers genoss man den guten Ausblick auf das Limmatquai. Man sah, wie vom Bahnhof her die Polizei mit einer nicht sehr langen, aber doch imposanten Fahrzeugkolonne inklusive Wasserwerfer anrückte. Zwischen Rathaus und Helmhaus rüsteten sich Demonstranten mit Tischen, Stühlen und Kehrichtcontainern der Zunftwirtschaften aus; unter ihnen tummelten sich fast ebenso viele Schaulustige und Beobachter: Reporter, Fotografen, Lokalpolitiker, Sozialarbeiter, Gassenarbeiter, Jugendarbeiter... Das ganze machte halb einen mässig bedrohlichen, halb einen kleinstädtisch-idyllischen Eindruck.

Noch seltsamer wirkte es jeweils auf mich, wenn in Erwartung der üblichen Wochenendausschreitungen die Geschäftsleute in der Altstadt die Schaufenster verrammelten und die Hammerschläge durch die Gassen hallten, als gäbe es wieder Schuhmacher. Ich vergesse allerdings auch nicht, wie viel Hass oft in den Blicken versessener Jugendlicher und Polizisten liegen konnte, und wie rasch dem einen oder andern ein Fusstritt versetzt war. Andererseits bildeten sich die verschiedensten Gruppen und Grüppchen guten Willens, die die Bürgerschaft und ihre Jugend zu versöhnen hofften. Manchmal kam es mir vor, als habe die ausgebrochene Unruhe wieder Leben in das steril gewordene Stadtzentrum gebracht. Die achtziger Ereignisse fielen in die Jahre, in denen die Innenstädte wieder entdeckt wurden.

Waren die Unruhen Ausdruck eines Wandels oder Katalysator? Warte hinter den Barrikaden schon die Idylle, wie in Beethovens „Pastorale“ dem wilden Gewitter die zarten Töne der beruhigten Schöpfung folgen? Die Stadtpolitik war noch mit der Jugendszene beschäftigt, als das Stimmvolk 1981 das Startzeichen zum Aufbau eines modernen Nahver-

kehrnetzes gab. Die Periode purer Ablehnung war abgelaufen. Ein kantonaler Kredit von 523 Millionen Franken für den Bau des Museumsbahnhofs und des Zürichbergtunnels (Rückgrat des S-Bahn-Netzes) wurde von 73,7 Prozent der Stimmenden gutgeheissen. Kurz darauf gaben die Stimmbürger grünes Licht für den Bau der Verlängerung der Sihltalbahn bis zum Hauptbahnhof. Vor den Wahlen von 1982 verteilten die Freisinnigen Krokuszwiebeln. Die Botschaft lautete: Nach den Pflastersteinen soll Zürich wieder blühen! Die bürgerlichen Parteien konnten einen klaren Wahlsieg feiern. Hatte die neue Zeit begonnen? Fügten sich Planungsfiasco, sieben Jahre politische Orientierungslosigkeit mit abschliessendem Chaos auf der Strasse und politisches Frühlingserwachen zum „Dreischritt“ eines ordentlichen Umbruchs?

Periodisierung à la carte

Man kann die Perioden auch anders ansetzen. Im abschliessenden Band der Zürcher Kulturgeschichte von Sigmund Widmer³⁷ (mit „Weltstadt und Kleinstadt“ überschrieben) steht die Randglosse „Wendepunkt der allgemeinen Entwicklung“ neben den Ereignissen der frühen sechziger Jahre. Es verdiene, schrieb Widmer, vermerkt zu werden, dass Zürich 1962 „das Maximum seiner Einwohnerzahl erreichte, den niedrigsten Steuerfuss beschloss, die Partei der Arbeit aus dem Parlament verschwand (das heisst die Kalter-Krieg-Stimmung den Höhepunkt erreichte) und sich (...) der Wendepunkt von der Wachstumsfreude zur Angst vor zu rascher Entwicklung abzeichnete“. Von Amerika her schwappte die Halbstarckenbewegung über den Atlantik. Die Schweizer begannen, sich der Probleme einer andauernden Hochkonjunktur bewusst zu werden. Die Teuerung beunruhigte die Bürger. Es wurde nach Konjunkturdämpfung gerufen. Am 1. April 1962 verwarfen die Stadtzürcher Stimmberechtigten das Kreditbegehren (544 Millionen Franken) für den Bau einer Tiefbahn mit 53 893 Nein gegen 34 307 Ja; die Vorlage hatte vorgesehen, in der Innenstadt das Tram unter die Stras-

sen zu verlegen, was den einen zu weit und den andern zuwenig weit ging. Begann der Umbruch – das Misstrauen in Konjunktur und Wachstum – in Wahrheit ein Jahrzehnt vor 1973? Die Ablehnung einer grossen Vorlage als Vorspiel der Ablehnung einer noch grösseren?

Ein früherer Anfang, ein späteres Ende des Umbruchs? Die von den Zürcher Freisinnigen 1982 angestimmte Krokuszeit dauerte nicht lange. Vier Jahre später folgte im Stadtrat der bürgerlichen Mehrheit eine linke, allerdings nicht sehr kompakte. Die temperamentvolle Ursula Koch zog ein und wurde als Vorsteherin des Bauamtes das absolute Schreckgespenst der Bürgerlichen, die in ihr eine „Bauverhinderin“ ersten Ranges sahen; sie war aber auch den bestandenen gewerkschaftlichen Stadträten nicht geheuer. Der eigentliche Rutsch nach links kam 1990. Nun stellte die SP den Stadtpräsidenten und zwei Stadträte; dazu kamen noch zwei „Altgenossen“ der Gewerkschaften. Addiert machte das ein „rotes Zürich“. Nochmals vier Jahre später stellten die Freisinnigen zum ersten Mal seit den dreissiger Jahren wieder drei Stadträte (1998 erneut nur zwei, 2002 wieder drei...) Aber unruhig verändernde Zusammensetzung des Stadtrates ist kaum mehr Ausdruck von Umbruch.

Die politischen Gepflogenheiten haben sich gewandelt. Mitte der neunziger Jahre fingen Sozialisten und Freisinnige an, von „Koalition der Vernunft“ zu reden und fanden sowohl in der Bau- als auch in der Drogenpolitik einigermassen den Rank. Endlich wurde die offene Drogenzene geräumt. Das war vielleicht das markanteste Zeichen, dass etwas geändert hatte. Und das Opernhaus wurde unter Obhut des Kantons, der den ehemaligen sozialistischen Stadtpräsidenten Josef Estermann als Verwaltungsratspräsidenten einsetzte, elitärer denn je!

Von der stillen Kontinuität

Wie tief reichten eigentlich Krise und Umbruch? Fand nicht unter einer unruhigen Oberfläche still und kontinuierlich die Neuorientierung der Stadtentwicklung statt? Während sich Polizisten und Krawallanten prügeln und die Politiker Krisentheater vorführten, liefen die Räder der Verwaltung und der Wirtschaft weiter. Die Zürcher gingen ins Kino, hegten die Geranien auf dem Balkon und verreisten in die Ferien. Die meisten Jugendlichen absolvierten Berufslehren und drückten die Schulbank. An Stelle der abgelehnten U-Bahn wurde nicht nur am S-Bahn-Projekt und am regionalen Verkehrsverbund weiter gearbeitet, sondern auch eine alternative Verkehrspolitik der kleinen Massnahmen entwickelt. Die Stadt Zürich profitierte von der Weisheit der Generation, die nach Kriegsende das Tramnetz nicht abmontierte, wie es in der Autoeuphorie in den meisten Städten geschah. 1971 – noch vor der U-Bahn-Abstimmung – liess das Stadtplanungsamt auf der Tramlinie 10 die Störungen des Trambetriebs durch den Individualverkehr untersuchen. Das war der Auftakt zur Verflüssigung des öffentlichen Verkehrs. Dem Individualverkehr wurden dafür die „Aeschbacher Schwellen“ (nach dem Stadtrat, der diese Schikanen förderte) in den Weg gelegt.

Im Frühling 1990 nahm die S-Bahn ihren Betrieb auf. Zürich sah sich unversehens mit einem modernen Regionalnetz ausgestattet. Zürich wurde sich seiner neuen Grösse und seines Potentials bewusst. Die S-Bahn bedeutete einen Qualitätssprung, wie ihn Zürich kaum je erlebt hat. Der Hauptbahnhof erhielt eine neue Dimension. Im Museumsbahnhof folgen sich seither die Regionalzüge in schnellem Takt. Der innere Zusammenhang der Agglomeration wurde sichtbar und spürbar. Zürich entdeckte die von der Industrie verlassenen Liegenschaften und Areale als unverhoffte Raumreserve für neue Projekte. Statt Bildern von Drogenüchtigen verbreiten sich heute solche von mondänem Kulturbetrieb. Kulturkonsum boomt. Aufbruchsstimmung herrscht... Oder verbirgt der gleissende Schein die alte Leere, die die Jugendbewegung

anprangerte, oberflächlichen Aktivismus, das „Packeis“? Ist Wortinflation – was wäre Unique Airport anderes – wieder Zeichen des Niedergangs? Kündigt sich heimlich der wahre Umbruch erst an und alles in den vergangenen Jahrzehnten war nur Vorbereitung? Zürich droht das Land aus dem Gleichgewicht zu bringen und bedroht so sich selbst.

Dialektik statt Zentralismus

Die U- und S-Bahn-Vorlage war die erste grosse Abstimmungsvorlage, die ich redaktionell begleitete. Ich investierte einiges Herzblut in das Projekt einer Untergrundbahn, das mich faszinierte. Die Journalisten wurden in andere europäische Städte geflogen, damit uns funktionierende U-Bahnen und solche im Bau beeindrucken und faszinieren sollten. Heute würde ich sagen: wir wurden eingeseift. Wie ich mich am Abend des Abstimmungssonntags fühlte, habe ich vergessen, auch wie lange ich brauchte, um mich von der Zürcher Untergrundbahn zu verabschieden. Allzu lange kann es nicht gedauert haben. Jedenfalls gelangte ich irgendwann zum Schluss, dass das Volk richtig entschieden habe. Die Lektion hat mich in der Überzeugung bestärkt, dass direkte Demokratie durchaus imstande und ein probates Mittel ist, auch bei komplexen Problemen die Weichen richtig zu stellen, wenn die Fachleute auf Holzwege geraten.

Das Nein zur Vorlage war zu einem grossen Teil wachstumsskeptisch motiviert. Die Wirkung des Entscheides war eine andere. Es wurde zwar Ballast abgeworfen, aber der wirklich wachstumsfördernde Teil der Regionalverkehrsvorlage wurde realisiert. Das U-Bahn-Projekt entsprang – im Fahrwasser der Tiefbahnprojekte – noch dem auf die Stadt konzentrierten Denken. Die U-Bahn sollte ein sogenannter „Mittelverteiler“ zwischen dem Tram- und dem S-Bahn-Netz werden und wäre in dieser Funktion gewiss nützlich geworden. Aber wirklich in die Zukunft wiesen die S-Bahn und die Zusammenarbeit Stadt-Kanton-

Bund/SBB. Das Projekt einer U-Bahn entsprach dem Szenario einer sich ausbreitenden und ausufernden Stadt. Das S-Bahn-Netz hingegen strukturiert die Agglomeration. Die schliesslich gefundene Lösung des Verkehrsverbundes zeigt, dass sich der Kanton als nächst höhere Ebene für die Dachorganisation des regionalen öffentlichen Verkehrs besser eignet, als es eine von der Stadt ausgehende Institutionalisierung der Agglomeration getan hätte. Die Politiker und Experten, die gegenwärtig allenthalben im Land Städte vergrössern wollen, haben aus der Zürcher Erfahrung nichts gelernt.

In der schon erwähnten ersten Standortbestimmung sprach Stadtpräsident Widmer auch über die „Entwicklung Zürichs zu einer metropolitanen Zone“. Zürich sei „Kopf und Herz eines Gebietes, das schon heute weit über die zu eng gewordenen Gemeindegrenze hinausgewachsen“ sei. „Das Einfrieren der Gemeindegrenzen“ sei ein unnatürlicher Zustand. Die Standortbestimmung wies aber darauf hin, dass eine Eingemeindung nach dem Modell der ersten beiden Eingemeindungen wohl kaum mehr in Frage komme und neue Formen einer schrittweisen Integration gesucht werden müssten. Das Thema wurde fortan immer wieder aufgegriffen. Zu ernsthaften Projekten einer „schrittweisen Integration“ kam es nicht. Die Entwicklung verlief anders.

Man suchte nach Lösungen für einen Lastenausgleich, die sich rascher in die Wirklichkeit umsetzen liessen. Ein Weg bestand darin, dass der Kanton bisher von der Stadt erbrachte Zentrumsfunktionen übernahm. Das konnte für die Stadt mitunter schmerzlich sein. Zürich hat immer wieder Pionierdienste geleistet, so etwa im 19. Jahrhundert mit Angeboten der Mädchen- und der Berufsbildung. Unter den heutigen Umständen lag es aber nahe, die städtischen Töchter- und Berufsschulen ins kantonale Bildungssystem zu integrieren. In etwas anderer Form hat der Kanton angefangen, sich im kulturellen Bereich zu engagieren. Er übernahm die Verantwortung für das Opernhaus. Die Stadtgrenzen hingegen blieben unverändert. Der Kanton legte die neuen Planungs-

zonen nicht konzentrisch um die Stadt, sondern ordnete sie strahlenförmig eher als Gegengewicht an. Daneben sind auch konzentrische Gebilde entstanden wie die Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU). Die städtischen Verkehrsbetriebe Zürich betreiben über die Stadtgrenze hinaus reichende Netze.

Die rund um die Stadt herum bewahrt gebliebenen Gemeindestrukturen haben in der bewegten „Umbruchszeit“ zweifellos stabilisierend und ausgleichend gewirkt. Diese Gemeinden lösten ihrerseits einen Teil der Wachstumsprobleme. Sie nahmen die Bevölkerung auf, die die Stadt verliess oder dort keinen Platz fand. Die Gemeinden hatten in dieser Zeit grosse Infrastrukturaufgaben zu lösen. Strassen, Schulhäuser, Sportanlagen usw. mussten gebaut werden. Das waren keine einfachen Herausforderungen, aber doch Aufgaben, die die Gemeinden bewältigen konnten. Die Bevölkerung ist in diesen Gemeinden ungleich stärker als in der Stadt in die Verantwortung einbezogen und erlebte denn auch den Wandel unmittelbarer mit. Wenn in kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen ein Stadt-Land-Gegensatz sichtbar wird, so ist er wesentlich in der unterschiedlichen Bürgernähe der Politik begründet und sicher nicht darin, dass da noch ein paar umfunktionierte Bauernhöfe erhalten geblieben sind.

„Mein Langnau“

Nach dieser Schlussbemerkung will ich noch einen Blick auf eine solche Vorortsgemeinde werfen. Es kann allerdings keine „typische“ sein, weil es keine typischen gibt. Sie sind alle verschieden. Ich stelle Langnau am Albis vor, weil ich hier fast zwei Jahrzehnte lang lebte. Es war verbreitetes Schicksal meiner Generation der in Zürich Aufgewachsenen, in der Stadt keine Wohnung zu finden, die für eine Familie geeignet war. Nur wenige meiner Schulkameraden, die mit mir im „Rebhügel“ – in Zürich Wiedikon – zur Schule gingen, haben noch eine Adresse in der

Stadt. Langnau liegt zwischen dem Albisgrat und der Sihl, die hinter Einsiedeln entspringt. Das untere Sihltal verläuft parallel zum See, von dem es der Hügelzug des Zimmerbergs trennt. Die höhere Albiskette nimmt Langnau die Abendsonne, die man an der „Goldküste“ länger genießt. Dafür befindet sich Langnau, obwohl nahe der Stadt, schon am Rand der Agglomeration. Südlich der Gemeinde erstreckt sich der Sihlwald, der grösste zusammenhängende Schweizer Mischwald. Er wurde im Mittelalter dem Fraumünster-Stift geschenkt und gehört heute, wie der Wildpark Langenberg (zwischen Adliswil und Langnau) der Stadt Zürich. Diesem weiten städtischen Landbesitz verdankt Langnau die „special relationship“ mit der Stadt beziehungsweise mit ihrem Forstwesen.

Ich durchlief in Langnau mein lokalpolitisches Praktikum. Über städtische Politik zu schreiben und in einer kleineren Gemeinde engagiert zu sein, schien mir kompatibel. Interessenskonflikte gab es da kaum, dafür erlebte ich das Spannungsfeld Stadt-Region von beiden Seiten. Aufgaben, die über die Möglichkeiten der Gemeinde hinausgingen, löst Langnau manchmal zusammen mit der Stadt Zürich, manchmal zusammen mit der Nachbargemeinde Adliswil (zum Beispiel als es da noch ein kleines Spital gab), manchmal im Rahmen eines Zweckverbandes, dem gewöhnlich alle oder einige Gemeinden des Bezirkes Horgen angehören. Historisch waren die Sihltalgemeinden zum See hin orientiert. Just als ich nach Langnau zog, wechselten die amtlichen Anzeigen vom „Thalwiler“, dem Amtsblatt der Seegemeinde, zum „Sihltaler“, der in Adliswil erscheint.

Die Gemeinde Langnau verfügte bereits über eine Verwaltung, die diesen Namen verdiente, stützte sich daneben aber noch sehr auf nebenamtliche Behördentätigkeit. Als oberstes Organ wurde die Gemeindeversammlung beibehalten. Ich erfuhr, wie Behörden und Kommissionen in den verschiedensten Bevölkerungskreisen verwurzelt waren und ihre Tätigkeit sich in verschiedenste Bevölkerungskreise verästelte. Die

Exekutive beispielsweise setzte sich zu meiner Zeit zusammen aus einem kantonalen Steuerkommissär (Verfasser eines wichtigen Kommentars, der ihm den Ehrendoktor eingetragen hat), Inhabern einer Schreinerei und eines Elektrikerbetriebes, einem Bauingenieur und einem Revisor, einem kaufmännischen Angestellten und einem Journalisten – das war jedenfalls ein farbigerer Spiegel der Lebenswirklichkeit als der Zürcher Stadtrat, dem damals vor allem ehemalige Lehrer angehörten. Die Gemeinde hatte 1960 noch keine 3000 Einwohner und erreichte zwanzig Jahre später den seither ziemlich stabilen Stand von rund 7000.

Wer durch das Dorf spaziert, wird sich überzeugen können, dass das Wachstum ordentlich bewältigt worden ist. Die Gemeinde hat ein schönes Stück des alten Kerns zwischen dem Dorfbach und der Dorfstrasse bewahren können. Die Landwirtschaftszone ist ansehnlich, auch wenn ich sie gerne noch etwas grösser gesehen hätte. Die Gemeinde verdankt der Landschaft mit den steilen bewaldeten Albishängen wesentliche Elemente einer eigenen Identität. Sie baute für die Pflege ihres Waldes eine „Forsthütte“, die auch eine bescheidene Festgesellschaft aufzunehmen vermag. Die Einwohner können sie mieten und sich auch ein wenig als Eigentümer fühlen. Kommunales und Privates muss nicht scharf geschieden sein. Es wäre gefährlich, die Gemeinden politisch auszuhöhlen und ihnen nur Ortsmuseen, Folklore und Festivitäten zu überlassen. Es ist nicht einzusehen, warum sich der Bund in die Führung von Kinderkrippen einzumischen hat. Informatik und Internet sind ein vielversprechendes Instrumentarium für kleine Strukturen, wenn diesen der Fusionseifer und die Vereinheitlichungsmanie nicht den Garaus machen. Mit Vergnügen klicke ich heute www.langnauamalbis.ch an und erfahre, wie ein halbes Hundert Vereine aktiv sind und die Gemeinde ihre Zentrumszone neu gestaltet. Jacob Burckhardt variierend könnte man formulieren: Die Gemeinde ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsbürger Bürger im vollen Sinne sind.

Republiken in Zipfeln (Genf und das Tessin)

Gonzague de Reynold (1880-1970) war eine schillernd-zwiespältige Persönlichkeit. Sein exzentrisch- patrizisch-adliger Habitus, den er offenbar mit Penetranz pflegte, machte ihn schon zu Lebzeiten für viele seiner Umgebung zur Karikatur. Einer seiner Studenten beschrieb ihn als «geckenhaften, dekadenten, aristokratischen Schwätzer (...), der an der Einbildung seiner Unübertrefflichkeit beinahe erstickt». Noch heute spürt man, wie jungen Historikern der elitäre Reaktionär, der Salazar und Mussolini hofierte, derart zuwider ist, dass es ihnen widerstrebt, sich mit ihm zu befassen. Ich kann es ihnen nachfühlen. Es entgeht ihnen aber ein exzellenter Stilist, der sich zu faszinierenden intellektuellen Höhenflügen aufzuschwingen vermochte. Sein Gestaltungswillen und sein Denken muten allerdings oft geradezu gewalttätig an. Seine Darstellung der Realität erhält Überzeugungskraft, just weil er ihr sein Denken, seine Art Dialektik, seine Kategorien aufzwingt. Überzeugter Föderalist, der er war, hatte er Sinn für Vielfalt und Nuancen, die er aber autoritär in eine Ordnung brachte. Insofern profitiert sein Stil von seinem „undemokratischen Patriotismus“.

Sein Bändchen „Le Génie de Berne et l'Ame de Fribourg“³⁸ faszinierte mich bei der ersten Lektüre und ist mir lieb geblieben. Mit seiner Persönlichkeit habe ich mich erst später befasst, wobei mir Aram Mattiolis³⁹ umsichtiges Buch über Reynold eine willkommene Hilfe war. Ich lese seine Texte nun vorsichtiger. Das ändert nichts daran, dass das genannte Bändchen über Bern und Freiburg, das Buch „Cités et Pays suisses“ und andere Schilderungen dem Leser helfen, die Vielfalt der Städte und Landschaften neu zu entdecken, Ich kenne keinen Schriftsteller, der raffinierter dargestellt hätte, wie sich verschiedene

Kulturen überlagern und durchdringen können. Es gibt allerdings kaum zwei andere Städte, die sich für ein vergleichendes „Experiment“, wie es Reynold vorhatte, so gut eignen, wie Bern und Freiburg. Beide Städte wurden von den Zähringern gegründet, in einer Flussschlaufe auf einem Hügelsporn angelegt und begannen im gleichen Zeitraum ihre Geschichte, die dann recht eigentlich kontrapunktisch verlief. „Bern eroberte, Freiburg verteidigte sich“, schreibt Reynold in der Vorbemerkung, und: „Bern wählt den Weg der Reformation, Freiburg bleibt auf jenem von Rom.“ Und weiter „Fribourg et Berne, c'est la Suisse bourguignonne avec son double visage, allemand et romand, germanique et latin. Berne est plus une d'apparence, et Fribourg est plus composite. Berne est nationale, Fribourg est européen. Berne et Fribourg, symboles de la Suisse une et diverse.“

Solche dialektische Konstellationen gibt es wohl noch manche, und es lassen sich aus ihnen mancherlei Einsichten gewinnen. Am ehesten lässt sich vielleicht mit Genf und Lausanne ein ähnliches Spiel wie mit Bern und Freiburg treiben: am gleichen See, mit verwandten Kathedralen, die eine Stadt international, die andere national... In keinem solchen Verhältnis stehen Basel und Zürich, auch wenn die gegenseitigen Sticheleien es vermuten lassen könnten. Reizvoll ist es hingegen, das Haut und das Bas des Kantons Neuenburg (und im Haut La Chaux-de-Fonds und Le Locle) oder das Ober- und das Unterwallis einander gegenüberzustellen. Vergleiche lassen manche Züge deutlicher hervortreten.

Wenn ich im Folgenden versuche, Genf und das Tessin zu vergleichen, ist das etwas durchaus anderes. Die beiden Kantone haben wenig oder nichts miteinander zu tun. Gewiss haben Tessiner immer wieder ein Faible für die internationale Stadt gehabt, angesteckt vom italienischen Enthusiasmus für Genf. Carlo Battaglini (1812-1888), der bedeutende Tessiner Politiker, der „lottatore di Cagiallo“ (wie ihn der Historiker Virgilio Gilardoni nach dem Geburtsort apostrophierte), beteiligte sich als Student in Genf am unglücklichen Savoyer Zug, den der im Risor-

gimento engagierte italienische Freiheitskämpfer Giuseppe Mazzini (1805-1872) von der Calvin-Stadt aus unternahm. Was hingegen sollte das selbstbewusste Genf, das sich mit der Welt Du auf Du fühlt, mit dem kleinen und immer etwas verunsicherten Tessin anzufangen wissen? Zum Vergleich verlockt hat mich, dass sich beide Kantone ausdrücklich auch als „Republik“ bezeichnen. Zwei Republiken in Zipfeln.

Ein vaterländischer Zug

Bis vor wenigen Jahren verkehrte zwischen dem Genfer Flughafen Cointrin und dem Tessiner Grenzbahnhof Chiasso täglich in jeder Richtung ein direkter Zug. Am Wochenende gab es ein weiteres Zugpaar für die Tessiner, die in der Westschweiz studierten oder arbeiteten (am Freitag eine Verbindung nach Hause, am Sonntagabend eine zur Arbeit). Man konnte sieben Stunden sitzen bleiben, ohne umzusteigen. Der Zug durchfuhr drei Sprachregionen. Eine echt «vaterländische» Bahnverbindung! Sie verknüpfte den westlichen mit dem südlichen Zipfel des Landes, zwei historisch, konfessionell und strukturell verschiedene Kantone. Zwei Welten. Das Wasser des Flusses, der dem Tessin den Namen gegeben hat, erreicht bei Venedig die Adria; die Rhone – in der sich das Rousseau-Inselchen spiegelt – mündet bei Marseille ins Mittelmeer. So gehören zwar beide, das Tessin und Genf, zum „Mittelmeerraum“, aber es trennt sie der westliche Alpenbogen, der nicht Norden und Süden, sondern Italien und Frankreich scheidet.

Genf und das Tessin gehören nicht seit 1291 zum gleichen Land, sondern erst seit 1815 auch Genf der Schweiz beigetreten ist, der das Tessin gleichberechtigt seit 1798 angehört. Voran ging eine drei Jahrhunderte lange Phase der Annäherung, in der die Südtäler in einem Untertanenverhältnis, die Rhonestadt in einer wechselnd losen und distanzierten Beziehung (zuweilen nicht ohne Abhängigkeit) zum eidgenössischen Bündnissystem standen. Beide Kantone legen bis heute wert da-

rauf, ausdrücklich «Republiken» zu sein. Sie bezeichnen sich als „République et canton de Geneve“ und „Repubblica e Cantone Ticino“. Andere Kantone – so Waadt und Wallis – begnügten sich damit, sich in der Verfassung als „demokratische Republik“ und „Kanton“ zu definieren. Es gibt zwei weitere «Kantonsrepubliken», die das Vorbild von Genf und Tessin übernommen haben: „République et Canton de Neuchâtel“ und „République et Canton du Jura“. Neuenburg betont aber erst seit 1848 mit der zweiten Bezeichnung den Bruch mit der preussischen Vergangenheit, und der erst 1977 geschaffene Kanton Jura unterstreicht so seine spät eroberte Souveränität. Die Appellation d'origine gebührt den beiden Kantonen in der westlichen und der südlichen Ecke des Landes.

Zwei Nabelschnüre – zwei Pforten

Auf der Landkarte erscheint der Kanton Genf deutlich als Zipfel. Nur ein schmaler Uferstreifen verbindet ihn seit dem Wiener Kongress mit der übrigen Schweiz. Das Dreieck des Tessins klebt immerhin mit einer der drei Seiten an seinem Land. Allerdings liegt diese Seite in unwegsamem Gebirge. Die Pässe (Nufenen, Gotthard, Lukmanier und Bernardino) sind im Winter verschneit (wurden allerdings unter Umständen doch benützt). Erst seit dem Bau des Bahntunnels ist das Tessin ganzjährig von der übrigen Schweiz her erreichbar. Der Bahn- und der Strassentunnel durch den Gotthard bilden die Nabelschnur zwischen der Alpennord- und der Alpensüdseite. Die Genfer Agglomeration greift zwar derart ins Pays de Gex und nach Nyon aus, dass sich hier die nationalen und kantonalen Grenzen verwischen. Fahren wir im Zug dem Ufer entlang, spüren wir aber, wie sich die Landschaft ändert. Nach dem Genfer «Kessel» zwischen Salève und Jura säumen die Rebhänge der Côte sanft und gelassen den breiter werdenden See. Man fängt an, sich anders zu fühlen, als entspanne sich nach der Hektik der internationalen Stadt das Gemüt.

Unser «vaterländischer Zug» fuhr, als er noch verkehrte, nicht von Genf nach Bellinzona, nicht von Kantonshauptstadt zu Kantonshauptstadt, sondern von Cointrin nach Chiasso. Er verband zwei Pforten unseres Landes, zwei ganz verschiedenartige Pforten. Chiasso ist als Zollstelle und Rangierbahnhof auf dem «Weg der Völker» zu einem Grenzstädtchen geworden. Cointrin ist nicht das Tor nach Westen, sondern das Tor zur Welt. Die Genfer lieben den Ausruf Talleyrands: «Il y a cinq continents, et il y a Genève!» Genfs Nachbarschaft ist das Universum! Der Bahnhof der Hauptstadt fristet eher das Schicksal eines Stiefkindes, dem der Umstand, dass hier das schweizerische und französische Bahnnetz verhängt sind, nicht viel Prestige bringt.

Eine alte und eine junge Republik

Wir können uns die Stadt von Calvin und Rousseau kaum anders denn als Republik vorstellen. Zumindest seit der Reformation und der Vertreibung des Bischofs tritt uns Genf als Stadtrepublik entgegen, die sich ihren Weg – in einer allerdings sehr wechselvollen Geschichte – selbst sucht. Seit vierhundert Jahren feiern die Genfer an der Escalade die Unabhängigkeit ihrer Stadtrepublik. Die Geschichte des Kantons Tessin konnte hingegen erst beginnen, als 1798 die Helvetik drei Jahrhunderte eidgenössischer Vorherrschaft beendete und fünf Jahre später in der Mediationsverfassung von 1803 die Talschaften erstmals unter dem Namen „Tessin“ zusammengefasst wurden. Es waren also eine alte und eine junge Republik, die nach der Ära Napoleons auf den doppelten Titel wert legten. Die Sehnsucht der Tessiner nach einer republikanischen Zukunft war so gross wie der Stolz der Genfer auf ihre republikanische Geschichte.

Als im Jahr 2003 an die von Napoleon diktierte Mediation erinnert wurde, wies der Thurgauer Staatsarchivar darauf hin, dass sich die Mediationskantone mit Untertanenerfahrung in der Folge als besonders modern und progressiv erwiesen und zu den eigentlichen Baumeistern

des Bundesstaates von 1848 wurden. Es ist schade, dass die Mediationskantone das Jubiläum nicht nutzten, gemeinsam den Beitrag der «Jungen» an der neueren Geschichte der Eidgenossenschaft darzustellen. In Stefano Franscinis – des späteren Tessiner Bundesrates – 1828 erschienenen «Statistica della Svizzera»⁴⁰ – einer der «Kampfschriften», die nach der Restauration des Wiener Kongresses die Regeneration vorbereiteten – ist ein Kapitel den Regierungsformen der Kantone gewidmet. In der Kategorie der Verfassungen, die die Souveränität im Rahmen einer repräsentativen Demokratie der Gesamtheit der Bürger übertragen, sind die Kantone Sankt Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt und Genf vereinigt. Da finden wir just die alte Republik an der Rhone mit den Grünschnäbeln – also auch die junge Republik – im gleichen Boot. (««*ottimi principi*» kommentierte Franscini die Verfassungsgrundsätze, aber leider durch zulange Amtsdauern, Korruption, Egoismus, usw. verdorben!)

Eigenständigkeit

Nach dem Sturz Napoleons ordnete der Wiener Kongress nicht nur Europa neu, sondern legte auch die Grenzen fest. Die Schweiz und ihre Kantone erhielten neue Verfassungen. Dabei legten nur Genf und das Tessin auf den doppelten Titel „Republik und Kanton« wert. An sich war die Bezeichnung «Republik» verbreitet. Den Vertrag über den Beitritt Genfs zur Eidgenossenschaft unterzeichneten die Vertreter der «Ville et République de Berne» und der «Ville et République de Lucerne». Thomas Maissen⁴¹ hat in einem Aufsatz über die Genfer Republik nachgezeichnet, wie bis zur französischen Revolution Inhalt und Verwendung des Begriffs immer wieder wechselten und der Akzent bald eher auf der Souveränität gegen aussen, bald auf der Souveränität der Bürger lag. In der Doppelbezeichnung betont „Republik“ die Eigenständigkeit gegenüber dem Bund, „Kanton“ hingegen die Zugehörigkeit. In diesem Sinne hiess es im Vertrag über den Beitritt Genfs: «La

République de Genève est reçue dans la Confédération Suisse en qualité de Canton». Man sollte aber auch die «republikanischen Tugenden» mithören (Franscini sprach gerne vom «spirito pubblico»).

1798 hatte Frankreich die Republik Genf annektiert und zu einer Provinz (wenn auch mit einem Sonderstatus) degradiert. Nach dieser Erfahrung mochte es für die Genfer besonders wichtig sein, sich im eidgenössischen Verband wieder klar als «République» zu deklarieren. Der Beitritt zur Eidgenossenschaft sollte ihnen im neu geordneten Europa die Eigenständigkeit wieder gewährleisten. Dass ihnen die neue Verfassung missfiel, beunruhigte sie weniger. Um weder Ja stimmen zu müssen und noch mit einem Nein den Beitritt in Frage zu stellen, blieb mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zu Hause, als über die Verfassung entschieden wurde, «faisant le sacrifice de la démocratie pour les beaux yeux de la Suisse», wie sich David Hiler⁴² ausgedrückt hat.

Im Tessin hingegen verlief die Ausarbeitung einer neuen Verfassung 1814 kompliziert und konfliktuell, Unruhen und ein Volksaufstand eingeschlossen. Die Hauptstadt war noch umstritten. Die Urner erhoben Anspruch auf die Leventina. Die räumliche, sprachliche und kulturelle Distanz zur Tagsatzung war Anlass zu Missverständnissen. Die Tessiner, die noch keine zwei Jahrzehnte lang die Landvögte los waren, ertrugen es schlecht, dass sich nun schon wieder die Tagsatzung und fremde Mächte in die Verfassungsgebung einmischten. Im Laufe des Seilziehens tauchte der doppelte Titel «Republik und Kanton» auf.

Rückblick: Drei Jahrhunderte „Existenz dazwischen“

Mit dem Wiener Kongress und der „Langen Tagsatzung“ von 1814/1815 kam für Genf und das Tessin ein Prozess zum Abschluss, der drei Jahrhunderte früher angefangen hatte. In den Jahrzehnten des grossen europäischen Umbruchs vor und nach 1500 hatten sich im Westen der damaligen Eidgenossenschaft Genf und im Süden die Gebiete des Tessins aus ihren historischen Zusammenhängen gelöst. Genf verlor mit

der Reformation seine Rolle als Zentrum eines Bistums, ohne sich fester in ein neues Gebilde zu integrieren. Die Eidgenossen entrissen das Tessin den Mailändern, doch blieben die „ennetbirgischen Vogteien“ katholisch und in die Bistümer von Como und Mailand integriert.

Für Genf und das Tessin begann ein «Inseldasein» beziehungsweise eine «Existenz dazwischen». Genf vermied nach Möglichkeit Bindungen beziehungsweise benützte sie, um seinen eigenen Weg gehen zu können. Die Tessiner mussten sich mit zwei Herren arrangieren, den Eidgenossen im Norden und den Bischöfen im Süden. Was „Existenz dazwischen“ bedeutet, illustriert eine Bemerkung Hilers. Er schrieb vor einigen Jahren, dass es in einer Zeit, in der die Schweiz ihren Ort in Europa suche, nützlich sein könnte, sich zu fragen, «pourquoi et comment la coupure avec l'arrière-pays est devenue un fondement de l'identité genevoise et helvétique». Das Tessin hingegen blieb kirchlich, kulturell und auch wirtschaftlich noch lange stark in die Lombardei integriert. Die Abgrenzung vollzog sich in einem langsamen Prozess, der mit der Errichtung eines Tessiner Bistums im 19. Jahrhundert und dem ideologischen Graben, den der Faschismus im zwanzigsten aufwarf, seinen Zenit erreichte.

Die drei Jahrhunderte dauernde «Zwischenstellung» sah also für Genf und das Tessin verschieden aus. Genf verfügte nach einer prosperierenden Epoche als Messestadt und Bischofssitz über genügend Zentralität und Identität, um zwischen machthungrigen Nachbarn immer wieder einen eigenen Willen durchsetzen zu können und sich in einem mühseligen Hin und Her zwischen savoyischer und bernischer Bedrängnis schliesslich als „protestantische Republik“ zu behaupten. Die «Ennetbirgischen Vogteien» hingegen bildeten keine Einheit und waren politisch den eidgenössischen Herren und kirchlich (was damals zählte) den Bischöfen von Como und Mailand ausgeliefert. Die jüngere Geschichtsforschung differenziert allerdings das lange überspitzt gezeichnete Bild unterdrückter und ausgequetschter Untertanen. Zum ei-

nen nützten die Tessiner die von den Eidgenossen bestätigten kommunalen Statuten kräftig aus, um die lokalen Interessen zu verteidigen. Zum andern erlaubte ein beträchtlicher kultureller und wirtschaftlicher Spielraum interessante Karrieren und Anhäufung von Besitz.

Immer wieder wird die Frage neu diskutiert, wie begeistert die Tessiner nach dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft in diesem Staatsgebilde geblieben beziehungsweise die Genfer nach dem Sturz Napoleons der Eidgenossenschaft beigetreten seien oder wie historisch logisch dieser Entscheid gewesen sei. Kürzlich schrieb die Genfer Staatsarchivarin Catherine Santschi⁴³: «Seit der Restauration werden die Beziehungen zwischen Genf und den Schweizern von der Gesamtheit der Historiker beschrieben, als sei der Eintritt Genfs in die Eidgenossenschaft unausweichlich gewesen und habe seit dem Mittelalter in den Sternen gestanden. (...) Dabei scheint es doch, dass bis 1815 nichts wirklich entschieden war.» Auf die Frage, ob Genf im Kräftefeld zwischen Franzosen, Savoyarden und Bernern «dans l'âme une ville française, savoyarde ou suisse» gewesen sei, meint sie: «En réalité, les Genevois sont foncièrement épris d'indépendance.» Nur war im Europa des Wiener Kongresses der «Alleingang» keine realistische Option mehr. Die föderalistische Eidgenossenschaft eröffnete die Aussicht, als Kanton eine Republik zu bleiben. Ebenso mag in den bisherigen ennetbirgischen Vogteien die Aussicht, als Kanton am ehesten das Heft in die eigene Hand nehmen zu können, den Ausschlag gegeben haben. Das Geschehen war in jenem 1798, in dem das Regime der Landvögte zu Ende ging, so unübersichtlich und chaotisch, dass man in der Eingliederung in die Helvetische Republik schlicht auch mehr den Zufall oder die Hand Gottes oder jene Napoleons am Werke sehen kann als den Willen der Bevölkerung.

Doppelwesen

Die beiden kleinen Republiken haben sich im Laufe der Zeit daran gewöhnt, sich in ihren Zipfeln heimisch zu fühlen. Sie wissen die Annehmlichkeiten der Distanz von „Bern“ zu schätzen und würden sie wohl um alles in der Welt nicht mehr missen wollen. Von Zeit zu Zeit haben sie das Bedürfnis, die beleidigte Leberwurst zu spielen. Die übrige Schweiz soll ein schlechtes Gewissen haben, dass sie sich nicht genug bewusst ist, was sie an den Tessinern und Genfern hat, ja gelegentlich an der Bündnistreue dieser exponierten Stände zweifelte. Damit hängt auch die besondere Form von Patriotismus zusammen, die man in diesen beiden Grenzkantonen immer wieder etwas überrascht beobachtet. Distanz wie zum eigenen Land halten Genf und das Tessin auch zur Nachbarschaft jenseits der Landesgrenze. Die lange Zeit „dazwischen“ erklärt, warum sich diese beiden Kantone wie wohl kein anderer mit ihrer „Identität“ beschäftigen, allerdings auf ganz unterschiedliche Weise. Das Tessin fragt sich unsicher, was es eigentlich sei. Die Genfer zweifeln nicht an ihrer Bedeutung und Mission. Wie sollte sich im Tessin ein Pendant zum «Esprit de Genève» entwickeln, wo es doch noch nicht einmal seinen Namen hatte, als der besondere Geist an der Rhone schon wehte.

Für die kleine mehrsprachige Schweiz ist die doppelte Zugehörigkeit zur Nation und zu einem Kulturraum wesentlich. Die Feststellung ist wohl richtig, dass die „doppelte Identität“ in den Grenzzonen stärker empfunden wird. Aber auch entlang der Grenze wird die doppelte Zugehörigkeit nicht überall gleich und vor allem als etwas Komplexes erlebt. Im Tessin, das zwischen der Sprach- und der Landesgrenze liegt, ist die Sonderstellung als Teil des eigenen Land und Teil des italienischen Sprachraums besonders bewusst. Zwischen Genf und der Deutschschweiz liegt der grosse Teil des Welschlands. Die Sprachgrenze ist weiter entfernt. Die französische Sprache ist eine Besonderheit des Landesteils, nicht des Kantons. In Genf spielt die doppelte Beziehung zum eigenen Land und zum Nachbarstaat (bzw. zu Paris) eine

Rolle und damit eher das Spannungsfeld der Kulturen (auch das der politischen) als das der Sprachen. Überhaupt ist Genf vor allem ein Doppelwesen, weil es schweizerisch und international ist.

Im Grunde ist das Tessiner Spannungsfeld konfliktueller. Es geht um Abhängigkeiten. Ohne die doppelte Rückendeckung – die politische und die sprachliche – wäre das Tessin nicht, was es ist. Zudem teilt der Monte Ceneri den Kanton in zwei Teile, die kulturell unterschiedlich gerichtet sind. Das Sottoceneri ist der Lombardei eng verbunden; man redet von Lugano als einem Quartier Mailands. Das Sopraceneri liegt dem Piemont weniger nahe, seit der Langensee keine Verkehrsachse mehr ist. Dafür ist das Sopraceneri dem deutschen Sprachraum stärker ausgesetzt. Das galt schon immer für die Leventina. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden Ascona und das Locarnese geradezu zur Südspitze Mitteleuropas. Der Monte Verità und seine Umgebung wurden zum Mekka der Vegetarier, Weltverbesserer, Mystiker, Künstler, die es über die Alpen zog, Deutsche, Holländer, Russen waren da, aber kaum Italiener oder Tessiner.

Genf: Die Kathedrale in der Mitte

Die Stadtrepublik an der Rhone ist sichtbar in der gebauten Stadt, die sich um die Kathedrale drängt. Die Regierung der Republik residiert im Schatten der Kathedrale im «Hôtel de ville». In der Kathedrale verliert der Staatsratspräsident nach der Vereidigung der neugewählten Behörde den programmatischen «Discours de Saint-Pierre» (obwohl Genf – gebranntes Kind – heute Staat und Kirche rigoros trennt). Sogar die Banken neigen dazu, sich diskret hinter dem geistigen Zentrum im zweiten Glied zu halten, obwohl sie einst zum Aufstieg der Stadt den Anstoss gaben. Robert de Traz⁴⁴ sagte: „On commence par spéculer sur le cuivre et on finit par spéculer sur l'éternité.“ Die Messestadt mit ihrer Bankentradition legte den Grund für die Internationalität der pro-

testantischen Republik. Calvin folgten Rousseau, Dunant und viele andere. Genf ist die Plattform der geistigen und politischen Debatte par excellence, Ort auch der Gegensätze und Widersprüche, Spielfeld endloser Streitereien. Die Genfer sind stolz auf den weit in die Welt ausstrahlenden „Esprit de Genève“. Daneben gibt es – wie ebenfalls de Traz schrieb – den «Esprit genevois», ein vornehmeres Wort für den Tessiner «campanilismo».

Ein Seitenblick nach Lausanne macht die Besonderheit Genfs noch deutlicher. Die beiden grossartigen Sakralbauten sind verwandt und zugleich völlig verschieden. Die Genfer Kathedrale ist in die Altstadt eingezwängt. Die Lausanner Kathedrale schaut auf die Stadt hinunter und hält – jedenfalls heute – Distanz. Sie verdankt dem Genie ihrer Baumeister (die bereits die perfektionierten Konstruktionen in Canterbury und der Normandie kannten) und der relativ gedrängten Bauzeit eine einzigartige Stimmigkeit und Harmonie. Ihre massvolle Gotik wurde zum Modell für manchen Kirchenbau der weiteren Region. Auch die Genfer liessen sich beeinflussen. Über den alten romanischen Kapitellen ihrer Kathedrale erheben sich die leichten Formen des Lausanner Vorbildes. Die verschiedenen Stile sind mit hohem Können zu einer neuen Einheit verschmolzen, der aber doch – im Gegensatz zur Lausanner Ausgewogenheit und Ordnung – eine eigentümlich beunruhigende Spannung innewohnt. Ein halbes Jahrtausend später schlugen die Genfer brutaler zu und verpassten der altehrwürdigen Kathedrale einen monumentalen Säulenvorbau. Die drastische bauliche Geste – eine Faust aufs Auge – fügt sich in die urbanste Stadt der Schweiz, die in eigener Weise aus einem inneren Antagonismus heraus lebt. Am konsequentesten hat sich Genf im zwanzigsten Jahrhundert verdichtet und von der Landschaft abgegrenzt. Schliesslich hat Genf – wiederum im Gegensatz zu Lausanne – auch die Erweiterung der Universität ins Zentrum gezwängt.

Das Tessin: Riegel und Multikulturalität

Das Tessin hat keine Mitte. Die Kirche San Lorenzo von Lugano bekam zwar anfangs des 16. Jahrhunderts eine imponierende Fassade, aber zur Kathedrale konnte sie erst 1888 werden. Der Palazzo del Governo in Bellinzona ist in ein ehemaliges Ursulinerinnenkloster. Prestige gewonnen haben als Aushängeschild die restaurierten, auf die Liste des Welterbes gesetzten Bellenzer Burgen. Im Castello grande hat der Kanton sein 200jähriges Bestehen gefeiert, aber nicht viele Tessiner werden sich mit dieser Festungsanlage identifizieren. Das Bauwerk repräsentiert mehr die Vorgeschichte als die Geschichte des Kantons. Mit seinem feinen Gespür für Symbolträchtiges hat Mario Botta zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft dem Castello Grande ein leichtes Zelt mit einer Krone flatternder Kantonsfahnen aufgesetzt. Die Ironie des Ephemeren über dem längst verlassenem Gemäuer war – dem Anlass entsprechend – auf das jubelnde Land gemünzt, aber auch ein Bild der Fragilität des Tessins selbst.

Die Burgen bewachten die Pforte zu den Alpenpässen und dienten als Riegel und Festung gegen Einfälle aus dem Norden. Die Eidgenossen unterhielten sie kaum mehr. Ihnen genügten als Glacis die ennetbirgischen Vogteien. Die katholische Kirche hingegen hielt die Täler am Alpensüdhang – in der Gegenrichtung – als Sicherheitszone gegen von Norden her andrängende Ketzereien fest im Auge. Das Gebiet des heutigen Tessins war in dieser Zeit eine Kontakt- und Konfliktzone mit fein abgestuften kulturellen Grenzen oder Übergängen von der ernerisch geprägten Leventina bis ins mediterrane Mendrisiotto. Vom Alpenkamm bis zum Rand der Poebene folgen sich topographische, sprachliche, kulturelle und politische Grenzen. Der Tessiner Sprachwissenschaftler Sandro Bianconi⁴⁵ ist in seinen philologischen Studien dem Gemisch von Sprachen und Kulturen in dieser Kontaktzone nachgegangen, die dank einer starken Emigration mit der Welt im Kontakt war. Schon lange bevor das Tessin zur Tourismusdestination wurde,

entwickelte sich da eine zumindest in Teilen mehrsprachige und multikulturelle Gesellschaft, die heute geradezu modern anmutet.

Stadt werden – weltstädtisch bleiben

In dieser «Multikulturalität» sind sich Genf und das Tessin verwandt, Genf als alte Messestadt und später Zentrum des Calvinismus, das Tessin auf der europäischen Nord-Süd-Achse. Diesen «Zwischengebieten» war beschieden, Melting pot zu sein. Während aber Genf früh zur Stadt und als solche zur kleinen Republik wurde, konnte das Tessin erst städtisch werden, als es – als Kanton und Republik – eine Einheit wurde und eine eigene Identität entwickelte. Stefano Franscini beklagte in seinem Buch über die „Svizzera italiana“⁴⁶, dass dem Tessin die Urbanität mangle. Der 1803 entstandene Kanton begann sogleich, mit dem Ausbau des Strassennetzes und des Bildungswesens die errungene Einheit zu festigen und zu nutzen. Die Bevölkerung konzentrierte sich zuerst längs der Gotthardroute. Dann entstand in den tiefer liegenden Gebieten eine diffuse Agglomeration, die der Kanton zu einem Stadtgebilde mit mehreren Polen (Locarno, Bellinzona, Lugano und Mendrisiotto) strukturieren möchte, zu einer «Città-Region».

Als vor einigen Jahren in Lugano ein Kongress über afrikanische Wirtschaft stattfand, war in einer Tessiner Zeitung nicht ganz ohne Ironie, aber auch nicht ganz ohne Ernst zu lesen, die Stadt am Ceresio kandidiere als „zweites Genf“. Der Tessiner Dichter Francesco Chiesa⁴⁷ hatte das Wort von der «repubblica dell'iperbole» (Republik der Übertreibungen) geprägt. Gerade der Vergleich mit Genf erinnert daran, was dem Tessin für ein Internationales Zentrum fehlt. Noch ist nicht einmal entschieden, ob es dem Tessin auch längerfristig gelingt, an der Peripherie der Metropole Mailand und in Konkurrenz zum zweitausendjährigen Como eine stabile Zentralität zu entwickeln. Die Basis ist noch fragil, und leicht verschätzt sich die kleine Republik in ihren Kräften. Keine andere Ecke der Schweiz liegt wie das Tessin im Ausstrahlungs-

bereich eines europäischen Zentrums vom Kaliber Mailands. Lugano, die „heimliche Kantonshauptstadt“, lässt sich – ohnehin zur Grossmauligkeit neigend – leicht dazu verführen, von seiner Stellung im Kanton auf seine Ausstrahlung überhaupt zu schliessen. Gewiss ist Lugano nun Universitätsstadt geworden, wie schon früher hier das Radio- und das Fernsehstudio angesiedelt wurden, aber die Attraktivität reichte doch nicht, dass der Baron Thyssen seine Kunstsammlung in der Villa Favorita belassen hätte, statt sie nach Madrid zu überführen.

Die alte Republik an der Rhone aber scheint voller Kraft und Dynamik. Sie macht nicht den Eindruck, dass man sich um sie zu sorgen brauche. Aber nichts ist sicher, Der Lauf der Welt und die Neutralität und Stabilität der Schweiz trugen dazu bei, dass Genf als internationale Stadt, die seine Bestimmung war, im 20. Jahrhundert erst recht zur Blüte kam. «Et aujourd'hui?» fragt sich die Genfer Staatsarchivarin. Der veränderte Stellenwert der Neutralität, der Aufstieg neuer „internationaler Städte“ und die zunehmende Zentralisierung der Eidgenossenschaft fordern dazu heraus, über den Platz und die Rolle «d'une ville ou d'un canton-ville resté toujours marginal» nachzudenken. Als in den neunziger Jahren unversehens der Sitz der WTO zur Diskussion stand und sich zeigte, wie viele Städte weltweit nach internationaler Ausstrahlung strebten, schrak Genf auf und weckte auch die Eidgenossenschaft auf, der einmaligen Republik im äussersten Zipfel Sorge zu tragen. Die Eidgenossenschaft, der Kanton und die Stadt Genf gründeten eine Stiftung „Zukunft für Genf“, die sich für die internationale Stellung einsetzen sollte. Bisher verlief es einigermaßen gut, und Genf hat auch den bösen Streich der Swissair, die die interkontinentalen Flüge vom Flughafen Cointrin abzog, heil überstanden. Die Internationalen Organisationen beschäftigen über 13000 Personen; dazu kommen noch etwa 4000 der Nichtstaatlichen Internationalen Organisationen. Missionen, Sekretariate, Beobachter usw. zusammen dürfte das internationale Genf um die 35 000 Leute umfassen – das ist eine bedeutende Konzentration von Funktionen und Know-how mit entsprechendem Potential.

Neu entdeckte Nachbarschaft

In den letzten Jahren gaben zwei nicht unbedeutende, gleichgelagerte Projekte Anlass, dass Genf und das Tessin in einem Zuge genannt wurden. Der Bund muss tief in die Tasche greifen, um Projekte von Bahnen zu finanzieren, die die beiden Republiken im westlichen und südlichen Zipfel mit ihrer Nachbarschaft verbinden sollen. Das schweizerisch-französische Projekt sieht vor, die beiden Bahnlinien Cornavin-La Praille und Eaux-Vives-Annemasse, das heisst das Genfer Stadtzentrum mit dem französischen Nachbarzentrum sowie Thonon und der Vallée de l'Arve zu verknüpfen. Dann werden endlich das SBB-Netz auf dem rechten Genferseeufer mit dem linksufrigen SNCF-Netz zusammengehängt. Im schweizerisch-italienischen Projekt wird das Geleise von Mendrisio nach Stabio verdoppelt und mit der Linie verbunden, die von Porto Ceresio nach Varese führt. Damit wird auch die Verbindung des Tessins mit dem Flughafen Malpensa hergestellt. Die Finanzierung des Genfer Projektes stützt sich auf einen französisch-schweizerischen Staatsvertrag von 1882 und eine Vereinbarung zwischen Bund und Kanton Genf von 1912. Um die vorletzte Jahrhundertwende herum dachte man noch in Zusammenhängen über die Grenzen hinweg. Dann begann sich die Grenze mehr und mehr zu schliessen.

Der alpine Kanton grenzt an die weite Poebene mit ihren ganz anderen Perspektiven. Im Westen und Osten des Tessins befinden sich hingegen die gleichen engen Täler mit einer verwandten Kultur und Wirtschaft und ähnlichen schwierigen Lebensbedingungen. Sie zwangen die Menschen immer wieder zur Auswanderung. Aus dem Berggebiet um den Luganer und den Comer See zogen seit dem Mittelalter Steinmetze, Baumeister und Architekten nach allen Richtungen aus und bauten und schmückten Kirchen und Schlösser in allen Teilen Europas. Grenzen hatten nicht die Bedeutung von heute. Auf dem Übergang des San Lucio, der das Tessiner Val Colla mit dem italienischen Val Cavargna verbindet, trafen sich die Bewohner beider Seiten seit Jahrhunderten zum

Fest des Heiligen. Heute führt nur noch ein stiller Wanderweg aus dem Val Colla ins Val Cavargna. Die modernen Verkehrsmittel haben die Verkehrsnetze verändert. . Das Verkehrsnetz der Lombardei ist sternförmig auf Mailand ausgerichtet.

Die Geschichte Genfs wurde wesentlich durch die konfessionelle Grenze bestimmt, die die Reformation hinterliess. Die calvinistische Stadt musste sich mit dem katholischen Umland einigermassen verstehen, wenn sie mit Milch und Brot versorgt sein wollte. Sie musste aber auf der Hut sein. Immer wieder wurde über Privilegien, Handelsvereinbarungen, Grenzen und Zölle gestritten. Entscheidend wurden die von Pictet de Rochemont am Wiener Kongress geführten Grenzverhandlungen. De Rochemont hätte lieber eine grosszügigere Abrundung des Gebietes um die Stadt gesehen, was konfessionelle Bedenken verhinderten. Hingegen wurde Nordsavoyen neutralisiert und erhielt die Schweiz hier das Besetzungsrecht und Zollfreiheit. Die Regelung wurde in Frage gestellt, als sich 1860 Savoyen Frankreich angeschlossen. Die nun festgelegten Freizonen lösten nach dem Ersten Weltkrieg erneut ein lange dauerndes Seilziehen aus. Die „kleinen Freizonen“ für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte in die Schweiz haben schliesslich auch die Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union überdauert und noch immer ihre Bedeutung.

Vor dem und im Zweiten Weltkrieg schlossen sich die Grenzen für normale Beziehungen immer mehr. Umso intensiver war der Schmuggel. Die illegalen Grenzüberschritte wurden immer häufiger. Genfer und Tessiner Untersuchungen vermitteln im Allgemeinen ein lebensnaheres Bild der komplizierten Verhältnisse entlang der Grenze und der Flüchtlingsprobleme als der Bergier-Bericht. Sie machen auch die Spannungsfelder zwischen der rigoroseren Flüchtlingspolitik des Bundes und jener der betroffenen Kantone sichtbar. Sowohl Genf als auch das Tessin konnten sich auf ihre lange Tradition als Zufluchtstätte berufen. Zögernd öffneten sich die Grenzen nach dem Kriegsende und be-

gannen die Kontakte intensiver zu werden. Die Grenzgängerströme schwollen an. Die Genferkauften in den Savoyer Alpen Ferienhäuser. Das Bedürfnis nach Zusammenarbeit wuchs. Die Grenzen sollten wenigstens die Notfallmedizin nicht mehr behindern. Die statistischen Erhebungen sollten kompatibel werden. Grenzüberschreitende Organisationen fingen an, Kontakte herzustellen und Projekte anzuregen, deren Umsetzung gewöhnlich den staatlichen Instanzen überlassen werden muss. Auch wenn sie wenig Kompetenzen haben, sind sie nützlich, weil sie das Terrain für die Annäherung vorbereiten.

Kräftefeld und Wasserscheide

In meinen letzten Welschland-Monaten entdeckte ich, dass es höchste Zeit war. Es war höchste Zeit, wenn ich einmal in meinem Leben aus dem Arc lémanique auf der alten Bahnlinie Lausanne-Solothurn direkt und ohne umzusteigen zu meinen Wurzeln zurückkehren wollte. Zu den Wurzeln zurückkehren, hiess in diesem Fall, nach Busswil zu fahren und von dort nach Bütigen zu spazieren, das über keinen eigenen Bahnhof verfügt. In diesem Dorf mit dem gemütlich klingenden Namen wuchs mein Vater auf. Bütigen befindet sich am alten Aarelauf zwischen Lyss und Büren.

Just im Jahr 2001 war vorgesehen, den Fahrplan auf dieser historischen Bahnlinie, die in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger der mittelalterlichen Handelsroute entlang gebaut worden war, umzukrempeln und Payerne zu einer Bahnspinne zu machen. Bereits war die Bahnlinie nicht mehr, was sie einmal gewesen war. Bereits verkehrten zwischen Büren a.A. und Solothurn nur noch Autobusse. Heute empfiehlt der Online-Fahrplan, in Lausanne den InterCity-Neigezug zu besteigen, über Yverdon und Neuenburg nach Biel zu reisen und dort für den Rest in die S-Bahn, Linie 3, zu wechseln. In einer Stunde und 17 Minuten erreicht man auf diese Weise Busswil. Will man meine Nostalgiereise heute auf der alten Bahnlinie zurücklegen, muss man dreimal umsteigen; auf zwei Abschnitten ist eine S-Bahn, auf zwei ein Regionalzug zu benützen; die Reisezeit dauert 25 Minuten länger..

Ich schaffte es also noch mit dem Direkten, allerdings mit einem direkten „Bummelzug“, der 26-mal anhielt. Ich stieg 9 Uhr 12 in Lausanne in den Zug, konnte sitzen bleiben und das Fenster öffnen, wenn ich wollte,

und erreichte 11 Uhr 52 Busswil. Die Fahrt ging vorbei an verschlafenen Bahnhöfen, stillgelegten Verloaderampen, zauberhaften hölzernen Pissoirs. In Moudon winkte der Bahnhofvorstand, in Jeans, mit der Kelle. Manchmal stieg ein Passagier ein, manchmal stiegen drei aus. In Fräschel gab es keinen Bahnhof, aber ein Wartehäuschen, einen Schuppen, aber keine Geleise. Man spürte, dass fünf Vierteljahrhunderte seit der Einweihung vergangen waren. Gewiss sah es anders aus, als der Festzug auf den nigelnagelneuen Bahnhöfen anhielt, die Honoratioren grüssten, die Dorfmusik aufspielte. In Payerne tafelten sechshundert Gäste. In Murten hatte einige Wochen zuvor eine halboffizielle Vorpremiere dem 400. Jahrestag der grossen Schlacht (22. Juni 1476, Sieg über Karl den Kühnen) einen Anstrich von Aufbruchsstimmung verliehen. Und tatsächlich herrschte Aufbruchsstimmung. In den gleichen Jahren, in denen die Bahn gebaut wurde, wurde auch die grosse Jura-gewässerkorrektur realisiert.

Dynamik des Übergangs

Die „Reise zu den Wurzeln“ war zugleich eine „Reise über die Sprachgrenze“ und damit für mich auch eine Art Abschied (allerdings kehrte ich dann nicht in die Deutschschweiz zurück, sondern in die italienische Schweiz, um nochmals für ein paar Jahr die Berichterstattung aus der südlichen Ecke des Landes zu übernehmen). Jedenfalls durchführte ich nochmals diese sehr spezielle Übergangslandschaft, die zu den ersten Gegenden gehörte, die ich auf dem Welschlandposten erkundete. Der unmittelbare Anlass war eine Zeitungsbeilage, die dem Kanton Freiburg gewidmet war. Ich klopfte unter anderem eine Reihe kleiner Freiburger Städtchen ab: Châtel-St-Denis, Romont, Bulle, Estavayer-le-Lac, Murten, Tafers. Den Artikel darüber überschrieb ich mit „Dynamik des Übergangs“.

Die Landstädtchen rund um die Kantonshauptstadt kamen mir vor wie Nägel, an denen das Netz hängt, das die Vielfalt des Kantons zusammenhält. Jedes Städtchen hat seinen unverwechselbaren Charakter. Von einem zum andern verschiebt sich die Perspektive. Châtel-St-Denis im Süden ist wenige Autominuten von der Agglomeration Vevey-Montreux entfernt. Nordöstlich ist Tavers – das sich mit seinen knapp 3000 Einwohnern nicht als Städtchen bezeichnet – Hauptort des deutschsprachigen Sensebezirkes. Das Dorf musste diese Rolle übernehmen, weil kein Städtchen zur Verfügung stand, als das Senseland zum Bezirk und damit von „seiner“ Stadt, der es sich zugehörig fühlt, nämlich Freiburg abgetrennt wurde. Da strahlt schon das Bernbiet aus und hat in wiederholten Wanderungsschüben die Bevölkerungsstruktur des Senselandes so verändert, dass zumindest in Wünnewil-Flamatt bereits so viele Reformierte wohnen wie Katholische und an Mariä Himmelfahrt gearbeitet wird.

Auf dem Titelblatt der seinerzeitigen Freiburg-Beilage war der Saanegraben abgebildet, gesehen aus dem ewiglangen Fussgängerkorridor, der unter den Geleisen der Grandfeybrücke über den Fluss führt. Der Saanegraben ist im Volksmund der Graben, über dem die Sonne auf ihrer Bahn das Geschlecht – aus le soleil wird die Sonne – wechselt. Aber die Sprachgrenze fällt nicht mit dem Flusslauf zusammen. Sie fällt überhaupt mit nichts zusammen. Die Saane selbst, die am Sanetschhorn entspringt, muss zweimal den Namen wechseln, um auf dem langen welschen Abschnitt Sarine zu heissen und dann wieder als Saane wenig unterhalb des Wohlensees in die Aare zu münden. Die Lausanne-Solothurn-Bahnlinie überquert den Röstigraben Saane nicht, sondern die Aare und führt durch einen Streifen gemischtsprachiger Gemeinden.

Spätfolgen des Städtefiebers

Es gibt kein bunter geschecktes Gebiet als das südlich an den Neuenburgersee stossende. Die Kantone Waadt und Freiburg sind da recht eigentlich ineinander verzahnt. Ein oberflächlicher Blick auf die Landkarte könnte den Eindruck erwecken, die Bahnlinie Lausanne-Solothurn sei mit Geschick zwischen dem Freiburger Kantonsgebiet hindurch gelegt worden. Tatsächlich aber bedient die Bahn zwischen Payerne und Avenches die Freiburger Gemeinden Dompierre und Domdidier und nach Faoug hält der Zug wieder sechsmal im Freiburgischen, bis er endlich das bernische Kallnach erreicht. Die politische und konfessionelle Vielfalt ist Ausdruck der Grenzzone, die am Ausgang des Mittelalters in diesem Gebiet ein regelrechtes Städtefieber ausbrechen liess. Savoyer, Zähringer und andere, auch lokale Adelsfamilien gründeten allenthalb Städte oder statteten Siedlungen mit Stadtrechten aus, um mit Märkten und Brückenköpfen ihre Einflusssphären und Handelsachsen in diesem komplexen Kräftefeld zu markieren und zu sichern. Manch eines dieser Städtchen ist wieder verschwunden oder gar nie in eine Urkunde eingegangen, andere behielten ihre Eigenart und sind, wenn auch nicht gross, so wenigstens Amtssitze von Präfekten geworden. Neben den bereits erwähnten freiburgischen gibt es noch eine Reihe waadtländische. Moudon war das Zentrum der savoyischen Waadt.

Die Bahnlinie Lausanne-Solothurn und die andere – Yverdon-Fribourg –, die sich in Payerne kreuzen, kamen trotz der gescheckten Landkarte zustande. Die Kantons-, Konfessions- und Sprachgrenzen verhinderten nicht, dass die Menschen miteinander verkehrten und Handel trieben. Das grosse Überschwemmungsgebiet zwischen den drei Juraseen, das Grosse Moos, wurde über die Kantonsgrenzen hinweg saniert. Das Gebiet, das sich nach der Juragewässerkorrektion zu einem Schwerpunkt des Gemüseanbaus entwickelt hat, liegt zu zwei Dritteln im Kanton Bern, zu einem Drittel im Kanton Freiburg.

Allerdings ist das freiburgisch-waadtländische Gebiet auf der Südseite des Neuenburgersees ins Abseits geraten, als die Bahnlinie über Freiburg wichtiger wurde und dann auch noch die Nationalstrasse 12 (Bern-Freiburg-Vevey) vor der „Eins“ (Bern-Murten-Yverdon) als erste Autobahn in die Westschweiz gebaut wurde. So haben schliesslich die drei waadtländischen Bezirke Avenches, Moudon, Payerne (32 000 Einwohner) und die freiburgische Broye (19 000 Einwohner) beschlossen, enger zusammenzuarbeiten. Sie gründeten 1988 die Communauté régionale de la Broye (Coreb). Die Spitäler von Estavayer-le-Lac und Payerne wurden zu einem über die Kantonsgrenze hinweg funktionierenden Spital vereinigt, und in Payerne wurde ein interkantoniales Gymnasium geschaffen.

Die diskrete Trennlinie

Auf der Fahrt von Lausanne nach Busswil habe ich Kantons- und Konfessionsgrenzen und auch die Sprachgrenze und zweifellos auch Kultur- und Volkstumsgrenzen und Grenzen neuer Regionen wie der Region Broye überquert. Eine Scheidelinie aber fällt wenig auf. Sie wird wenig zur Kenntnis genommen. Die Bahn unterquert sie im Dunkeln. Es ist die Wasserscheide, und zwar nicht irgendeine, sondern eine wichtige, kontinentale, die das nördliche Europa vom mediterranen trennt. Aber weder die Sprachgrenze noch eine politische fällt im entferntesten mit ihr zusammen. Die Wasserscheide führt quer durch das Waadtland, und sie tut dies so diskret, dass man sie kaum bemerkt. Aber uns ist sie hier das Hauptthema dieses Essays.

Die Waadt ist stolz, ein «Land» zu sein: weit, fast grenzenlos und vielfältig. Das Waadtland verliert sich irgendwo im Jura und tief in den Alpen. Es verfügt, wie oft gesagt, über Brot, Wein und Salz. Im raueren Hinterland liegen weite Äcker und weidet immer noch Vieh. An den Hängen über dem Lac Léman wachsen die Reben. Dazwischen durch-

quert die europäische Wasserscheide den Kanton. Auf der einen Seite fliesst das Wasser zur Aare, zum Rhein, auf der andern zur Rhone. Das Waadtland gehört zum Einzugsgebiet des Mittelmeers und zu jenem der Nordsee. Die Wasserscheide steigt von den Alpen herab, zieht sich – nahe dem Lac Léman – über den Hängen des Lavaux hin und entfernt sich dann bei Lausanne über den Jorat hinweg wieder vom See. Sie durchquert niedrig das Mittelland zwischen dem Neuenburger- und dem Genfersee und setzt sich dann kapriziös um den Lac de Joux herum über die Jurahöhen hinweg Richtung Burgund fort.

Zwischen zwei «Isthmen»

Das Waadtland liegt nicht nur auf der europäischen Wasserscheide, es liegt auch zwischen zwei europäischen «Isthmen». Der Historiker Fernand Braudel⁴⁸ geht in seinem Frankreich-Buch den «Isthmen» nach, den grossen Korridoren durch den Kontinent von den Meeren im Norden zum Mittelmeer. Er fragt nach der Bedeutung des doppelten «französischen Isthmus» (Rhone/Seine und Canal du Midi) für die Entstehung der Einheit Frankreichs. Die Rhone war im Mittelalter noch Grenzfluss, über den Frankreich erst spät hinauswuchs.

Der deutsch-italienische «Isthmus» durchquert die Alpen. Goethe stand dreimal auf der Wasserscheide, dem Gotthard, und schaute sehnsuchtsvoll nach Italien. In Frankreich hingegen kann der Mensch des Nordens die Sehnsucht nach dem Mittelmeer stillen, ohne die Alpen überwinden zu müssen. Wie in keiner anderen Region durchdringen sich im Burgund der Norden und der Süden. Das Waadtland liegt zwischen den beiden Korridoren, denn südlich des Genfersees wendet sich der Alpenbogen dem Mittelmeer zu. Am Genfersee kreuzen sich die uralte Alpen-transversale, die von der Poebene her über den Grossen Sankt Bernhard und durch den Jura Richtung Champagne und England führte, und die Route aus der Provence durch das Rhonetal ins schweizerische Mittel-

land. Die drei geographischen Besonderheiten – erstens die «Zwischenstellung» zwischen den beiden Korridoren, zweitens das – gegenüber der Gotthardachse um 45 Grade abgedrehte – Wegkreuz und drittens die Wasserscheide erklären manche Besonderheit unseres Landes und des welsch-deutschschweizerischen Verhältnisses.

Pardon!

Die Wasserscheide verlief nicht immer genau gleich wie heute. Die Venoge mündete vor zwanzigtausend Jahren noch in die Orbe. Ihr Wasser floss dem Neuenburgersee, der Aare und dem Rhein zu. Erst als sich nach der letzten Eiszeit der Rhonegletscher zurückzog, wandten sich die Bäche westlich des Mormont, der die Orbe- und die Venoge-Ebene trennt, dem Genfersee zu. Das alte Flussbett der Venoge ist bei La Sarraz noch zu sehen. Nach den Gletschern griffen auch noch die Menschen ein. Um ihren Wasserbedarf zu decken, lenkten die Herren von La Sarraz einen Teil des Wassers des in die Orbe mündenden Nozon um. Von einem Weiher bei der Mühle Bornu (bei Pompaples) fliesst nun Wasser teils zur Nordsee und teils zum Mittelmeer. Deshalb heisst der Ort «Milieu du Monde».

Gilles, der Waadtländer Kabarettist und Chansonnier Jean Villard (1895-1982), hat der Venoge das bekannte, so unendlich reizvolle und charmante Lied gewidmet, das zu einer Art zweiter waadtländischer Kantonshymne geworden ist. Die am Fuss des Jura entsprungene Venoge entdeckt bei La Sarraz plötzlich mit Schrecken, dass sie Richtung Norden fliesst, geradewegs auf Deutschland zu. Wie sie ihre Schwester Orbe und dann Yverdon und gar Olten vor sich sieht, ruft sie : «Pardon!» Und : «Le Nord, c'est un peu froid pour moi. J'aime mieux mon soleil vaudois...» Sagt es, macht rechtsumkehrt und wendet sich dem blauen Léman zu. Waadtländischer als die Venoge geht es nicht:

«Pour conclure, il est évident qu'elle est vaudoise cent pour cent! Tranquille et pas bien décidée. Elle tient le juste milieu, elle dit: <Qui ne peut ne peut!> mais elle fait à son idée.»

Der «Sillon subjurassien», die «Furche», die sich vom Aarelauf bis zum Genfersee dem Jura entlangzieht, verengt sich zwischen der Orbe-Ebene und dem Venoge-Tal. Hier muss ein Rhein-Rhone-Kanal durch das Mittelland seine Scheitelstelle haben. Während des Dreissigjährigen Krieges begannen holländische Geschäftsleute, an eine solche Wasserstrasse zu denken. Die Berner erteilten 1637 die Konzession. 1648 konnte der «Canal d'Entreroches» durch den Riegel des Mormont eröffnet werden. Auf den 25 Kilometern von Yverdon bis Cossonay mussten die Schiffe neun Schleusen passieren. Für die aufwendige restliche Strecke bis zum Genfersee hinunter kam das Geld nicht mehr zusammen. Während fast zweihundert Jahren erreichten unzählige Fässlein Waadtländer Wein auf diesem Weg die Deutschschweiz. 1829 brach eine Brücke ein. Darauf wurde der Betrieb eingestellt. 1855 ersetzte eine Bahnlinie von Yverdon nach Morges den stillgelegten Kanal. Die Idee, den Rhein mit der Rhone zu verbinden, fand noch bis vor kurzem Anhänger.

Ein Wanderweg führt steilen Hängen mit senkrechten Felsbändern entlang durch den Geländeeinschnitt. Ein Stück weit stehen noch auf beiden Seiten Kanalmauern, zwischen denen Wasser liegt, wenn es genug geregnet hat. Dann mündet der Pfad in einen Graben, der den einstigen Kanal nur noch erahnen lässt. Im stillen Wald hören wir nur Blätterrauschen und Vogelgezwitscher. Oder geistern noch Rufe von Schiffleuten durch den verwunschenen Hohlweg? Die melancholische Stimmung in der verlassenem Passage ist jener auf dem nun wohl definitiv unterfahrenen Gotthard verwandt, wenn dort in der Bergabenddämmerung die geschäftigen Museen und Kioske schliessen und die Stille der Vergänglichkeit und Ewigkeit einkehrt.

Wo der Wanderweg den Wald wieder verlässt, steht am Rande der Orbe-Ebene noch ein Haus, das einst Schleusenwärtern gedient hat. Ein römischer Meilenstein aus Hadrians Zeiten («41 Meilen bis Aventicum») steht da, der beim Bau einer Schleuse gefunden wurde. Es lohnt sich, ein Stück weit auf einem der schnurgeraden Landwirtschaftswege weiter zu wandern und gelegentlich zurückzublicken: Der Mormont schliesst die Orbe-Ebene wie ein Wall ab, durch den man doch den Kanal weiss.

Gespräch über die Wasserscheide

Einmal wurde die Wasserscheide auch zur «Literaturscheide». Sie schied zwei bedeutende «R» der Waadtländer Literatur. Sie schied nicht die befreundeten Menschen, aber ihr Wesen und Schaffen. C. F. Ramuz lebte, von einem langen Aufenthalt in Paris abgesehen, in Lausanne und dem Vorort Pully und hatte den See – die «Wiege der Rhone», «notre Méditerranée à nous» – vor Augen: «Je regarde tout le temps le Rhône. Ici à présent est son berceau: je regarde bouger le berceau, avec ses rives en bordure. La savoyarde, la vaudoise . . .» Gustave Roud hingegen verbrachte nur die ersten Kinderjahre in Saint-Légier oberhalb Vevey. Dann zogen seine Eltern nach Carrouge (zwischen Mézières und Moudon) in ein Bauernhaus. Dort blieb der Dichter sein Leben lang und durchstreifte unaufhörlich die sanft gewellte Hügellandschaft des Jorat. Seine Textsammlung «Campagne perdue» fängt mit den Worten an: «Les paysages étrangement devenus notre propre chair . . .». Roud liess Ramuz gegenüber einmal die brüske Bemerkung fallen: «Je déteste la montagne.» Ramuz antwortete in der Wochenschrift «Aujourd'hui»⁴⁹ unter dem Titel «La beauté de la montagne»: «Je pense ici à vous, cher Monsieur R. . . .» In der nächsten Nummer erklärte Roud, dass er hätte anfügen müssen: «Mais j'aime votre montagne.» Roud begründete seine Äusserung mit dem Ärger, den ihm der Missbrauch bereite, der in patriotischen Reden und in der Dutzendliteratur mit den Alpen getrieben

werde. Fast nebenbei liess er die Erinnerung an seinen Sanatoriums-aufenthalt einfließen. Damals sei ihm die nach oben immer karger werdende Bergwelt plötzlich wie der Übergang von der irdischen Wirklichkeit ins ätherische Nichts «par une sorte de <cadavérisation>» vorgekommen. Das Glücksgefühl, als er wieder zu seinen schlichten Hügeln des Jorat zurückkehrte, klingt in seinen Schriften immer wieder nach.

Fein, sensibel und mit waadtländischer Vorsicht, aber sehr ernst, da es um Innerstes ging, diskutierten die beiden Dichter über die Wasserscheide hinweg ihre Verschiedenheit. Ramuz redete von der Erfahrung der «Gleichzeitigkeit», die die Vertikale gewähre. In wenigen Stunden steige man in den Alpen aus dem sommerlichen Tal zum ewigen Winter hinauf. Die Horizontale bewahre dem Menschen seine Grösse, die Vertikale mache ihn klein. Dem «Garçon savoyard» wird die weite Landschaft des Genfersees zum kosmischen Zirkuszelt, in dem sich die ersehnte Seiltänzerin in den Wolken auflöst, während er im Wasser versinkt: «Elle s'élève, il descend vers elle.» Ramuz erlebte seinen von Bergen gesäumten See vertikal.

In Rouds Werk kommt der Genfersee kaum vor. Es gibt hingegen einen reizvollen Text über den «Haut-Jorat», in dem der Dichter den Gang über die Wasserscheide schildert. Er berichtet, wie er von Lausanne her über Chalet à Gobet wandert. Er erzählt von den Wege-lagerern, die hier früher Reisenden auflauerten, welche die Route von Bern nach Lausanne benützten. Diese Rübergegend ist ihm nicht die wahre Landschaft. Sie sei ihm immer vorgekommen, wie ein Orchester, das vor dem Konzert die Instrumente stimmt. Eine unentschiedene Landschaft sei es, in der das Wasser zwischen Nord und Süd laviert. Das sei nicht eine Landschaft, die uns festhalte und gefangen nehme («Un vrai paysage est un piège»), sondern eine Landschaft, durch die man hindurch müsse.

Bei Montpreveyres befinde man sich noch in dieser dunklen Vorwelt, dann fange es langsam an, heller und weiter zu werden, und in Mézières finde der Jorat endlich einen Sinn : «Ein Rhythmus ist erwacht, ein grosser Rhythmus, klar und rein, dem sich alles zwanglos fügt . . .» Parallel bewegen sich die Täler und die Hügelrücken Moudon zu, wo sie zusammenkommen. In dieser Landschaft las und übersetzte Roud die deutschen Romantiker. Wie ein Echo von der Wasserscheide – oder der nicht fernen Sprachgrenze – vernehmen wir seine französische Übertragung der grossen Hymne Hölderlins: «C'était la voix du noble d'entre les fleuves, / Celui qui naît libre, le Rhin ...»

Spiegelbild der Venoge

Chalet à Gobet und Châtel-St-Denis liegen gut und gern 500 Meter höher als das Seeufer. Die Autobahn, die von Vevey aus kräftig ansteigt, kann im Winter ungemütlich sein, aber als Pass erlebt man diesen Übergang nicht. Das Aha-Erlebnis haben die Bahnpassagiere oberhalb von Chexbres, wenn der Zug den Tunnel verlässt. Hier liegen die legendären Retourbillette von all denen, die nach dem Anblick der Rebhänge, des Sees und der Savoyer Berge nicht mehr in den Norden zurückwollen. Auf der andern Seite des Tunnels wirft, vom Léman her kommend, niemand Fahrkarten aus dem Wagenfenster. In der «Zwischenlandschaft» von Puidoux haben sich Industriegebäude und Tanksilos angesammelt. Hinter Palézieux zweigt die Linie Richtung Moudon, Murten, Lyss von der Hauptlinie Freiburg-Bern ab. Sie führt der Broye entlang, die – Spiegelbild der Venoge –, zuerst aus dem Freiburgischen kommend, südwärts fliesst und nun dem Murtensee zustrebt. Die Bahn folgt dem Gefälle der Broye im noch engen Tälchen, bis sich nach Moudon die Landschaft weitet. In umgekehrter Richtung, flussaufwärts, ist die langsam ansteigende Fahrt die wahre Einstimmung für den grossen Moment ob Chexbres.

Und doch

Die waadtländische Wasserscheide fällt nicht ins Auge. Sie hat das Waadtland nicht verhindert; sie hat dazu beigetragen, dass zu seiner Kultur und seinem Selbstverständnis die Pflege der Vielfalt und des Verbindenden gehört. In letzter Zeit manifestiert sich die Trennlinie stärker. Es sind immer weniger die Kleinstädte und Winzerdörfer, die die «lemanische» Landschaft des Waadtlandes prägen. Die Agglomerationen der beiden Kantonshauptstädte Lausanne und Genf wachsen einander entgegen. Entsteht so etwas wie eine «Métropole lémanique»? Erwacht gar ein lemanisches Bewusstsein, wie es vielleicht bestand, bevor die Reformation die konfessionelle Grenze mitten durch den See zog? In den letzten Jahren hat sich vor allem wirtschaftlich eine lemanische Dynamik entwickelt, die aber die Eigenständigkeit der beiden grossen Zentren noch nicht in Frage stellt. Im Grunde symbolisieren die beiden Kathedralen – sich verwandt und ganz verschieden – das Verhältnis der beiden Städte immer noch gut.

Hingegen kann das Hinterland mit der Dynamik am See nicht mithalten. Yverdon und Payerne versuchen als Verkehrsknoten ihre Affinitäten zum Neuenburgischen beziehungsweise Freiburgischen zu nutzen und sich zwischen den «Grossen» – Arc lémanique und Bern – eine bescheidene eigene Zentralität zu verschaffen. Wird die Wasserscheide zur Grenze zwischen dem «Espace Mittelland» und dem «Arc lémanique»? Für eine Schweiz der Regionen anstelle der Kantone gibt es nur die Alternative: Entweder entsteht eine die Sprachregion abbildende «Romandie», oder die Waadt wird gespalten. Noch haben aber die Kantone nicht abgedankt. Die Wasserscheide bleibt eine stille, eher verborgene Trennlinie durch das Welschland. Die Lausanner Agglomeration breitet sich über sie hinweg aus, als gelte es, einer trennenden Wirkung zuvorzukommen.

Zweiter Teil

Wege und Holzwege

Eruption (EWR-Abstimmung)

Der 6. Dezember 1992 ist in die Schweizer Geschichte eingegangen. Am Sankt Niklaus-Tag des Jahres 1992 lehnten die Schweizer Stimmbürger mit 50,3 Prozent Nein gegen 49,7 Prozent Ja (Stimmbeteiligung 78,3 Prozent) den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. In meiner persönlichen Erinnerung stellt sich die Erfahrung des 6. Dezember 1992 gewissermassen neben den 20. Mai 1973. An jenem Maiwochenende lehnten die Zürcher das grosse Regionalverkehrsgesetz (U-Bahn und S-Bahn) ab. Jene Abstimmung bedeutete einen Einschnitt in der Lokalgeschichte und war für mich eine wichtige Erfahrung in direkter Demokratie. Auch die EWR-Abstimmung bekam für mich diese doppelte Bedeutung; ihre politische Tragweite war grösser und sie ging als persönliche Erfahrung tiefer.

Im Herbst 1992 übernahm ich die Korrespondentenstelle in der französischen Schweiz. Mein erster Bericht galt dem enthusiastischen welschen Medienecho auf die EWR-Debatte im Nationalrat. In Zürich hatte ich mich in der Inland-Redaktion zwei Jahre lang mit dem Europadossier befasst und erlebt, wie das Thema die Leute zutiefst aufwühlte. Nun reichten die ersten Monate in Lausanne noch, mich mit der ganz anderen Stimmungslage in der Westschweiz vertraut zu machen. Hier herrschte absolute *Unité de doctrine*. Die Romandie war mit Europa im Reinen, Angst machte nur noch die verknorrzte „Morgarten-Schweiz“. Die Wochenzeitung „L'Hebdo“ schrieb wenige Wochen vor der Abstimmung: „Scénario catastrophe: et si la Suisse disait 'nein' à l'EEE“. „Non“ zu sagen, verbot sich bei dieser Vorlage.

„Neeei“: der Riss

Am 6. Dezember war dann die „Katastrophe“ da. Das angekündigte Szenario kam in Gang. Am Abend des Abstimmungssonntags waren in den Köpfen und Herzen der welschen Journalisten die Zornausbrüche und Schlachtrufe schon bereit und abrufbar. In meinem Bericht über die Reaktionen in den welschen Medien auf den Ausgang der Abstimmung waren einige der Titel zusammengestellt:

„In den Titeln taten sich die welschen Zeitungen am Montag keinen Zwang an: «Schwarzer Sonntag» (Sondernummer des «Hebdo»), «Die Schweiz isoliert und geteilt» (Schriftgrösse eine halbe Seite im «Nouveau Quotidien»), «EWR: der Riss» («24 heures»), «Die Schweiz geborsten» («Le Pays»), «Die Romands weisen das von den Deutschschweizern errichtete Ghetto zurück» (<La Liberte»). «Nein» wird gewöhnlich deutsch geschrieben, in den Neuenburger Blättern im Dialekt: «Neeei!» («L'Impartial»), «D Schwiiz het nei gseit» («L'Express»). Die Deutschschweizer tun gut daran, diese Ausrufe im Kopf zu behalten. In den Texten geht es gewöhnlich differenzierter zu. Aber die Schlagzeilen bringen etwas zum Ausdruck, was im tiefsten weiterwirken wird.“⁵⁰

Ganz ohne böse Vorahnungen erwachte ich an jenem Morgen nicht. Aber das ändert nichts daran, dass der Korrespondent auch einen solchen Tag damit anfängt, aus dem wohligen Bett zu steigen. Er braut sich einen Kaffee, geht zur Post, nimmt sein Bündel aus dem Fach. Zurückgekehrt stellt er sich einen zweiten Kaffee auf den Tisch und ordnet den Papierstoss. Beim dritten Kaffee blättert er die Zeitungen durch, die komplette Regionalpresse. Das waren damals wohl ein Dutzend Blätter, ein paar mehr als heute. Das bedeutete an jenem Montagmorgen ein beträchtliches Donnerwetter, eine rechte Ladung medialer Gemütsaufwallungen, Texte mit fetten Titeln und überkräftig gewürzt mit Karikaturen, darstellend: Eine zerbrochene Schweiz, eine quer statt längst durch das Land gestellte Alpenkette, den naturhistorischen Gänsemarsch von

Hominiden, die sich langsam aufrichten, doch tritt dem letzten endlich aufgerichteten ein Männlein entgegen, ein Sennenkäppli auf dem Kopf und eine Tafel mit der Aufschrift „Nein!“ in der Hand.

Da kann es mitunter schwierig werden, kühlen Kopf zu bewahren. Bei solcher Gelegenheit wird einem bewusst, dass der Journalist nicht nur Medien produziert, sondern auch viel mehr Medien konsumiert als ein durchschnittlicher Bürger. Leicht lässt er sich in den Wirbel der angeheizten Stimmung und Stimmungsmache reissen. Bei aussergewöhnlichen Ereignissen wird besonders deutlich, wie sehr „moderne Zeitungsgestaltung“, „attraktive Titel“, kalkulierte Bildausschnitte und Karikaturen die Proportionen verschieben, das Geschehen dramatisieren und die Wirklichkeit verzeichnen beziehungsweise eine neue hervorbringen. Es fällt mir – erst recht rückblickend – auf, wie aus den zwar erregten, aber zugleich nachdenklich abwägenden Gesprächen, die ich am Abstimmungssonntagabend und wieder in den folgenden Tagen führte, ausgewogenere Stimmungsbilder hervorgingen. Sie rechtfertigten Titel wie „Bitterkeit und Besonnenheit im Welschland“ oder „Bestürzung und Bereitschaft zur Analyse“.

Es ist schwierig, eine „Stimmungslage“ einzufangen. Auch der Stammisch, der Taxichauffeur, der Barbier – von Umfragen nicht zu reden – sind letztlich zweifelhafte Indikatoren, auch wenn addiert, dividiert und der Durchschnitt genommen wird. Ich habe mit dem oft – etwa beim Tode einer bedeutenden Persönlichkeit – zu lesenden Satz „Das Land steht unter Schock“ nie viel anfangen können. Ich sehe den Kioskverkäufer mit dem Kunden scherzen, ob nun der Staatspräsident oder der bedeutendste Dichter des Landes unter dem Boden ist oder nicht, den geschäftigen Bankangestellten in der Bar zum Kaffee den Gipfel geniesserisch kauen, den Lehrer einem Schüler die Leviten lesen. Schlimm sind diese Floskeln natürlich nicht. Der Leser interpretiert sie adäquat als unverbindliche Garnitur und Stimmungselement, wie etwa in die Radionachrichten ein paar Takte Albinoni, Marschmusik oder

Mahalia Jackson eingestreut werden. Wie auch immer: Der Morgen nach dem 6.12.92 ist mir als schockartige Erfahrung in Erinnerung geblieben und bestimmt mein Verständnis eines ganzen Bündels von Problemen.

„La Suisse francophone existe“

Daniel Miéville liess in seinem Kommentar im „Journal de Genève et Gazette de Lausanne“ seine Überraschung darüber spüren, dass die Waadtländer – besonnen, erdverwachsen, keineswegs dem Abenteuer zugeneigt und der Eidgenossenschaft herzlich verbunden, im Ruf, lieber nicht Nein und nicht Ja zu sagen – dass diese Vaudois ganz wie die anderen Romands im Verhältnis vier zu eins dem EWR zustimmten. Da sei etwas Neues passiert, schrieb er, das «nicht ohne Konsequenzen bleiben kann für das Bild, das wir von uns machen und unter dem wir uns den andern präsentieren». Die Homogenität der welschen Abstimmungsergebnisse hätte damals in meiner – und nicht nur meiner – Abstimmungsanalyse mehr Vertiefung verdient. Der Reihe den welschen Zeitungen entnommenen Titeln hätten Zitate zum neuen Durchbruch des „Romandiebewusstseins“ folgen müssen. „24heures“ schrieb, dass die offensichtliche Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Deutschschweizern und Romands vielleicht auch einen positiven Effekt habe: „l'émergence d'une entité romande mieux structurée et dynamique“. José Ribeaud forderte in der „Liberté“ „la reconnaissance d'une identité politique aux communautés linguistique... Car la Suisse francophone existe.“ Natürlich erfüllte das massive Ja der Romands auch Jacques Pilet mit Stolz: „Leur personnalité, leur vision et leur génie propres s'affirment de façon plus claire que jamais.“

Ein paar Wochen später meldeten sich Stimmen, die die Homogenität relativierten, zum Beispiel schrieb der Neuenburger Staatsrechtler Jean-François Aubert: „In der Europafrage sind wir uns jetzt einig.

Aber in zehn anderen Fragen haben Neuenburger, Genfer und Vaudois ganz andere Sensibilitäten.“ Solche Meinungen waren am ehesten aus dem „Hinterland“ und Teilen des Welschlandes zu hören, die es gegenüber einer gewissen „omnipotence lémanique“ nicht immer leicht haben, wie sich der Neuenburger Staatsschreiber Jean-Marie Reber ausdrückte.

Propaganda- und Schweigespirale

Die Abstimmungsergebnisse in der französischen und in der deutschen Schweiz waren nicht nur gegensätzlich. Sie unterschieden sich just auch dadurch, dass in den welschen Kantonen die Resultate ganz nahe beieinander lagen (zwischen 77,2 und 80,0 Prozent Ja), während sie im deutschsprachigen Landesteil zwischen 55,5 Prozent Ja (Basel-Stadt) und 25,5 Prozent (Uri) variierten. Dieser Unterschied ist ebenso interessant.

Ich hatte in der Deutschschweiz an unzähligen Diskussionen aller Art teilgenommen und mit vielen Leuten Gespräche über das Verhältnis des Landes zur EU geführt. Es bewegte mich damals und bewegt mich noch in der Erinnerung, mit welcher inneren Anteilnahme viele mit sich rangen. Natürlich gab es die Europhilen und die Europhoben. Aber viele waren zutiefst unsicher und schwankten. Konnte die Schweiz noch Schweiz bleiben? Geriet das Land ins Abseits? Viele Bürger wechselten immer wieder die Meinung.

Natürlich spielte da mit, dass eine politische Partei – die SVP – in der Oppositionsrolle ihre Chance gekommen sah. Ohne ein solches „Megaphon“ kommt unter Umständen eine öffentliche Diskussion nicht zustande. Die „offiziellen“ Meinungsbildner sind heute effizient. Die Medien neigen zur Hofberichterstattung oder folgen dem Mainstream. Je kleiner die Region desto grösser ist das Risiko, dass sich nur noch bestimmte Debatten entwickeln und andere nicht. In der französischen

Schweiz traten nur noch ganz wenige Politiker gegen den EWR auf. Alt Bundesrat Georges-André Chevallaz, Verfasser von „Le Gouvernement des Suisses ou L'Histoire en contrepoint“ und EWR-Gegner, hielt sich zurück. Unter seinen Fittichen hätte sich vielleicht eine Opposition sammeln lassen. Als ehemaliges Mitglied der Landesregierung fühlte er sich aber auch bei einem so grundsätzlichen Thema, das ihm nahe ging, zu Zurückhaltung verpflichtet, umso mehr als sein direkter Nachfolger als Romand im Bundesrat just Jean-Pascal Delamuraz war, Galionsfigur der EWR- und Beitrittsbefürworter. Es engagierten sich hingegen intensiv Chevallaz' Söhne, damals auch sonst politisch aktiv. Es fehlte – und das war durchaus charakteristisch für den Stil des „Abstimmungskampfes“ – nicht an Stimmen, die sich rasch einmal über den „Chevallaz-Clan“ mit wenig Eleganz lustig machten. Wie in der Romandie die Europafrage behandelt wurde, war in mancher Hinsicht keine Glanzvorstellung politischer Kultur.

Leonhard Neidhart hat treffend analysiert, was geschehen war. Er griff dabei auf Elisabeth Noelle-Neumanns Begriff des Meinungsklimas und der Schweigespirale zurück. Nach dieser Theorie neigen die Leute dazu, sich mit dem vorherrschenden Meinungsklima zu identifizieren, um damit eine soziale Isolation zu vermeiden. Anhänger der Minderheitsmeinung hingegen werden immer schweigsamer, um sich nicht negativ zu exponieren.

„In der Romandie bestand ganz offensichtlich sehr früh schon ein dem EWR gegenüber ausserordentlich positives Meinungsklima, das dort aus sehr verschiedenen Gründen entstanden sein dürfte. Jedenfalls fand in der Westschweiz genau das Gegenteil von dem statt, was sich in grossen Teilen der deutschen Schweiz abspielte. Gab es hier sehr früh eine heftige Negativkampagne, einen Kreuzzug für den Alleingang, so kam jenseits der Saane ebenfalls sehr früh eine höchst intensive Positivkampagne, eine Art Kreuzzug pro EWR, in Schwung. Daraus entstanden zwei Meinungsklimata, die zu den gegensätzlichen Bekenntnisspiralen bzw. Ansteckungsprozessen führten. Je mehr die Wel-

*schen wahrnahmen, was in der Deutschschweiz ablief, umso stärker identifizierten sie sich offenbar mit ihrer abweichenden und damit ihre Identität bestärkenden Pro-Position. Sie konnten ihr Minoritätsgefühl offenbar mit ihrer Präferenz für die progressive Variante kompensieren.*⁵¹ (NZZ 6.1.1995)

Tendiert an zwei Orten das Meinungsklima zu einer gegensätzlich einseitigen Ausrichtung, so kann zweifellos die Verkoppelung mit dem jeweiligen Identitätsbewusstsein diese Entwicklung noch verstärken. Das geschah in der Suisse romande. Welsche Euroturbos förderten diese Polarisierung mit Missionsreisen in die Deutschschweiz.

Hintergründe

Historische und aktuelle Faktoren trugen dazu bei, den Meinungsgegensatz zu verstärken. Die Rolle der internationalen Diplomatie ist im welschen Bewusstsein präsenter als im deutschschweizerischen. Das hängt mit der Weltbedeutung des Französischen als „Diplomatensprache“ zusammen, aber vielleicht noch mehr damit, dass, was im internationalen Genf geschieht, gewissermassen im eigenen Haus stattfindet. Das Welschland wurde erst zwischen 1798 und 1815 so richtig – mit gleichen Rechten – in die Schweiz integriert. So haben die Romands auch ein anderes Verhältnis zur Schweizer Geschichte. In „ihrer“ Schweiz kam der Diplomatie von Anfang an eine wichtige Funktion zu. Ein Diplomat wie Pictet de Rochemont (1755-1824) ist im welschen Geschichtsbewusstsein gegenwärtig.

Die Abneigung der Deutschschweizer gegen die napoleonische Zeit, den Wienerkongress eingeschlossen, hat hingegen die Leistungen der Schweizer Diplomatie ausgeblendet. Die alte Schweizer Geschichte wurde vor allem als Schlachtengeschichte gepflegt. Mit Hellebarden setzten sich die Eidgenossen durch, nicht mit Feder und Papier. In geradezu grotesker Weise wurde verhindert, dass zusammen mit 1798

und 1848 auch der Westfälische Frieden von 1648 adäquat gefeiert wurde, in dem die Eidgenossenschaft formell aus dem Reichsverband entlassen wurde. Da hätte Gelegenheit bestanden, am Beispiel des Basler Bürgermeisters Rudolf Wettstein ein Kapitel engagierter Schweizer Diplomatie in Erinnerung zu rufen.

Auch die aktuellen Umstände waren dazu angetan, den welsch-deutschschweizerischen Gegensatz zu verstärken. Die beiden für die Integrationspolitik zuständigen Departemente standen unter welscher Führung, wobei der charismatischere der beiden Bundesräte, Jean-Pascal Delamuraz, eine eher geringe Affinität zum Deutschschweizer Wesen hatte. Aber auch der Präsident der EG-Kommission war französischer Kultur und dazu eine aussergewöhnlich brillante Persönlichkeit. Jacques Delors personifizierte die EG/EU, wie es vorher und nachher nie ein Präsident getan hat. Ein Hauch von Versailles, wie er für Frankreichs Präsidenten typisch ist, wehte um Delors. Das alles mochte den Eindruck von Zentralismus noch verstärken und den Deutschschweizern zusätzlichen Schrecken einjagen. Mir scheint, dass man diesen Aspekt in der Interpretation des Abstimmungsergebnisses immer unterschätzt und die Angst der Deutschschweizer vor dem grossen Nachbarland überschätzt hat.

Exkurs: die alte Maus und der junge Elefant

Oft wird auf Parallelen der europäischen und eidgenössischen Konstruktion hingewiesen und die Schweiz als Modell für ein föderalistisches Europa hingestellt. Dabei geht man leichthin über die unterschiedlichen Grössenordnungen hinweg, die unterschiedliche Formen der föderalen Struktur verlangen. Es besteht hingegen eine andere Verwandtschaft: Die sprachliche und kulturelle Vielfalt bescheren sowohl der Europäischen Union als auch der Eidgenossenschaft Identitätsprobleme, die sie wohl nie los werden.

Ich nahm seinerzeit an einem Weiterbildungsreisen in die Hauptstadt Europas teil, zu dem eine freisinnige Politikergruppe sich im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft aufgemacht hatte. Es ist mir in Erinnerung geblieben. Die „sieben Aufrechten“ (es waren einige mehr) wurden in Brüssel ziemlich jäh aus der gemütlich-wohligen Ausflugsstimmung aufgeschreckt durch die unverblümt deutliche Sprache der EU-Vertreter. Also Ausnahmen gebe es in der EU nicht, bekamen sie zu hören, nichts da mit Rosinenpicken. Im Halbunbewussten mag dem einen oder andern aufgestiegen sein, dass sich vielleicht die Helvetik-Eidgenossen so fühlten, als sie in Paris vom Ersten Konsul die Mediationsverfassung diktiert bekamen. Die EG gab sich in diesen Jahren sehr selbstbewusst; anders hätte sie den grossen Schritt zur EU nicht bewältigt. Ich glaubte allerdings, hinter dem selbstsicheren Auftritt immer die ungesicherte Identität zu spüren, die sich einzugestehen auch die Schweizer selten den Mut haben.

Andere Grössenordnungen, andere Entwicklungsrhythmen. Ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der EG beschäftigt die EU 40000 Angestellte; die Eidgenossenschaft begann einige Jahrhunderte nach den Anfängen 1848 mit dem Aufbau einer Verwaltung. Da hatte die Schweiz ihre „Grenzerfahrung“ – die Niederlage von Marignano – schon lange hinter sich. Wie wird das seltsame Spiel enden, das die alte Maus und der junge Elefant miteinander treiben? Un provisoire qui dure – zu beider Zufriedenheit und im Respekt einer grossen Idee?

Nachbeben

Ähnlich angeheizte Montagvormittage wie jenen nach dem 6. Dezember gab es in der Folge noch mehrere. Ein Modell lag da, wie man die Schweiz einfach interpretieren konnte. Politologen und politische Kommentatoren stürzten sich begeistert auf den Röstigraben. Auf diesen hin wurde nun jedes Abstimmungsergebnis analysiert und ausge-

deutet und wird es – nach und nach massvoller – immer noch. Vor allem bei aussen- und sozialpolitischen Vorlagen liess sich immer wieder die Bruchlinie erkennen. Gelegentlich waren die Reaktionen heftiger, gelegentlich gelassener. Zu einer Eruption kam es nochmals nach dem Nein zur Lockerung der Lex Friedrich über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer:

„Die auffälligsten Titel zur Lex-Friedrich-Abstimmung heben natürlich den europapolitischen Graben hervor. «La Suisse se mure dans sa phobie de l'étranger», heisst es im «Nouveau Quotidien» und «Antiromand et antieuropéen» in der Freiburger «Liberté». Man spürt es den Texten an: Das Abstimmungsresultat war eine kalte Dusche nach den in jüngster Zeit verbreiteten Ergebnissen von Meinungsumfragen, die auf einen Wandel der Einstellungen hindeuteten. Nachdem man solche Anzeichen oft enthusiastisch überinterpretiert hatte, fällt nun die Depression um so tiefer aus: «Das Lager der Neinsager verstärkt sich, schlägt härter zu, dringt in die Agglomerationen vor und wird zum Träger eines übertriebenen Nationalismus mit antieuropäischem Einschlag und einem Geruch von Xenophobie», schreibt José Ribeaud («Liberté»). Ein Gefühl der Ausweglosigkeit durchzieht die Kommentare.⁴⁵²

Sogar ein sonst eher gelassener Waadtländer Politiker, Staats- und Ständerat Jacques Martin, rief aus, eine immer in die Minderheit versetzte Minderheit könne nicht weiter dem Lande angehören: «Une minorité toujours minorisée ne peut pas rester dans le pays.» (im «Nouveau Quotidien»). Das war ein starkes Stück und wurde selbst in der welschen Presse mit Stirnrünzeln registriert. Aber Politiker sind nicht immer leicht zu interpretieren und beim einzelnen Wort zu nehmen. An anderer Stelle meinte Martin mit Waadtländer Bauernschalk: «Wir haben kein Interesse, die Trennung von der Schweiz zu verlangen. Die Deutschschweizer wären imstande, uns gehen zu lassen ...»

Es war die wirtschaftliche Relevanz der Vorlage, die bestandene Regierungsmitglieder nervös werden liess. Da sich doch zeige, dass die Lan-

desteile in unterschiedlichen Welten leben, kam D. S. Miéville in seinem Abstimmungskommentar («Journal de Genève») zum Schluss: «Wenn wir doch bewahren möchten, was uns trotz allem eint, so wäre es wohl weise, die nötigen Schlüsse zu ziehen und den Föderalismus zu revitalisieren. Anzufangen wäre damit, dass den Kantonen wieder gewisse Kompetenzen zu übertragen wären, zumindest im Bereich der Raumplanung.»⁵³ Tatsächlich löste der Lex-Friedrich-Entscheid im Welschland wieder – wie zuvor schon der EWR-Entscheid – eine Föderalismusdebatte aus.

Der Höhepunkt: die Cointrin-Krise

Den Zenit erreichte die „Röstigraben-Psychose“ mit der „Cointrin-Krise“. Der Entscheid der Swissair, ihre Interkontinentalflüge vom Genfer Flughafen abzuziehen und in Kloten zu konzentrieren, löste heftigste Reaktionen aus. Da ging es nicht um einen Abstimmungsentscheid mit längerfristigen, vorderhand noch nebelhaften Folgen, sondern um eine unternehmerische Weichenstellung, in der klipp und klar Interessen der französischen Schweiz geopfert wurden. Der Westschweizer Flughafen sollte in die zweite Liga abgestuft werden. Das internationale Genf wurde als Provinz behandelt. Der Genfer Staatsrat Maitre trat umgehend aus dem Swissair-Verwaltungsrat zurück. Er gab sich überzeugt, dass die Fluggesellschaft nicht nur einen staatspolitisch nicht zu verantwortenden Entscheid gefällt, sondern sich auch ökonomisch verkalkuliert habe. „Le matin“ titelte: „La fronde s'organise“. Es entfaltete sich eine Medienkampagne, die darauf ausgerichtet war, die Romands zu sammeln. Die Empörung wandte sich auch grundsätzlich gegen die ausschliesslich wirtschaftlich begründete Strategie einer „nationalen“ Fluggesellschaft. Das Wirtschaftszürich usurpiere Bundesbern, hiess es. Der Genfer Staatsrat Guy-Olivier Segond warf der Swissair vor, keine „nationale“ Fluggesellschaft mehr zu sein.

Intermezzo: Fest, Frost und Frühlingssonne

Ich erinnere mich an eine kleine Begebenheit, die mich damals eigentümlich berührte und mir noch immer zu denken gibt. Ein paar Tage nach dem Swissair-Entscheid fand das Zürcher Sechseläuten statt, zu dem Genf als Gastkanton eingeladen war. Nur: An der Limmat hatte niemand ans Protokoll gedacht. Die am Vortag in corpore angereiste Genfer Regierung, von niemandem empfangen, suchte sich ihren Weg durch die Stadt und sass schliesslich etwas verloren auf den Bänken, die längs der Bahnhofstrasse zur Besichtigung des „Kinderumzugs“ aufgestellt waren, der am Sonntag dem Hauptfest vom Montag vorangeht. Am Montagvormittag trafen die etwas pikierten Genfer Magistraten mit geringer, aber kalkulierter Verspätung zum programmierten Rendezvous im Rathaus ein, wo das Zürcher Kantonsparlament auch am Festtag pflichtbewusst seines Amtes waltete. Von den Regierungsräten glaubten nur gerade zwei, etwas Zeit erübrigen können, um mit den Genfer Gästen zusammen einen Kaffee zu trinken und die bereitgestellten Gipfel zu verzehren. Ich habe mein Lebtag nie frostigere Grussadressen gehört als hier zwischen den Spitzen dieser beiden eidgenössischen Stände.

Zum Mittagessen waren die Genfer in den verschiedenen Zunftstuben zu Gast. Da tauten die Gemüter der Gäste und der Gastgeber auf. Anschliessend marschierten die Genfer unter einem Zürcher Himmel, den ich kaum je so strahlend gesehen habe, gemeinsam mit den Zünftern in ihren historischen Kostümen durch die dicht von Zuschauern gesäumten Strassen. Die dekorierten Wagen, die Reitergruppen und Musikkorps, das liebenswürdige Spiel Blumen werfender Damen und dankender Zünfter und erst recht das Finale, die lodernden Flammen, die den Böögg knallend zerfetzen, und die das Feuer umkreisenden Reiter – das alles verfehlte die Wirkung auf die Genfer Gäste nicht, denen basses Erstaunen über so viel Festbegabung an der Limmat in die Gesichter geschrieben stand.

Die grossen Feste der Zwingli- und der Calvinstadt könnten nicht verschiedener sein und das nicht dem Schema vom fröhlichen Romand und ernsten Alemannen entsprechend. Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass die Zürcher unter der Frühlingssonne festen und die Genfer an der Escalade heillos an die Füsse frieren. Das Sechseläuten erinnert zwar an das Zunftwesen, das im 14. Jahrhundert eingeführt wurde, doch erleben es die meisten Zürcher vor allem als folkloristisches Frühlingsfest und sehen weg vom traurigen Umstand, dass es immer noch nach bürgerlicher Demonstration riecht und senkrechte Linke demonstrativ fernbleiben. Die Escalade hingegen hat ihren historisch-patriotischen Gehalt stärker bewahrt. Sie gedenkt der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember des Jahres 1602, in der die Genfer einen Angriff des savoyischen Herzogs abwehrten, und zwar im letzten Moment, als die ersten der im Dunkel der Nacht anschleichenden Angreifer schon die Stadtmauern empor kletterten. Am Freitagabend ziehen Magistraten, etwas Musik und eine Handvoll Krieger durch die Altstadt. Bei der Gedenktafel für Jean Canal, der im Kampfe umkam, und dort, wo die Savoyarden in die Stadt klettern wollten, werden Kränze aufgehängt. Die nächtliche Stimmung in den schmalen Gassen erhöht den Ernst des Rituals. Am Sonntagnachmittag findet das Hauptereignis, der «Cortège de la proclamation», statt. Mehrmals hält der Umzug an und wird eine Botschaft verlesen. Genf hat der Welt immer etwas zu sagen.

Rückkehr zur Normalität

Eine Medienkampagne gegen den Swissairentscheid steuerte auf eine Romandie-Grossdemonstration in einer Halle in Cointrin zu. Da erwachten Gegenkräfte vor allem nahe der Sprachgrenze, wo man lange Erfahrung mit Gratwanderungen in sprachpolitischen Konflikten hat. Da ist auch die Solidarität mit dem Arc lémanique, der sonst nicht viel nach dem „Hinterland“ fragt, nicht unbegrenzt. Vielen Romands begann zu dämmern, dass Medien und Politiker in nicht mehr zu verant-

wortender Weise mit dem sprachchauvinistischen Feuer spielten. Die Volksversammlung in Cointrin wurde zur kläglichen Veranstaltung. Was am 6.12.1992 begonnen hatte, war zu Ende.

Im Herbst 1996 gab es ein Nachspiel: Es ging um Bier. Am 29. Oktober kündigte Feldschlösschen die Schliessung der Freiburger Brauerei Cardinal an. Nochmals ein Deutschschweizer Hammer. Die Reaktionen waren heftig, aber es war kein weiterer EWR-Sturm mehr. Der Appell an die Romandie-Solidarität spielte eine Nebenrolle. Die Freiburger wussten, dass sie sich selber helfen mussten. Eine Woche nach der Hiobsbotschaft zogen zwischen 10 000 und 15 000 Personen durch die Freiburger Strassen, darunter der vollzählige Staatsrat und zahlreiche Grossräte aller Parteien, Gemeindebehörden und Gewerkschaftsvertreter, Musikgesellschaften und Vereine, Mitarbeiter von Cardinal und aus dem gesamten Kanton angereiste Leute jeden Alters. Die Devise: „Cardinal résistera.“

Freiburg ist eine geschichtsbewusste Stadt; die lässt sich nicht so mir nichts dir nichts eine Brauerei schliessen, die 1788 gegründet wurde und deren Namen einen so gutkatholischen Ursprung hat. Als Papst Leo XIII. im Jahr 1890 Gaspard Mermillod zum Kardinal erhob, war die Begeisterung gross. Die Freiburger Brauerei Blancpain produzierte ein Festbier, das so erfolgreich war, dass sich das Unternehmen später den Namen «Cardinal» gab. Feldschlösschen gab allerdings nicht so leicht nach. Es musste ausdauernd protestiert werden. Eine Interessengruppe zur Erhaltung der Freiburger Brauerei drohte mit einem Aufruf zum nationalen Boykott von Feldschlösschen Bier. Die Kantonsregierung verhandelte. Aber am 25. Februar 1998 unterzeichneten die Feldschlösschen-Hürlimann-Holding und die Behörden von Stadt und Kanton Freiburg ein Abkommen über die Weiterführung der Brauerei.

Nach dem Nachgewitter der „Cointrin-Krise“ bedeutete die „Cardinal-Krise“ die Rückkehr zur Normalität. Die „Röstigrabenhysterie“ ebte

ab. Entgegen verbreiteter Befürchtungen trennte 1997 eine Drogenabstimmung die Landesteile nicht, und bei der Abstimmung über die Arbeitslosenversicherung gelang es der französischen Schweiz – nach ihrer Interpretation – sogar, das Land vor dem Zusammenbruch der Solidarität zu bewahren. Die Aufarbeitung der Zeit des Zweiten Weltkrieges riss keine Gräben zwischen den Landesteilen auf. Das Bild der gemeinsamen Anstrengung angesichts schwerer Bedrohung, wie es in der Erinnerung weiterlebt, hat eher geeinigt. Und schliesslich wurden Westschweizer in wichtige Stellungen berufen; Charles Kleiber wurde Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Yvette Jaggi Präsidentin der Pro Helvetia. Die Welt war wieder in Ordnung.

Noch ein Kreis schliesst sich

Auch ein medienpolitischer Kreis schloss sich. 1981 gründete Jacques Pilet die Wochenpublikation „L’Hebdo“, und 1991 „Le Nouveau Quotidien“. Pilet war ein ehrgeiziger Zeitungsmann, der es auf den Kampagnenjournalismus abgesehen hatte, den man schliesslich als „Piletismus“ bezeichnete. Pilet wollte gesamtschweizerische Resonanz für die Romandie. Der „Nouveau Quotidien“ bezeichnete sich im Untertitel als „Journal suisse et européen“. So etwas gab es bereits. Das „Journal de Genève et Gazette de Lausanne“ verstand sich als „Quotidien suisse d’audience internationale“, aber traditionsbewusst und in gehobenem Stil. Der alte Glanz des 1826 gegründeten „Journal de Genève“ war allerdings schon etwas verblasst. Der „Nouveau Quotidien“ hingegen erreichte die angestrebte Ausstrahlung nicht. So gingen 1998 die beiden Blätter gemeinsam unter beziehungsweise gemeinsam im neuen „Le Temps“ auf, der sich nun im Zeitungskopf als «Quotidien Suisse édité à Genève» vorstellte. „La Suisse“, die einmal schweizweit verbreitet war, war schon 1994 dem Inseratenrückgang erlegen. Zur Jahrtausendwende sah die welsche Presselandschaft wieder ungefähr so aus wie zwei Jahrzehnte zuvor, als die „Neuordnung“ begonnen hat. Je-

der Kanton hat seine kantonale Zeitung; dazu gibt es ein gesamtwelches Blatt mit nationalem Anspruch.

Als dann 2001 das Schweizer Volk die Initiative für den EU-Beitritt ablehnte, herrschte am Montag nach der Abstimmung in den Blättern der Romandie Meinungspluralismus, der von Trauer bis Gelassenheit reichte. Im „Le Temps“ auferstanden die Geister des „Nouveau Quotidien“ nochmals und verbreiteten Leichengeruch. Zum grossen Titel «Catastrophe en Suisse: un mort» inspirierte eine Interviewantwort Segonds: «Die Katastrophe ist da. Es gibt aber keine Toten ausser einem, dem europäischen Ideal.» Für den Kommentator der „Tribune de Genève“ war die „Botschaft der Stimmbürger“ klar: «Sie haben genug davon, dass die Europafrage zum A und O der politischen Debatte in der Schweiz gemacht wird.»

Postskriptum

Das Tessin kommt in diesem Essay nicht vor. Der Röstigraben-Match wurde auf der Alpennordseite abgehalten. Die Bemerkung wird lediglich angefügt, weil es oft nützlich ist, sich auch des Selbstverständlichen bewusst zu sein. Man muss in der Schweiz gelegentlich daran erinnern, dass es noch einen kleineren dritten Landesteil und dass es nicht zwei sondern vier Landessprachen gibt. In den vielen Kommentaren der welschen Blätter zur EWR-Abstimmung kam die italienische Schweiz praktisch nicht vor. Sie wurde als absolute „quantité négligeable“ sogar unter ihrem statistischen Gewicht behandelt. Nur Jean-Luc Vautravers („L'Express“) sah einen Trost darin, dass dank dem Nein der Tessiner die ethnische Konfrontation zwischen Lateinern und Deutschsprachigen vermieden worden sei, und Alain Pichard wies darauf hin, dass die im allgemeinen offenen Tessiner eine Relativierung der Landesgrenze fürchten: „Car sans la frontière, le Tessin n'est plus le Tessin.“

Von „suisse“ zu „global“ (Expo.02)

Die Landesausstellung, die als Expo.02 – im Jahr 2002 – über die Bühne ging, hat mich als Journalist nur am Rand beschäftigt, aber gerade so, dass es zu einem emotionalen Bezug reichte. Ich schrieb in der Anfangsphase ein paar Artikel, als sich die interessierten Kantone um die Durchführung bewarben. Zwei der Vorschläge faszinierten mich, der Tessiner und der Neuenburger. Zu beiden Kantonen fühle ich mich auf besondere Weise hingezogen. Das Tessin war mir bereits ans Herz gewachsen. Kurz bevor die Expo-Diskussion anließ, hatte ich eine Neuenburger-Zeitungsbeilage vorbereitet und diesen Kanton schätzen gelernt. So konnte ich während der Ausmarchung ein wenig mitfiebern, und das ganz im schönen Sinne, dass mich jeder Zuschlag freuen konnte, allerdings auch jeder ein wenig schmerzen musste. Ich hielt das Tessiner Projekt für das interessantere, das dem Land am meisten gebracht hätte. Aber ich rechnete damit, dass sich der Neuenburger Vorschlag durchsetze. Als die Expo stattfand, war ich wieder ins Tessin zurückgekehrt. Ich begleitete die „Verlierer“ an ihrem Kantonstag auf der Bieler Arteploge; sie absolvierten ihren Auftritt mit guter Miene, obwohl viele Tessiner der Landesausstellung sehr kritisch gegenüberstanden.

Nationale Pflichtübungen

Schweizer Landesausstellungen werden im Prinzip in grösseren Abständen von ungefähr einem Vierteljahrhundert durchgeführt. Die erste fand 1883 in Zürich statt, doch gab es Vorläufer. Die ersten Landesausstellungen waren Leistungsschauen und Willenskundgebungen des immer noch jungen Bundesstaates, der der inneren Festigung bedurfte.

Die Landesausstellung von 1939 in Zürich wurde im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges zu einer Kundgebung der Heimatverbundenheit und zu einer Demonstration des Selbstbehauptungswillens. Die „Landi“ wurde zum Mythos und damit für die folgenden Landesausstellungen zur Belastung.

Das Land musste in den vierziger Jahren und darüber hinaus etwas viel forcierten Patriotismus schlucken. Auch wenn die Erinnerung an die überstandene Bedrohung noch lebendig blieb, nagte der Zahn der Zeit am vaterländischen Enthusiasmus. An sich misstraut der Schweizer der geschliffenen Sprache und rhetorischen Höheflügen. So liegen ihm Pathos und Patriotismus eigentlich nicht. Er fühlt sich mehr dem Intimen und Kleinräumigen verbunden. Die Landesausstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zu Pflichtübungen und eher widerspenstig und mit Skepsis in Angriff genommen.

Die Schweizer machen es den Organisatoren von Landesausstellungen nicht leicht. Die Planung und Realisierung werden kritisch bis polemisch begleitet. Dann ist man zufrieden, wenn das Ereignis zustande kommt und wenn das vaterländische Examen bestanden ist. Die Begeisterung hält sich jedoch in Grenzen. Nach der Veranstaltung wird das Defizit massvoll schimpfend und seufzend abgebucht. Dann vergisst man die bösen Worte und will für die Kosten wenigstens eine anständige Erinnerung haben. Einer Landesausstellung sind die Geburtswehen ebenso sicher wie ein relativer Erfolg und ehrendes Andenken. Letztlich spiegelt eine Landesausstellung, auch wenn sie uns nicht in den Kram passt, unser Land. Warum sollte man nicht gelegentlich im Rückblick und mit gehöriger Gelassenheit darüber nachdenken, wie sich die Nation dargestellt hat?

Auch die nationalen Jubiläen, die in jüngerer Zeit (1991, 1998, 2003) wohl oder übel gefeiert werden mussten, gingen knapp „mit Anstand“ über die Bühne. Das wichtigste Jubiläum – 700 Jahre Bundesbrief – war

halb Trauerspiel, halb Komödie. Der Tessiner Marco Solari verhütete als „Retter in der Not“ knapp ein Desaster. Die „Kulturschaffenden“ – oder manche davon – ärgerten sich über die „Fichenaffäre“ (die Offenlegung Tausender von Akten politisch verdächtigter Personen) und stänkernten. Für Ärger bestand Grund, aber für Stänkerei? Die Kulturschaffenden können nicht aus ihrer Schweizer Lehrerhaut; sie wollen sehen, wie ihre Landsleute in der Ecke stehen und sich schämen. Insofern hat ihr „Streik“ den schweizerischsten Beitrag zum 700-Jahr-Jubiläum geleistet. Ausgerechnet die National- und Ständeräte hingegen vergriffen sich im Register. Die Bundesversammlung kam auf die seltsame Idee, sich unter der Bundeskuppel eine Theateraufführung zu leisten, als wäre das Palais fédéral ein Prinzenschloss. Die Veranstaltung hätte aufhorchen lassen müssen, denn es ist nicht gut, wenn sich die Bundespolitiker allzu sichtbar wie eine exklusive und geschlossene Gesellschaft von Höflingen und Schranzen benehmen.

Exkurs: Fête des Vignerons

Zum Stichwort „nationales Fest“ drängt sich mir ein Exkurs auf. Ich zähle es zu den glücklichen Zufällen meines Lebens, dass das jüngste der Winzerfeste, die vier Mal im Jahrhundert in Vevey stattfinden, in meine Lausanner Zeit fiel. La Fête des Vignerons ist eine ganz ausserordentliche Veranstaltung, eine „nationale“ Inszenierung, wie ich keine andere kenne. Sie feiert zwar nicht eine eigentliche Nation, aber ein Land, das Pays de Vaud, dessen Bewohner bei feierlichem Anlass zwei Hymnen singen, die waadtländische («Vaudois, un nouveau jour se lève ...») und die schweizerische («Sur nos monts, quand le soleil annonce un brillant réveil ...»).

Man sagt, dass die Waadtländer zwischen zwei Winzerfesten zehn Jahre lang in der Erinnerung an das letzte und zehn Jahre in Erwartung des nächsten leben. Am Festspiel 1999 wirkten gegen fünftausend Laien mit; über 200 000 Personen wohnten den Aufführungen bei. Das Fest

geht auf die Winzerprämierungen zurück, die im 17. Jahrhundert üblich und mit zunehmend üppiger werdenden Ehrungen verbunden wurden. Ende des 18. Jahrhunderts wurde erstmals eine Bühne aufgestellt. Mit der Schaffung des Kantons erhielt das Winzerfest eine patriotische Dimension. Der aufkommende Tourismus vergrösserte den Zulauf. Es entwickelten sich rituelle Formen des Festspiels mit wechselnder Tönung, bald eher griechisch-klassisch, bald eher christlich. Moden und Zeiterscheinungen schlugen sich in den Aufführungen nieder, etwa wenn Traktoren und Maschinen die Industrialisierung der Landwirtschaft thematisierten.

Auch der Rahmen des Festspiels hat sich gewandelt. Je grösser das Festspiel zumal im zwanzigsten Jahrhundert wurde, desto mehr schlossen die Tribünen den Festspielraum gegen die Stadt ab. 1955 wurde eine grosse elliptische Arena errichtet. 1999 markierte eine Gegenbewegung. Die Tribünen waren als zwei sich leicht gegen den See hin öffnende Schenkel angeordnet. Von den unteren Bankreihen aus sah man über der leicht ansteigenden Bühne die Silhouette der Savoyer Berge aufragen. Je höher man stieg, desto mehr erfasste der Blick vom See und dem mächtigen Gebirge. Nach der Aufführung wurde der stadtseitige Orchesterbau weggeschoben. Die Arena öffnete sich zum Fest in den Gassen der Stadt.

Traube und Wein als zentrale Thematik und die Jahreszeiten als dramatische Struktur verleihen der Festspieltradition Kontinuität. Es ist, als sei diese hochheilig abgesichert in der Kosmogonie der grossen Rose der Lausanner Kathedrale, deren farbige Gläser Jahreslauf und Landaarbeiten darstellen. Text und Musik sind jedesmal neu, allerdings mit Fixpunkten; der wichtigste ist der Ranz des Vaches, ein von einem veritablen Senn gesungener Kuhreihen. Die Bevölkerung nimmt schon an der langen Probenarbeit Anteil, die die Mitwirkenden oft noch für Jahre zusammenschweisst. Mit spitzen Ohren werden Gerüchte ausgehört, ob ketzerische Neuerungen drohen. Das Festspiel von 1999 führte eine

neue Figur, Arlevin, und eine einfache, sehr waadtländisch gedachte Geschichte ein: Arlevin wird nach der Prämierung übermütig und muss wieder zur Vernunft kommen. Das bedeutete eine Verschiebung von den traditionellen Göttern zum menschlichen Schicksal, ohne dass der mythische Grundcharakter des Festspiels beeinträchtigt wurde. Die Waadtländer mussten sich an die Musik gewöhnen. Sie versagten an der Vorpremiere dem Ranz des Vaches den traditionellen Applaus, worauf der Regisseur feinhörig dem Publikum mit einigen Retuschen entgegenkam. Wie rasch sich die Ausführenden und die Zuschauer fanden, bezeugte, wie volkstümlich das Winzerfest nach Jahrhunderten noch ist.

Ausblick oder Innenschau?

Doch kehren wir zur Landesausstellung zurück. Ende 1993 legten die Tessiner ihren Vorschlag für eine dezentrale Landesausstellung vor, die, auf drei Standorte verteilt, an den oberen Enden der drei grossen Grenzseen – Lago Maggiore, Lac Léman und Bodensee – stattfinden sollte. Die Schweiz sollte darüber nachdenken, was sie mit den grossen Nachbarkulturen verbindet. Die inneren und äusseren Verflechtungen des Landes sollten zur Darstellung gebracht werden. Leider stellten die Tessiner ihr Projekt wenig effizient vor. Sie unterschätzen oft die Mechanismen der Meinungsbildung in der übrigen Schweiz und sind zufrieden, wenn die einheimischen Medien applaudieren.

Ein paar Monate nach den Tessinern stellten die Neuenburger ihr ebenfalls dezentrales Konzept vor, das eine «Exposition cinétique» um den Neuenburger-, den Bieler- und den Murtensee vorsah. Kleine mobile Inseln auf dem See sollten die festen Standorte am Ufer miteinander verbinden. Wie ein Uhrwerk mit seinen ineinandergreifenden Rädchen sollte die Ausstellung funktionieren. „Zeit“ sollte das Motto heissen. Es spielte nicht nur auf die Uhrenindustrie an, sondern passte auch zur ge-

schichtsträchtigen Gegend der drei Mittellandseen, über die hinweg sich die alte Eidgenossenschaft ausgebreitet hatte, und zur Umbruchzeit, in der wir uns befinden. Das Motto hätte aber auch „Raum“ heissen können. An Stelle eines einzigen Standortes sollte ein System von räumlichen Beziehungen entstehen: Bewegung in Raum und Zeit. Zwei Jahre nach dem EWR-Entscheid, der das Welschland und die Deutschschweiz auseinandergebracht hatte, konnten sich die Neuenburger gute Chancen für ihr Projekt einer Landesausstellung ausrechnen, die den Röstigraben überlappen sollte.

Beide Vorschläge liessen mich träumen. Ich stellte mir vor, wie im Tessiner Konzept die Nachbarländer eingeladen und in die Ausstellung einbezogen würden. In jedem der drei Pole würde sich die Mehrsprachigkeit des Landes in anderer Perspektive zeigen. Im Zusammenspiel der Landesteile würde sich zugleich das Verhältnis des Landes zu den drei grossen Kulturräumen spiegeln. Die Schweiz würde vorführen, wie sehr sie in Europa verwurzelt ist. Ich dachte mir aber auch, dass das Neuenburger Konzept eine ganz ähnliche Dynamik aus den Standorten an der Sprachgrenze heraus entwickeln würde. Gewiss würde im Tessiner Projekt der Blick hinaus über die Grenzen, im Mittelland der Blick in den innern Zusammenhang des Landes dominieren. Angesichts der Sonderstellung der Schweiz in Europa wäre der Ausblick die wichtigere Botschaft für unser Land gewesen. Ich zweifelte aber nicht daran, dass der Bundesrat, nachdem die EWR-Abstimmung Gräben aufgerissen hatte, der Innenschau den Vorzug geben würde. Tatsächlich entschied sich die Landesregierung für die Ausstellung rund um die Mittellandseen.

Virtualität hat keine Fenster

Als ich später die Expo.02 besuchte, hatte ich nicht den Eindruck, dass Wesentliches von der ursprünglichen Idee übrig geblieben sei. Nichts von Innenschau. Die Ausstellungsmacher hatten dem Bundesrat einen

Streich gespielt. Weder Raum noch Zeit, weder Geographie noch Geschichte spielten eine Rolle. Die Ausstellung wollte das Schweizer Volk auf die globalisierte und urban gewordene Welt einstimmen. Hingegen wurde ferngehalten, was mit Heimat, Wurzeln und Nachbarschaft zu tun hat. Udenkbar ein Höhenweg unter einem Dach von Gemeindefähnchen! Mich erstaunte, wie wenig die Macher der Expo.02 mit dem Aussenraum anzufangen wussten. Die virtuellen Erlebniswelten, auf die sie es abgesehen hatten, erfordern Gebäude, die gegen aussen fast hermetisch abgeschlossenen sind. Sie sollen die Besucher „gefangen“ nehmen, wie die fensterlosen Warenhäuser der Kundschaft keine Ablenkung vom Konsum gestatten. Zwischen den abweisenden Pavillons gab es bloss „Verkehrsfläche“ für das Publikum, das von einer Kommunikationseinheit zur andern wechseln musste.

In Biel war ein „Forum“ in den See hinaus gebaut, in dessen äusserer Spitze drei turmartige Bauten – unter ihnen der Klangturm – aufgestellt waren. Von dort schwang sich ein Steg zum Expopark um eine Bucht, die so zum kleinen Binnensee wurde. Ich habe auf diesem Steg wenige Menschen gesehen, die sich von der Aussicht auf den Bielersee angezogen fühlten. Wenige hielten inne und schauten auf das Wasser und in die Weite. Die Expo wandte sich nicht der Landschaft zu, und das Publikum übernahm diese Haltung. Die Hauptachse der Bieler Arteplage, die vom Eingang zum See führte, war auf die drei Türme des Forums ausgerichtet und festigte das in sich gekehrte Gefüge der Ausstellung.

Eine dezentralisierte Expo hätte eine Logik entwickeln müssen, die das Ausstellungsgelände geöffnet hätte. Sie hätte die Strassenachse auf die Bielerseelandschaft zugeführt. Als Vorbild hätte der Hauptplatz der ETH Lausanne dienen können, der sich zum See und auf die Savoyer Alpen hin öffnet. Oder denken wir an die von Mario Botta projektierte Kirche neben der Bergstation der Schwebebahn zum Monte Tamaro. Der Architekt brachte das Kunststück fertig, auf ein „doppeltes Ziel“

hinzuführen. Am Ende einer zweigeschossigen Rampe gelangt der Besucher zum Kirchenraum mit seinen kleinen, in die Tiefe gerichteten Fenstern. Aber das eigentliche, das unendliche Gotteshaus befindet sich auf dem Dach: Da ist der sich wölbende Himmel die Decke, und die Alpen sind der monumentale Altar.

Die Expo.02-Macher interessierte die Landschaft nicht; deshalb schenkten ihr auch die Photographen keine Beachtung. Im „offiziellen“ Expo-Buch tritt sie kaum in Erscheinung. Die Expo hätte irgendwo stattfinden können. Eine Ausnahme war der mythisch aus dem Wasser ragende Würfel, der den Blick über den Murtensee lenkte. Der von Jean Nouvel entworfene Würfel war einfach und konkurrenzierte die Landschaft nicht. Die Wolke in Yverdon war anderer Art. Sprühend und faszinierend war sie die Attraktion und zog die Aufmerksamkeit auf sich. Der Würfel wies die Aufmerksamkeit ab, die sich dann in der äusseren Landschaft des Murtensees und der inneren Landschaft der Seele verlieren konnte. Allerdings kehrte der Blick immer wieder zum Würfel zurück, denn er war auch geheimnisvoll. Er zwang nicht zu bestimmten Fragen, sondern zu einer „Fragehaltung“. Der Würfel war der Gegensatz zur übrigen Expo: er sagte dem Betrachter nicht, was er zu denken habe.

Traum vom Traum

Vier Vorwörter leiten das offizielle Expo-Buch „ImagiNation“⁵⁴ ein. Drei davon stammen von Kaspar Villiger, damals Bundespräsident, von Francis Matthey, dem Präsidenten der Expo-Generalversammlung, und von Franz Steinegger, dem Präsidenten des Direktionskomitees der Expo, das heisst von drei Politikern. Villiger redet von den „traditionellen Werten“, Matthey schwärmt von der vielfältigen Schweiz, „die mehr als andere Länder ihre gemeinsamen Werte, ihren Zusammenhang, die Bedeutung ihrer Teile betonen muss“, Steinegger predigt von

der kollektiven Identität. Im vierten Vorwort hingegen träumt die Direktionspräsidentin, Nelly Wenger, von einer „Schweiz, die träumt“. Daraus wird eine Schweiz voller Wünsche, voller Wünsche nach einer neuen Schweiz, einer dynamischen und heterogenen Schweiz, einer Schweiz, die sich in Frage stellt, und über allem weht ein Hauch von Leichtigkeit, Spiellust und Fest. Zuerst habe ich aus diesen Vorwörtern einen scharfen Gegensatz zwischen den Politikern und der Ausstellungsmacherin herausgehört. Je öfter ich die Texte wieder las, lauteten sie mir in einer eigentümlichen Weise gleich, gleich unverfänglich, gleich allgemein und unverpflichtend.

Diesem Gegensatz, der eigentlich keiner ist, begegnet man auch in der Broschüre, die die „Ausstellung des Bundes“ vorstellte. Jeder Zeile des Vorwortes aus der Feder Bundesrat Couchepins spürt man an, wie er aufatmete, da der lange befürchtete totale Schiffbruch des Expo-Projektes nicht stattgefunden hatte. Der künstlerische Direktor, Martin Heller, schlägt in seinem Vorwort sogleich mit einer Provokation zu: „Noch nie war eine Landesausstellung so unpolitisch wie diese.“ Dann präzisiert er: „Oder besser: auf derart ungewöhnliche Weise politisch. Also nicht im herkömmlichen Sinne jener didaktisch korrekten Deklination politischer Grundthemen und Grundregeln in Ausstellungsform, die wir von früheren Gelegenheiten her kennen.“ Dann macht Heller einen merkwürdigen Schwenker: „Politisch insofern, als die ganze Konstruktion erst der Expo.01 und dann der Expo.02 vom Umgang mit einem Grundwiderspruch handelt – von der Unmöglichkeit nämlich, die Realisation der Landesausstellung als nationalen Service public an die Mechanismen der Marktwirtschaft zu delegieren.“ Ob wohl ein einziger Besucher der Expo einen Moment lang gemerkt hat, dass die Ausstellung, durch die er spazierte, von diesem Grundwiderspruch handelte? Hellers spitze Bemerkung war ein Fusstritt in den Hintern der Wirtschaft, die nicht so leicht wie die staatlichen Instanzen bereit war, zu bezahlen und sich zugleich die Zügel aus der Hand nehmen zu lassen. Um den „Grundwiderspruch“ explizit zu thematisieren, hätte die Aus-

stellung vom virtuellen Traum- und Wunschkimmel auf den trockenen Boden der Wirklichkeit hinab steigen müssen.

Im Vorwort, das jenem von Heller folgt, erzählt Lisa Humbert-Droz von der Direction Artistique der Expo.02 eine Anekdote: „«Vous êtes les Ayatollahs de Neuchâtel!» soll ein erzürnter Botschafter der Inhaltsgruppe «Werft» im November 1999 sehr laut gesagt haben, weil die Direction artistique es ablehnte, das Thema «Sicherheit in der Offenheit» in Form einer Multimediashow zu inszenieren.“ Schliesslich fanden sich die Vertreter des Bundes mit der „Vorgabe der Expo.01, keine didaktischen Ausstellungen zuzulassen“ offenbar ab. Die hübsche Anekdote von den Neuenburger Ayatollas erinnert an eine hübsche Fotografie, die Bernard Crettaz und Juliette Michaelis-Germanier⁵⁵ in ihr Bändchen „Une Suisse miniature ou les grandeurs de la petitesse“ über das „Village Suisse“ der Genfer Exposition Nationale von 1896 eingefügt haben. Das Bild zeigt eine gediegen arrangierte Gruppe respektabler Herren mit eleganten Hüten auf den Köpfen, nämlich die „Commission du Village“, auf dem Dorfplatz. Titel über der Seite: „Un village autoritaire: les bourgeois et le peuple“. Von den „Bourgeois“ zu den „Ayatollahs“. Das „Peuple“ ist „Peuple“ geblieben.

Die Bastler von 1896

Das Heft von Crettaz und Michaelis-Germanier betrachtet die Landesausstellung von 1896 aus der Distanz von 80 Jahren. Das Interesse gilt in erster Linie dem „Village suisse“. Die Idee eines Schweizer Dorfes kristallisierte sich bei der Vorbereitung der Ausstellung erst spät heraus, als das Raumprogramm, das auf Präsentation der „production nationale“ angelegt war, praktisch abgeschlossen war. Offenbar bestand ein vages Gefühl, es fehle noch etwas. Man suchte noch einen „Clou“. Man dachte zunächst an ein „Panorama“, wie sie in Mode gekommen waren. Die Leistungsschau, primär ökonomisch (auch wenn die Kultur einge-

geschlossen war), sollte ergänzt werden durch etwas, was den Zusammenhang des erst ein halbes Jahrhundert alten Bundesstaats zum Ausdruck brachte und die Identität des Landes vergegenwärtigte. So kam man darauf, neben der nationalen Produktion noch schweizerisches alpines Leben zu zeigen. Es sollte „une intimité avec le sol natal“ hergestellt werden. Auch von einem „hommage à la Suisse“ war die Rede. Schliesslich entwickelte sich daraus das „Village suisse“. Es fand soviel Anklang, dass von der Landesausstellung von 1896 vor allem das „Village suisse“ in Erinnerung geblieben ist.

Crettaz interessierte das „Village suisse“, weil sich daran seine Theorie der Bastelei und der Reste studieren liess. Diese Theorie ist schwierig zusammenzufassen; sie ist selbst eine Bastelei. Im Unterschied zum Fachmann oder Ingenieur werkelt der Bastler mit den Werkzeugen und „Resten“, die er zur Hand hat. Er verwendet aus ihrem alten Zusammenhang heraus gelöste Reste in einer neuen Funktion und Bedeutung. Sehr allgemein aufgefasst, geht es um Mechanismen des gesellschaftlichen Wandels. Ein Sinnzusammenhang löst sich auf, ein neuer entsteht, wobei sehr wohl frühere Elemente ihre ehemalige Bedeutung „mythisch“ bewahren können. Diese Gedanken, die Crettaz von Claude Lévi-Strauss übernahm, füllte er aus seiner persönlichen Erfahrung heraus mit Leben. Crettaz erlebte in seinem Walliser Bergdorf, wie sich die alpine Kultur seiner Vorfahren auflöste. Dann stieg er hinab in die Ebene und in die Städte und begegnete da allenthalben Resten dieser zerfallenen Kultur, bald zerstreut, bald auf irgendwelche Weisen zusammengesetzt. Auch die Reste sind noch schön, aber ihrer ursprünglichen Funktion beraubt. Inzwischen versteht man auch im Bergdorf die Reste nicht mehr und interpretiert sie mit den Augen der Städter.

Um diese Entfremdung ging es Crettaz. Er wollte wissen, was sich da zwischen alpiner und urbaner Gesellschaft ereignet hat. Die Mechanismen erweisen sich bei näherem Zusehen als kompliziert. Die Städter, die wissbegierig und Sinn suchend die Alpen erwanderten, belegten die

Reste einer bereits sich auflösenden Gesellschaft mit dem Sinn, den sie suchten. Die Bergler begannen ihre eigene Welt in der neuen Deutung zu sehen und präsentierten sie den zahlungskräftigen Bergsteigern und Feriengästen so, wie sie diese sehen wollten. Aus dieser Bastelei entstand das idealistische Bild einer ursprünglichen und unschuldigen, humanen und reinen Alpenwelt, aus der sich das Selbstverständnis der Alpenrepublik Schweiz heraus destillieren liess. Dieses Identitätsgefühl sollte das Schweizer Dorf evozieren, das aus Resten der Vergangenheit als Modell und Miniatur aufgebaut wurde. Das Zusammenleben im kleinen Dorf stellte das Ideal einer einigen und harmonischen Gemeinschaft dar, die zum Ideal einer einigen und harmonischen Schweiz werden konnte. Crettaz schreibt dazu, dass sich das Land diese Alpenwelt zum Ideal in dem Moment machte, „in dem es, durch Kolonisierung, eben diese Welt verlor, die sie für eine Welt ursprünglicher Reinheit hielt“⁵⁶. In dieser Weise nutzte die urbane Gesellschaft die alpine Kultur als Steinbruch, aus dem sie sich ihre Sinnbedürfnisse deckte. Unter dem Titel „Mon combat“ fordert Crettaz in seinem Buch „La beauté du reste“, dass die Bergwelt als vollberechtigter Akteur – gegen die ihr aufgezwungene Mythologisierung – ihre Gesellschaft bestimmen könne. Dazu gehöre ihr Recht auf Modernität und Urbanität („droit à la ville“).

Brave new world

Der Charakter der Landesausstellungen hat sich im Lauf von anderthalb Jahrhunderten verändert. In Genf kam just als neues Element das „Village suisse“ dazu. Die Leistungsschau hingegen wanderte nach und nach in die Messen und Fachausstellungen ab. 1917 wurde die Schweizerische Mustermesse in Basel gegründet. Dafür wirkte das „Village suisse“ in den Landesausstellungen nach. Die Identitätsreflexion wurde immer wichtiger. Der Höhepunkt war mit der mythischen „Landi“ erreicht. Die Tradition des „Village suisse“ wird seit 1978 auf dem Ballenberg weiter geführt. Dazu braucht es keine Landesausstellung mehr.

An der Expo 1964 in Lausanne verteidigte der „Betonigel“ nochmals den Réduit-Patriotismus in einem gegenüber solchem Pathos bereits kritischen Umfeld. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurden Nationalismus und Patriotismus verdächtig. In der Selbstdarstellung vermutete man jederzeit Selbstbeweihräucherung.

Die Macher der Expo.02 wollten nicht zurückblicken. Sie wollten keine Vergangenheit. Sie hielten alle Reste fern. Es kam zu einer Polemik um die verbannte Schweizer Flagge. Hundert Jahre nach der Genfer Landesausstellung trat an die Stelle der Leistungsschau und Identitätsreflexion spielerische Volksbildung. Die Expo.02 wollte die Zeitgenossen vom ganzen helvetischen Ballast überkommener Vorstellungen und angeborener Griesgrämigkeit befreien. Die Expo.02 hat dieses Konzept konsequent und nicht ohne Bravour umgesetzt. Sie war eine grossartige und gigantische Installation. Aldous Huxley beschrieb in „Brave new world“, welche enorme Maschinerie und was für ein Instrumentarium der künftig Mensch brauche, um sich körperlich fit und psychisch im Gleichgewicht zu behalten. In ihrer Künstlichkeit war die Expo.02 eine perfekte Huxley-Welt. Das „Village Suisse“ mutierte zum „Global Village“. 1899 vermischte die „pathetische Miniatur“ die regionalen Baustile, 2002 uniformisierte globalisiertes Design die Arteplages. Die Expo.02 konnte keine „kinetische Landesausstellung“ sein, wie sie sich die Neuenburger erträumt hatten. Die Devise lautete: Zur Eröffnung des globalen Zeitalters spielen wir „Ende der Geschichte“.

Das Publikum wanderte von Pavillon zu Pavillon. Diese aber standen in sich gekehrt spannungslos nebeneinander. Die eine Arteplage befand sich in Neuenburg, die andere in Yverdon, aber es hätte auch jene von Yverdon in Neuenburg und jene von Neuenburg in Yverdon sein können. Der Ort mit seiner Geschichte, die Identität verleihen kann, spielte keine Rolle. Das dezentrale Konzept konnte einer Expo, die raum- und zeitlos sein wollte, keinen Gewinn an innerer Dramatik bringen. Die

Expo.02 traf vielleicht den Zeitgeist, aber sie stellte die Frage nicht, was dieser für die Schweiz bedeutet.

Neue Träumereien

Schon wieder gibt es Anlass von einer Expo zu träumen! Muss nicht die etwa in einem Jahrzehnt geplante Eröffnung des grössten Bauwerks der Schweizer Geschichte, des mythischsten auch, des Basistunnels durch den Gotthard, Anlass zu einem Grossereignis sein? „Gottardo 2020“ soll die nächste Landesausstellung heissen und in der Gotthardregion stattfinden. Das Projekt hat einen rührigen und effizienten Initianten, Marco Solari. Das Tessin meldet sich diesmal rechtzeitig und mit einem professionellen Opinionleader. Solari ist aber auch sensibel für die immer pflegebedürftige Identität der Schweiz und die wieder fragiler gewordene Position des italienischen Landesteils. Ein erneuerter Gotthard-Mythos soll die nationale Kohäsion stärken und eine Region, der soeben der „Weg der Völker“ abhanden gekommen ist, in eine neue Zukunft führen. Bereits sind ein Generalsekretariat, Arbeitsgruppen und ein Steering Committee, wie so etwas gut schweizerisch heisst, am Werk.

Wie sollte mich das Stichwort nicht erneut zum Träumen bringen? Wenn nur aus dem Alpentraum kein Albtraum wird! Einen Patienten zum Star machen – kann das gut gehen? In der Region (Goms, Leventina, Surselva, Reusstal), in der das Fest aller Feste stattfinden soll, wohnen – auf die vier Talschaften verteilt – etwa 120 000 Menschen und arbeiten 29 000 (1991 waren es 35000!). Die Expo.02 verzeichnete 10 Millionen Eintritte. Kann bei solchen Proportionen etwas anderes entstehen als eine Landesausstellung hors-sol? „Gottardo 2020“ verspricht viel: „Beteiligung der besten europäischen Fachspezialisten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und innovativer Visionen für die Zukunft der Berggebiete.“ Ein zweischneidiges Schwert!

Crettaz fordert das Recht der Alpen auf Modernität und Urbanität, ein „droit à la ville“? Wird da sein Wunsch erfüllt? Oder werden die Alpen nach der „vierfachen Erfindung“, die das Thema seines kritischen Buches war, ein fünftes Mal von Fremden erfunden? Den Pionier der neuen Erfindergeneration kann man im ägyptischen Investor Samih Sawiris sehen. Er vermehrt im Urserental, wo – in Andermatt, Hospenthal und Realp zusammen – 1600 Menschen wohnen, die gegenwärtige Fremdenbettenzahl von 2300 um mehr als das Doppelte auf 7200. Wird erstmals ein Resort dieser Dimension, dessen Vorbilder die Mittelmeerküsten nachhaltig verschandeln, einer sensiblen Umgebung und fragilen Gesellschaft kein Leid antun? Weil die Urner die Sache besser im Griff haben werden als alle andern zuvor?

Ich träume von einer „Gottardo 2020“, die die Dinge nicht vermischt und durcheinander bringt. Der Basistunnel nimmt der Gotthard-Region endgültig die Funktion einer Transitregion. Nach einer grossen Epoche müssen sich diese Täler eine neue Identität schaffen. Mit der Gotthardachse haben diese – abgesehen von der musealen Verwertung – nichts mehr zu tun. Ein strapazierter Mythos, ein Mythos, der seine reale Basis und seinen Sinn als Leitvorstellung verloren hat, fällt in sich zusammen. Überbordende „Herz Europas“-Rhetorik wird schal. Die Gotthardachse gehört nicht mehr der alten Gotthardregion, sie gehört dem grossen Transitkorridor vom Süden nach dem Norden, mehr denn je den grossen Zentren, Mailand und Zürich, wenn sie die Chance ergreifen.

„Gottardo 2020“ besteht in meinen Träumen aus mehreren Landesausstellungen, zumindest einer in der Gotthardregion und einer auf der Gotthardachse. Es müssten zwei ganz verschiedene Landesausstellungen sein, die zwar zusammengehören, die unsere Zeit und die Zukunft des Landes von verschiedenen Problemstellungen aus in einem offenen „Gespräch“ angehen, jede aus einem besonderen Geist, nach eigenen Ideen und Konzepten projiziert und realisiert. Die grosse Welt soll

nicht die kleinere vergewaltigen, die engere ihre eigenen Möglichkeiten eruieren, ohne die weitere Perspektive einzuengen. Ich träume von einer föderalistischen Landesausstellung.

Schule des Volkes

Im Frühling 2006 hat das Schweizer Volk zwei neuen Verfassungsartikeln zugestimmt, die die Volksschule und die Hochschule betreffen. Das heisst: fast drei Viertel dieses Volkes blieben zuhause und überliessen den Entscheid dem Rest. Dass eine wichtige Verfassungsrevision von 27,3 Prozent der Stimmberechtigten beschlossen wird, ist einer „Modelldemokratie“ eigentlich unwürdig. Es gibt jedoch in diesem Land auch für Änderungen des Grundgesetzes kein Quorum. Der Verfassungsgeber hat das offenbar angesichts tief verwurzelter politischer Kultur nicht für nötig gehalten. Nun hat diese politische Kultur ausgerechnet nicht gespielt, wo es um die Volksschule ging. Das, denkt man, müsse nachdenklich stimmen. Ich erinnere mich nicht, dass die missliche Stimmbeteiligung ausgerechnet bei einer Bildungsvorlage viel kritisches Nachdenken ausgelöst hätte. Die Bildungspolitiker und Behörden jubilierten, denn von der Minderheit der Bürger, die zur Urne ging, stimmten 85,6 Prozent für die Verfassungsartikel. Oft fiel das Wort „plebiszitär“, obwohl der Plebs eben nicht dabei war. Ohne das Stimmvolk wird die Volksschule zur Staatsschule.

Kleiner Exkurs zur direkten Demokratie

Im Unterschied zu 72,7 Prozent der Stimmbürger habe ich die Abstimmung über die Bildungsartikel für wichtig gehalten, wichtig auch im Sinne der Bürgerpflicht. Sodann lehnte ich im Unterschied zu den 85,6 Prozent der Stimmenden, die Ja auf ihren Stimmzettel schrieben, die beiden Verfassungsartikel, die im Zeichen eines „Bildungsraums Schweiz“ vorgelegt wurden, aus tiefster Föderalistenseele ab. Ich habe

wohl noch nie zuvor einer so kleinen, „doppelten“ Minderheit angehört: der Minderheit der Neinsager und der Minderheit der Stimmenden. Diese Abstimmung wurde so zu einer jener Abstimmungen, die mir besonders nahe gingen und zu einer besonderen Erfahrung wurden. Die Volksbefragung zur grossen Zürcher Regionalverkehrsvorlage (im dritten Essay) war die erste grössere Abstimmung, die ich redaktionell begleitete, und der EWR-Vertrag (sechster Essay) wurde zu einem Hauptthema meiner Welschlandjahre. Die Bildungsartikel brachten mich dazu, in meinen Rentnerjahren für ein politisches Traktandum Herzblut zu vergiessen. Es ist aber nicht so, dass ich mich, weil „doppelt“ in die Minderheit versetzt, als Aussenseiter und Querschläger vorkomme. Wir können nicht wissen, wie die drei Viertel Stimmbürger, die sich der Stimme enthielten, entschieden hätten, wenn sie die Bildungspolitik nicht in einen Schlaf der Gerechten gewiegt hätte.

Schon die kleine Auswahl von drei Volksabstimmungen vermag bereits zu zeigen, um welch komplexe Angelegenheit mit mancherlei Aspekten es sich bei der direkten Demokratie handelt. Bereits wenige Zahlen deuten das unterschiedliche Schicksal der drei Abstimmungen an. Die Regionalverkehrsvorlage wurde bei einer Stimmbeteiligung von 64,2 Prozent mit 56,9 Prozent Neinstimmen verworfen, was als wuchtige Ablehnung aufgefasst wurde. Legendär ist der hauchdünne Entscheid (50,3 Prozent Nein-Stimmen) über den EWR bei hingegen 78,73 Prozent Stimmbeteiligung: bei gut 3,5 Millionen Stimmenden gaben 23 836 Stimmen den Ausschlag! Wie seltsam anders nehmen sich die beiden Eckwerte der Abstimmung über neue Bildungsartikel aus.

Eine Abstimmung ist keine Meinungsumfrage sondern ein Entscheid; Konsultativabstimmungen (zum Beispiel im Tessin bei Gemeindefusionen Brauch) sind im Grunde fragwürdige Zwitter und stiften leicht Verwirrung. Weil in richtigen Abstimmungen der Bürger entscheidet, sollte auch eine umfassende Information und Meinungsbildung vorangehen. Ein politisches Geschäft, das „vor das Volk kommt“, erhält eine

besondere Wichtigkeit. Es wird vom Volk anders wahrgenommen und unter neuen Gesichtspunkten nochmals diskutiert und geprüft. Abstimmungen haben eine Vorgeschichte und eine Nachgeschichte; beides muss in eine Betrachtung der „politischen Kultur“ der direkten Demokratie einbezogen sein. Die eigentliche Schwierigkeit der Demokratie überhaupt liegt im Umgang mit einem Entscheid und im Umgang der Mehrheit mit der Minderheit. Wenn eine Vorlage abgelehnt wird, für eine drängende Aufgabe aber offensichtlich eine andere Lösung gesucht werden muss (wobei oft eine Lösung angestrebt wird, die keine weitere Volksbefragung mehr verlangt), müssen das Abstimmungsergebnis interpretiert und natürlich auch der Abstimmungskampf analysiert werden.

Gesamtschweizerische Abstimmungen machen regionale Auffassungsunterschiede bewusst. In dieser dauernden Diagnose, einer Art permanenter Selbstkontrolle und bürgerlicher Weiterbildung, besteht eine wichtige Funktion der direkten Demokratie in der vielgestaltigen Schweiz. Die direkte Demokratie ist ein Fiebermesser, der Divergenzen und Spannungen anzeigt. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger oft befragt werden und nicht nur zu ganz ausserordentlichen Weichenstellungen, bei denen zwischen Ja und Nein kaum vermittelt werden kann. Beim EWR-Entscheid kam es zur Eruption, weil es sich um einen Grundsatzentscheid handelte, der keinen Mittelweg zuzulassen schien; die Wogen glätteten sich, als mit den bilateralen Verträgen auch im Verhältnis zur Europäischen Union Rücksicht auf die unterschiedlichen Temperamente im Land möglich wurden. Das Volk ist – solange die direkte Demokratie ernst genommen und ernsthaft gehandhabt wird – bereit und auch sensibel genug, Zeichen wahrzunehmen und im weiteren politischen Prozess zu bedenken. Die politischen Kulturen unterscheiden sich in der Schweiz nicht wenig darin, dass die direkte Demokratie nicht überall den gleichen Stellenwert hat. Zwischen 1970 und 1996 wurde im Kanton Zürich über 380 kantonale Vorlagen abgestimmt, im Kanton Genf über 120 und im Kanton Tessin über 41!⁵⁷

Besonderheit des Schulwesens

Die Schule ist – wie die Erziehung überhaupt – etwas sehr Besonderes und nimmt in der Politik eine Sonderstellung ein. So gab und gibt es häufig besondere Schulbehörden und auch Schulgemeinden mit eigenen Steuern. Die Trennung von politischer Gemeinde und Schulgemeinde bietet die Möglichkeit, über die Grenzen der politischen Gemeinden hinweg zusammenzuarbeiten oder innerhalb der Gemeindegrenzen besondere Strukturen zu schaffen. Das Schulwesen kann damit aber auch in den Schatten der „eigentlichen“ Politik geraten, fast als wäre es etwas Unpolitisches. Es kann geradezu zum Missverständnis kommen, dass die konfessionell und politisch neutrale Schule – diese wichtige Errungenschaft – aus der Politik herausgehalten werden müsse und könne. Im Kanton Zürich führte der Erziehungsrat (jetzt Bildungsrat) seine Geschäfte noch „diskreter“ und weniger mitteilungsfreudig als der Regierungsrat.

Schulbehörden eignet oft etwas von der diskreten Intimität, die zur erzieherischen Beziehung gehört und dem Verhältnis des Lehrers zum Schüler menschliche Wärme verleiht. Politiker und Pädagogen neigen dazu, für die andern zu denken und zu entscheiden. Man möchte emotionalen Schuldiskussionen aus dem Weg gehen. Die Öffentlichkeit engagiert sich für Schulfragen, wenn ihr Gelegenheit dazu gegeben wird, und reagiert oft ungestüm, wenn irgendein Schulkonflikt ausbricht oder ein Lehrer umstritten ist. Dass die Verfassungsartikel das Volk kalt gelassen haben, fiel aus dem Rahmen. Vermutlich nahmen die Bürger an, es gehe da „nur“ um organisatorische und administrative Fragen ohne wesentliche pädagogische Relevanz. Sie erlagen dem Irrtum, dass im Schulwesen das Pädagogische und das Organisatorische getrennt werden könnten. Sie wurden nicht auf die komplexe Problematik dieser politischen Weichenstellung aufmerksam gemacht. Die konkreten Auswirkungen der Verfassungsartikel blieben im Nebel. Eine der Öffentlichkeit nicht transparente Schule entzieht sich aber dem Bürger und

verfällt der Bürokratie. „Harmonisierung“ stellt sich nicht einfach ein, sondern ist das Ergebnis von besonderen Entscheidungsmechanismen.

Die Homogenisierungsbehörde

Als 1848 der Bundesstaat geschaffen wurde, waren zwar Zentralisten am Werk, aber es war auch die Sensibilität für die kantonale Souveränität lebendig. Das schweizerische „Doppelwesen“ – ein Bund „souveräner“ Kantone – erhielt darin Ausdruck, dass ein Parlament mit zwei Kammern (dem Nationalrat und dem Ständerat) geschaffen wurde. Einen interessanten Niederschlag fand das Doppelwesen in der Hochschulpolitik: das Projekt einer eidgenössischen Universität scheiterte in den ersten Jahren des Bundesstaates, dafür wurde das Eidgenössische Polytechnikum geschaffen. Das Nebeneinander eines eidgenössischen Polytechnikums und kantonaler Hochschulen begründete eine fruchtbare Arbeitsteilung. Diese fing erst in jüngster Zeit – in den neunziger Jahren – an, durcheinander zu geraten, als die Kosten der Naturwissenschaften sprunghaft anstiegen und die kantonalen Universitäten immer weniger mitzuhalten vermochten.

Die Volksschule hingegen blieb anderthalb Jahrhunderte lang fast ganz den Kantonen überlassen. 1882 lehnte das Volk ein schulpolitisches Massnahmenpaket ab, das die Einsetzung eines Erziehungssekretärs auf Bundesebene – des legendären „Schulvogts“ – vorsah. Dieser Entscheidung nahm dem Bund für lange Zeit die Lust, sich in die Volksschule einzumischen. Man kann nicht behaupten, dass es dieser geschadet habe. Dafür wurde 1897 die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) als Kontaktforum geschaffen. Ihre Aktivitäten hielten sich in Grenzen, bis der Koordinierungseifer gegen Ende der sechziger Jahre ausbrach. 1970 beschloss die EDK, in einem Konkordat einige Eckwerte – Schuleintrittsalter, Schuldauer, Beginn des Schuljahres – zu vereinheitlichen. In diesem Konkordat wurde mit vier als Ergänzung der EDK zu bildenden

Regionalkonferenzen (Westschweiz und Tessin, Nordwestschweiz, Innerschweiz, Ostschweiz) eine schweizerische Dachstruktur geschaffen. Das Vorhaben stiess zunächst auf Widerstand. Föderalistische Reflexe bremsen die Vereinheitlichung. Vor allem gaben die Kantone ihren Schuljahresbeginn nicht gerne auf.

Erst anderthalb Jahrzehnte später, 1985, setzte sich in einer eidgenössischen Abstimmung der Herbstschulanfang gesamtschweizerisch durch. Diese Abstimmung hatte die Besonderheit, dass die welschen und die kleineren Kantone den grossen Deutschschweizer Kantonen, darunter Bern und Zürich, wo das Schuljahr im Frühling anfang, eine Bundesregelung aufzwingen konnten. Auch bei der raschen Durchsetzung der zentralisierenden Bildungsartikel hat zweifellos die Furcht der Ostschweizer und Zentralschweizer Kantone, immer stärker unter die Fuchtel Zürichs zu kommen, eine Rolle gespielt: Lieber Direktiven aus Bern als aus dem Zürcher Walchehaus. Ernst Buschor spielte als Zürcher Erziehungsdirektor das Gewicht seines Kantons rücksichtslos aus und beschleunigte so den Zentralisierungsprozess.

Der Volksentscheid von 1985 über den Schuljahresanfang wurde zum Auftakt zu rasch sich folgenden Koordinationsschritten auf dem Konkordanzweg. 1993 verlied eine Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen der EDK beträchtliche Kompetenzen, die es ihr ermöglichten, 1995 die Lehrerbildung neu zu organisieren und den Übergang von den Seminaren zu den Pädagogischen Hochschulen durchzusetzen. In der Diskussion um diese Reform wurde die Frage nach der demokratischen Legitimation der EDK aufgeworfen, ohne dass eine breitere Debatte darüber ausgelöst worden wäre. Der bildungspolitische Kompass war nun auf Zentralisierung gestellt. Es wurde ein Staatssekretär für Bildung und Forschung eingesetzt. Die Nationalen Forschungsprogramme gaben dem Bund ein Instrument in die Hand, auf kantonale Universitäten einzuwirken. Man begann von der Hochschule Schweiz zu reden. Der Bund zwang die Kantone zur

Regionalisierung der Techniken, indem diese in höchstens zehn Fachhochschulregionen zusammengefasst werden sollten.

Auf den Vorwurf mangelnder demokratischer Legitimation der EDK reagiert Hans Badertscher⁵⁸ in seiner Geschichte der EDK wie folgt: „Die Konferenz entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zur Hüterin des Bildungsföderalismus, durchaus gelegentlich in Opposition zum Bund, häufig aber im Zusammengehen mit dessen Organen. Dies hat sich systembedingt bis heute nicht geändert. Der Konferenz Schulvogtgelüste zu unterstellen, wie dies jüngst in der Lehrerbildungsdebatte geschehen ist, mutet paradox an. Eine zentralisierende EDK würde sich selbst aufheben.“ Gewiss sind nach der Verfassung auch heute noch die Kantone für das Schulwesen zuständig und hat der Föderalismus in Feiertagsreden noch nicht ganz abgedankt. Aber die Harmonisierungspflicht ist in der Verfassung so formuliert, dass sie sehr weit ausgelegt werden kann. Der expandierenden EDK muss man es nicht zweimal sagen, dass sie harmonisieren soll. Sie koordiniert und homogenisiert, was das Zeug hält. Gesamtschweizerische Harmonisierung bedeutet de facto Zentralisierung. Die EDK, mit Sitz in Bern, ist dem Bundeshaus näher als den kantonalen Regierungen.

Auf der Fahrt nach Bern wechseln die kantonalen Erziehungsdirektoren den Hut. Sie fällen die strategischen EDK-Entscheide als Mitglieder eines gesamtschweizerischen Gremiums, das seine über die Provinz erhabene Eigendynamik entwickelt. Einst als Kontaktforum der Kantone entstanden, ist die EDK zu einer Art Nebenbundesrat geworden. Im Unterschied zum Bundesrat ist die EDK nicht einem Parlament verantwortlich, sondern 26 Parlamenten in der Provinz. Die Mechanismen zur Absegnung der Beschlüsse des Zentralorgans sind eine Parodie einer überschaubaren Entscheidungsfindung. Um die EDK herum wächst ein Filz von Bildungsstäben und Expertengruppen, der wohl bereits heute umfangreicher ist als ein ordentliches Bundesdepartement, aber nicht einmal halb so transparent. Eine „Hüterin des Föderalismus“ kann

die EDK nur in dem Sinne heissen, wie der Hirt die Schafe hütet oder der Meister seinen Hund, damit er nicht bellt. Das hat nichts mit der Vielfalt und Bürgernähe des Föderalismus zu tun.

Totenstille, Bekenntnis, Satyrspiel, Revanche

Die Verfassungsartikel zur Bildung, die in der eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2006 angenommen wurden, sind ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Zentralisierung des schweizerischen Bildungssystems. Der Titel „Bildungsraum Schweiz“ bringt das zum Ausdruck. Die Verfassung verlangt die Vereinheitlichung der Dauer und der Ziele der Schulstufen sowie der Übergänge und der Abschlüsse. Über diese „Eckwerte“ lässt sich das Schulwesen, je nach Auslegung, weitgehend regeln. Das Konkordat nennt dann als Mittel zur Vereinheitlichung der Unterrichtsziele „nationale Bildungsstandards“ und „Referenztests“. In den Erläuterungen zum Konkordat – gewissermassen den Ausführungsbestimmungen zu den Verfassungsartikeln – wird der Vereinheitlichungsmechanismus wie folgt beschrieben: „Die gesamtschweizerische Harmonisierung der obligatorischen Schule erfolgt über die Harmonisierung ihrer Ziele, welche auf der Basis von Kompetenzmodellen mittels Standards vorgegeben werden, und über die Messung der Erreichung der Standards auf Ebene des gesamten Systems. Die Lehrpläne und die Lehrmittel hingegen sollen entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität auf der Ebene der Sprachregionen erarbeitet und koordiniert werden.“ Parallel zur Zentralisierung verdrängt der Sprachregionenföderalismus den Kantonsföderalismus.

Im Eilzugstempo

An Problemen, die vor einem Volksentscheid über Bildungsartikel zu diskutieren gewesen wären, fehlte es wahrlich nicht. Aber nicht einmal

die institutionellen Fragen um die Stellung der EDK wurden ernstlich besprochen. Es war auch nicht elegant, dem Stimmbürger die Hochschul- und die Volksschulbestimmungen in einem Paket zu unterbreiten; die Probleme stellen sich für diese beiden Stufen durchaus verschieden. Anderthalb Jahrhunderte lang funktionierten Hochschule und Volksschule auf verschiedenen Geleisen. Man kann sehr wohl für die höhere Stufe einen „Bildungsraum Schweiz“ für wünschbar halten, aber nicht für die tiefere. Aber es eilte, eine Debatte war gar nicht erwünscht. Im Sommer 2005 stellten die parlamentarischen Kommissionen die Verfassungsartikel vor, die sie ausgearbeitet hatten. Die beiden Räte sagten ohne viel Federlesens Ja und Amen. Im folgenden Frühling fand die Volksabstimmung statt. Eine der komplexen Materie adäquate Information war in dieser Hast gar nicht möglich. Das Volk braucht mehr Zeit, sich mit einem Umbau des gesamten Bildungswesens von zuunterst bis zuoberst vertraut zu machen.

So herrschte denn im Vorfeld der Abstimmung Grabesstille. Sie berührte mich seltsam und bedenklich. Als die NZZ mehrmals geschrieben hatte, dass kein Abstimmungskampf stattfindet, weil sich keine Gegner zeigten, überwand ich die Pensioniertenzurückhaltung und bot einen Kontra-Artikel an. Schliesslich erschienen zwei kritische Beiträge, meiner und einer aus der Feder des Walliser SVP-Nationalrates Freysinger⁵⁹ sowie ein Artikel von Suzette Sandoz in der „NZZ am Sonntag“⁶⁰. Diesen gegnerischen Artikel zu verfassen, war für mich ein ungewohntes Unterfangen. Den Ausgang der Abstimmung sah ich ziemlich genau voraus. Die Medienlandschaft schlummerte. Daran war nichts mehr zu ändern. Ich kam mir beinahe als Sektierer vor, der es doch gesagt haben wollte: ein Bekenntnis in der Wüste.

Und welch seltsames Umfeld. Die FDP-Delegierten verabschiedeten die Ja-Parole ohne Gegenreferat mit 145 Ja ohne Gegenstimme. Die SVP beschloss gleich im Zentralvorstand, allerdings mit 32 gegen 26 Stimmen die Ja-Parole. Freysinger äusserte, das Ja habe nur gesiegt,

weil die Partei keine weitere Front habe öffnen wollen. Das bisschen Opposition kam von den Rändern des politischen Spektrums. Im Waadtland waren die Ligue vaudoise und Josef Zisyadis vom Parti Ouvrier Populaire (der Waadtländer Partei der Arbeit) dagegen. Weder der eigentümliche „Abstimmungskampf“ noch das ebenso eigentümliche Abstimmungsergebnis klopften einen der sonst so geschwätzigsten Politologen aus dem Busch. Auch der Voxanalyse fiel nichts ein und auf.

Für ein Ende mit Schrecken

Dafür sorgte der Urföderalist Carlo Schmid, Appenzeller Ständerat, für ein kleines Nachspiel. Nach der Abstimmung verlangte er in einem parlamentarischen Vorstoss, dass in ein künftiges Bildungsdepartement auch die Volksschule integriert werde. Die Bildungsbildungsgesetze gäben dem Bund „massiv mehr Kompetenzen“. Deshalb müsse der Bund „die fachlichen Kompetenzen nun auch bei sich selbst installieren“. Die „NZZ am Sonntag“⁶¹ berichtete unter dem Titel „Carlo Schmid will Kantone entmachten“. Schmid kommentierte, dass die Annahme der Bildungsbildungsgesetze der „Anfang vom Ende des Föderalismus“ sei. Man werde ihn nun wohl für verrückt erklären, aber er sei schlicht „zum Umdenken gezwungen worden“. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Als der Vorstoss im Rat behandelt wurde, versicherte Bundesrat Couchepin dem Appenzeller Ständerat, dass die Landesregierung, was die Volksschule betreffe, lediglich subsidiär zum Zuge komme und nur zu grundsätzlichen politischen Entscheidungen aufgerufen sei. Dafür brauche sie weder Administration noch technisches Spezialwissen. So etwas erledigt der Bundesrat aus dem Stegreif. Sollte doch einmal Spezialwissen nötig sein, könne immer noch ein befristetes Kompetenzzentrum eingerichtet werden (als gäbe es im Bundeshaus etwas Befristetes). Als Schmid das hörte, dankte er „ausserordentlich“ und zog seine Motion zurück. Ich frage mich noch immer, wofür er dankte. Wa-

rum hatte er seinen Ballon nicht früher aufsteigen lassen, damit den Schweizern ein Licht aufgegangen wäre? Das Satyrspiel passte zum traurigen Schauspiel, das die „Modelldemokratie“ da aufgeführt hat.

Endlich Fragen

Nun laufen in den Kantonen die Ratifizierungsverfahren für das Harnos-Konkordat. Man konnte erwarten, dass dieses problemlos durchgezogen werden könne. Tatsächlich hatten schon sechs Kantonsparlamente unwidersprochen die Vereinbarung abgesegnet, als die Luzerner das Startzeichen zur Opposition gaben. Bis Ende des Jahres 2008 ist in sechs Kantonen das Referendum ergriffen. Von den fünf Kantonen, in denen bereits abgestimmt worden ist, haben drei das Konkordat abgelehnt. So findet die Verfassungsabstimmung noch eine Revanche, die natürlich an den Verfassungsartikeln nicht rütteln kann und wahrscheinlich nicht einmal den Harmonisierungsprozess zu bremsen vermag. Immerhin werfen die kantonalen Abstimmungen Fragen auf, die zu Diskussionen anregen können. Die Bildungsdebatte, die vor der grundsätzlichen Weichenstellung der Verfassungsergänzung nicht stattgefunden hat, könnte doch noch anlaufen. Es könnten endlich die staatspolitischen Probleme des Harnos-Konkordates zutage treten. Ist die gewählte Form von „Harmonisierung“ mit der direkten Demokratie und der föderalistischen Struktur des Landes kompatibel?

Der Ratifizierungsprozess ist im Moment, in dem ich hier schreibe, noch nicht abgeschlossen. Aber er führt bereits vor, wie schwierig sich die kantonsweise Diskussion einer schweizweit geltenden Regelung gestaltet. Das beginnt damit, dass die Lancierung eines kantonalen Referendums gegen ein Geschäft, das ausserhalb der kantonalen Politik ausgearbeitet wurde, eines Kraftaktes bedarf, zu dem nur eine geübte Opposition imstande ist. Besonders brisant ist, dass sich bei diesem Harmonisierungsexperiment auch gleich ein „institutioneller Röstigra-

ben“ abzeichnet. In den lateinischen Kantonen ging die Ratifizierung glatt und ohne Referenden über die Bühne. In der Deutschschweiz muss Harnos in den meisten Kantone dem Volk unterbreitet werden. In den Kantonen, in denen die Abstimmung bereits stattgefunden hat, ist Harnos teils angenommen, teils abgelehnt worden. Wie bei der EWR-Abstimmung steht ein homogenes Welschland einer gescheckten Deutschschweiz gegenüber.

Die bisherigen kantonalen Abstimmungskämpfe sind aufschlussreich. Die besondere Ausgangslage führt zu Polarisierung und Simplifizierung der Problematik. Im Luzerner Abstimmungskampf standen der Oppositionspartei, der SVP, die übrigen Parteien als kompaktes Befürworterlager gegenüber. Die Polemik konzentrierte sich auf einen einzelnen Aspekt des Konkordates, das Einschulungsalter. Erst in den folgenden Abstimmungskämpfen verbreiterte sich die Opposition und wurden die Einwände vielfältiger. Nun meldeten sich gegnerische Stimmen, die überhaupt nicht nach SVP tönnten. Zuerst stiegen vor allem Frauen resolut aufs Podest, zunächst wohl aus Sorge um einen altersgerechten Kindergarten, aber sehr rasch zu grundsätzlicher Kritik an einer bürokratisierten Schule überhaupt vorstossend. Von Pädagogen werden nun öffentlich Bedenken zu den „Bildungsstandards“, zur Steuerung des Vereinheitlichungsprozess und schliesslich zu diesem selbst vorgebracht. Man wird sehen, welche Formen die „Revanche“ noch annimmt.

Fehlende Bildungsdebatte

Wie hätte es vor dem Volksentscheid über die Bildungsartikel zu Diskussionen und einem Abstimmungskampf kommen sollen, wo doch in diesem Land seit Jahren keine Bildungsdebatte geführt wird, die diesen Namen verdient. Das Denken über die Schule, das immer auch grundsätzlich sein müsste, verlief seit langem oberflächlich und sektoriell,

wechselhaft und technokratisch. Improvisation bestimmt den Reformalltag. Man weiss heute nicht, welche didaktische Mode morgen die didaktische Mode von gestern ablösen wird. Die „Bildungsstandards“, wichtiges Instrument im aufgegleisten Vereinheitlichungsprozess, waren eben erst aus Amerika über Deutschland in der Schweiz angelangt, als die Bildungsartikel und das Harnos-Konkordat vorbereitet wurden. Es lagen noch kaum wissenschaftliche Arbeiten vor, von einer ernstlichen wissenschaftlichen Diskussion keine Spur, erst recht nicht von einer breiteren öffentlichen. Es reichte knapp, dass erste Stimmen in der Fachpresse Skepsis anmeldeten. Im Jahr vor der Abstimmung fragte Walter Herzog, Direktor der Abteilung Pädagogische Psychologie der Universität Bern, skeptisch: „Müssen wir Standards wollen?“⁶² Er beanstandete die mangelhafte theoretische Basis des Konzepts. Aber es fielen auch Ausdrücke wie „Rückfall in technokratische Illusionen“ und „Gefährlicher Hang zur Normierung“, die grundsätzliche Bedenken durchscheinen liessen.

In den letzten Jahren wurde fast nur über den Fremdsprachenunterricht gestritten. Da sind als jüngste Zaubermittel die „Immersion“ (Unterricht in verschiedenen Fächern in der Fremdsprache) und das frühe Sprachenlernen entdeckt worden. Aber niemand hat je kritisch Bilanz gezogen aus der hektischen Folge der Wundermethoden, die sich in diesem Bereich in den vergangenen Jahrzehnten abgelöst haben: Naturmethoden, spielerisches, audiovisuelles und computerunterstütztes Lernen, Meditation, Vorrang des Mündlichen, Verbannung der Grammatik, usw. Keine der Reformideen hat das versprochene Paradies gebracht. Wenn heute junge Leute ein entspannteres, allerdings auch nachlässigeres Verhältnis zu Fremdsprachen beziehungsweise zur Sprache überhaupt haben, ist das – abgesehen von der antiautoritären Welle – vor allem eine Folge veränderter Mobilität und veränderter Präsenz der Idiome.

Den realarbeitenden Lehrern lässt die Umsetzung der immer schneller an- und wieder wegrollenden Reformen kaum mehr Zeit, sich mit den neuen Konzepten und Methoden auseinanderzusetzen. Effizienz- und Qualitätskontrollen sind Trumpf. Organisatoren und Betriebswissenschaftler haben das Sagen. Zauberworte sind Kooperation, Wettbewerb und Synergien. Aus der Reihe tanzende Stimmen, die vor zwanzig Jahren – vor allem auch von Deutschland her – Farbe in die Bildungsdebatte brachten, fehlen heute oder bleiben ohne Resonanz. Ich denke etwa an Pädagogen wie Martin Wagenschein oder Hugo Kükelhaus. Der schwärmerische Habitus eines Müller-Wieland ging mir oft auf die Nerven; heute wäre ich froh, er würde ein wenig an den „inneren Weg“ in der Erziehung erinnern.

Die pädagogischen Institute sind auf die Aufträge der Erziehungsdirektoren angewiesen. Längst wird auch die Bildungsforschung koordiniert. Wo Schulpolitik, Behörden, Forschung, Ausbildung, Praxis und Kommunikation vernetzt und verfilzt sind, dreht sich im engen Kreis der *Circulus vitiosus*. Manches trug dazu bei, dass in den vergangenen Jahrzehnten die Lehrer mehr und mehr zu Funktionären wurden, ihre Interessenvertretung zunehmend auf gewerkschaftliche Anliegen wie Besoldung, Ferien oder Pflichtstunden beschränkten und sich aus der Bildungsdebatte verabschiedeten. In dieser waren sie auch immer weniger gefragt. Die Spezialisten – nicht nur im Bildungsbereich – entwickeln ihre Theorien lieber in interkantonalen oder internationalen Netzen, in denen sie sich gegenseitig begutachten und applaudieren.

Nun, da die Lehrer langsam entdecken, wie die Schule auf einen Holzweg gerät und sich die Bildungswissenschaften von der Praxis immer weiter entfernen, mangeln ihnen Erfahrung und Know-how, um sich in einer weiteren Öffentlichkeit zurückzumelden. Es ist schwierig, sich gegen die eingespielten und gut dotierten PR-Kanäle des Bildungsesablishments durchzusetzen, in die sich die ebenfalls zur Bürokratisierung tendierenden Spitzen der Lehrervereine inzwischen oft schon in-

tegiert haben. In Freiburg gewann die Lehrerschaft eine Abstimmung über den Fremdsprachenunterricht, weil sie sprachchauvinistischen Sukkurs erhielt. Gegen die Zürcher Erziehungsdirektion hatte die Opposition der Lehrer keine Chance. Bei keiner der kantonalen Initiativen, die verlangten, dass an der Primarschule nur eine Fremdsprache unterrichtet werden sollte, gelang es den Initianten, ihre grundsätzliche Botschaft verständlich zu machen, dass für die Schule „mehr“ auch „zuviel“ bedeuten kann.

Die Bildungsdebatte müsste an die Wurzeln gehen. Sie müsste, auch wo es um Einzelfragen wie den Fremdsprachenunterricht oder die Einschulung geht, die Zusammenhänge erörtern. Warum war ausgerechnet der Entscheid über die Bildungsartikel, der einen massiven Schlag gegen den Föderalismus bedeutet, mit 27 Prozent Stimmbeteiligung demokratisch so fragwürdig abgestützt? Just weil das Bewusstsein dafür geschwunden ist, dass die pädagogische Arbeit jedes einzelnen Lehrers zusammenhängt mit der Organisation, in der er steht, und der Rolle, die ihm die Gesellschaft zuweist. Kleine und grosse Neuerungen folgen heute dem Trend von der Volksschule zur Staatsschule, die dem Bürger fremd gegenübersteht. Im Kanton Zürich entfernte die Abschaffung der Bezirksschulpflege – das heisst der Laienaufsicht – auf einen Schlag eine grosse Zahl von „gewöhnlichen“ Bürgern aus dem Schulwesen. Es hatte nie Mühe bestanden, Kandidaten für diese Behörde zu finden.

Schule neu denken

Müssten wir nicht „die Schule neu denken“, wie Hartmut von Hentig im Titel eines seiner letzten Bücher fordert? Am wichtigsten wäre wohl, überhaupt zu denken. Von Hentig stellt seit jeher vor allem Fragen. Da liegen sein grosses Verdienst und seine grosse Begabung. Er will Probleme aus einer andern Sicht anpacken. Ein Gedankengang wie der folgende muss doch zu denken geben:

*„Wenn aber der erwachsenen Bevölkerung das Zutrauen ausgeht, dass unsere geschichtlichen Einrichtungen für die Regelung der quirligen und unüberschaubaren Verhältnisse taugen; wenn in der Folge davon alle – jeder einzelne und jede private oder öffentliche Vereinigung – beginnen, ihr Heil ohne Rücksicht auf die anderen zu suchen; wenn – also ein buchstäblich entfesselter Kampf ums Dasein als die Lösung und nicht mehr als ein Problem angesehen wird – dann muss eine Einrichtung, die auf das Leben vorbereitet, eben dies fördern: einen Leistungsdarwinismus.“*⁶³

Oder eine andere Stelle im zitierten Buch:

„Realismus ist ein gefährliches Prinzip geworden. Pädagogik ist auf Idealismus angewiesen, ja, zu Idealismus verpflichtet: auf die Erwartung, dass die Erwachsenen ihren Kindern den besseren Teil ihrer Welt vermachen und den schlechteren einzudämmen sich bemühen. Sie hätten sonst kein Recht, Kinder in die Welt zu setzen. Dieser Gedanke erhebt die Resignation der Pädagogen – ihre Bescheidung mit einer nicht-pädagogischen Schule – zu so allgemeiner Bedeutung. Wer sich damit begnügt, dass der Unterricht gut funktioniert, dass die messbare Leistung gehalten oder gesteigert wird, dass die »Abschlussprofile« vermarktbar, die »Lieferfristen von Absolventen« deutscher Hochschulen im europäischen Wettbewerb nicht zu lang sind (FAZ, 31. März 1993), der schadet der Gesellschaft und damit sich selbst.“

Welche Schule will von Hentig? Er hat sehr viel geschrieben. Es ist nicht möglich, seine Thesen in wenigen Sätzen zusammenzufassen. Es ist wohl gar nicht möglich, sie auf einen Nenner zu bringen, denn er beflissigt sich einer paradoxen Redeweise. Das tönt wie folgt: „Bevor man an die Entschulung der Gesellschaft, also an die Abschaffung von Schulen gehen kann, muss man die Gesellschaft erziehlich machen... Das wird nur durch entschulte Schulen möglich sein.“ Das Paradox am Beispiel der Ganztageschule erklärt: „Ganztageschulen sind ein Ersatz für eine erfahrungsarme Umwelt und natürlich schlechter als eine erfahrungsreiche oder auch nur eine an Gelegenheiten reiche. Meine eigene Kindheit auf dem Lande wäre durch eine Ganztageschule auf

ganz grausame Weise eingeengt und verstümmelt worden. Erst wenn Eltern an der Ganztagessschule teilnehmen und lernen, wie viel von dem, was da in der Schule geschieht, von ihnen besser gemacht werden könnte, ist Ganztagessschule wirklich gerechtfertigt – und führt dann zu ihrer Auflösung.“⁶⁴

Von Hentig hat versucht, seine Ideen in grossem Stil in die Praxis umzusetzen. 1973 wurde in Bielefeld eine Versuchsschule eröffnet, die die Laborschule und ein Oberstufen-Kolleg – also den ganzen Bildungsweg bis zur Hochschulreife – umfasst. Ich habe seinerzeit die von ihm konzipierte und geleitete Laborschule besucht. Die Tage, die ich dort verbrachte, waren eine meiner wichtigsten Schulerfahrungen. Das Gebäude ist eine riesige Halle. Sogenannte „Brücken“ (eingeschobene Ebenen) und flexible Stellwände strukturieren den Raum, der aber im Prinzip offen und durchlässig bleibt. Als ich die Schule – in ihren Anfängen – besuchte, befand sie sich in einer Krise. Überforderte Lehrer probten den Aufstand. Ich schloss damals meinen Bericht mit folgenden Zeilen:

„Hartmut von Hentig spricht oft von der «Schmuddeligkeit» pädagogischer Prozesse, von den Mängeln und Unvollkommenheiten. Er wollte deshalb nicht eine Schule schaffen, sondern eine Schule auf den Weg schicken, eine Schule, die offen für ihre weitere Entwicklung sein sollte. Offenheit ist schwer zu bewahren, ist immer gefährdet. Wenn man, so äusserte sich von Hentig einmal, der-einst endgültig wisse, ob die 60-Minuten-Stunde oder die 45-Minuten-Stunde die bessere sei, werde sich «die ihrer selbst noch unsichere, von Panne zu Panne stolpernde Laborschule der ersten Jahre» in der Erinnerung «wie ein pädagogisches Orplid ausnehmen, das ferne leuchtet».“

Von Hentig wollte eine suchende Schule, eine Schule in ihrer Unsicherheit und Offenheit. Lebendige und sich entwickelnde Schule muss sich von aussen in Frage stellen lassen, aber die Fragen müssen auch aus ihr selbst herauswachsen. Die Schule soll auch Utopie sein. Es sollte immer ein „pädagogisches Orplid“ geben, „das ferne leuchtet“. „Orplid“ tönt in

meinen Ohren schöner und tiefer als „Utopie“. Deshalb will ich hier ein Orplid-Gedicht – den „Gesang Weylas“ – einflechten.

Gesang Weylas

*Du bist Orplid, mein Land!
Das ferne leuchtet;
Vom Meere dampfet dein besonnener Strand
Den Nebel, so der Götter Wange feuchtet.*

*Uralte Wasser steigen
Verjüngt um deine Hüften, Kind!
Vor deiner Gottheit beugen
sich Könige, die deine Wärter sind.*

(Mörrike, 1804-1875)

Eine andere Antwort

Die EDK koordiniert, homogenisiert, zentralisiert. Es geht um Effizienz und Rationalisierung. Als Hauptargument für die Koordination und Vereinheitlichung muss seit je die wachsende Mobilität der Arbeitsplätze und Wohnorte herhalten, die gewöhnlich übertrieben und undifferenziert dargestellt wird. Die Veränderung des Wohnortes läuft nicht parallel zur Veränderung des Arbeitsortes. Die Konzentration der Arbeitsplätze, der Ausbau der Verkehrsnetze und die Akzeptanz grösserer Pendlerdistanzen haben dazu geführt, dass längst nicht jeder Wechsel des Arbeitsplatzes dazu zwingt, auch den Wohnort zu verändern. Gleichschaltung ist aber auch grundsätzlich eine falsche Reaktion auf die Mobilität unserer Zeit. Es hat unheilvolle Konsequenzen, wenn die Mobilität zum ersten Massstab gemacht wird und die Rahmenbedingungen diktiert, in denen sie noch perfekter und totaler funktioniert.

Die Ruhe hat ihr Recht gegenüber dem Ruhelosen (und umgekehrt). Das Bleibende muss sich gegenüber der Bewegung behaupten (und umgekehrt). Die Schule ist auf Kontinuität angewiesen. Sie muss ihre Identität ernst nehmen und verteidigen.

Die Mobilität soll ihre Probleme lösen, die Schule ihre. Wer den Ort wechselt, muss bereit sein, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Die Schule muss dem Ankommenden helfen, sich in den neuen Verhältnissen zurecht zu finden, aber sie soll sich nicht selber aufgeben. Die Mobilität selbst verliert ihren Sinn, wenn sie Verschiedenheit aufhebt. Die Vielfalt ist Ausdruck der Komplexität, die zum Menschen, zum Leben, zur Welt überhaupt gehört. Der „Komplexitätsphilosoph“ Edgar Morin hat darauf hingewiesen, wie das vereinfachende Denken die Realität in einer kohärent systematischen Ordnung einschliessen, jedes Ausschweifen ausserhalb des Systems verbieten und das Fremde, das Nichtzurückführbare und das Mysteriöse ausschliessen will.⁶⁵

Man kann einwenden, dass sich die Schule schon bisher schwer damit getan hat, Fremdes und Unregelmässigkeit zu akzeptieren und auf die Bedürfnisse eines zugezogenen Schülers einzugehen. Daran war nicht der Föderalismus, sondern eine statische Interpretation des Föderalismus schuld. Der „Bildungsraum“ tut nichts anderes, als dass er diese „Statik“ auf eine höhere Ebene transponiert und zementiert. Die Lösung liegt nicht darin, die Vielfalt einzuebnen, sondern den Umgang mit Veränderung zu entwickeln. Der Schüler, der seine Umgebung ändert, riskiert, dass er einerseits einen Schatz angesammelter Erfahrung verliert und andererseits sich eine neue Welt nur oberflächlich aneignet. Die Schule sollte ihm beim „Optimieren“ helfen. Jugendliche bringen ein beträchtliches Energiepotential mit, wenn die Institution flexibel genug ist und nicht unverrückbare Stoffprogramme und „Standards“ einen starren Raster festlegen.

Ist es nicht ein Skandal, dass die Schweizer Schulen nicht einmal immer den Italienerkindern ermöglichen, ihre Muttersprache, die doch Landessprache ist, zu erlernen? Nicht Föderalismus und „Kantönlicheist“ haben das verhindert, sondern Engstirnigkeit und starre Schulprogramme. Die Schweiz hätte sich ein enormes Plus an Internationalität verschafft, hätte sie es den Kindern der eingewanderten Spanier, Griechen, Serben, Afrikaner und Asiaten ermöglicht, anstatt die zweite Landessprache zu erlernen, ihre Muttersprache zu perfektionieren. Nun, da der englischen Sprache nicht mehr ausgewichen werden kann, sind die Landessprachen für viele plötzlich nicht mehr prioritär.

Was die Schule braucht, sind nicht nationale Standards sondern Phantasie, Kreativität, Flexibilität und – durch keine Bürokratie gelähmtes – Engagement in der Praxis. Auch Schüler, die innerhalb des Landes oder des Landesteils die Schule wechseln, würden davon profitieren. Wäre es eine Katastrophe, wenn ein Schüler eine Lektion über die Tulpe oder über den Dachs, über den Nil oder über eine Kommaregel verpassen würde? Wenn es den Schulreformern gerade in den Kram passt, ist ihnen kein Stoffplan heilig. Da schreiben sie bald etwas mehr Mengenlehre, bald etwas mehr Gesellschaftskunde vor, einmal mehr dies, einmal mehr das.

Schafft die Schule ab!

Ivan Illich (1926-2002) kritisierte als katholischer Priester die Auswirkungen der amerikanischen Technokratie in Lateinamerika und wandte sich ganz allgemein gegen die institutionalisierte und technisierte Bildung und Medizin. Natürlich übertrieb er mit seinem Aufruf: „Schafft die Schulen ab“. Aber er erkannte die Gefahr der „Verschulung“. Der Aufruf müsste lauten: „Bekämpft den Totalitätsanspruch der Schule!“ Die Kinder sollten Freiheit spüren, je älter sie sind, desto mehr. Heute aber wird die Erziehung nach Gesamtkonzepten organisiert, die immer

weniger Lücken lassen. Gesellschaft, Eltern und Schule vernetzen sich und organisieren den Alltag des Kindes durchdacht und lückenlos, damit das allseits abgestützte und berechnete Bildungsprogramm bis zum Letzten effizient sei. Das geschieht gutgemeint, aber schränkt dem Kind den Freiraum ein. Eine zusammenhängende, systematische Welt wird aufgebaut, eine Scheinwelt, die die Wirklichkeit mit ihren Widersprüchen verdeckt. Warum eigentlich? Ist es so schlimm, wenn das Kind einmal nicht eingespannt, nicht gefordert ist, sich langweilt oder träumt und nichts „Nützliches“ unternimmt? Warum soll das Kind Gesellschaft, Familie und Schule nicht als verschiedene Welten mit verschiedenen Zuständigkeiten erleben und ausprobieren und sich bald von der einen, bald von der andern Instanz frei fühlen? Einst war das Kind zumindest auf dem Schulweg einigermaßen frei von Kontrollen.

Die Schule hat ihren Wirkungskreis und ihren Machtbereich laufend ausgeweitet. Sie vernetzt und steuert mit raffinierten Beobachtungs- und Unterstützungsmethoden. Hier ist eine Umkehr dringend angezeigt, wenn die Schüler nicht zu Marionetten werden sollen, ohne dass sie noch eine Ahnung haben können, wo und wer in Bürokratie und Forschung an den Fäden zieht. Eine Umkehr ist aber auch dringend, wenn die Schule nicht an ihrer Überforderung endgültig scheitern soll, auf die sie hinsteuert. Wer es sich leisten kann, wird der zentralisierten und bürokratisierten Schule den Rücken zuwenden und nach spontaneren Alternativen suchen. Der Weg führt zur privatisierten Schule für die, die es sich leisten können, und zu einer Volksschule, die verkommt.

Es ist wichtig, dass uns die neutrale, von den Bürgern gemeinsam getragene und verantwortete Volksschule in ihrer integrierenden Funktion für die Grundbildung bewahrt bleibt. Das wird nur möglich sein, wenn die Schule angemessen Raum für ausserschulische Angebote lässt, in denen sie weder Regeln noch Atmosphäre bestimmt. Zum Beispiel: Es ist sinnvoll, dass die Schule die Kinder darüber informiert, dass es verschiedene Religionen und Konfessionen gibt. Aber wo die Zugehö-

rigkeit zu einer Gemeinschaft und die „Glaubenserfahrung“ ins Spiel kommen, muss sich die Schule zurückhalten. Es ist beim zunehmenden Pluralismus weder zweckmässig noch möglich, dass der konfessionell bestimmte Religionsunterricht im Rahmen des Schulprogrammes – gewissermassen mit einem offiziellen Gütezeichen versehen – durchgeführt wird. Je älter Jugendliche werden, desto eher sollten sie sich in wachsendem Mass und unabhängig von der Schule in die „offene“ Gesellschaft integrieren und sich selber sein können.

Dank an die Lehrer

Schule und Bildungswissenschaft sind heute in sich selbst – in ihrem absoluten Anspruch – gefangen. Eine neue Schule werden wir erst bekommen, wenn der Blick sich wieder weitert und das Geheimnis des Menschlichen bedacht wird. An der Mittelschule, die ich besuchte, gab es einen Lehrer, der gelegentlich den Spruch fallen liess: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“ Dieser Lehrer unterrichtete Mathematik und lebte die Rigorosität der Mathematik vor. Damit ist nicht sture Pedanterie gemeint, sondern die Disziplin des Denkens, wie sie eine saubere Beweisführung verlangt. Er weckte in uns den Sinn für die Schönheit dieser Wissenschaft, aber ohne flaumige Schwärmerei. Das Schöne einer Ellipse oder einer Sinuskurve war in der Mathematik begründet. Es ging ihm um Bescheidenheit angesichts der Grösse des Mathematischen, denn er war selbst ein bescheidener Mensch und strahlte bei aller Präzision warme Menschlichkeit aus. Er zitierte den obigen Spruch, weil er – mit dem sprachlichen Lapsus – ironisch auf die menschlichen Schwächen hinweist; ich glaubte immer, eine leise Traurigkeit herauszuhören.

Der Hinweis des guten „Sinus“, wie der Übername des Lehrers lautete, auf die relative Bedeutung der Bescheidenheit in unserer Gesellschaft war auf eine Schülerschaft berechnet, die aus eher bescheidenen Ver-

hältnissen stammte, in denen Bescheidenheit damals im Wertekodex ihren Platz hatte. Heute ist Bescheidenheit nicht nur keine Zierde mehr, die Gesellschaft meint überhaupt, ohne sie auszukommen. Es wäre an der Zeit, sich wieder auf diese Tugend zu besinnen. Da hätte auch die Schule einen Auftrag; sie vermag ihn glaubhaft zu erfüllen, wenn sie selber bescheidener auftritt.

Schule und Bildungswissenschaft müssten aus ihrem Narzissmus austreten und den Menschen in seiner ganzen Komplexität bedenken. Die Literaturverzeichnisse von Abhandlungen zur Schule sollten mindestens so viele Werke von Philosophen und Dichtern aufführen wie engere Fachliteratur. Künstler und Dichter sind nicht gescheiter als Wissenschaftler, aber sie erkennen anders und stellen anders dar. Der Literaturwissenschaftler Wolfgang Binder schrieb: „Schliesslich zielt die dichterische Darstellung des Menschen nicht nur auf die Erhellung ihres Objekts, sondern auch und in erster Linie auf seine Verwirklichung im Medium der Kunst. Die Sprachform, und die Kunstform überhaupt ist eine Erkenntnisquelle sui generis, weil sie verwirklicht, wo die theoretische Wesensbestimmung bloss Wirklichkeit beschreibt.“⁶⁶

Nach diesen Anmerkungen ist es wohl richtig, dass ich mit ein paar Zeilen Literatur schliesse. Keine Angst – kein weiterer Exkurs! Wir wollen nur – nach einer etwas nervösen Wanderung – am Wegrand noch eine Blume pflücken.

Elias Canetti war ein hochbegabter Beobachter und Schilderer seiner Beobachtungen. Deshalb ist seine „Geschichte einer Jugend“ – Titel: „Gerettete Zunge“ – ein grossartiges Buch, das uns viel über das Mysterium des Lebens, die Vielfalt der Menschen (der Lehrer und der Schüler) und die Unwägbarkeiten von Erziehung und Bildung zu sagen hat. Die Mittelschule hat er in seiner Zürcher Zeit besucht.

Wir lesen:

*„Die Vielfalt der Lehrer war erstaunlich, es ist die erste bewusste Vielfalt in einem Leben. Es wäre nicht schwierig und vielleicht auch reizvoll, ein späteres Leben danach zu durchforschen, welchen und wie vielen dieser Lehrer man unter anderen Namen wiederbegegnet ist, welche Menschen man darum mochte, welche man aus einer alten Abneigung nur darum beiseite liess, welche Entscheidungen man aus einer solchen frühen Kenntnis heraus traf, was man ohne sie wahrscheinlich anders getan hätte.“*⁶⁷

Es ist mir tatsächlich „reizvoll“ vorzustellen, wie Wissenschaftler das spätere Leben von 20 000 Schülern – darunter macht es eine Erhebung nicht – nach Wiederbegegnungen durchforschen und systematisch auswerten würden. Sie wären auf Jahre und Jahre hinaus beschäftigt. Wir wollen uns als Beispiel für Canettis Erfahrungen auf einige Sätze aus der Schilderung beschränken, die er vom Lehrer Friedrich Witz gibt:

„Man kann sich denken, dass Witzs Stellung nicht unbestritten war. Manchen galt er als schlechter Lehrer, weil er sich Mühe gab, keine Distanz zu wahren, und äusserliche Autorität nicht als Ewigkeitswert betrachtete. Es herrschte, verglichen mit jedem anderen Unterricht, eine Art von absichtlicher Unordnung in der Klasse. In seiner Gegenwart lebte man immer mitten in einem Kraftfeld von Affekten. Vielleicht war, was mir Atem und Flügel gab, für andere eine Art von Chaos.“

Canetti weist zum Vergleich auf den Mathematiklehrer Beck hin, der ihm durch die zähe und disziplinierte Art seines Unterrichts ein Gefühl von Sicherheit vermittelte. Bei Beck ging man von einem sehr kleinen gesicherten Areal aus unentwegt in eine Richtung.

Zurück zu Witz:

„Eben das Gegenteil war es, was mir durch Witz geschah. Da wurden viele noch dunkle Punkte in mir zugleich berührt und leuchteten auf, zu keinem

Zwecke. Man schritt nicht voran, man war bald da, bald dort, man hatte kein Ziel, auch kein unbekanntes, man erfuhr gewiss vieles, aber mehr als man erfuhr, erlernte man eine Empfindlichkeit für das Vernachlässigte oder noch Verborgene...

Dynamik und Krise der Vielfalt

Je länger desto mehr bin ich überzeugt, dass föderalistische Strukturen für die Schweiz so elementar sind wie Demokratie und Freiheit. Ich versuche noch einige Betrachtungen dazu unter dem Titel „Dynamik und Krise der Vielfalt“ anzustellen. Der Titel soll zum Ausdruck bringen, dass es mir um Vielfalt geht, die kein statisches Nebeneinander ist. Föderalismus ist voller Leben. Föderalismus kann nicht statisch sein. Ich vermied in diesem Titel den Begriff „Föderalismus“. So sehe ich mich nicht gleich zu einer Definition und zu theoretischen Erwägungen herausgefordert. Wir wissen ungefähr, worum es beim Föderalismus – worum es beim schweizerischen Föderalismus – geht: um ein Gleichgewicht irgendwo zwischen einer fest gefügten Einheit und einem losen Nebeneinander, um ein Miteinander, in dem die Teile nicht nur Teile, sondern zugleich Ganzheiten sind. Besondere Denkformen und Verhaltensweisen, die in politischen Grundsätzen und Traditionen, in Identitäten und Mythen gründen, halten Spielraum und Grenzen, Vision und Augenmass, Dynamik und Krise im Gleichgewicht.

I. Die Landesteile und die Kantone

In meiner journalistischen Tätigkeit war ich vor allem in meinen Korrespondentenjahren mit Fragen des Föderalismus konfrontiert. Natürlich hatte ich mit dem Thema auch als Lokaljournalist in Zürich zu tun. Zum Beispiel wurde zur Vorbereitung der grossen Regionalverkehrsprojekte eine „Behördendelegation“ gebildet, die die SBB, den Kanton und die Stadt vereinigte, Diese Konstruktion illustriert, wie sich im föderalistischen System politische Lösungen finden lassen, die bestimm-

ten Aufgaben in bestimmten Situationen adäquat sind. Im allgemeinen standen in meiner Arbeit in Zürich jedoch die stadtplanerischen und lokalpolitischen Aspekte im Vordergrund. Es gibt aber innerhalb eines Kantons und innerhalb einer Stadt Vielfalt, deren Dynamik von einem föderalistischen Geist in weiterem Sinne geprägt sein kann, auch wenn man bei den Beziehungen unter Gemeinden, zwischen Gemeinden und Kanton oder zwischen Quartieren und Gemeinde nicht eigentlich von einem föderalen Verhältnis reden kann.

In der Berichterstattung aus den Landesteilen hingegen waren Aspekte des Föderalismus wesentlich. Das Verhältnis der Minderheiten zur Mehrheit musste im Auge behalten werden, das heisst das Verhältnis der kleineren Landesteile zum grossen Landesteil und auch die Beziehungen der Landesteile und der Kantone unter sich und zum Bund. Diese Kräftefelder funktionieren nicht in allen Teilen des Landes gleich. So ist auch das Verständnis des Föderalismus in den Sprachregionen verschieden. Ich will versuchen, die Landesteile nicht danach zu unterscheiden, ob Röstli, Papet oder Polenta gegessen wird, sondern wie sie es mit dem Föderalismus halten.

Der erste Abschnitt dieses letzten Essays versucht, die Dialektik von Vielfalt und Einheit am Verhältnis der Kantone zu den Landesteilen zu betrachten. Es ist klar, was unter Kantonen, und ziemlich klar, was unter Landesteilen zu verstehen ist. Die Kantone sind im Staatsaufbau die Einheiten zwischen dem Bund und den Gemeinden. Als Landesteile bezeichnen wir gewöhnlich die Sprachregionen, mit deren Institutionalisierung erst in jüngster Zeit angefangen wurde (wir sehen hier hingegen ab von allgemeiner verstandenen Landesteilen wie der Ostschweiz, Zentralschweiz, usw.). Die Kantone sind die sichtbarsten, am deutlichsten politisch und historisch abgestützten Identitäten in diesem Land; jeder Kanton ist klar umgrenzt und zusammen decken sie das Gebiet der Schweiz vollständig ab. Die Landesteile sind weniger eindeutig. Zwischen der Deutschschweiz und dem Welschland bestehen relativ,

aber nicht absolut stabile Übergangszonen, die dem Kanton Freiburg schon manche Sorgen bereitet haben. Es gibt vor allem den dreisprachigen Kanton Graubünden (deutsch, rätoromanisch, italienisch). Die Bündner Sprachenkarte ist ein derartiger Flickenteppich, dass die rätoromanische Schweiz nicht wirklich als „Landesteil“ in Erscheinung tritt.

Es gibt einen Typus von Darstellungen der Schweiz, die auf die Kantone abstellen. Die bekanntesten sind wohl diejenigen von Fritz René Allemann und Alain Pichard⁶⁸. Aber auch schon ältere „Klassiker“ wie „Die klassischen Stellen der Schweiz“ (1836) von Heinrich Zschokke oder später „Cités et Pays suisses“ von Gonzague de Reynold folgten dieser Ordnung. In Darstellungen, die sich an die Landesteile halten, geht es gewöhnlich mehr um die Kohäsion und die Spannungen im mehrsprachigen Land, wobei meist das Verhältnis zwischen den beiden grossen Sprachregionen im Vordergrund steht. Es handelt sich eher um Beiträge zu einer immerwährenden staatspolitischen Debatte als um abgerundete Darstellungen des Landes.⁶⁹

Kanton fast gleich Landesteil (Tessin)

Die italienische Schweiz ist ein kleiner Landesteil, der zur Hauptsache aus dem Kanton Tessin besteht. Dazu kommen die vier italienischsprachigen Täler des Kantons Graubünden, von denen sich zwei, das Misox und das Calancatal, zum Tessin (Bellinzona) hin öffnen, die beiden andern, das Puschlav und das Bergell, nach Italien (Tirano, Chiavenna). Der Alpenriegel trennt den Kanton Tessin von der übrigen Schweiz; der Fluss Tessin mündet in den Po. Das Tessin gehört einerseits zum Mittelmeerraum, andererseits zu einem Land, das dem Norden zugewandt ist. So ist es ganz natürlich, dass die Tessiner sich laufend fragen, welche Rolle der einzige italienische Kanton in einem mehrheitlich deutsch- und französischsprachigen Land zu spielen habe. Es gibt Zei-

ten, in denen diese Frage engagierter diskutiert wird, und andere, in denen sie mehr im Untergrund rumort. Als ich in den achtziger Jahren aus der italienischen Schweiz berichtete, war gerade wieder einmal eine heftige Identitätsdebatte im Gang, die dann wieder in den Hintergrund rückte.

Der Kanton Tessin ist erst mit der Mediationsakte 1803 aus den Kantonen Lugano und Bellinzona hervorgegangen, in denen 1798 in einem ersten Schritt das zersplitterte „Untertanengebiet“ zusammengefasst wurde. Es braucht Zeit, bis sich eine solche politische Schöpfung strukturiert und festere Konturen annimmt. Mit der Eröffnung des Gotthardtunnels kamen die ersten Wellen von Deutschschweizern – Bahnpersonal und Touristen – ins Tessin. Das forderte die Tessiner zur Frage heraus, wie es um ihre Verwurzelung im italienischen und katholischen Kulturraum stehe. Später – zumal mit der Krise nach dem Ersten Weltkrieg – wurde deutlich, dass die besondere Lage des Tessins wirtschaftliche Probleme mit sich brachte. Nach Norden blieben die Alpen auch nach dem Bau des Gotthardtunnels eine Barriere; gegen Süden wurde die Grenze zum faschistisch werdenden Nachbarstaat immer rigider. Die Tessiner Regierung verlangte in den „Rivendicazioni“ (1924 und 1938), dass der Bund dem Kanton in dieser Randlage beistehe. Das Tessin sah sich von der einen Seite ideologisch, von der andern Seite kulturell bedroht.

In der Identitätsdebatte der siebziger und achtziger Jahre mehrten sich die Stimmen, die die Position und Identität des Tessins nicht mehr als bedroht verstehen wollten, sondern im Gegenteil die Chancen und das Potential des Kantons hervorhoben. Die Staatsgrenzen in Europa begannen durchlässiger zu werden. Den Grenzregionen eröffneten sich Möglichkeiten als Kontaktregionen. Ein Protagonist dieser Perspektive war der Regionalwissenschaftler Remigio Ratti, der als Leiter des Tessiner Ufficio ricerche economiche (URE) über eine wirksame Plattform

verfügte. Aber es wurden auch in anderen Bereichen neue Thesen und Szenarien proklamiert.

Der Linguist Sandro Bianconi⁷⁰ wandte sich gegen die traditionelle sprachpolitische Abwehrhaltung. Das Nebeneinander verschiedener Sprachen sei immer charakteristisch gewesen für die Durchgangs- und Grenzregion und ein Vorteil. Den sichtbarsten und spektakulärsten Bruch mit der Vergangenheit vollzog die Architektur. „Zeichen setzen“ lautete ihr Schlachtruf, der sich gegen die traditionelle, rustikale, sich der Natur gehorsam fügende Bau- und Siedlungsweise wandte. Die „Tessiner Architektenschule“ wurde so gefeiert und feierte sich selbst so erfolgreich, dass die problematischen Aspekte ihres Programms kaum mehr kritisch beobachtet und bedacht wurden. Zu oft diente der Aufruf zum „Aufbruch“ lediglich Spekulant, ihre Rücksichtslosigkeit, und Architekten, Mangel an Phantasie und Sensibilität modisch zu verbrämen. Die Kantonsplanung erkannte, dass die vom Banken- und Tourismusboom ausgelöste chaotische Siedlungsentwicklung in halbwegs geordnete Bahnen gelenkt werden sollte und entwarf das Leitbild einer polyzentrischen Stadtlandschaft. Ein urbanes und vernetztes Tessin sollte die Chancen einer Mittlerposition zwischen Nord und Süd, zwischen deutschem und italienischem Sprachraum, zwischen den grossen Agglomerationen Zürich und Mailand wahrnehmen können. Aufbruchsstimmung herrschte in den achtziger Jahren auch in der Tessiner Regierung, die engagiert und zielbewusst das Terrain für den Wettbewerb um die neue Eisenbahn-Alpentransversale vorbereitete.

Das Tessin machte die Erfahrung, dass es nicht einfach war, in Italien Unterstützung für die Gotthardachse zu erhalten. Die benachbarte Lombardei ist traditionell eher Richtung Osten orientiert und neigte zur Splügenvariante. Im Staatsaufbau entspricht zwar der Kanton der Region, aber die Lombardei ist drei Dutzend Mal grösser als das Tessin. Als der Tessiner Staatsrat einmal in corpore im Pirelli-Turm in Mailand eine gute Stunde antichambrieren musste, bis die Giunta der

Regionen Lombardia Zeit fand, ihn zu empfangen, war das eine Lektion, die wirkte. Der Kanton begann nach Möglichkeiten für grenzüberschreitende Kontakte zu suchen, die seiner Grösse eher entsprachen. Er engagierte sich in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (Arge Alp), der neben der Lombardei und Bayern auch kleinere österreichische Bundesländer, der Kanton Graubünden und die Autonome Provinz Trento angehörten.

Die Arge Alp wurde für das Tessin zum Übungsfeld grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Daneben fand das Tessin in der Provinz Varese eine Fürsprecherin für den Gotthard. In Varese enden von Süden her Auto- und Eisenbahn. Provinz und Stadt bemühen sich deshalb verbissen nach einer Öffnung nach Norden. 1995 gründete der Kanton Tessin zusammen mit den Provinzen Como, Varese, Verbano-Cusio-Ossola die Regio insubrica; inzwischen sind auch Lecco und Novara dazu gestossen. Vom Zusammenwachsen mit der Lombardei zeugen nun in den Tessiner Bahnhöfen die TILO-Züge. Die Abkürzung TILO (Ticino-Lombardia) steht für ein im Aufbau begriffenes regionales Verkehrskonzept, das von Mailand bis in die Leventina reicht.

Die Tessiner Regionalpolitik entwickelte sich vor allem Richtung Italien. Im eigenen Land verfügt das Tessin über keine Nachbarschaft, die sich für eine „special relationship“ eignet. Der Gotthard verbindet zwar das Tessin mit dem Kanton Uri, aber ein in der Geschichte wurzelndes Nachbarschaftsgefühl ist im Tessin auf die Leventina beschränkt. Graubünden interessiert trotz seinen italienischsprachigen Tälern das Tessin wenig. Das Puschlav und das Bergell sind weit entfernt und öffnen sich ihrerseits langsam, aber spürbar immer mehr dem Veltlin. Das Veltlin ist für die Tessiner, die nach Norden und Süden, aber kaum nach Osten und Westen blicken, eine fremde Welt. Die Gotthardachse zwang im Laufe der Jahrhunderte immer wieder zu Kontakten mit den anderen „Gotthardkantonen“ bis zum „Nordausgang“ Basel; sie blieben

aber weitgehend auf das spezifische gemeinsame Interesse an der Gotthardlinie beschränkt.

Wo sich in der Schweiz eine interkantonale Kooperation (die „Direktorenkonferenzen“) entwickelt, folgt die Tessiner Mitwirkung nicht der geographischen und wirtschaftlichen, sondern einer sprachlich-kulturellen Logik, die die „Lateiner“ zusammenbringt, und der Solidarität der Minderheiten. Das Tessin ist da in der Regel an die welschen Kantone angebunden, die mit dieser reichlich lockeren Beziehung über die Alpen hinweg gewöhnlich nicht viel anfangen können. So steht das Tessin weitgehend ausserhalb des Zusammenspiels der Kantone. Es fühlt sich als Landesteil, was die italienischsprachigen Bündnertäler gelegentlich zu bissigen Bemerkungen veranlasst. Als sich die Tessiner Sorgen machten, dass die gesamtschweizerische „Harmonisierung“ des Bildungswesen ihr Schulmodell (Scuola media als vierjährige Oberstufe) in Frage stellen könnte, beruhigte der Erziehungsdirektor seine Landsleute, dem Tessin rede niemand drein. Nicht selten profitiert das Tessin vom Desinteresse der übrigen Schweiz, die sich meist wenig darum kümmert, was in der kleinen Ecke der Schweiz auf der Südseite der Alpen geschieht (Skandalgeschichten und Schnee auf Palmen ausgenommen).

„Unverbesserliche Kantonalisten“ (Welschland)

Im Unterschied zur italienischen Schweiz, die praktisch aus einem Kanton besteht, setzt sich der französischsprachige Landesteil aus mehreren Kantonen zusammen. Dabei besteht die Tendenz (etwa in „Regierungskonferenzen), die beiden zweisprachigen Kantone (Freiburg und Wallis), in denen die Deutschsprachigen in der Minderheit sind, der lateinischen Schweiz zuzuschlagen. Die französische Schweiz ist wie die italienische ein Minderheitslandesteil, allerdings ein grösserer. Als der Bundesstaat geschaffen wurde, vermied es die Verfassung, die Sprach-

regionen und damit Minderheiten zu institutionalisieren, doch achteten die Eidgenössischen Räte darauf, dass die französische Sprachgruppe immer, die italienische zumindest immer wieder in der Landesregierung vertreten waren.

Die Machtverteilung spielt auf der Ebene der Kantone, die unabhängig von der Einwohnerzahl gleich gestellt sind. Die Romands haben denn auch im jungen Bundesstaat – zusammen mit den Katholiken, damals die konfessionelle Minderheit – vehement die Autonomie der Kantone verteidigt, die sie vor der Mehrheit schützt. Daneben gab es aber auch immer wieder den Appell an die Solidarität innerhalb der Sprachregion. Dieser wird zeitweise aggressiver, zeitweise verhaltener vorgetragen, tendenziell parallel zu den Schwankungen im Verhältnis zwischen den Sprachregionen. Dieses war gespannt vor dem Ersten Weltkrieg und trat unter den Bedrohungen vor und während des Zweiten Weltkrieges in den Hintergrund. Die Spannungen verstärkten sich wieder im Zusammenhang mit dem Jurakonflikt und nach wiederholten Fieberstößen vor und nach der Volksabstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum. Dieses Thema ist in der beträchtlichen „Röstigraben“-Literatur ausführlich behandelt.

Im Rahmen der Überlegungen zum Verhältnis der Kantone zu ihrem Landesteil ist von Interesse, dass in der französischen Schweiz das Spannungsverhältnis von geeintem Landesteil und Föderalismus der Kantone – oft unterschwellig – eine zentrale Rolle in der Diskussion über das eigene Selbstverständnis spielt. In einem Schlüsseltext des Historikers David Lasserre (1882-1973) über die Suisse romande ist das deutlich spürbar. Der rhetorische Schwung verrät, dass Lasserre die These, dass die Sprache der entscheidende Identitätsfaktor sei, als bedrohlich empfand.

„Auf die Gefahr hin, Angehörige und Freunde des Landesteils, den man mit obigem Namen bezeichnet, zu überraschen oder gar zu verärgern, scheue ich nicht vor folgender Behauptung zurück: Bei jeder Verwendung der Begriffe

«Suisse romande» oder «Romandie» muss man sich klar machen, dass diese Ausdrücke, so bequem und einprägsam sie zu sein scheinen, im Grunde keinerlei Wirklichkeit entsprechen – weder in bezug auf die Geographie noch die Volkswirtschaft oder das Volkstum, die Geschichte, die Konfession, die Politik oder die Kultur. Eine welsche Schweiz existiert lediglich als Bezeichnung jener Landesgegend, in der man französisch spricht; darüber hinaus ist sie aber als eigenständiges Gesamtgebilde, dessen sollte man sich hier bewusst werden, überhaupt nicht vorhanden.“ (La Suisse romande, 1950)⁷¹

In einem älteren Aufsatz „Le fédéralisme romand“ (1938) befasste sich Lasserre mit der „unumstösslichen Tatsache“, dass „wir welschen Schweizer ... unverbesserliche Kantonalisten“ sind. Zum Beweise genüge es, auf die erstaunte Frage eines Franzosen hinzuweisen: «Warum bezeichnet sich die Mehrheit von euch, wenn man nach eurer Nationalität fragt, jeweils als Angehörige dieses oder jenes Kantons und nicht als Schweizer?» Lasserre erklärt das damit, dass es „zwar eine alemannische, aber keine welsche Schweiz“ gebe. Er weist auf geographische Unterschiede hin. Nur etwa die Hälfte der deutschsprachigen Kantone stösst an die Landesgrenze. Gewöhnlich berühren Deutschschweizer Kantone mehrere andere Kantone, so dass sich zwischen ihnen ein engeres Beziehungsgeflecht entwickelt hat. Zwei Kantone, Genf und Wallis, berühren nur je ein französischsprachiges Bundesglied. Von der Gesamtgrenze des Welschlandes fallen zwei Drittel mit der Landesgrenze zusammen. Wesentlich ist, dass jeder Landesteil seine eigene Schweizergeschichte hat. Darauf soll in einem Exkurs ein Blick geworfen werden, nach einem kurzen Exkurs über die Bezeichnung der Landesteile.

Erster Exkurs: Ne dites jamais jamais!

Ist es so, dass es – wie Lasserre schrieb – „eine alemannische, aber keine welsche Schweiz“ gibt? Oder ist eher das Gegenteil richtig? Wir bewegen uns da auf unsicherem Boden. Man nimmt die Vielfalt des eigenen

Landesteils eher wahr und sieht den andern, den man weniger kennt, als Block. Nicht selten hebt eine welsche Zeitung in Sportnachrichten hervor, dass ein „Romand“ einen Sieg errungen hat. Es kommt kaum vor, dass eine deutschsprachige Zeitung den Erfolg eines „Deutschschweizers“ herausstreicht. Der Deutschschweizer versteht sich nicht als solcher. Der deutschsprachige Landesteil ist keine Kategorie, in der er spontan denkt. Für ihn gibt es neben den Kantonen die Schweiz als ganze, die er mehr oder weniger der Deutschschweiz gleichsetzt; den Rest schliesst er einfach ein. Das ist die Perspektive der Mehrheit.

Die Bezeichnung „alemannische Schweiz“ ist in der deutschen Schweiz nicht heimisch geworden; vielleicht tönte „alemannisch“ in Deutschschweizer Ohren allzu sehr nach germanischem Stamm. Die Romands setzen die beiden grossen Landesteile als „Suisse romande“ und „Suisse alémanique“ von den Nachbarnationen ab. Die Welschen betonen ihre Eigenständigkeit gegenüber Frankreich begrifflich deutlicher, auch wenn sich nach gängiger Meinung die Deutschschweizer und die Tessiner gefühlsmässig stärker von Deutschland und Italien absetzen. Alpen und Jura ziehen um die Westschweiz ein breites relativ dünn besiedeltes Band, das Distanz schafft. Der französischen Schweiz blieb aber das Trauma einer nationalsozialistischen oder faschistischen Nachbarschaft erspart. Es ist heute schwierig, sich das Verhältnis der Deutschschweizer und der Tessiner zu ihren Nachbarn vor der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs vorzustellen. Dieses Verhältnis war auch kein einfaches (das Verhältnis zu Mächtigeren ist nie einfach), aber es hatte nichts zu tun mit jenem, das sich während des Nationalsozialismus und des Faschismus entwickelte.

Die verbrecherische Verirrung unter Hitler und Mussolini hat die Deutschschweizer und Tessiner tief verwundet. Sie brach nicht nur tiefe Gräben auf und zerriss Bande mit dem kulturellen Hinterland, sie stellte das eigene kulturelle Erbe in Frage, das aus dem mit den Nachbarn gemeinsamen nicht einfach herausgelöst werden kann. Wenn in jenen Jahren in der Schweiz Schillers „Wilhelm Tell“ gefeiert wurde, war das

nicht nur eine nationale, sondern zugleich eine kulturelle Demonstration. Der Deutschschweizer versicherte sich der Würde der deutschen Kultur. Seither ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Mir scheint, im Wesentlichen sei das normale, normal komplexe Verhältnis der Landesteile zur ihren Nachbarländern zurückgekehrt. Die neuerdings verstärkte deutsche Zuwanderung löst zwar abwehrende Reaktionen aus, die aber oft etwas merkwürdig Künstliches an sich haben. Unverantwortlicher, auf billige Effekte erpichter Journalismus scheint mir da ein übles Geschäft zu treiben.

Für die französische Schweiz gibt es in der Deutschschweiz die beiden besonderen Begriffe Welschland und Romandie; für die anderen Landesteile gibt es nichts Entsprechendes. Das Wort „welsch“ hat eine lange Geschichte hinter sich, die in die Zeit der Völkerwanderung zurückreicht („welsch“ geht zurück auf „walhiska“, die adjektivische Ableitung des Namens eines keltischen Volkes). Damals bildete sich das Wortpaar welsch-deutsch; „deutsch“ meinte ungefähr das „eigene Volk“ und entwickelte sich zum Namen Deutschland. Das Wort „welsch“ bezeichnete zunächst das „Fremde“ gegenüber dem „Eigenen“. Es hatte dann ein wechselvolles Schicksal; bald bezeichnete es lateinische Völker allgemein, bald vorzüglich Italien. Schliesslich wurde „welsch“ in der Schweiz zur Bezeichnung für die französische Schweiz (zeitweise auch für das Tessin). Welsche hörten oft einen herabsetzenden, pejorativen Nebenklang heraus, manche allerdings auch einen Ton warmer Verbundlichkeit.

In Deutschschweizer Medien fing etwa in den achtziger Jahren „Romandie“ an, „Welschland“ zu verdrängen, wohl aus dem Bildungsdünkel heraus, der das Fremdwort vorzieht. Im Welschland war dieser Begriff noch lange verpönt als Markenzeichen der Autonomiebewegung, die die „Romandie“ von der übrigen Schweiz abgrenzen wollte. Noch vor zehn Jahren erschien im „L'Hebdo“ ein Artikel zu diesem Thema unter dem Titel „Ne dites plus jamais Romandie!“⁷² Inzwischen setzt

sich nun „Romandie“ auch in der französischen Schweiz durch. Interessant, was Lasserre im Anschluss an die oben zitierte Stelle anmerkt, nämlich dass der kürzere Name „Romandie“ ihm da geeignet scheine, „vorausgesetzt, dass man alle politischen Gefühlswerte von ihm abstreift“ („qu'on le vide de toute acception politique“). Im älteren Aufsatz wägt Lasserre einmal in Bezug auf die reformierten Kantone (Waadt, Neuenburg, Genf) sorgfältigst ab: „... diese offenkundige geistige Verwandtschaft lässt, soweit es auf sie ankommt, aber nur insoweit, den Begriff der Romandie doch als etwas Inhaltsreicheres erscheinen denn als blossen Schweizer Landesteil französischer Sprache. Indessen nahmen jene geistigen Bande eigentlich niemals konkrete Gestalt an“ („Romandie“ ersetzt hier, wie mehrmals, „Suisse romande“ der französischen Vorlage).

Zweiter Exkurs: Die Vergangenheit der Dazugekommenen

Am Anfang der Schweizer Geschichte – während der ersten beiden Jahrhunderte – gab es nur eine „deutsche Schweiz“. Dann kamen auf verschiedenen Wegen welsche Gebiete dazu; den grossen Vorstoss brachten die Burgunder Kriege. Gleichberechtigte welsche Stände gibt es – nimmt man das zweisprachige Freiburg aus – erst seit 1798. Das aus eigenständigen Kantonen bestehende Welschland ist zweihundert Jahre alt. Die kantonalen Identitäten im Welschland haben – wie jene des Tessins – eine noch junge Geschichte. Ihre Entstehung ist in den welschen Kantonen noch stärker präsent (was auch für die jungen Deutschschweizer Kantone Thurgau und Aargau gilt). Die Schaffung der Kantone bedeutete in diesen Fällen zugleich den Schritt zur modernen Demokratie. Eigenständigkeit, Demokratie, „Kantonalität“ gehören zusammen.

Die traditionelle Schweizer Geschichtsschreibung berichtet, wie die Eidgenossenschaft um den alten Doppelkern – die „Urkantone“ Uri,

Schwyz, Unterwalden und die früh verbündeten Städte Luzern, Zürich, Bern – wie ein Baum herangewachsen sei. Die Entwicklung der Schweiz wird von innen heraus verstanden. Was ausserhalb war, harrte dort in Erwartung seiner Bestimmung, in die Eidgenossenschaft aufgenommen zu werden. Die äussersten Zweige – die französische Schweiz – treten erst für die Zeit der beiden letzten Jahrhunderte wirklich ans Licht. Was im Welschland vorher geschah, kommt in der Schweizer Geschichte nur marginal vor. Die alten Beziehungen, die die Kantone – auch die deutschschweizerischen – beim Eintritt in den Bund aufgegeben haben, interessieren kaum mehr. Es ist, als sei es den eidgenössischen Ständen nicht wohl beim Gedanken, einmal anderweitig verheiratet gewesen zu sein. Erst in jüngeren Arbeiten, etwa in der „Geschichte der Schweiz und der Schweizer“, änderte sich das spürbar.

Kein mittelalterliches Welschland

In einem Ende der neunziger Jahre erschienen Sammelband fragten sich Historiker, ob im Mittelalter schon ein zusammenhängendes Welschland bestanden habe. Sie wollten sich nicht auf die Äste hinaus lassen und betitelten ihr Buch mit „Les Pays romands au Moyen Age“⁷³, was die Vielfalt mehr als die Einheit unterstreichen sollte. Ab 1300 kristallisierte sich eine Scheidelinie dem Jura entlang heraus, während der Genfersee erst zur Grenze wurde, als Bern und das Wallis die Savoyer zurückdrängten. Vom 13. Jahrhundert an lasse sich ein „espace romand“ erahnen, doch habe sich kein Hinweis auf ein welsches Identitätsgefühl feststellen lassen. Kulturell war das Gebiet eher ein Schmelztiegel von Einflüssen grösserer Herrschaftsgebilde (Burgund, Savoyen, Bern), denen grössere oder kleinere Teile der heutigen Suisse romande unterstanden und die eher ausnahmsweise Schwerpunkte in der Westschweiz hatten (zum Beispiel Hochburgund zwischen 888 und 1032).

Auch die Bistümer Lausanne, Genf und Sitten gehörten in weitere Kräftefelder von Bistumsgruppen oder Erzbistümern. Oft gingen geistliche

und weltliche Zuständigkeiten auseinander oder entwickelten einzelne Funktionen eine besondere Dynamik. So scheint etwa die sich im 14. und 15. Jahrhundert entwickelnde Inquisition weiträumig organisiert worden zu sein, doch beschränkte der in der Westschweiz aktive Inquisitor sein theoretisch viel weiteres Tätigkeitsfeld zunehmend auf die Westschweizer Bistümer. In den Bistümern Lausanne und Sitten gab es erste zweisprachige Strukturen im Gebiet der späteren Schweiz. Die kirchlichen Zusammenhänge dürften das Interesse Berns an Lausanne vorgespurt haben. Bern hat nach der Eroberung der Waadt in symbolischer Geste den Lausanner Kathedralenschatz sofort an die Aare transportiert.

Auf dem Weg zur Suisse romande

Die Herausgeber des Bandes „Les Pays romands au Moyen Age“ konstatieren gleich zu Beginn der Einführung: „Il n'existe pas d'histoire de la Suisse romande et, pendant longtemps, il ne pouvait pas en exister.“ Es bestanden hingegen Literaturgeschichten, weil sich die Suisse romande sprachlich einfacher definieren lässt. Die vierbändige „Histoire de la littérature en Suisse romande“ (unter Leitung von Roger Francillon ab 1996 herausgekommen) behalf sich geschickt, indem sie den einzelnen Kapiteln allgemenhistorische Einleitungen vorstellte. Ein Territorium bedarf gemeinsamer Charakteristiken (institutionelle, religiöse, usw.), bevor man daran denken kann, eine Geschichte zu schreiben. Die Gründung einer „Société d'histoire de la Suisse romande“ (1837) führte im wesentlichen nur zu Einzelstudien und als einzigem welschem Unternehmen einer Sammlung von Auszügen aus Dokumenten. Die Historiker waren noch nicht bereit, aus dem kantonalen Rahmen herauszutreten.

In der Schweiz von 1848 war Staatlichkeit auf die Bundes- und Kantonebene beschränkt. Landesteile waren nicht institutionalisiert. Ge-

gen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Ansätze eines welschen Kulturlebens, das in der Gründung des „Orchestre de la Suisse romande“ (1918) seinen Niederschlag fand. Radio und Fernsehen schufen sich ihr welsches Publikum. Die Herausgeber des hier herangezogenen Geschichtsbandes stellen fest, dass seit einigen Jahrzehnten ein regionales Bewusstsein die Kantone zu konkurrenzieren beginne und – zumindest mental – zu einer räumlichen Restrukturierung der Schweiz führe. Sie kommentieren diese Entwicklung wie folgt: „Il est peu vraisemblable qu'il s'agisse là d'un mouvement sans conséquences durables; on peut envisager, parmi elles, l'affirmation de la Suisse romande comme cadre géographique et source d'identité, ce qui amène à tenter une relecture de son passé.“ So unternimmt der Geschichtsband vor dem Hintergrund einer sich verstärkenden welschen Identität den Versuch, die Entwicklungslinien und Strukturen eines „Moyen Age romand“ zu verstehen.

Mythische Schweizer Wurzeln

Der Begriff „Suisse romande“ – „évidemment anachronique pour le Moyen Age“ – konnte für das Mittelalter nicht verwendet werden. Von der Westschweiz aus gesehen, hat sich die Schweizer Geschichte des Mittelalters in fremden Landen ereignet. Sie ist den Romands aber, da sie nun dazu gehörten, als sinnstiftender Mythos doch wichtig geworden. Als die Europafrage aktuell wurde, hielt der Waadtländer Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz – 1989 – seine Bundesfeierrede auf dem Gotthard. Als man 2007 auf eine Bundesfeier auf dem Rütli verzichten wollte, weil sie in den Vorjahren von rechtsextremen Gruppen gestört worden war, liess sich die Genfer Bunderätin Micheline Calmy-Rey die Gelegenheit nicht nehmen, sich den Rednerplatz auf der historischen Wiese regelrecht zu erkämpfen, eine unerschrockene Stauffacherin, die den Randalierern nicht weicht. Die Romands handhaben die Urschweizer Mythologie unbeschwerter und mit mehr Nonchalance. Die Welt um

den Vierwaldstättersee, mit der sie eigentlich nichts verbindet, ist ihnen mehr ideal als real. Sie haben ein unbekümmertes Verhältnis zur legendären Gründungsgeschichte der Eidgenossenschaft als die Deutschschweizer, die – auch wenn sie nicht daran zweifeln, dass die Legende eine Legende ist – doch vor dem geistigen Auge den tapferen Tell im Föhnsturm vom wildschaukelnden Boot auf die Felsplatte springen sehen. Der Deutschschweizer lässt es ungern zu, dass ihm Besserwisser ein Stück Heldengeschichte nach dem andern auf „blossen Mythos“ reduzieren.

Wo es um die eigenen Mythen geht, haben es auch die Romands nicht leicht. Die Waadtländer schwanken zwischen ihren Gründungsmythen. Der junge Kanton vermochte im neuen Bundesstaat eine führende Rolle zu übernehmen. Er hatte Grund, seine lange Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft zu betonen, auch wenn es sich nur um ein Untertanenverhältnis handelte. Das Waadtland verinnerlichte gewissermassen das Geschichtsbild der Berner, ihrer Eroberer, die auch die Reformation, die neue „Staatsreligion“, brachten und das Staatswesen ordentlich organisierten (im Gegensatz zu dem, was dem Tessin zuteil geworden war). Es gibt aber auch die „andere Waadt“, die mehr auf die Eigenständigkeit gegenüber dem Bund pocht. Sie beruft sich auf den Savoyer Pierre II (1203-1268), der das Waadtland einigte und neu organisierte. Schliesslich hat eine jüngere wissenschaftliche Arbeit des Historikers Jean-Daniel Morerod⁷⁴ gezeigt, wie die Lausanner Bischöfe im Mittelalter immer mehr zu Fürsten wurden und ein Gebilde, das Lausanne zum Zentrum hatte, staatlichen Charakter annahm. So kann das Waadtland neben den Savoyern und den Bernern noch eine dritte – autochthone – Wurzel geltend machen. Bertil Galland, der seinerzeit die «Encyclopédie du Pays de Vaud» herausgab, rief beim Erscheinen von Morerods Buch begeistert aus: «Diese Arbeit wird die Vorstellung ändern, die die Waadtländer von sich haben.» Die Waadtländer Denkmalpflege sorgt sich um die baulichen Zeugnisse aller drei Ursprünge liebevoll und für teures Geld: die Kathedrale der Bischöfe, das savoyische Schloss Chillon

und die von den Bernern allenthalben erstellten Kirchen und Pfarrhäuser werden sorgfältig renoviert.

Strukturierter Landesteil (Deutschschweiz)

Den welschen Kantonalismus bekam ich natürlich sehr wohl zu spüren. Dass in der Romandie die Kantone so verschieden sind, machte einen Hauptreiz meiner Arbeit als Welschlandkorrespondent aus; die divergierenden administrativen Abläufe und Informationsgebräuche, Terminologien und Abkürzungen komplizierten sie. Kantonalparteien der gleichen Familie gebärden sich völlig verschieden. Die Radicaux, wie die Freisinnigen hier heissen, haben als Walliser Minderheitspartei und als Grand Vieux Parti in der Waadt ganz unterschiedliche Temperamente entwickelt. In Genf ist das politische Leben, und nicht nur dieses, nervöser als im Rest der französischen Schweiz. Im Waadtland hat sich unter der Berner Herrschaft ein anderes Verhältnis der Kirche zum Staat herausgebildet als im Kanton Genf. Und so weiter.

Versuche ich zu verstehen, wie es sich mit der Vielfalt in der deutschen Schweiz verhält, muss ich vorsichtig sein. Ich habe den Landesteil, in dem ich geboren worden bin, langsam und als selbstverständliche Umgebung kennen gelernt. Es ist ein Unterschied, ob ich als Kind zu den Grosseltern ins Bernbiet und in den Thurgau reiste, oder ob ich als Korrespondent zwischen den Kantonen zirkulierte, um aus ihnen über vergleichbare Gegenstände – über die Finanzen, die Verkehrspolitik, Wahlen, die Schule und anderes mehr – zu berichten. Die Kinderumgebung und die Kinderperspektive gehören noch ins „Allgemeinmenschliche“ und sind von Unterschieden der gesellschaftlichen Organisation und Identität wenig berührt. Immerhin: Meine Eltern zogen aus dem Thurgau nach Zürich, als ich fünfjährig war. Da entdeckt man schon, dass an der Limmat anders geredet wird als an der Murg, die unterhalb von Frauenfeld in die Thur mündet. Wenn man es nicht selber merkt,

sagen es einem die Spielkameraden, dass es in Zürich „zwänzg“ und nicht „zwanzg“, „Bäbeli“ und nicht „Bebeli“ heisst. Aber auch diese Unterschiede werden mit zunehmendem Alter stärker wahrgenommen. Es ist etwas ganz Anderes, ob das Kind mit dem anderen Dialekt in der Schulklasse – als einzelnes gegenüber einer Gruppe – konfrontiert wird, oder ob es sich im Sandhaufen spielend in ein loses Schärchen einlebt.

Exkurs zur Mundart

Die Vielfalt der Mundarten ist ein weites und problembeladenes Schweizer Thema. In den verschiedenen Gegenden des Welschlandes unterscheiden sich Vokabular, Akzente und Färbung des Französischen wenig, aber hörbar; die Patois indessen haben nur in ein par Dialektinseln im Wallis bis in unsere Tage überlebt und befinden sich auch dort in der Schlussphase der Agonie. In weiten Teilen des Tessins sind die Dialekte, die sehr unterschiedlich sind, noch lebendig, allerdings fast ausschliesslich im privaten Kreis. Im Luganese ist der Dialekt stark zurück gegangen und es wächst der Anteil der Jungen, die ihn noch verstehen, aber kaum mehr sprechen. Die Prognosen sind nicht sehr optimistisch, doch manche Beobachter glauben, Anzeichen für eine neue Liebe zum Dialekt zu entdecken. Das 2004 herausgekommene fünfbändige „Lessico dialettale della Svizzera italiana“ wurde zu einem publizistischen Erfolg! Von ungebrochener Vitalität ist die Mundart in der Deutschschweiz. Trotz Einebnung in der mobilen Gesellschaft ist die Palette der regionalen Dialekte immer noch bunt. Die Romands beklagen sich auch ausgiebig – aber meist ohne viel Kenntnis der realen Verhältnisse – über die starke Stellung der Deutschschweizer Dialekte, die die Kommunikation zwischen den Sprachgruppen des Landes erschweren. Den Deutschschweizern fehlt die Erfahrung mit den Schwierigkeiten, die dem Fremdsprachigen die Mundart bereitet. Sie begegnen diesem Problem kaum irgendwo in gleicher Weise.

Im allgemeinen wissen die Schweizer wenig über die tatsächliche Stellung der Dialekte in den anderen Sprachregionen, wie eben die Kenntnis der andern Landesteile überhaupt häufig nicht weit in die Tiefe reicht. Es ist überaus schwierig, sich eine Vorstellung vom Verhältnis zu machen, das ein anderer Menschenschlag zu seiner Sprache und zu seinem Dialekt hat. Sprache hat mit dem Innersten des Menschen zu tun; grösste Vorsicht und Rücksicht sollten da den Kritikern erstes Gebot sein. Was den Dialekt betrifft, zeigen die Verhältnisse in den Landesteilen Verwandtschaft mit denjenigen in ihren Nachbarländern. In Deutschland sind die Mundarten noch sehr präsent, obgleich nicht so wie in der Deutschschweiz, aber weit lebendiger als in Frankreich. In Italien liegen die Verhältnisse wohl in der Mitte. In allen drei Sprachräumen sind die regionalen Besonderheiten im alpinen Gebiet ausgeprägter. Bei etwas besserer Kenntnis dieser Dinge wären die Deutschschweizer wohl rücksichtsvoller im Gebrauch des Dialektes und hätten die Romands mehr Verständnis für die Mundart der Deutschschweizer.

In den letzten Jahren hat sich in der Deutschschweiz die Kritik an der jüngeren Entwicklung des Mundartgebrauchs verstärkt. Das ist aber kein Erfolg der welschen Kritik, sondern Nervosität des Kleinstaates angesichts der Globalisierung. Die Verwendung des Dialektes hat in den vergangenen Jahrzehnten in der Volksschule, zum Teil auch auf höheren Bildungsstufen, und in den audiovisuellen Medien zugenommen. Es geht die Klage über den Niedergang der Sprachkultur und der Kenntnis des Hochdeutschen. Die Mundart muss als Sündenbock herhalten. Und schon reagieren Erziehungsdirektionen mit übertriebenen und übers Knie gebrochenen Massnahmen, die der komplexen Dialektik von Hochsprache und Mundart nicht gerecht werden. Gewiss zeigen viele Deutschschweizer Mühe und zögern, sich spontan in der Hochsprache auszudrücken. Geschrieben und gelesen wird, von Kurzmitteilungen (Kartengrüßen, SMS) und kurzen Werbetexten abgesehen, auch heute die Schriftsprache. Nur ein ganz kleiner, an der Mundartliteratur interessierter Teil der Bevölkerung ist imstande und bereit, ei-

nen längeren Dialekttext zu lesen. Ein „Hochdeutsch-Potential“ ist in den Köpfen vorhanden und wird von den meisten rasch aktiviert, wenn sie sich ein paar Tage oder Wochen in Deutschland aufhalten.

Das Nebeneinander von Hochsprache und Mundart bedeutet eine Belastung, aber auch eine Bereicherung. Der tägliche Umgang mit zwei verwandten und vergleichbaren Sprachen und ihren unterschiedlichen Ausdrucksmöglichkeiten sind eine tägliche Erfahrung mit den Möglichkeiten und Grenzen der Sprache. Man sagt den Deutschschweizern Skepsis gegenüber geschliffener Rhetorik nach. Diese Feststellung trifft wohl zu, aber es lässt sich wohl darüber nachdenken, wie sie zur Beobachtung passt, dass die von keiner Akademie und keinem Duden fixierte und normierte Mundart in besonderem Mass zum Spielen mit der Sprache animiert. „Da dä da da“ („Dass der das darf“) sagte man in der Ostschweiz, lange bevor der Dadaismus erfunden war. Ich vermute, dass in den letzten Jahren wenig in diesem Lande so sehr zur Kultivierung des Sprachempfindens beigetragen wie die berndeutschen Lieder von Mani Matter (1936-1972).

Im Zusammenhang der hier vorgelegten Essays ist es angezeigt, darauf hinzuweisen, dass sich nicht nur die Mundarten unterscheiden, sondern auch das „Mundartbewusstsein“, die Wertschätzung des Dialektes. Die berndeutsche Literatur ist besonders reich. Einer der ganz Grossen, Jeremias Gotthelf (1797-1854), mischte oft Hochsprache und Mundart oder übernahm in der Hochsprache den Rhythmus der Mundart. Es hat wohl kein anderer Mundarterzähler so viel Popularität erreicht wie Rudolf von Tavel (1866-1934) mit seinen humorvollen volkstümlichen Geschichten und grossen historischen Romanen (sogar die NZZ publizierte damals zwei der grossen Romane in Fortsetzungen). Im kleinräumigen Alpengebiet ist die Anhänglichkeit an die lokalen Färbungen besonders gross und bewahrten sich alte Formen länger. Wenn mich meine Erfahrung nicht täuscht, neigen die Oberwalliser dazu, ihren besonders schwer verständlichen Dialekt im Verkehr mit Nichtwallisern

zu vereinfachen. Das metropolitane Zürichdeutsch verliert seine regionalen Schattierungen und gibt oft Ausdrücke zugunsten hochdeutscher Vokabeln auf, entwickelt aber zugleich neue Eigenheiten und Gegensätze zum Hochdeutschen. In den verschiedenen Gegenden unterscheiden sich nicht nur die Mundarten, sie werden auch verschieden erlebt und entwickeln sich in verschiedenen Rhythmen.

Romands neigen dazu, in den schweizerdeutschen Mundarten vor allem eine provinzielle Abgrenzung gegenüber dem grossen Deutschland zu sehen. Die Deutschschweizer erleben in ihren Mundarten primär ihre Vielfalt und ihre Zusammengehörigkeit. Zu letzterer gehören auch Abgrenzung und damit auch etwas „Nationales“. Das bedeutet auch Abgrenzung gegen den grossen Nachbar, bedeutete vor allem Abgrenzung gegen das „Reichsdeutsche“. Man muss diese Dinge immer sehr genau anschauen. Die Schweizer Alemannen südlich des Rheins und des Bodensees wissen sehr wohl, dass die Schwaben einen Dialekt sprechen, der dem Schweizerdeutschen an Gemütlichkeit nicht nachsteht, auch wenn sie als unmittelbare Nachbarn – nach einem den Sprachgeschichtlern bekannten Mechanismus – in der Schweizer Mundart den abwertenden Übernamen für die Deutschen – „d'Schwobe“ – abgaben. Zu einer Nationalsprache aber eignen sich die Schweizer Mundarten nicht; dazu fehlt ihnen das Pathos der Schriftsprache, die Weihe der „hohen“ Literatur. Als „eidgenössisch“ können die Mundarten in der Einheit ihrer Vielfalt wohl empfunden werden.

Historische Gewöhnung

Die Geschichte der Deutschschweiz muss hier nicht nacherzählt werden, sie ist die Schweizer Geschichte, wie sie uns geläufig ist und wie es sie für die Suisse romande im Mittelalter noch gar nicht geben konnte. Es ging hier also um die bekannte Geschichte der alten Eidgenossen, die sich gerne unter sich stritten, wenn sie sich nicht mit den legendä-

ren Hellebarden gegen fremde Herren wehrten oder auf Eroberungen aus waren, sich aber gewöhnlich noch zeitig Zurückhaltung bei den Zwisten untereinander auferlegten, weil sie nur gemeinsam auf ihren Feldzügen erfolgreich waren. Als es an dieser Disziplin mangelte, war die Niederlage von Marignano die Folge. Diese Niederlage wurde zum Symbol halb für das Scheitern der Expansionspolitik, halb für die Uneinigkeit und leitete eine Wende ein. Die Schweizer fingen zögernd an, zuhause zu bleiben, und mussten langsam lernen, auch ohne äussere Herausforderung oder Bedrohung miteinander auszukommen. Das heisst, es waren nun die inneren konfessionellen Zwiste, die zu einer harten Schule des Zusammenlebens wurden.

Die Eidgenossen konnten dabei immerhin auf einem Erfahrungsschatz aufbauen. Ihr Erfolgsrezept bestand ja gerade darin, dass sie fast von Anfang an eine Symbiose von Ständen unterschiedlicher Grösse, Stellung und Urbanität in mehr oder weniger lockeren Bündnissen bildeten, die den einen wie den andern ihre Eigenständigkeit – nach damaligen Begriffen – liessen. Wir wollen hier der Eigentümlichkeit Beachtung schenken, dass just Teile der heutigen Schweiz, denen damals als sogenannten Untertanengebieten oder Vogteien nicht die gleichen Rechte eingeräumt waren, als gemeinsame „Verwaltungsaufgabe“ den alten Eidgenossen Gelegenheit boten, ihre Zusammengehörigkeit einzuüben.

Als die Helvetik die alte Eidgenossenschaft neu ordnete, wurden die gemeinen Herrschaften zu gleichberechtigten Kantonen. In der Deutschschweiz entstanden die Kantone Aargau und Thurgau. Sie waren noch ohne gefestigte Identität und mit dem Aufbau ihrer staatlichen Strukturen beschäftigt. Sie mussten sich in die nationalen Netze einordnen und hatten als neue unter alten Ständen ein eigenes Verhältnis zum Bund und zum Föderalismus. So vermochten sie wohl in mancher Hinsicht gerade wegen ihres Rückstandes als Sauerteig im alten Gefüge zu wirken. So schlug zum zweiten Mal altes Unrecht zum Vorteil aus. Es charakterisiert die Deutschschweiz, dass es in ihr lange – bis zu den

Neugründungen – nicht mehr Universitäten (Bern, Basel, Zürich, St. Gallen) gab als im Welschland (Genf, Lausanne, Freiburg und Neuenburg). Auf diese Weise strahlten in der Deutschschweiz Zentren mit einem markanten Infrastrukturvorsprung in mehr oder weniger weite Gebiete aus, ohne dass die infrastrukturell schwächeren Kantone deswegen an Identität und Eigenständigkeit entscheidend einbüßten. Man konnte von einem Gleichgewicht reden. Wenn man es heute bedroht sieht, muss man bedenken, dass es sich dabei um ein Gleichgewicht besonderer Art handelte.

Bedrohtes Gleichgewicht?

Es drängt sich heute die ernste Frage auf, ob Zürich mit seiner Agglomeration das bisherige Gleichgewicht und die Harmonie der Vielfalt bedroht. Vor einigen Jahren vertrat Zürich die These, dass die Spitzenmedizin in der Schweiz auf zwei Pole – auf Zürich und auf den Arc lémanique (Genf-Lausanne) – konzentriert werden müsse. Bipolarität „verengt“ die komplexe Dynamik, die bisher die schweizerische Vielfalt trug. Zum Übergewicht Zürichs in der Deutschschweiz ist ein Pendant im Welschland entstanden, die „Métropole lémanique“. Zur Störung des Gleichgewichtes im einen Landesteil gesellt sich die Störung des Gleichgewichtes im andern. Die Bipolaritätsthese postuliert eine Symmetrie, der keine Symmetrie der politischen Realität entspricht. Die bipolare Konstruktion der ETH, wichtigstes Zeugnis der zentralen Bildungspolitik des Bundes, als Vorbild verführt zu einem Missverständnis. In einem komplexen Land mit ungleichen Landesteilen bedarf Gleichgewicht einer komplexeren Dynamik. Es ist fraglich, ob ein solches – komplexes – Gleichgewicht überhaupt möglich ist, wenn es im einen Landesteil gestört ist. Welchen Weg geht die Deutschschweiz?

Die Schweiz hat allen Grund, über die Führungsrolle oder den Führungsanspruch Zürichs nachzudenken. Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt, dass Zürich durch die Schweizer Geschichte meist eine

führende Rolle spielte als einer der Vororte der Eidgenossenschaft oder als der Vorort schlechthin. Hingegen legte Hans Conrad Peyer in seiner Zürcher Wirtschaftsgeschichte⁷⁵ („Von Handel und Bank im alten Zürich“) dar, dass „sich Zürich erst auffallend spät aus den beinahe ärmlichen Verhältnissen des Spätmittelalters zu einem Wirtschaftsplatz von einiger Bedeutung entwickelt“ habe. Genf, Basel, St. Gallen – Handelsstädte an der Peripherie der Eidgenossenschaft – waren der Limmattstadt voraus. Noch 1850 waren Genf, Bern und Basel deutlich grösser als Zürich. Peyer schliesst mit folgender Feststellung: „Die eigentliche Wende zum Aufstieg zur Wirtschaftsmetropole aber haben erst der Bundesstaat von 1848, die Eisenbahnen und die Im Zusammenhang mit ihnen entstehenden Aktienbanken, die Versicherungen, die Maschinenindustrie und schliesslich der 1870er Krieg und der Erste Weltkrieg gebracht, die Genf und Basel von einem Grossteil ihrer alten Tätigkeitsgebiete abschnitten.“ Kein anderer Kanton war in der modernen Schweiz, in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten so günstig situiert wie Zürich. Nun hat sich Europa wieder verändert. Für Genf und Basel haben sich die Grenzen wieder geöffnet.

So ist denn die Frage, ob die ausgreifende Zürcher Pendler-Agglomeration das Deutschschweizer Kräftefeld grundlegend und dauernd verändert, nicht einfach zu beantworten. Fürs erste hat die Zürcher S-Bahn fast schockartig ein neues Regionsbewusstsein geschaffen, das auch in der übrigen Schweiz wahrgenommen wird. Aber es ist keineswegs sicher, dass das Zentrum die Nebenzentren aushöhlt. Vielleicht könnten schon heute Anzeichen ausgemacht werden, dass die anfängliche Faszination des neuen „Zusammenhangsgefühls“ einer wachsenden Skepsis weicht und sich die bisherigen Strukturen keineswegs einfach auflösen. Die Nachbargemeinden der Stadt Zürich sind nicht einfach in der Agglomeration untergegangen, wie manche Theoretiker meinen, die die falschen Indikatoren zusammenrechnen. Warum sollten sich nicht auch die Nachbarkantone und ihre Hauptstädte behaupten? Im schweizerischen Zusammenhang ist zu bedenken, dass das Zürcher Regionalver-

kehrnetz mit einem deutlichen zeitlichen Vorsprung realisiert wurde. Gegenwärtig bauen Genf, Lausanne, Bern und Basel entsprechende Infrastrukturen auf, die die Kräftefelder erneut verändern.

II. Regionenfrühling

Der 1848 geschaffene Bundesstaat nahm sich im wesentlichen der über die Kantonsgrenzen hinweg greifenden Aufgaben an. Das Trauma des Sonderbundkrieges machte misstrauisch gegenüber der Kooperation zwischen Kantonen. In neuerer Zeit ist das Bedürfnis nach Kontakten zwischen den Kantonen und nach regionaler Zusammenarbeit wieder erwacht. Mit wachsender Lust schliessen die Kantone allerlei Vereinbarungen ab. Man fühlt sich geradezu an die mittelalterliche Bündnispolitik in der Anfangszeit der Eidgenossenschaft erinnert. Zu einem bevorzugten Mittel des Informationsaustausches und der gegenseitigen Abstimmung wurden die Regierungs- und Direktorenkonferenzen, in denen sich die Spitzen der Kantone begegnen. Die ersten entstanden um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert herum. In den letzten Jahrzehnten begann man häufiger von interkantonaler oder regionaler Zusammenarbeit zu reden. Der Bund fing an, benachteiligte Regionen zu definieren, die der Förderung bedürfen (Investitionshilfe für die Bergregionen). Für die Kooperation über die Landesgrenzen hinweg entstanden „Arbeitsgemeinschaften“ und „Regionen“ (Modell: Regio Basiliensis). Man spekuliert über die Neueinteilung der Schweiz in Grossregionen, deren institutionelle Form gewöhnlich relativ offen gelassen wird. Um die Schweiz herum brach ein regelrechter europäischer Regionenfrühling aus. Auch in der EU gibt es geförderte Regionen. In Frankreich und in Italien wurden Regionen als neue Ebene im Staatsaufbau geschaffen. Kurz: Die „Region“ ist zu einem Allerweltsbegriff geworden, so dass meist nicht so ganz klar ist, wovon konkret die Rede ist. Das ist das Thema dieses zweiten Abschnittes. Aus dem visionären Spiel kann unversehens Ernst werden.

Exkurs: Wiedererwachen der europäischen Regionen

Der Nationalismus – von dem man sich die Nation nicht vergällen lassen darf – wollte kompakte, hierarchisch organisierte Nationen. Randregionen mit ihrem Sprachen- und Kulturengemisch waren ihm ein Gräuel. Dieser Albtraum ging mit dem Zweiten Weltkrieg zu Ende. Was Nation nun bedeuten soll, muss neu herausgefunden werden. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts konnten die europäischen Regionen aufatmen. Es kam zu einem richtigen Regionenfrühling.

1970 führte Italien gegen langen Widerstand die in der republikanischen Verfassung von 1948 vorgesehenen Regionen ein. Ein Dutzend Jahre danach startete Frankreich die „Décentralisation“, der beinahe die Präfekten zum Opfer gefallen wären. Auch wenn das ewige Rom und das selbstbewusste Paris ihre Prärogativen effizient verteidigen, haben die neuen Gebietsstrukturen eine Dynamik entwickelt, die man sich nicht mehr leicht wegdenken kann. Es kam zu spektakulären Neuerungen vom Aufstieg Kataloniens bis zum wiedereingeführten Parlament in Schottland. In der föderalistisch aufgebauten Bundesrepublik weckte der Transfer von Kompetenzen nach Brüssel die Bundesländer auf, ihre Zuständigkeiten rechtzeitig und aktiv zu verteidigen.

Parallel zur Dezentralisierung in den Nationen weckte der europäische Einigungsprozess Interesse für die kleineren Gebietskörperschaften, in denen man die im grossen Europa verloren gehende Bürgernähe ausgleichen zu können hofft, womöglich an den Nationalstaaten vorbei. Die Europäische Gemeinschaft und dann die Europäische Union begann eine immer vielfältigere und breitere Regionalpolitik zu entwickeln. Zunächst ging es darum, wirtschaftliche Disparitäten auszugleichen und die Kohäsion zu stärken. Das eigentliche Startzeichen setzte 1975 der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Zur Förderung rückständiger Regionen gesellte sich die Unterstützung der Grenzregi-

onen („Interreg“). Grenzprovinzen und -regionen schlossen sich zu „grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften“ und „Regionen“ zusammen.

Rund um die Schweiz sind damit in den Nachbarstaaten dezentrale Strukturen entstanden, die nicht eigentlich als föderal zu bezeichnen sind, aber doch als Kräfte wirken, die den – nationalen – Zentralismus relativieren. Die Schweizer waren so sehr mit dem gefürchteten „Brüsseler Zentralismus“ beschäftigt, dass sie der Dezentralisierung in Europa, die ihnen sympathischer sein muss, relativ wenig Beachtung schenken. Am ehesten wurde diese Entwicklung in den Grenzkantonen zur Kenntnis genommen. Zum einen wurden mit den sich öffnenden Landesgrenzen die Nachbarschaftskontakte wieder wichtiger. Zum andern sahen sie sich neuen Ansprechpartnern gegenüber. Sie standen vor dem Dilemma, ob sie sich an die staatsrechtlich einigermassen kongruenten Regionen oder Bundesländer wenden sollten, deren Einwohnerzahlen (abgesehen von der Franche-Comté mit 1,1 Millionen) zwischen 4,3 Millionen (Piemont) und 12,5 Millionen (Bayern) liegen, oder an die Landkreise, Provinzen und Départements, deren Grösse den Kantonen eher entsprechen.

Herausforderungen entlang der Landesgrenze

Zu den frühen grenzüberschreitenden Aufgaben, an denen die Kantone ein sehr direktes Interesse hatten, gehörten die Regulierung und Reinhaltung von Wasserläufen und Abmachungen über die Grenzgänger und ihre Besteuerung. Als eine der ersten grenzüberschreitenden Vereinigungen mit regionalen Anliegen wurde 1963 die Regio Basiliensis gegründet. Die Bodenseekonferenz kam 1972. 1973 wurde das Comité régional franco-genevois (CRFG) geschaffen. 1987 nahm der Conseil du Léman der Kantone und Départements um den Genfersee die Arbeit auf. Um den Gewässerschutz sorgt sich die CIPEL (internationale

Kommission zum Schutze der Gewässer des Genfersees) seit 1962. 1985 gründeten die Kantone und Départements des Juraborgens die Communauté de Travail du Jura (CTJ), die 2001 zur Conférence Transjurassienne wurde, in der nun auch die Eidgenossenschaft und der französische Staat vertreten sind. 1995 entstand die Regio Insubrica (Tessin und benachbarte Provinzen).

Die Verhältnisse und Aufgaben sind entlang der Landesgrenze verschieden, so dass auch die Entwicklung der Zusammenarbeit verschieden verlief und verläuft. Basel war dank dem Rhein und weil hier drei Länder zusammentreffen schon lange ein regionales Zentrum, das über die Landesgrenzen ausstrahlte. Genf blickt lieber in die Weite und geriet nach der Reformation mit dem katholischen Umland in ein zwispältiges Verhältnis. Während Basel und Genf Schwerpunkte ihrer Region sind, liegt das Tessin im Ausstrahlungsbereich Mailands und in der Nachbarschaft der Städte Como und Varese. In den Alpen, im Jura und um die grossen Seen sind die Interessen weiträumig (Alpen-Arbeitsgemeinschaften, Conseil du Léman) oder punktuell (zum Beispiel Regio Sempione, Espace Mont Blanc).

Was tun diese Regionen, Konferenzen, Arbeitsgemeinschaften? Es ist gar nicht einfach, das zu sagen. Im allgemeinen sind sie ausgiebig mit sich selbst beschäftigt, das heisst mit ihren Statuten und Organigrammen. Die Vorstände werden neu zusammengesetzt, die Beziehungen zu den Nationalstaaten neu geregelt. Es werden neue Mitglieder aufgenommen, neue Kommissionen und Arbeitsgruppen eingesetzt, neue Namen oder Logos geschaffen, Vereinbarungen mit verwandten Organisationen unterzeichnet. Diese Geschäftigkeit ist gewiss nicht geeignet, das im allgemeinen sehr bescheidene Interesse einer weiteren Öffentlichkeit an den grenzüberschreitenden Kontakten zu erhöhen. Diese statutarischen und organisatorischen Traktanden sind aber nicht einfach – oder nicht immer – ein Leerlauf.

Es ist nicht einfach, verschiedene politische Realitäten aufeinander abzustimmen. Während die Schweizer Kantone durch ihre Regierungen vertreten werden, agieren in den französischen Regionen und Départements nebeneinander der Conseil Régionale oder Générale (regionale Ebene) und der Präfekt (Staat). Im in den siebziger Jahren geschaffenen Comité régional franco-genevois vertritt der Präfekt die Region Rhône-Alpes; erst 2004 schaltete sich der Conseil régional Rhône-Alpes ein. Der Conseil du Léman (Kantone und Départements um den Genfersee) hingegen ist eine Angelegenheit der Conseils généraux. Mit der Conférence TransJurassienne befassen sich auf der schweizerischen Seite ein Büro in La Chaux-de-Fonds, auf der französischen zwei in Besançon.

Die Regio Insubrica nahm, kaum in die Welt gesetzt, zwei weitere Mitglieder auf, nämlich die Provinzen Lecco und Novara, die sich just in der Gründungsphase der grenzüberschreitenden Region von Como beziehungsweise Verbania-Cusio-Ossola (VCO) trennten. Es ist bemerkenswert, dass in einer Zeit, in der sonst vor allem von Fusionen die Rede ist, in Italien kleinere Provinzen entstanden. Im Falle VCO/Novara hat sich ein ausgeprägt alpines Gebiet vom Gebiet in der Poebene (und einem wichtigen Verkehrsknoten) getrennt. Dieses Beispiel zeigt, was auch für das Verständnis des Tessins von Interesse ist: der – im Vergleich zur Alpennordseite – abrupte Übergang vom Berggebiet im Süden. Wie die Provinz VCO ist das Tessin, das keinen Anteil an der Poebene hat, auch nicht einfach eine Ecke der Lombardei. Das Besondere des Tessins ist, dass sich hinter der Kette der Städte am Alpensüdfuss – Como, Lecco, Bergamo, Brescia, Verona – im zwanzigsten Jahrhundert in der alpinen Zone ein echtes Stadtgebilde entwickelt hat.

Brisantes in der Stille des Juras

Die grenzüberschreitenden Regionen verfügen nicht über viele Kompetenzen. Ihre Hauptaufgabe ist letztlich doch, dass sie Kontakte knüpfen, den Gedankenaustausch pflegen, Informationen aufarbeiten, Projekte diskutieren und Stellung nehmen. Sie organisieren Tagungen und publizieren Berichte, spüren Schwächen der Verkehrsnetze auf und koordinieren touristische Aktionen. Im allgemeinen haben diese Regionen Mühe, in einer weiteren Öffentlichkeit Echo zu finden. Die Bevölkerung zeigt oft wenig Lust, sich in ferner Vergangenheit begründete grenzüberschreitende Identitäten aufschwätzen zu lassen, die ihr halb selbstverständlich, halb gesucht und uninteressant erscheinen. Der Arc jurassien kämpft mit diesem Problem. Zum einen ist das Bedürfnis nach neuen Kontakten über die Grenzen hinweg gering, weil die Jurafussstädte auf der einen Seite, Besançon auf der andern attraktiv genug sind. Zum andern entwickeln sich – wie es in den Alpen der Fall ist – auch im Jura die Beziehungen vor allem längs der durchquerenden Verkehrsachsen. Drittens ist der Grenzstreifen zwischen Frankreich und der Schweiz auf langen Abschnitten dünn besiedelt. Viertens sind die Bewohner der einsamen Jurahöhen im Laufe der Geschichte zu Individualisten wenn nicht Anarchisten geworden. Dabei fügen sich die gemeinsame Landschaft, die periphere Lage, wenige städtische Zentren (Pontarlier, Morteau-Le Locle-La Chaux-de-Fonds, Pruntrut), die Uhrenindustrie und Mikrotechnik sowie die verwandte Landwirtschaft sehr wohl zu einem einheitlichen Kulturraum.

Die regionale Arbeitsgemeinschaft fühlt sich immer wieder verunsichert. 2001 taufte sich die Communauté du travail du Jura (CTJ) in Conférence TransJurassienne (CTJ) um. Sieben Jahre später beschliesst die schweizerische „Basis“ dieser Kooperation, sich von Conférence TransJurassienne-Suisse in arcjurassien.ch umzubenennen und zugleich neben der Zusammenarbeit mit den französischen Partnern die Förderung des schweizerischen Juras zu verstärken. Tapfer erwähnte der

Präsident von „arcjurassien.ch“ die Handicaps einer Zusammenarbeit, an der sich auf Schweizer Seite so verschiedene Temperamente wie die der beiden Kantone Neuenburg und Jura und der Zipfel zweier Grosskantone, Bern und Waadt beteiligen, um dann wieder einmal zu einem „jetzt erst recht“ aufzurufen. Eines der brisanten Probleme im Kontakt mit der französischen Nachbarschaft stellt immer noch die Attraktivität schweizerischer Betriebe für Grenzgänger dar, die in der Franche-Comté ihre Ausbildung erhalten haben.

Mit ähnlichen Problemen muss auch die Genfer Agglomeration fertig werden, wo die angrenzenden Departements laufend Ersatz für Personal suchen müssen, das in höhere Löhne bezahlende Spitäler des Zentrums abwandert. Dafür drängt die überfüllte Stadt Wohnungssuchende ins Umland ab, wo sie die Mieten und Liegenschaftpreise in einer immer weiteren Region in die Höhe treiben. Während arcjurassien.ch eine fragile Unternehmung ist, sind die Probleme um Genf herum von einer Grössenordnung, die zu Konzepten herausfordern, mit denen das CRFG eindrücklich auftreten kann. Mit der Bahnverbindung Genf-Annemasse – die vor hundert Jahren vertagt wurde! – befindet sich ein Prestigeprojekt im Werden, das der grenzüberschreitenden Politik, die vor einigen Jahren ein ambitioniertes „Projet d'agglomération franco-valdo-genevois“, lanciert hat, Sichtbarkeit verleiht, jene „cohérence et visibilité“, um die sich der Arc jurassien suisse mit einem neuen Namen und einem neuen Logo bemühen muss. Immerhin laboriert auch die Conférence TransJurassienne an einem Projekt herum, das der Agglomeration La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Morteau Entwicklungsimpulse verleihen soll.

Kooperation auf unsicherem Terrain

Regionale Kooperation wird oft belächelt. Oft werden Wunder von ihr erwartet. Es gab Zeiten, da träumten Regionalismusenthusiasten von grenzüberschreitenden Zusammenschlüssen mit eigenen Parlamenten und weitreichenden Kompetenzen. Entstanden sind verschiedenerlei Strukturen mit beschränkten Zuständigkeiten. Das gilt für die Organisationen wie den Conseil du Léman ebenso wie für die Regierungskonferenzen der Kantone. In den letzten Jahrzehnten sind auf internationaler und nationaler Ebene mancherlei Vereinbarungen unterzeichnet und gesetzliche Bestimmungen mit der Tendenz formuliert worden, staatlichen Teilgemeinschaften und regionalen Organisationen mehr Handlungsspielraum und klarere Rahmenbedingungen zu verschaffen. In der Schweiz bedeuten neue Verfassungsartikel unter den Titeln „Neuer Finanzausgleich“ und „Bildungsraum Schweiz“ Schritte auf dem Weg der Weiterentwicklung des Föderalismus. Man spricht von „Stärkung der Kantone“, eine Zielrichtung, welcher der Schreibende nur herzlich applaudieren kann.

Aber das Herz bleibt unruhig, weil der Föderalismus eine heikle Gratwanderung ist. Gleiche Massnahmen schlagen leicht ebenso in der einen als in der andern Richtung aus. Die Rechtsgelehrten führen lange Diskussionen über das Ausmass der Demokratie-, Legitimitäts- und Kontrolldefizite. Der juristische Laie ist etwas unsicher, wenn er liest, es handle sich bei der Erziehungsdirektorenkonferenz ganz offensichtlich „um eine in sich ruhende, bedeutende kantonale Direktorenkonferenz, eine zur Selbstverständlichkeit gewordene öffentlich-rechtliche Körperschaft sui generis, welche auf Gewohnheitsrecht beruht“⁷⁶. Worin mag die rechtliche Tragweite des Begriffes „in sich ruhend“ bestehen? Eine „in sich ruhende Direktorenkonferenz“ mag einem ziemlich beunruhigend vorkommen, wenn es sich um eine so ruhelos expandierende wie die Erziehungsdirektorenkonferenz handelt.

Ausserhalb der Juristerei gehen die Ungewissheiten erst recht ins Bodenlose, vor allem just in mehr nebenbei fallen gelassenen Bemerkungen. Es steht zum Beispiel geschrieben, dass die angenommene NFA-Vorlage den „tiefgreifenden verfassungsrechtlichen, aber wohl auch im öffentlichen Bewusstsein tatsächlich vollzogenen Wandel zusätzlich bestätigt“⁷⁷ habe, gemeint ist der Wandel zum kooperativen Föderalismus, zum partnerschaftlichen Zusammenwirken von Bund und Kantonen und mehr Zusammenarbeit unter den Kantonen. Soll das leichte Unsicherheit verratenden „wohl“ Zweifel wecken? Oder ist es erst ein paar Seiten später die Feststellung zur Konferenz der Kantonsregierungen (KdK): „Die Tätigkeit der KdK ist heute weder Parlamenten noch Öffentlichkeit genügend bekannt, also zu wenig transparent, noch ist sie hinreichend politisch kontrolliert.“ Diese „wichtigste interkantonale Regierungskonferenz“ besteht immerhin bereits seit über einem Jahrzehnt. Mit welcher Hingabe müssen sich da die Parlamente – geschweige die Öffentlichkeit – mit der Erneuerung des Föderalismus befassen haben! Man muss annehmen, dass der Wandel ins öffentliche Bewusstsein“ rückt, wenn er vollzogen ist. Man wird sehen, was herauskommt, wenn die Regierungskonferenzen noch ein gehöriges Mass aktiver werden und von der Möglichkeit, dass interkantonale Vereinbarungen allgemeinverbindlich erklärt werden können, ausgiebig Gebrauch gemacht wird.

Solange sich die regionale Zusammenarbeit einigermaßen darauf beschränkte, Kontakte herzustellen und Projekte zur Diskussion zu stellen, konnte sie wohl im Nebel stattfinden und war doch schon nützlicher, als vielleicht im allgemeinen angenommen. In einer Zeit, in der sich die Grenzen langsam öffneten und konfessionelle Gegensätze glätteten, begann man überhaupt erst sich bewusst zu werden, wie sich alte Kontakte abgeschwächt hatten oder überhaupt nicht mehr bestanden. Sie wieder herzustellen und erste über die Grenzen reichende zusammenhängende Basisinformationen zu erarbeiten, war mitunter mühsam, aber nicht spektakulär, und doch wichtig. In den ersten Jahren der

Communauté de travail du Jura weckten Studien und Untersuchungen über den weiten, zwischen den wichtigen Grenzübertritten Basel und Genf von den Verkehrsflüssen abgelegenen Jurabogen das Bewusstsein für einen Problemkreis, der eben auch das Mittelland betraf. In diese Jahre fielen dann die Versuche, mit der Kooperation von Hochschulen über die Landesgrenze hinweg (Vereinbarung Dijon, Besançon, Neuenburg, Freiburg, Lausanne) und im Dreieck Bern-Fribourg-Neuchâtel („Benefri“) und schliesslich mit dem „Espace Mittelland“ Dynamik in diese abgeschirmte Gegend zu bringen.

Regionenpuzzle

Neben den zwar oft fragil, aber doch real existierenden Regionen gibt es noch die virtuellen. In letzter Zeit häuften sich die Vorschläge, Regionen zu schaffen, um die Kantone zu ersetzen, die manche für die heutigen Verhältnisse als zu klein, zu wenig leistungsfähig und zu teuer erachten. Man hofft, auf diese Weise die politischen Strukturen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen anzupassen und Verwaltungs- und Behördenkosten einzusparen. Avenir suisse (Think tank der Schweizer Wirtschaft) und der Verein Metropole Schweiz vertreten solche Konzepte. Politiker, Ökonomen, Planer teilen die Schweiz in verschiedensten Varianten neu ein.

Zwischen den realen und den virtuellen Regionen wären wohl die statistischen anzusiedeln. Das Bundesamt für Statistik war herausgefordert, Grossregionen zu definieren, um mit der europäischen Statistik kompatibel zu bleiben. Es glaubte, diese Aufgabe relativ unbeschwert anpacken zu können, weil es sich im Grunde um eine „fachtechnische“ Angelegenheit ohne direkte staatspolitische Implikationen handle. Die Sache lief dann nicht ganz so einfach ab. Man konnte auch statistische „Analyseregionen,“ nicht diskutieren, ohne ihre präjudizierende Wirkung zu bedenken. Die Kantone mussten involviert werden. Das Unter-

fangen erhielt doch eine politische Dimension. Der schliesslich erstattete Bericht⁷⁸ zeichnet die Geschichte der Suche nach einem Konzept für die sogenannten NUTS-Grossregionen von den ersten Varianten (1989) bis zur schliesslich beschlossenen Lösung mit sieben Grossregionen (1997) nach.

In eine erste Vernehmlassung gingen zwei Varianten. Die eine machte den – einmalig gebliebenen – Vorschlag einer Grossregion „Südschweiz“, die die Kantone Wallis, Tessin und Graubünden – also einen Grossteil der Alpen – zusammenfassen sollte. Die zweite Variante – zweifellos war nur diese ernst gemeint – verteilte die „Südschweiz“ beziehungsweise die Alpen. Sie schlug das Wallis zur „Suisse occidentale“ („Suisse romande“) und Graubünden zur Nordostschweiz. Das Tessin sollte, wie in praktisch allen Neueinteilungen der Schweiz, allein bleiben. Die Ablehnung des EWR hatte eine Denkpause zur Folge. Als das Statistische Amt das Geschäft wieder aufnahm, war 1994 der „Espace Mittelland“ (Bern, Freiburg, Solothurn, Neuenburg, Jura) entstanden und verlangte, als Grossregion anerkannt zu sein. Also zwackte man der Suisse romande die Kantone Freiburg, Neuenburg und Jura ab und vereinte sie mit Bern und Solothurn. Es blieb im Westen die Région lémanique mit dem anstossenden Wallis. Da der Nordwestschweiz nun Bern fehlte, wurde sie zur Nordschweiz, zu deren Verstärkung man Zürich aus der Ostschweiz zu transferieren vorschlug. Aber keine Grossregion wollte Zürich oder Zürich wollte keine Liaison mit einem andern Kanton. Jedenfalls bilden in der definitiven Einteilung der statistischen Regionen Zürich und das Tessin als einzige Kantone je für sich eine statistische Analyseregion.

Das Tessiner Ufficio (heute Istituto) Ricerche Economiche hat 1995 eine Skizze der „Macro-regioni emergenti in Svizzera“⁷⁹ vorgelegt, die mir wegen ihres „Konzeptcharakters“ und ihrer Unschärfe im Gedächtnis geblieben ist. Sie deutete mit über die Schweizer Karte gelegten Ellipsen die Zielrichtung einer Vision an. Diese Ellipsen reichten nach al-

len Seiten über die Landesgrenzen hinaus, liessen dafür im Landesinnern Zwischenräume offen. „Disponibel“ blieben weite Bereiche der Alpen. Die Ellipsen um Basel, Genf und das Tessin waren gegen die Nachbarländer hin offen; die Tessiner Ellipse war mit „Ticino-Lombardia (Regione Insubrica)“ bezeichnet. Die Ellipsen „Genfersee“ und „Rhein-Bodensee“ umfassten je auch ein Stück des Wallis beziehungsweise Graubündens. Der Jura war zum „Mittelland“ geschlagen. Innerhalb der grosszügig gezogenen Ellipse „Zürich“ lag auch der Untersee und fast der ganze Vierwaldstättersee. Man konnte sich wundern, dass trotzdem noch eine Ellipse „Zentralschweiz“ eingezwängt war.

Die kleine Innerschweizer Ellipse und südlich die grosse insubrische konnten an mittelalterliche Verhältnisse erinnern. Damals bildete eine kurze Zeitlang Luzern zusammen mit den Urkantonen die alte Eidgenossenschaft, die an die bis in die Leventina reichenden Herrschaftsgebiete von Como und Mailand grenzte. Zeichen unserer kurzlebigen Zeit hingegen ist, dass der im IRE-Kärtchen eingetragene und nun als Analyseregion statistisch relevant gewordene „Espace Mittelland“ in Wirklichkeit bereits nicht mehr besteht; die Regierungskonferenz „Espace Mittelland“ wurde 2005 in einen Verein umgewandelt und neu definiert (Bern, Solothurn, Freiburg, Wallis). Und was ist mit der Zukunft? Der Verein „Alpen-Initiative“ bezeichnete sein vom Volk und den Ständen gutgeheissenes Volksbegehren für eine Beschränkung des alpendurchquerenden Autoverkehrs als das „erste Volksbegehren aus dem Alpenraum“. Sollte vom Gotthard aus nochmals eine Region entstehen, die auf dem IRE-Kärtchen nicht vorkam und als mögliche „NUTS-Grossregion“ nur im Jux zur Diskussion gestellt wurde? Inzwischen haben die Kantone Uri, Graubünden, Tessin und Wallis gemeinsam das „Projekt Raum- und Regionalentwicklung Gottardo“ gestartet – Geburt einer neuen Alpenvision?

Experiment Léman

Neben der Vielfalt mehr oder weniger realer, mehr oder weniger funktionierender Regionen gab es noch das Projekt, das zwar nie Wirklichkeit wurde, aber eines der am heftigsten diskutierten war und das einzige Projekt einer Fusion von Kantonen (ausgenommen Halbkantone) blieb, das den ganzen institutionellen Weg bis zu den Volksabstimmungen durchmachte: das Projekt einer Vereinigung der Kantone Genf und Waadt.

Im Frühling 1997 schlug mir Nationalrat Philippe Pidoux vor, einen Artikel für die NZZ zu schreiben, in dem er die Idee einer Fusion der Kantone Genf und Waadt lancieren wolle. Pidoux war als eigenwilliger Politiker bekannt, aber nicht einer, der seine Originalität mit ausgefallenen Ideen beweisen musste. Wenn er sich mit diesem gewagten Vorschlag exponierte, wusste man, dass er es ernst meinte. Ich bin kein Befürworter einer solchen Kantonsfusion, aber es gefiel mir der Gedanke, dass ein konkretes Projekt den Anstoss zu einer breiten Debatte über das Thema „Regionen“ und „Fusionen“ gebe. Ich war überzeugt, dass die Romands die Botschaft ernster nehmen, wenn sie sie auch in ihrer Sprache lesen können, und regte an, den Artikel gleichzeitig im „Journal de Genève“ zu publizieren. So erschien denn am 5. Juni Pidoux' Vorschlag in beiden Blättern und löste eine heftige Debatte aus, die den ganzen Sommer anhielt. Nach zwei Jahren wurden die Volksinitiativen eingereicht. Nochmals drei Jahre später wurde in den beiden Kantonen abgestimmt. Die Waadtländer lehnten mit 77, die Genfer mit 80 Prozent Nein-Stimmen ab.

Das Fusionsprojekt hatte eine Vorgeschichte. Philippe Pidoux war waadtländischer Gesundheitsdirektor von 1986 bis 1993. Er wollte das Spitalwesen reformieren. Die Finanzlage des Kantons drängte zu Einsparungen. Wie es auch andernorts geschah, versuchte er die Spitalversorgung zu straffen. Die Schliessung von Landspitälern stiess wie an-

derswo auf Widerstand. Und wie es andere Gesundheitsdirektoren erlebten, kostete die Spitalpolitik Pidoux die Wiederwahl. Einsparungen und Steigerung der Effizienz erhoffte sich Pidoux nicht nur von der Zusammenlegung der Regionalspitäler sondern auch von mehr Zusammenarbeit mit Genf. So wurde er zum Pionier der Kooperation am Genfersee. 1990 unterzeichneten die Kantone Genf und Waadt unter seiner Ägide eine Konvention, die engere Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vorsah. Drei Jahre später gründeten die beiden Universitätsspitäler eine Vereinigung (Association Vaud-Genève), der ein aus den beiden Budgets zu äufnender Fonds für gemeinsame Projekte zur Verfügung stehen sollte.

Einmal geweckt, überschlug sich die Kooperationsbegeisterung, jedenfalls in einem engeren Kreis von Politikern und Chefbeamten. 1995 beschlossen die beiden Kantonsregierungen, die Universitätsspitäler und die medizinischen Fakultäten zusammenzulegen. Man dachte an eine Medical School nach amerikanischem Vorbild, ohne den Begriff zu verwenden. Unversehens wurde der Umbau des Spitalwesens mit einem Umbau der Hochschulen kombiniert. Allerdings bremste die Professorenschaft, die um die alte generelle Universität fürchtete. Anfang 1996 fassten die beiden Regierungen ins Auge, auch die beiden Universitätsspitäler zu fusionieren. Ein Jahr darauf wurden den Parlamenten die Vorlagen für ein „Réseau hospitalo-universitaire de Suisse occidentale“ (Rhuso) unterbreitet. Im Juni 1998 lehnten die Stimmberechtigten des Kantons Genf, wo das Referendum ergriffen worden war, das Projekt mit 58156 Nein gegen 43025 Ja ab. Die interkantonale Spitalkoordination musste also auf der Ebene der Association Vaud-Genève weitergehen, aber der Schwung war vorerst weg.

Hingegen gingen die Bestrebungen weiter, eine zusammenhängende „Forschungslandschaft“ am Genfersee zu entwickeln. Die Hochschulpolitik war im Welschland seit einigen Jahren in Bewegung. 1994 unterzeichneten die Westschweizer Erziehungsdirektoren, die Rektoren der

Universitäten Genf, Lausanne, Freiburg, Neuenburg, Bern und der Präsident der ETH Lausanne eine Vereinbarung, die anstelle der bisherigen Conférence universitaire romande (CUR) die Conférence universitaire de Suisse occidentale (Cuso) als Instrument der Hochschulkoordination schuf. Der Schritt wurde an einer Pressekonferenz stolz als „Big bang“ der welschen Hochschulgeschichte bekannt gegeben. Dem Big bang war ein Jahr zuvor die Vereinbarung „Benefri“ vorangegangen, die seither das Angebot der Universitäten von Bern, Freiburg und Neuenburg koordiniert. Nach der Verwerfung der Rhuso-Vorlage legten die Rektoren der Genfer und der Lausanner Universität zusammen mit dem Präsidenten der ETH Lausanne ein neues Kooperationskonzept vor, das „Projet triangulaire“. Die Mathematik, Physik und Chemie der Lausanner Universität sollten an die ETH transferiert, an den Universitäten dafür – neben den Geisteswissenschaften – die Biowissenschaften ausgebaut werden. Den Biowissenschaften sollten überhaupt am Genfersee Priorität eingeräumt werden. Auch die ETH war mit den besonders gepflegten Bereichen der Biotechnologie und medizinischen Instrumententechnik vorbereitet. Schliesslich wurde der Transfer unter einem neuen Präsidenten mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung der ETH verbunden und folgte ein forscher Ausbau der Hochschule, der mit den Jahren spektakuläre Dimensionen angenommen hat.

Exkurs: Zufall, Logik, Strategie?

Drei „Kooperationsprozesse“ liefen in den neunziger Jahren am Genfersee ab. Das erste – dann abgebrochene – Projekt sollte die Universitätsspitäler der Waadt und Genfs vereinen. Die zweite Zusammenarbeit lief – und läuft – auf eine Hochschullandschaft im Arc lémanique hinaus. Die dritte Kooperation – von Anfang an über die Genferseeeregion hinausgreifend – vereinigte die Fachhochschulen der Westschweiz. Bemerkenswert ist, wie wenig sich eine weitere Öffentlichkeit in diese bedeutenden Entwicklungen einmischte. Oder anders herum gesagt:

wie wenig sie einbezogen wurde. Drei mal mussten auf Volksbegehren (ein waadtländisches, zwei Genfer) hin die Stimmbürger befragt werden. Die Genfer brachten das Rhuso-Konzept zu Fall. Sie machten hingegen den Weg frei für die Westschweizer Fachhochschule, indem sie eine Volksinitiative ablehnten, die an einer kantonalen Genfer Ingenieurschule festhalten wollte. Die Waadtländer stimmten der Verlegung der „Pharmacie“ von Lausanne nach Genf zu, der die Apotheker opponierten. Sie vermieden damit Komplikationen für die Hochschulkooperation, das *Projet triangulaire*.

Die beiden Genfer Abstimmungen hätten vielleicht nicht stattgefunden, wenn in dieser Zeit nicht eine rein bürgerliche Regierung bestanden hätte. Sie war das kurzlebige, nur eine Legislatur dauernde Experiment mit einem Modell Regierung-Opposition, das sich schlecht mit der direkten Demokratie verträgt. Die in die Opposition verwiesene Linke versäumte keine Gelegenheit, der Regierung ein Bein zu stellen. Das Personal, das von einer Fusion der Universitätsspitäler eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen befürchtete, und die Lehrerschaft der Ingenieurschule, die ähnliches von der neuen Fachhochschulorganisation erwartete, fanden leicht Rückhalt bei den frustrierten Genfer Sozialisten, die Konfliktstoff suchten. So kann man die These wagen, dass die Rhuso-Vorlage an einem Sonderproblem scheiterte. Sicher hatten aber auch bürgerliche Kreise gegen die Vorlage gestimmt, weil sie befürchteten, dass die Annäherung der medizinischen Fakultäten diese aus den Universitäten herauslöse. Es wäre auch die Frage zu stellen, warum der demokratische Prozess in den beiden Kantonen so verschieden verlief? Waren die Bürger überhaupt auf dem Laufenden? Tatsächlich war die Öffentlichkeit wenig informiert. Es wurde „Big bang“ gerufen und damit hatte es sich. Was an Expertisen über die Konsequenzen einer Spitalfusion bis in die Medien und ins Parlament gelangte, war skandalös dürftig.

Wie kommen überhaupt komplexe Strategien zustande? Die Lage des Hochschulcampus im Lausanner Vorort Ecublens, der die Universität und die ETH umfasst, ist wohl eine der schönsten, die man sich vorstellen kann. Was musste nicht alles richtig verlaufen, damit der Campus zustande kam. Es musste das Land in öffentlichen Besitz gelangen und in der richtigen Bauzone liegen. Die Finanzierung musste gelingen. Die Universität musste bereit sein, vor die Stadt zu ziehen. Die ETH musste geschaffen werden. Es mussten Bundesgelder für einen Bahnanschluss flüssig gemacht werden, usw. Man schreibt das Kunststück einem kleinen Kreis von Waadtländer Radikalen (Freisinnigen) zu, die ihren Kanton und den Grand Vieux Parti fest in den Händen hatten. Später bezahlte die Partei die Kabinettspolitik mit dem Sturz vom Podest. Wäre der Forschungsplatz Arc lémanique, wie er sich heute präsentiert, zustande gekommen ohne eine sorgfältig eingefädelt Konstellation von Romands in Schlüsselstellungen – von der Bundesrätin über den Staatssekretär bis zur Zusammensetzung des ETH-Rates?

In einer Demokratie muss man von Zeit zu Zeit über die meist letztlich unbeantwortbare Frage nachdenken, wie Ziele gesetzt wurden, ob überhaupt und wer und was eigentlich zu bestimmten Ergebnissen führte: Zufälle, Logik, Strategie? Die Berner gründeten 1537 in Lausanne eine Akademie. Irgendwann musste sie in eine richtige Universität übergeführt werden. Das geschah 1890; gleichzeitig wurde die Faculté technique in École d'ingénieurs de l'Université de Lausanne umbenannt, aus der später die École polytechnique de l'Université de Lausanne (EPUL) wurde. Diese wurde 1969 von der Universität getrennt und zu einer Eidgenössisch Technischen Hochschule (EPFL). Dann kamen Universität und EPFL in Ecublens zusammen. In weiser Voraussicht wurden die naturwissenschaftlich-mathematischen Universitätsfakultäten schön neben der EPFL platziert. Warum überhaupt hatten solange die Deutschschweizer – hatte Zürich – eine ETH und hatten die Welschen keine? Und die italienische Schweiz wurde mit einem Tagungszentrum der ETH auf dem Monte Verità und einem Re-

chenzentrum abgespeist, das alle paar Jahre eine Führungskrise durchmacht. Alfred Escher, die treibende Kraft bei der Gründung des Zürcher Polytechnikums, verschaffte seiner Vaterstadt die teuerste Standortförderung, die der Bund je einem Ort zukommen liess. Irgendwann gebot es die eidgenössische Gerechtigkeit, dass auch die „halbe“, einseitig auf die Ingenieurwissenschaften ausgerichtete Lausanner ETH zu einer ganzen wurde.

Kooperationskultur in der Romandie

Die Projekte für die Zusammenlegung der Universitätsspitäler und für eine regionalisierte Fachhochschule sensibilisierten die Genfer und die Waadtländer für die Probleme, die sich aus der kantonalen Kooperation für die parlamentarischen Zuständigkeiten ergeben. Micheline Calmy-Rey, die spätere Bundesrätin, die damals die Genfer Sozialisten präsidierte und aus ihrem Tief herausholte, erkannte diese grundsätzliche Problematik. Sie warf in einem Presseaufruf den Kantonsparlamentariern vor, nichts gegen die Emanzipation staatlicher Aufgaben aus der parlamentarischen Kontrolle auf dem Weg der interkantonalen Kooperation zu unternehmen. Sie fand bei einigen Gehör. 1996 wurde das Forum interparlementaire romand (FIR) gegründet, dessen Präsidium der Waadtländer Radikale Pascal Broulis (der spätere Staatsrat) übernahm. Das FIR erreichte, dass die beiden Kantonsparlamente die Vorlage für die Fusion der Universitätsspitäler in einem koordinierten Verfahren behandelten. Dieses Prozedere wurde zum Modell für die sogenannte „Convention des Conventions“, die die welschen Kantone im Jahr 2002 beschlossen. Auf Grund dieser Abmachung werden interkantonale Projekte in den welschen Kantonen von einer gemeinsamen parlamentarischen Kommission (gewöhnlich sieben Parlamentarier pro Kanton) vorberaten und später überwacht. Die Parlamente müssen nicht mehr nur Ja oder Nein sagen, sondern können auch einzelne Artikel der Verträge verändern.

Diese Koordination der Kantonsparlamente wurde in der Diskussion über das waadtländisch-genferische Fusionsprojekt zu einer Art Gegenmodell. Es setzte der Fusion eine funktionierende Kooperation gegenüber. Das FIR-Modell gab den Gegnern der Fusionsinitiativen die Möglichkeit, ihre Position nicht „konservativ“ zu vertreten, sondern mit der noch „progressiveren“ Perspektive einer die ganze Romandie umfassenden Zusammenarbeit. In diesem Sinne wandte sich der Waadtländer Staatsrat unter anderem mit folgender Begründung gegen die Fusionsinitiative: «Eine Fusion von zwei oder mehreren Kantonen, die nicht die Gesamtheit der – auch zweisprachige Kantone einschliessenden – Westschweiz in Rechnung stellt, steht im Gegensatz zur Vision des Staatsrates, der eine starke Westschweiz anstrebt» (in einem Bericht über die kantonale «Aussenpolitik»).

Wir sehen die Waadtländer Regierung auf dem Weg, den Medien und Politiker seit der EWR-Ablehnung propagierten. Der Walliser Bundesrat Pascal Couchepin forderte in einem Essay mit dem provokativen Titel „La Suisse romande couche-t-il?“⁸⁰ eine institutionalisierte Koordination der welschen Kantone. Natürlich sei die Zeit einer kämpferisch gegen die Deutschschweizer Mehrheit gerichteten Romandie im Stile Roland Béguelins vorbei. Not tue aber eine enge, systematische, institutionalisierte Zusammenarbeit innerhalb der französischen Schweiz. Niemand wünsche sich eine verfassungsmässig anerkannte Suisse romande, die dann eine Art Wallonien wäre. Kein Ersatz für die Kantone sei anvisiert. Zur Kooperation bestehe das Instrument des Konkordates. Die Konkordate nannte man nun eher „occidentale“ anstatt „romande“, aus Rücksicht auf die zweisprachigen Kantone und um dem Vorwurf des „Sprachchauvinismus“ zuvorzukommen.

III. Blöcke oder Vielfalt

Urs Altermatt, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, hat 1996 am Dies academicus seiner Universität in einem Vortrag über „Sprachenblöcke oder Sprachenvielfalt“ unter anderem gesagt: „Noch weist die Schweiz im europäischen Vergleich eine hohe soziale Kohäsion auf. Die traditionellen Institutionen der Politik halten die Sprachgemeinschaften zusammen. Unter der Oberfläche der politischen Stabilität sind aber Tiefenströmungen vorhanden, die auf eine zunehmende Ethnisierung von Gesellschaft und Politik und damit auf die Bildung von Sprachenblöcken hindeuten.“ Nach Altermatt schwankten in der Vergangenheit die sprachpolitischen Spannungen in folgenden Perioden: 1830-1880 Vorherrschaft der Kulturkämpfe; 1880-1918 wachsende Animositäten und Sprachengraben; 1920-1945 Zwischenkriegszeit und der Zweite Weltkrieg im Zeichen des Helvetismus; 1945-1970 wohlwollende Gleichgültigkeit; nach 1970 Vormarsch des Sprachenregionalismus. Nach einer von der „Ideologie des Schweizertums“ beherrschten Periode (1935 bis 1970) begannen – als Reaktion – die Sprachgemeinschaften in den späten 1960er Jahren ihre kulturelle Identität neu zu entdecken.

Diese Perioden wären nun auf Parallelität und Wechselwirkungen mit anderen Perioden hin zu betrachten. Altermatt weist darauf hin, dass konfessionelle Spannungen und die „Ideologie des Schweizertums“ jeweils mit einer Beruhigung des sprachpolitischen Kräftefeldes einhergingen. Für die jüngste Zeit müssen meines Erachtens die höhere Priorität von Effizienz und Rationalisierung und die wachsende Hegemonie der Wirtschaft gegenüber der Politik bedacht werden. Entwicklungen auf einer Ebene induzieren Prozesse auf einer anderen. Der Bund hat die Kantone gezwungen, die Fachhochschulen zu regionalisieren. Das Ergebnis war voraussehbar, weil die Regionalisierung der Schweiz beinahe automatisch zur sprachlichen Separation führt: Mit der Haute école spécialisée de Suisse occidentale ist eine praktisch rein französische

sichsprachige Institution entstanden, wie es sie von solchem Gewicht bis dahin nicht gegeben hat. Die HES-SO wird zum selbstverständlichen Modell für die Hochschullandschaft, wenn es überhaupt eines braucht. Die welsche Schulkoordination hat diese Sprachregionalisierung vorbereitet, gelegentlich durchaus mit sprachchauvinistischer Schlagseite.

Es ist interessant zu sehen, wie sich unversehens im Welschland eine eigene „Kooperationskultur“ entwickelt hat. Die kantonalen Parlamente sind in der französischen Schweiz schon viel stärker in die interkantonale Zusammenarbeit einbezogen als in der Deutschschweiz. Vielleicht reagierten die „unverbesserlichen Kantonalisten“ besonders sensibel auf den schwindenden Einfluss der Kantone und vor allem der Parlamente in überkantonalen Institutionen. Nun funktionieren bereits die Instrumente, die den Parlamenten Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten bewahren. Interkantonale Parlamentarierkommissionen erfüllen bereits ihre Aufgabe. Sie arbeiten allerdings noch mit sehr einfacher Infrastruktur. Sie spüren die Schwerfälligkeit des Verfahrens, wenn ein Gremium von sieben siebenköpfigen kantonalen Parlamentariergruppen die Geschäfte der HES-SO überwachen muss. Es wird sich zeigen, wie weit und wie schnell sich diese Kommissionen mit mehr Logistik und mehr Kompetenzen ausstatten, ihre Eigendynamik entwickeln und schliesslich verselbständigen. Der nächste Schritt könnte ein regionales Parlament sein. Ist es Ethnisierung, die zu Blöcken führt, oder führt die Reorganisation des Staatswesens zu Blöcken, die Ethnisierung zur Folge haben werden? Kein Zweifel: Die Gliederung der Schweiz in Sprachregionen wird immer deutlicher.

Förderung der Vielfalt

26 Kantone sind eine Vielfalt. Drei Sprachblöcke sind drei Sprachblöcke. Drei Landesteile – da mag sich in gewissem Masse eine Dynamik einspielen, solange der kleinste eine Vermittlerrolle wahrnehmen kann. Gewöhnlich aber ist die italienische Schweiz auf die Zuschauerrolle verwiesen, ohne selbst beachtet zu werden. So bleiben zwei Landesteile, und das reicht für Konfrontation, nicht für Dynamik. Für diese braucht es die institutionelle Vielfalt der Kantone und Gemeinden. Wenn diese Vielfalt nicht mehr trägt, fehlt die Dynamik, die das Zusammenspiel der Sprachregionen ermöglicht. Spielt die Dynamik der Vielfalt noch? Von der Vielfalt handelt ein Artikel von Thomas Fleiner, der unter dem Titel „Konfliktvorbeugung durch Förderung der Vielfalt“ in der NZZ⁸¹ erschienen ist. Daraus seien im Folgenden einige Stellen zitiert. Es ist nicht beabsichtigt, weiter in die Theorie des Föderalismus vorzudringen. Die Gegenüberstellung zweier Aspekte des Föderalismus, mit der Fleiner seine Ausführungen einleitet, scheinen mir wesentlich:

„Lange Zeit wurde der Föderalismus zu einem Instrument reduziert, das staatliche Regierungsmacht beschränkt. ... Können Föderalismus und Dezentralisation dazu beitragen, multikulturelle Gesellschaften zusammenzuhalten?“

Von dieser Diagnose leitet der Autor zur Möglichkeit eines positiven Potentials des Föderalismus über. Es geht dabei um die politische Begründung lokaler Gemeinschaften – um Heimat – in einer globalisierten Welt.

„Investoren verlangen Globalisierung, und die Menschen fliehen in ihre vertraute Heimat. Das Bedürfnis nach Geborgenheit lässt sich aber nicht privatisieren wie der globale Markt. Es kann nur über den Weg politischer Entscheidungen eine realistische Antwort finden. Lokale Lösungen müssen ihre Wurzeln in der lokalen Gemeinschaft finden, denn nur dort, wo die Menschen ihre Wurzeln haben, kann man ihren emotionalen Ängsten Rechnung tragen.“

Geborgenheit wird hier an politische Entscheidung und in den noch folgenden Zeilen, dem Schlussabsatz des Artikels, an Autonomie gebunden.

„Vielfalt lässt sich fördern, indem man die verschiedenen Gemeinschaften mit Autonomie ausstattet, damit jede sich nach ihren Werten entwickeln kann. Man muss den verfassungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Grossteil der Bevölkerung den multikulturellen Staat auch als «ihren» Staat verstehen kann. Kulturelle Vielfalt muss man politisch ernst nehmen. Staaten dürfen sich nicht darauf beschränken, über Universalität weltoffen zu sein, indem sie Kultur ausgrenzen, sie müssen kulturelle Vielfalt als staatspolitischen Wert aufnehmen. Föderalismus lässt sich so als verfassungsrechtliches Modell verstehen, das Vielfalt als besonderen Wert fördert.“

Es ist wesentlich, dass Vielfalt politisch ernst genommen wird. Ist das nicht der Fall, verkommt sie zur blossen Folklore. Die Gefahr ist gross, dass das geschieht. Machtzentren stört es im allgemeinen wenig, wenn in der Provinz lokaler Wein getrunken, lokale Speisen genossen und lokale Feste, wenn sie nicht politisch sind, gefeiert werden. Bürger ist der Mensch aber erst, wenn er in die Entscheidungsabläufe integriert ist.

Potential der Kantone

Kantone halten Verschiedenes zusammen. Sie sind keine starre Einheiten, sondern vereinigen oft Gegensätze. Sie müssen oft kräftige innere Spannungen aushalten und um Ausgleich besorgt sein. Das ist offensichtlich bei den zweisprachigen Kantonen, ist aber auch augenfällig im Tessin (Sopraceneri/Sottoceneri) oder im Kanton Neuenburg, wo die Interessenlage im Haut, in der Bergzone, und im Bas, am See, ganz unterschiedlich ist. Das Verhältnis der beiden Kantonsteile wurde schwieriger, als sich das wirtschaftliche Verhältnis veränderte, ja geradezu ins

Gegenteil verkehrte. Die Uhrenindustrie hat La Chaux-de-Fonds und Le Locle Wohlstand gebracht. Dann kam die grosse Krise. Auch wenn sich die Lage gebessert hat, zieht es jene, die es sich leisten können, aus den Höhen mit ihren langen Wintern an den See, in die Stadt oder in die Nähe der sonnenbeschienenen Rebhänge. Den Städten im Berggebiet spürt man an, dass sie bessere Zeiten erlebt haben, zumal der kleineren, die bei aller Kleinheit mit dem imposanten Stadthaus so urban wirkt; eine melancholische Stimmung liegt über Le Locle. Auch im Waadtland haben sich die Gewichte verschoben. Was zählt die Landwirtschaft des Hinterlandes noch im Vergleich zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Hauptstadt und dem Seeufer entlang. Im allgemeinen werden die Kantone recht gut fertig mit solchen Spannungen und Brüchen. Sie haben Übung und auch die Kompetenzen, ausgleichend zu wirken. Eine gewachsene Identität verklammert und verpflichtet.

Die Stärke der Kantone liegt sodann in der Flexibilität, dank der sie sich auf das wechselhafte kleinräumige Spiel der Kontinuitäten und Bruchlinien, das so typisch ist für dieses Land, immer wieder neu einstellen können. So steht zum Beispiel dem „lemanischen Zusammenhang“ entgegen, dass das internationale Genf seine Agglomeration über die Landesgrenze hinweg wachsen lassen, Lausanne hingegen den Zusammenhang innerhalb eines weiten Kantons pflegen muss. Der Kanton Jura, der seine Autonomie im Zeichen der frankophonen Identität erungen hat, entdeckt seine Beziehungen über die Sprachgrenze – aber Richtung Basel – wieder, während der Nachbarkanton im Jurabogen, Neuenburg, sich eher im Dreieck mit Freiburg und Bern zurechtfinden sollte. Weil das so ist, gelangt das Regionenpuzzle, wenn es nach schwerfälligeren Superkantonen sucht, nicht zu überzeugenden Lösungen.

Die Kantone lernen, über die Grenzen hinaus zu blicken. Davon war im Abschnitt über die Regionen die Rede. Hier soll noch ein Blick auf das Waadtland geworfen werden. Die Waadt ist so gross, dass sie abgele-

gene Randzonen umfasst, die sich eigentlich erst in besonderen, über die Kantonsgrenze hinausgreifenden Zusammenhängen richtig entwickeln können. Die Broye ist ein typisches Beispiel; sie gehört halb zur Waadt, halb zum Kanton Freiburg. Ähnlich verhält es sich mit der Ebene des Chablais; rechts der Rhone gehört sie zum Waadtland, links zum Wallis. In der Broye und im Chablais war die Kantonsgrenze auch konfessionelle Grenze, und es war vor allem diese, die tiefe Gräben zog. Nun haben sich die konfessionellen Gegensätze gemildert, und siehe da, die Kantone waren imstande, gemeinsam Projekte zu realisieren. In der Broye ist zuerst das Spitalwesen reorganisiert und dann ein interkantonales Schulzentrum gebaut worden. Auch im Chablais wurde ein interkantonales Spital mit zwei Standorten, Aigle und Monthey, geschaffen. In beiden Regionen bemühen sich „grenzüberschreitende“ Vereinigungen um eine gemeinsame Wirtschaftsförderung.

Ein zweiter Bund für eine zweite Zentralisierung

Es fehlt nicht an Bestrebungen, generell die Stellung der Kantone zu verteidigen und den Föderalismus zu stärken. Eine der frühen Initiativen in dieser Richtung war 1967 die Gründung der CH-Stiftung durch sämtliche Kantone und die Neue Helvetische Gesellschaft. Auf der Homepage der Stiftung wird die Stiftungsurkunde wie folgt zusammengefasst: Die CH-Stiftung „ist dem Grundgedanken des Föderalismus verpflichtet, die Vielfalt von Sprachen, Kulturen und Mentalitäten zu wahren. Sie organisiert und betreut Projekte zwischen den Sprachgemeinschaften und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund.“ Zu den ersten Aktivitäten gehörte die ch-Reihe (Übersetzungen zeitgenössischer Schweizer Literatur). Die Stiftung engagierte sich für die Gründung des Forschungsinstituts für Föderalismus und Regionalstrukturen in Freiburg, baute eine Fachstelle für Jugendaustausch auf, wurde Verbindungsstelle der Direktorenkonferenzen und übernahm 1993 das Sekretariat der Konferenz der Kantons-

regierungen (KdK). Die KdK wurde geschaffen, als die Verhandlungen über den EWR die Kantone aufschreckten. In den Verträgen mit der EU mussten auch Aufgaben geregelt werden, die in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Da wurde eben die Konferenz der Kantonsregierungen geschaffen. Sie sollte darauf achten, dass nicht kantonale Interessen und Kompetenzen auf dem Umweg über internationale Verträge beeinträchtigt werden.

Die Bemühungen, den Finanzausgleich neu zu organisieren, waren ein Anstoss, den schweizerischen Föderalismus zu modernisieren. Im Rahmen dieser Reform ging man auch daran, von Bund und Kantonen gemeinsam finanzierte Aufgaben zu entflechten und neue Regeln für die interkantonale Zusammenarbeit zu formulieren. Dabei wurde die nicht unbedenkliche Möglichkeit geschaffen, Kantone gegen ihren Willen zur regionalen Zusammenarbeit zu zwingen. Interkantonale Verträge können nun allgemein verbindlich erklärt werden. Im Grunde war schon die Neuorganisation der Fachhochschulen eine Zwangsregionalisierung, indem der Bund einfach die Zahl der Fachhochschulen begrenzte.

Die Konferenz der Kantonsregierungen war also ursprünglich als eine Art Kontroll- und Beobachtungsorgan gedacht. Die ihr zuge dachte Aufgabe stünde dem Ständerat gut an. Offenbar erwartet niemand mehr, dass dieser dazu willens und imstande sei. Das Schlamassel fängt an, wenn der Umgang mit Begriffen ungenau wird. Der Ständerat ist zu einer kleinen Kammer mit anderer Entscheidungsdynamik als die grosse geworden, die sich aber den Ständen nur noch sehr bedingt verpflichtet fühlt. Ebenso tönt „kooperativer Föderalismus“ zwar schön, ist aber ein Begriff von der Art des „weissen Schimmels“. Föderalismus ist kooperativ. Was denn sonst?

Problematisch wird es, wenn die Koordination nicht mehr regionale Aufgaben löst und regionale Strukturen in variabler Geometrie stärkt, sondern gesamtschweizerisch „harmonisiert“, regelt, organisiert, ver-

waltet. Die Kantone fangen an, unter dem Titel „Kooperation“ neben dem 1848 geschaffenen Bund für die Aufgaben, die noch nicht zentralisiert sind, einen zweiten zu schliessen, der über keine Verfassung verfügt und dessen Entscheidungswege – nach dem Vorbild der Erziehungsdirektoren-Konferenz – unübersichtlich bis schleierhaft sein werden.

Dieser „neue Bund“ hat sich auch schon ein eigenes „Bundeshaus“ errichtet, das „Haus der Kantone“ heisst. Als sich die Kantone vor anderthalb Jahrhunderten ein gemeinsames Haus bauten, nannten sie es „Bund“. Im neuen „Haus der Kantone“ stehen Büros für die Generalsekretariate der Konferenzen der Erziehungsdirektoren, der Kantonsregierungen, der Gesundheitsdirektoren, der Sozialdirektoren, der Justiz- und Polizeidirektoren und der Finanzdirektoren zur Verfügung, das heisst – für den Anfang – für anderthalb hundert Mitarbeiter (ein Drittel entfällt auf die Erziehungsdirektoren-Konferenz). Das ist fürs erste schon eine respektable Bürokratie, die den Vergleich mit der 1848 installierten Bundesverwaltung nicht zu scheuen braucht. Das neue „Bundeshaus“ befindet sich in Bern, mehr oder wenig neben dem andern.

Der Föderalismus fasziniert immer noch. Das zeigt die Zahl der Symposien, Untersuchungen und Berichte, die ihm gewidmet werden. Man hört es in vaterländischen Reden. Aber der Zentralismus fasziniert dank einem doppelten Irrtum noch mehr. Erstens hält jeder Mensch seine Meinung für die vernünftige. Zweitens ist der Mensch auch überzeugt, dass die zentrale Autorität das Vernünftige tun werde und sich damit automatisch seine eigene vernünftige Meinung durchsetze. Die Erfahrung lehrt zwar jeden Tag, dass es nicht so ist. Aber es nützt nichts. Föderalismus ist schwierig, weil er komplex ist. In den letzten Jahren wird Föderalismus oft mit Wettbewerb gleichgesetzt. Föderalismus ist aber – auch ohne das Beiwort „kooperativ“ – eine Form von Solidarität, die jedoch Autonomie sichert und so auch Wettbewerb ermöglicht. Fi-

nanzpolitische Autonomie ist ein Ansporn, Gemeinwesen möglichst effizient und sparsam zu verwalten. Der Steuerfuss ist ein Element der Attraktivität. Aber ein Steuerwettbewerb, der lediglich um „gute Steuerzahler“ pokert, ist ein Holzweg.

Der Wille der Willensnation

Eine Hauptschwierigkeit des Föderalismus besteht darin, dass er – per definitionem – auf ein gewisses Mass an Zentralismus angewiesen ist. Zudem muss sich seine Gestalt wandeln und neuen Bedingungen anpassen. Föderalismus ist schwierig zu verstehen, zu definieren und umzusetzen. Es gibt keine feste und immergültige Formel. Diese Hauptschwierigkeit ist aber auch eine Chance. Föderalismus muss sich immer wieder über seine Möglichkeiten klar werden. Die Spitzenmedizin führte zu einer harten Konkurrenz unter den Städten. Die Kosten der Spitzenmedizin wachsen ins Astronomische, weil sie – an sich schon kostspielig – praktisch nicht mehr von der sich rasant entwickelnden Forschung getrennt werden kann. Die Spitzenmedizin muss und kann deshalb nach andern Prinzipien organisiert werden als die breite Gesundheitsversorgung, die nicht speziell mit dem Gehirn, dem Herzen oder der Lunge zu tun hat, sondern mit dem ganzen Menschen. Das Gesundheitswesen im allgemeinen, vom Spital bis zur Gemeindegewesener, sollte vom Bürger – und das heisst in föderalistischem Aufbau – getragen werden und ihm verbunden sein. Das Projekt, das die Spitäler der Kantone Genf und Waadt vereinigen sollte, schlug den Forschungsambitionen – das heisst auch den wirtschaftlichen Interessen – zuliebe alles über einen Leisten.

Ebenso fragwürdig ist es, das gesamte Bildungswesen auf die Spitzenforschung und Elitenbildung auszurichten. Bildung sollte zu neun Zehnteln den Menschen als ganzen und die Gemeinschaft als ganze im Auge haben. Sie muss nur in einer höchsten Stufe jene Spezialisierung

erreichen, die heute die Forschung – einen Teil der Forschung – charakterisiert. Die Massenhochschulen sind ein Holzweg. Was bringt es, wenn die Universitäten alle Fakultäten umfassen, in den gigantischen Institutionen aber keine mehr etwas mit der anderen zu tun hat, zumindest der Zusammenhang nicht mehr sichtbar und erlebbar ist? Es war zweifellos lange richtig, dass an den Universitäten Ausbildung und Forschung unter einem Dach vereinigt waren, und in gewisser Masse ist es wohl weiterhin wünschbar. Heute müssen sich aber zunehmend die Bedürfnisse der Bildung gegenüber der Dynamik der Forschung behaupten. Die zunehmend chaotische Hochschulwelt braucht nicht vor allem mehr Integration, sondern klarere und durchschaubare Strukturen. Es war ein Irrtum, der heillosen Vermischung von Hochschulen und Fachhochschulen die Techniken zu opfern, die über einen klaren Auftrag und einen guten, teils hervorragenden Ruf verfügten. Es ist verheerend, wenn Stoffpläne und Selektion einseitig die unteren Schulstufen bestimmen, wo der Mensch in der Gemeinschaft im Mittelpunkt stehen sollte,

Der Vorrang des Quantitativen entzieht dem Föderalismus die Grundlage. „Vielfalt“ ist kein quantitativer Begriff. Bürgernähe kann nicht mit der Messlatte gemessen werden. Vielfalt und Bürgernähe fallen unter den Tisch, wo nur noch quantitativ argumentiert und bewiesen wird. Vieles krankt daran, dass sich die Bürokratie verloren fühlt, wenn sie nicht zählen kann. Föderalismus ist Einheit von Vielfalt. Dem Föderalismus wohnt eine einigende Kraft inne, nämlich der Wille, der in der „Willensnation Schweiz“ gemeint ist. Dieser Wille ist im Kern der Wille zur Bewahrung der Vielfalt im grösseren Verband. Es ist dieser Wille zum Föderalismus, der das Land eint.

Statt einer Konklusion

Es ist in den neun Essays um Einheit und Vielfalt, um Kontinuität und Brüche, um die Dynamik der Vielfalt in einem komplexen Land gegangen, ein schwieriges Thema oder schwierige Themen, mit denen man nicht zu Ende kommt. In diesen Schlussbemerkungen sollen – an Stelle einer Konklusion – noch einige Aspekte zur Sprache kommen, die auf den „Spaziergängen“ durch die Schweiz am Wegrand blieben oder zu wenig ausgeführt wurden und die es verdienen oder erfordern, noch betrachtet oder präzisiert zu werden.

Vom Kontur des Kleinstaates

Karl Schmid (1907-1974; Oberst im Generalstab, Rektor und Professor für deutsche Literatur an der ETHZ) war komplexe Geistesgeschichte so sehr ein Bedürfnis, dass er sich von der komplexen Psychologie C. G. Jungs Hilfe erhoffte (der Begriff „komplexe Psychologie“ wurde später durch den der „analytischen Psychologie“ verdrängt). Schmid's Denken kreiste immer wieder um Einheit und Vielfalt. Sein Buch über „Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung“⁸² beispielsweise befasste sich mit dem Spannungsfeld der – wie ausgeführt wird – in der Aufklärung begründeten unitarischen und der in der Romantik verankerten pluralistischen Denkweise. In unserem Zusammenhang interessiert sein Ringen um den Begriff, der sich ihm als zentral für das Verständnis der Schweiz erweist. Der „Kleinstaat“ wird bei ihm zu einer Leitvorstellung, die in gewisser Weise für die Schweiz die Nationalsprache ersetzt, die in anderen Ländern die Identität begründet. Durch die „Vorstellung des Kleinstaates“ erhalten die vielfältigen Elemente oder „gewussten Inhalte“ der schweizerischen Identität einen vom Umfeld abgrenzenden „Kontur“. So schreibt er in seinem 1957 veröffentlichten „Versuch über die schweizerische Nationalität“⁸³:

„Dieses Bewusstsein der Nation umfasst eine bunte Reihe von gewissen Inhalten: demokratisch-liberale Elemente, die sich in der Verfassung niederschlugen; das Wissen um die Vielsprachigkeit; Bruchstücke aus der Geschichte, Landschaftsvorstellungen und anderes mehr. Doch schliesst sich dieses Wissen nur zufällig und gelegentlich zusammen. Der abgrenzende Umriss (der Kontur) tritt erst durch die Vorstellung des Kleinstaates hinzu. Als Kleinstaat beginnt die Nation sich ihrer selbst bewusst zu werden; als Kleinstaat wird sie von aussen erblickt.“

Diese Zeilen stehen in der Mitte des Aufsatzes. Schmid legt einen beträchtlichen Weg zurück, bis er zu dieser Schlüsselvorstellung gelangt. Der Rest der Ausführungen dient dazu, die Schlüsselvorstellung mit Sinn und Gehalt zu füllen. Am Schluss ist der Sack, der den „Kontur“ definiert, vollgestopft. Worum es Schmid geht, fassen die folgenden Zeilen zusammen:

„In Bescheidenheit und Bescheidenheit sind die einfachen Grundtatsachen zu bedenken, von denen unsere Geschichte zeugt: das Grund-Muster des kleinen Kreises, der genossenschaftlich besorgt wird; die Grund-Richtung des organischen Wachstums vom Kleineren ins Grössere; und die Unteilbarkeit der polis, die keine Parzellierung und keine apolitische Emanzipation des Einzelnen duldet.“

Das Kleinmassstäbliche, das Organische und das Ganzheitliche sind wesentliche Muster für die von unten und vom Kleinen her aufgebaute Gemeinschaft. Am Schluss der Aufzählung gelangt Schmid zu der ihm besonders teuren Überzeugung, dass sich in der Schweiz der Bürger unter keinem Titel von der Politik verabschieden könne, auch nicht – zum Beispiel – in eine reine Kunst. Die Problematik, die Schmid dazu bringt, auf dieser „Unteilbarkeit der polis“ zu insistieren, wird in einem weiteren Abschnitt auseinandergelegt, der hier auch zitiert werden soll. Schmid bezieht sich auf das Bedürfnis, mit Blick auf „die Schweiz im Kreise der sie umgebenden Nationalstaaten ihr politisches Dasein

und ihr kulturelles Dasein zu rechtfertigen“. Ein oft begangener Weg bestehe darin, „dass man beim Schweizer zwei Schwerpunkte des individuellen Bewusstseins annimmt, die nicht zusammenfallen; der Schwerpunkt der staatlichen und derjenige der kulturellen Zugehörigkeit sollen sich, wie man sagt, nicht decken“. Gegen diese „Zwei-Seelen-Theorie“ wendet sich Schmid:

„Dass es eine Blickrichtung und Affinität gibt, die das Bewusstsein des gebildeten Schweizers je nach seiner Sprache gegen den deutschen oder den französischen oder den italienischen Sprachraum hinlenkt, ist nicht zu bestreiten. Auch das Haus der Nation hat viele Wohnungen; doch ändert der Umstand, dass man aus verschiedenen Fenstern in verschiedene Richtungen blickt, nichts an der Tatsache, dass ein gemeinsam gegründetes Gehäuse die Mannigfachen umschliesst. ... es ist dieser Versuchung, sich immer von der dialektischen Antithese «Politik gegen Kultur» beherrschen zu lassen, nun endgültig abzusagen. ... Das Schema dieser Antithese, das wir in Ansehung Frankreichs, stärker noch Italiens, am radikalsten aber im Hinblick auf Deutschland benötigen und unter dem sich das deutsche, italienische und französische Geistesleben selber immer begreift, dieser unversöhnliche, christlich und idealistisch gestützte Dualismus von Körper und Seele, Macht und Geist, Staat und Kultur – jeder Versuch, den Sonderfall der schweizerischen Eidgenossenschaft aus einer ausgeklügelten besonderen Schlichtung dieser Zwietracht zu erklären, ist vom Grunde her unrichtig. Sosehr die komplexe Anteilhabe der Schweiz an verschiedenen Sprachkulturen es nahelegt, in dem besonders komplizierten Spannungsgefüge von Staatsidee und Kulturideen ihr Strukturgesetz zu erblicken – bedeutender und aufschliessend ist die andere, unendlich einfache Erkenntnis: es ist für diesen Staat und für die seelische Struktur dieser Nation fundamental, dass «das Politische» und «das Kulturelle» praktisch ungeschiedene Bereiche sind.“

Nach Schmid ist der Schweiz also ein besonderes Kultur- und Politikverständnis eigen, das der – von Schmid in den Nachbarländern diag-

nostizierten – Trennung dieser beiden Bereiche widersteht und das anderswo Getrennte in einem „in sich geschlossenen zivilisatorischen Kern“ gleichsam verschmilzt. Er schreibt gar: „es ist für diesen Staat und für die seelische Struktur dieser Nation fundamental, dass <das Politische> und <das Kulturelle> praktisch ungeschiedene Bereiche sind. Das Verständnis des Phänomens Schweiz beginnt im ernstlichen Sinne mit dieser Erkenntnis.“

In meinen Essays ist verschiedentlich davon die Rede, dass die Landes- teile zugleich Randgebiete grosser Sprach- und Kulturräume seien. Dabei verwende ich auch die handliche Formulierung der „doppelten Zugehörigkeit“ (politische Zugehörigkeit einerseits, sprachlich-kulturelle anderseits). Natürlich lässt sich der Mensch nicht in ein politisches und ein kulturelles Wesen mit unterschiedlichen Wurzeln teilen. Schmid selber weist darauf hin, dass es sich bei dieser Einheit des Politischen und des Kulturellen um eine komplexe Erkenntnis handle. Deren Bewusstmachung und Formulierung werde beträchtlich erschwert durch den Umstand, dass „es an einem Worte fehlt, welches eine solche ungeschiedene Denkweise bezeichnen könnte“. Wir befinden uns auf einem schwierigen Terrain, das Schmid zu Ausdrücken wie „komplexe Anteilhabe der Schweiz an verschiedenen Sprachkulturen“ oder „Kompliziertes Spannungsgefüge von Staatsidee und Kulturideen“ veranlasst.

Die Vorstellung der doppelten Zugehörigkeit scheint mir fundamental für das Verständnis und das Selbstverständnis der Schweiz. Wichtig ist aber auch, dass man diese Vorstellung nicht für etwas Einfaches hält, sondern als etwas Komplexes versteht. Dies hier mit einem Blick in das Werk von Karl Schmid noch klarzustellen, war mir ein Anliegen. Der Inhalt des Begriffs der „doppelten Zugehörigkeit“ hängt auch davon ab, wie absolut der Gegensatz zwischen der Schweiz und den andern Nationen verstanden wird. Ich sehe ihn vermutlich weniger radikal als eine Generation, die den Riss erlebte, der in den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts die Deutschschweiz von ihrem kulturellen Hinterland

trennte. Der Gegensatz ist auch keine feste Grösse. Man könnte wohl von doppelter Zugehörigkeit in seiner groben Bedeutung für das Gebiet des Tessins sprechen, als es sich in einem langsamen Prozess aus dem lombardischen Kontext löste und während Jahrhunderten halb den eidgenössischen Landvögten untertan, halb den Bischöfen von Como und Mailand verpflichtet war. Es war das eben eine Zeit des „Dazwischen“, in der an eine „Repubblica e Cantone Ticino“ noch nicht zu denken war.

Holzweg Simplifizierung

Nach dem Wissenschaftler die Politiker. Der Ausgang der EWR-Abstimmung bewog besorgte eidgenössische Parlamentarier Vorstösse einzureichen, die den beiden Räten Anlass gaben, „Verständigungskommissionen“ einzusetzen. Diese legten einen gemeinsamen Schlussbericht mit 23 Vorschlägen⁸⁴ vor. In den Bemerkungen über die Kommissionsarbeit heisst es:

„Obschon sich die Kommissionen auch immer wieder die italienischen und rätoromanischen Sprachregionen in Erinnerung gerufen haben, konzentrierte sich die Diskussion vor allem auf die Beziehungen zwischen der französischen Schweiz und der deutschen Schweiz. Das ist einerseits durch die Ursache begründet, die zur Einsetzung der Kommissionen geführt hat, erhärtet andererseits aber die im 1989 vom EDI veröffentlichten Bericht „Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz“, dem sogenannten Bericht Saladin, enthaltene Feststellung, dass die „kleinen Minderheitensprachen, das Italienische und das Rätoromanische, von den Deutsch- und Französischsprachigen nicht so wahrgenommen und angenommen werden, wie sie es verdienen“.“

Es ist erstaunlich, dass die National- und Ständeräte nicht stärker das Bedürfnis zu einer gesamtschweizerischen Schau verspürten und dass sie das eine Spannungsfeld nicht in weitere Zusammenhänge einordnen wollten. Die Kommissionen sind zwar den Beziehungen zwischen der

französischen und der deutschen Schweiz in den verschiedenen Bereichen – Wirtschaft, Bildung, Medien – recht differenziert nachgegangen, aber nichts lockte sie von den gängigsten Meinungen weg. Sie haben eingesammelt, was an Information und Meinungen herumlag, konnten sich aber nicht vom zweipoligen Schema deutsch-französisch beziehungsweise ost-west lösen. Sie taten just das, wovor bei der Einsetzung der Kommissionen der Historiker Georg Kreis⁸⁵ gewarnt hatte: Sie dreschten altes Stroh und nährten „wie jedes Reden über Stereotypen, bloss deren Perpetuierung“. Dass die Kommissionen keine zündenden Ideen hatten, ist ihnen nicht vorzuwerfen, wohl aber, dass sie so sehr an den Stereotypen hängen blieben.

Ihre Vorschläge hatten auch wenig bewirkt. Es kam nicht zur „grossen Debatte“, die sie vorschlugen. Die 150-Jahr-Feier, die 1998 an den neuen Bund von 1848 erinnerte, brachte nicht mehr Reflexion über die Kohäsion als die 700-Jahr-Feiern von 1991. Auch die Totalrevision der Bundesverfassung hat die Schweizer nicht elektrisiert. Und die Landesausstellung, die sich die Kommission noch im Jahr 2000 vorstellte, dachte global. Eher wären in der sprachpolitischen Ermattung und Windstille, die nach dem grossen Röstigraben-Wirbel eintrat, „Rückschritte“ zu registrieren. In jenem Teil der Deutschschweiz, der nur zu oft Zürich hörig ist, hat in der obligatorischen Schule Englisch die zweite Landessprache als erste Fremdsprache verdrängt. Der Sprachenartikel in der Verfassung ist zwar länger geworden und ein Sprachengesetz haben wir nun auch. Aber die staatspolitische Pflicht, den Landessprachen in der Volksbildung Priorität einzuräumen, wollten die Eidgenössischen Räte daraus nicht ableiten.

Im Grunde bedroht der Englischboom unsere Landessprachen nicht, auch wenn er sie mit einer Masse von Fremdwörtern durchsetzt. Das ist nicht das Problem. Das Problem besteht darin, dass sich das Bewusstsein für das Besondere der Landessprachen verliert. Erstens spielt in der sprachpolitischen Debatte, aber auch im Bewusstsein der Bürger

eine immer geringere Rolle, dass die Landessprachen zugleich wichtige europäische Sprachen sind, die zusammen ein Gebiet abdecken, das von Wien bis Bordeaux und von Hamburg bis Palermo reicht. Zweitens konnte den Kommissionen, indem sie das Italienische vernachlässigten, gar nicht deutlich werden, dass sich erst in einem dreipoligen Spannungsfeld die für die Schweiz charakteristische Sprachendynamik entwickelt. Drittens interessierten sich die Kommissionen nicht für das grassierende Missverständnis, das keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen der heutigen Vielsprachigkeit und der Viersprachigkeit macht. Die multikulturelle Gesellschaft ist nicht einfach eine moderne Variante der mehrsprachigen Schweiz. Die Immigrantensprachen und auch die Verkehrssprache Englisch haben für dieses Land nicht die gleiche Bedeutung, wie die Sprachen, die es durch Jahrhunderte geformt haben.

Die viersprachige Schweiz ist im Alltag immer weniger präsent. Sie ist noch Bestandteil vaterländischer Reden und wirkt hier zunehmend altväterisch. In der Bahn hören wir kaum mehr Durchsagen in den drei Nationalsprachen. Immer häufiger ersetzt Englisch auf Informationstafeln und in Publikationen eine zweite Landessprache. Immer mehr Museen wenden sich in ihren Katalogen an den eigenen Landesteil und an die Welt, aber nicht mehr an die anderssprachigen Miteidgenossen. Wir begegnen den drei oder vier Landessprachen kaum mehr nebeneinander. Daran ist keineswegs nur das Englisch schuld, wie das Beispiel der Radio- und Fernsehprogramme zeigt, die in vielen Zeitungen erscheinen. In ihnen wurden bis in die neunziger Jahre die Schweizer Programme zusammengestellt. Dann begannen die Redaktionen, die Schweizer Programme auseinander zu nehmen und den ausländischen gleicher Sprache zuzuordnen. Inzwischen wurden die Programme der anderen Landesteile fast überall auf Alibi-Umfang reduziert. Auch Zeitungen, die sich an eine Elite wenden, erwarten nicht, dass ihre Leser fremdsprachige Programme anschauen. Eine Ausnahme bildet das von den Tessiner Tageszeitungen gemeinsam herausgegebenen Programmheft „Ticino 7“, das die Fernsehprogramme der drei Landesteile noch

immer in drei Spalten gleichberechtigt nebeneinander aufführt. Wie aber soll die viersprachige Schweiz im Bewusstsein gegenwärtig bleiben, wenn sie sich nicht mehr manifestiert und die Landesteile die anderen fast demonstrativ nicht mehr beachten. Die Schweiz geht nachlässig mit ihrem Erbe, ihrer Identität und ihrer Kohäsion um.

Bipolarität gefährdet die Vielfalt

In der Beilage, die die NZZ 1991 anlässlich des 700-Jahr-Jubiläums der viersprachigen Schweiz widmete, erschien ein Artikel, in dem der damalige Welschland-Korrespondent Max Frenkel sich mit den Beziehungen zwischen Kantonalismus und Mehrsprachigkeit befasste und die Frage stellte: „Erdrückt die Viersprachigkeit den Föderalismus?“ Im Schlussabschnitt heisst es:

„Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die grosse Mehrheit der Schweizer spricht deutsch. Ein Sprachenföderalismus, der nicht auf starken und selbstbewussten Kantonen beruht, sondern sein Heil in individualrechtlich begründeten Existenzgarantien des Bundes sucht, kommt in ein Klientelverhältnis zu dieser Mehrheit. Als Folge einer irrigen Analogie zur noch ungesicherten Rettung einer Kleinsprache, die keinen Kanton beherrscht, ziehen sich die französischen Stände und das Tessin zusehends von der Verteidigung des stärksten Bollwerkes ihrer sprachlichen Eigenständigkeit, der kantonalen Selbstverantwortung, zurück. Die Schweiz der vier Kulturen vernachlässigt deren politische Basis. Die Viersprachigkeit beginnt, den Föderalismus zu erdrücken.“⁸⁶

1938 wurde das Romanische vierte Landessprache; Amtssprache blieben Deutsch, Französisch und Italienisch. Der neue Verfassungsartikel hatte vor allem symbolische Bedeutung. Er brachte angesichts der Bedrohung durch den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus zum Ausdruck, dass die Schweiz eine mehrsprachige Nation sei. Was symbolisch gemeint ist, kann auch weniger symboli-

sche Auswirkungen haben. Frenkel weist darauf hin, wie der Einbezug des Romanischen die dem Bund in der Sprachenpolitik zugeordnete Rolle zu verändern begann. Nicht mehr die Machtverteilung scheinete das Thema, sondern die Existenzsicherung. Die Kantone entdeckten den Komfort des Subventionen versprechenden Minderheitenschutzes. Autonomie und Selbstverantwortungsbewusstsein der Kantone wurden in einem weiteren Bereich geschwächt. Der Bund fing an, sich an die Landesteile zu wenden anstatt an die Kantone. Der Vier-Kulturen-Föderalismus tritt an die Stelle des Föderalismus der Kantone, der bisher Ausgleich und Stabilität des Landes garantiert hat.

Der Aufstieg des Romanischen hatte des weiteren noch den Effekt, dass sich in der allgemeinen Wahrnehmung eine Nationalliga A der „großen“ Landesprachen (Deutsch, Französisch) und eine Nationalliga B der „kleinen“ (Italienisch, Romanisch) bildete. Für das Italienische bedeutete das einen Abstieg, wozu das zum Weinerlichen neigende und auf Subventionen begierige Tessin beigetragen hat. Die Schweiz findet immer mehr nur noch deutsch und französisch, das heisst auf der Alpen-nordseite und auf der West-Ost-Achse statt. Der Blick in den Süden und in den italienischen Raum geht verloren. Es ist der Schweiz nicht mehr bewusst, dass sie auf der Südseite der Alpen über ein Tor zum langen Stiefel verfügt, der mitten im Mittelmeer fast bis nach Afrika reicht. Die Schweiz, die auf dem Weg der Völker entstanden ist, vergibt sich die Chance, wirklich Pass- und Mittlerstaat zu sein. Die Alpen werden für die Schweiz selber zur Barriere.

Komplexes Land

Ich komme zum Schluss. Ich habe einmal versucht, mir ein Bild zu malen von der Dynamik unseres komplexen Landes. Ich rücke den kurzen Text hier ein.

„Wir sind oft überrascht, wenn uns auf weiträumigen Verkehrs-, Klima-, Pflanzen-, Dialektkarten die Schweiz in ihren Konturen entgegentritt. Oft bündeln sich die Linien im Bereich der Landesgrenzen, oft ist es ein dichteres, kleinmaschiges, wirres Netz von Strichen, das sich Alpen und Jura umfassend, abhebt. Oft ist es, als würden Ströme von Norden und Süden her aufeinander-schlagen, zurückgeworfen oder vermengt. Oder man meint Wirbel im Spannungsfeld von Rhone- und Rheinachse zu erkennen. Oder man blickt in den Bergbach, wo das Wasser pfeilschnell zwischen zwei Felsbrocken hindurch-schiesst und gleich daneben in einer Mulde angeschwemmten Sandes still da-liegt. Ist am Ende die direktdemokratische und föderalistische Schweiz schlicht die Antwort auf dieses Zusammenspiel von Turbulenzen, Staulagen und Durchbrüchen? Man muss, um die Schweiz zu verstehen, statt in Lehrbücher zu gucken, die «Realität» ins Auge fassen. Was allerdings eine unendliche Ge-schichte ist.“⁸⁷

Je kleiner ein Land ist, desto wichtiger ist es, dass es das Umfeld in sein Selbstverständnis einbezieht. Der Kleinstaat Schweiz ist so klein, dass er den Austausch braucht, ist aber doch gross genug, dass er den von aussen wirkenden Kräften nicht einfach erliegt, sondern seine Eigenständigkeit behauptet. Der Einfluss ihrer Nachbarn war immer so mächtig, dass die Schweiz nie anders konnte, als entweder sich ihm zu ergeben oder sich mit ihm auseinanderzusetzen. Dass sie sich für den zweiten Weg entschied, war ihr Glück und ist letztlich die Erklärung dafür, dass das Land durch die Jahrhunderte hindurch Bestand hatte und lebenskräftig blieb. Dem Land kommt zugute, dass diese Einflüsse auf komplexe Strukturen auflaufen, die geeignet sind, diese Einflüsse zu verarbeiten. Die Essays waren darauf angelegt, in diesen „Verarbeitungsmechanismus“ zu blicken.

Zur Komplexität trägt vieles bei. Die Topographie bringt es mit sich, dass sich dieses Land da und dort den Nachbarn öffnet, aber auch über weite Strecken verschliesst. Das Neue fällt sogar leichter ins Zentrum, ins Mittelland, ein als in die Alpen. Die Alpen waren aber immer von

Verkehrswegen durchzogen und von den Veränderungen der Welt nie abgeschirmt, aber es scheint, dass der alpine Menschenschlag sich Zeit lässt. Die Kommunikation pulsiert im vielgestaltigen Land in vielerlei Rhythmen. Auch die Geschichte neigte immer wieder dazu, die Verhältnisse zu komplizieren statt sie zu vereinfachen. Um 800 herum waren die Alemannen soweit ins Gebiet der heutigen Schweiz eingedrungen, dass die Grenzzone zwischen französischer und deutscher Sprache im Mittelland ungefähr der heutigen entsprach. Doch stiessen die Alemannen nun noch in die Alpen vor und schufen den deutschsprachigen Keil bis zum Alpenkamm, der die bis dahin zusammenhängende „Alpinromania“ in einen westlichen frankoprovenzalischen und einen östlichen lombardischen beziehungsweise rätoromanischen Teil trennte⁸⁸. Deshalb bildet heute die lateinische Schweiz keine Einheit. Die italienische und die französische Schweiz berühren sich nicht. Hingegen verbindet der Gotthard die deutsche und die italienische Schweiz. Graubünden ist ein sprachlicher Fleckenteppich (deutsch, romanisch, italienisch) für sich. Die komplexe und lebhafte Dynamik der Beziehungen unter den Sprachen hat starre Fronten bisher wirksam verhindert.

Ist die Schweiz zu einer Drehscheibe der Kulturen geworden? Fritz Ernst überschrieb einen Essay „*Helvetia mediatrix*“. Giovanni Pozzi (1923-2002, Kapuziner und Professor für italienische Literatur in Freiburg) spottete: „Der Gotthard ist zwar die Strasse der Völker, und wir haben jahrhundertlang die Koffer der Reisenden halb Europas ab- und aufgeladen, ohne uns jedoch die Mühe zu geben, sie zu öffnen.“⁸⁹ Das Thema „Schweiz als Kulturvermittlerin“ ist selbst komplex. Es ist nicht ein Zentrum, das austauscht und weiterreicht. Die Vermittlung geschieht eher als Osmose in tausend Zellen. In den ineinander verzahnten katholischen und reformierten Gebieten entwickelten sich kaum hundert Kilometer auseinander in Genf das „calvinistische Rom“ und in Freiburg eine wichtige Aussenstation des „wahren Rom“. Bei solcher Nähe werden Gegenpositionen oft extremer und härter vertreten, es

bilden sich aber zugleich überlappende Kraftfelder, in denen der Ideenaustausch vielfältig und ungesteuert vor sich geht.

Im Global village gebe es keine Distanzen mehr, sagt man. Verkehrstechnik und Internet schaffen Allgegenwart. Überleben in der „Just in Time“-Kultur kleine Strukturen und feine Dynamik? Kann sich der Kleinstaat noch halten, damit auch weiterhin „ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind“? Bisher schreckte die Schweiz zurück, den fein reagierenden Organismus des Kleinstaates den härteren Ausschlägen der grossen Länder und der Europäischen Union auszusetzen. In der direkten Demokratie melden früh Signale, dass dem „Volk“ eine Entwicklung unbehaglich wird. Der unruhige und missionarische europäische Geist ist hingegen seit jeher geneigt, die Dinge weit zu treiben, bis das Pendel dann doch zurückschlägt. Der Schweiz ist es bisher gelungen, Extreme ausreichend abzdämpfen. Ein Kern politischer Kultur hat sich als dauerhaft erwiesen.

Durch die Jahrhunderte ist aus Vielfalt immer wieder Vielfalt hervorgegangen. Wir erkennen die ineinander verflochtenen Sprachgebiete des Mittelalters in anderer Form im kaum mehr zu durchschauenden System eidgenössischer Bündnisse wieder. Die ineinander verkrallten Konfessionsgebiete überdauerten den Sonderbundskrieg, der nicht bis zum bitteren Ende, also nicht bis zum Auslöschen der Gegensätze geführt wurde. Aus den in immer wieder neuer Form sich manifestierenden Spannungen zwischen Stadt und Land oder zwischen Zentrum und Peripherie blühen widersprüchliche politische Ideen auf. Dem Antagonismus von direkter Demokratie und Föderalismus verdankt dieses Land eine kraftpendende Dialektik, die Widersprüche immer wieder transparent macht und jene Dynamik in Gang setzt, die der scheinbar verletzlichen Komplexität Stabilität verleiht.

Anmerkungen

- 1 Edgar Morin, *La complexité humaine*, Paris 2005. S.316.
- 2 Denis de Rougemont, *La Suisse ou l'Histoire d'un peuple heureux*, Lausanne 1989. S. 19 (1 Ausgabe, Paris 1965)
- 3 NZZ 30.3.1996.
- 4 Claudio Magris, *Donau – Biographie eines Flusses*, München 1991 („Danubio“, Milano 1986)
- 5 René Monteil, *Die Aare*, Solothurn, 1969
- 6 Otto Habsburg (österreichisch ohne von) in Hubert Senn (hgg.) «Die Behauptung Tirols», Innsbruck 1973.
- 7 Clémence Thévenaz Modestin und Jean-Daniel Morerod, Gotthard- und Simplonachse um 1291, in *Der Geschichtsfreund, Mitteilungen des Historischen Vereins der Fünf Orte*, 2002
- 8 Hans Stadler-Planzer, *Geschichte des Landes Uri, Teil 1, Von den Anfängern zur Neuzeit*, Schattdorf 1993. - Giancarlo Andenna, *Linea Ticino*, Bellinzona 2002.
- 9 Paul Guichonnet, *Histoire et Civilisations des Alpes*, 1980
- 10 Georges Duby in „Merveilleuse Notre-Dame de Lausanne“, Lausanne 1975
- 11 Eric Vion in *Les réseaux de communications in Les pays romands au Moyen Age*, Lausanne 1997 (auch in: NZZ-Beilage „L'Arc lémanique – Die Genfersee-Region“, 9.September 1996)
- 12 Ralf Heckner, *Der Schweizer Diplomat Giovanni Battista Pioda am italienischen Königshof (1864–1882)*, Dissertation Universität Freiburg (Schweiz), 2001
- 13 in *Alp Transit 2016: verso nuovi equilibri territoriali. Quaderni Coscienza svizzera*, Ottobre 2006
- 14 Stephan Kux, „La piccola politica estera di Zurigo“, in *La sfida dell'Insubria*, Lugano 2005
- 15 Ulrich Im Hof, *Mythos Schweiz*, Zürich 1991.
- 16 Helmut Stalder, *Mythos Gotthard : was der Pass bedeutet*, Zürich 2003.
- 17 Giuseppe Zoppi, *Presento il mio Ticino*, 1939. (deutsch: *Mein Tessin*)
- 18 Guido Calgari, *San Gottardo – Sintesi nazionale in quattro tempi e tre intermezzi*, Lugano 1937. Vgl. Auch das „Italienischheft mit Präparation“: G. Calgari e F. Hunziker, *Il nostro San Gottardo*, Trogen, 1936.
- 19 Martin Stadler, *Die neuen Postillione*, Altdorf 1979. Seite 159f.
- 20 Karl Iten, *Adieu – Altes Uri*, Altdorf 1990. Seiten 290 und 306.
- 21 Eduard Renner, *Goldener Ring über Uri*, Amman Verlag, Zürich 1991 (Die erste Auflage erschien 1941)
- 22 Anselm Zurfluh, *Uri, Modell einer traditionellen Welt*, Zürich 1994.Seiten 316 und 125.
- 23 Anselm Zurfluh, *Ego-histoire et auto-présentation d'une étude sur Uri – Les racines d'un déraciné*, Archivio storico ticinese. Seite 271.
- 24 *Erfundene Schweiz – Konstruktion nationaler Identität*, hgg. von Guy P. Marchal und Aram Mattioli, Zürich, 1992

-
- 25 Claude Lévi-Strauss, *Das wilde Denken* (La pensée sauvage, 1962), Suhrkamp, 1973.
- 26 Arthur Mojonner und Eduard Blättler, *Taschenlexikon der politischen Begriffe*, Zürich 1952
- 27 Matthias Stremow, *Die Alpen aus der Untersicht*, Haupt, Bern, 1998.
- 28 Albrecht Lehmann, *Mythos Deutscher Wald*, „Der deutsche Wald“ Heft 1, 2001.
- 29 Claude Reichler/Roland Ruffieux, *Le voyage en Suisse – Anthologie des voyageurs français et européens de la renaissance au XXe siècle*, Robert Laffont, Paris, 1998.
- 30 Antoine Chollet, „La Suisse, nation félée“, *Sainte-Croix/Pontarlier*, 2006. S. 78, 86, 169.
- 31 *Die Alpen. Zur europäischen Wahrnehmungsgeschichte der Alpen seit der Renaissance*, Bern 2005. (Darin der zitierte Aufsatz von Jon Mathieu).
- 32 Remo Fasani, *Dante e la montagna*, in *Quaderni grigionitaliani*, Dicembre 2002.
- 33 Bernard Crettaz, *La beauté du reste*, Carouge-Genève, 1993.
- 34 Die von Crettaz zitierte Stelle wird hier in der deutschen Übersetzung eingefügt, aus Guido Rey, *Das Matterhorn*, München 1959. (Das italienische Original „Il Monte Cervino“ kam 1904 erstmals heraus.)
- 35 Beiträge zum Convegno „Le Alpi e Europa“ in Lugano 1985. Zwei Bände „Le Alpi per l'Europa“ und „L'autonomia e l'amministrazione locale nell'area alpina“, Milano, 1988.
- 36 Max Wehrli, *Das geistige Zürich im 18. Jahrhundert*, Basel 1989 (erste Ausgabe Zürich 1943), Seiten 22,27, 28, 30.
- 37 Sigmund Widmer, *Zürich – eine Kulturgeschichte*, Band 12 (Weltstadt und Kleinstadt), Zürich 1984.
- 38 *Gonzague de Reynold, Le Génie de Berne et l'Ame de Fribourg*, 1935 (neu aufgelegt in den Editions L'Age d'Homme, Lausanne, 1991).
- 39 Aram Mattioli, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur – Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994.
- 40 Stefano Franscini, *Statistica della Svizzera*, a cura di Raffaello Ceschi, Locarno 1991.
- 41 Thomas Maissen, *Genf und Zürich von 1584-1792 – eine Allianz von Republiken ?* in *Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft*, Band 172, 2001.
- 42 David Hiler, *De la déclaration d'amour aux dures réalités de la vie commun*, in *Genève et la Suisse – Un mariage d'amour et de raison*, Genève 1992.
- 43 Catherine Santschi, *Genève et les Suisse: Mariage arrangé ou mariage d'amour?* In Wolfgang Kaiser, Claudius Sieber-Lehmann, Christian Windler (Hrsg.), *Eidgenössische „Grenzfälle“: Mülhausen und Genf*, *Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft*, Band 172, 2001.
- 44 Robert de Traz, *L'esprit de Genève*, Lausanne 1995 (Edition originale 1929)
- 45 Sandro Bianconi, *Lingue di frontiera*, Bellinzona 2001.
- 46 Stefano Franscini, *Svizzera Italiana*, Lugano, 1837, neu herausgegeben von Virgilio Gilardoni, Bellinzona 1987.,
- 47 Francesco Chiesa, *Lettere iperboliche*, Locarno 1976.
- 48 Fernand Braudel, *L'identité de la France*, Paris 1986.

-
- 49 Aujour'hui 11./18./27.September 1930
- 50 NZZ 8. 12. 1992
- 51 NZZ 6.1.1995
- 52 NZZ 27.6.1995
- 53 Journal de Genève, 26.6.1995
- 54 ImagiNation : das offizielle Buch der Expo.02, Zürich 2002.
- 55 Bernard Crettaz – Juliette Michaelis-Germanier, Une Suisse miniature ou les grandeurs de la petitesse, Musée d'ethnographie de Genève, 1984. Seite 77.
- 56 Bernard Crettaz, La beauté du reste, Carouge-Genève, 1993. Seite 115.
- 57 Oscar Mazzoleni, Boris Wernli. Cittadini e politica. Interesse, partecipazione, istituzioni e partiti in Svizzera: Ginevra, Ticino e Zurigo a confronto. Ufficio di statistica, Bellinzona 2002. (Rezension in der NZZ, 22.7.2002)
- 58 NZZ 15.5.1997. (Badertscher Hans (Hrsg.). Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren 1897 bis 1997. Entstehung, Geschichte, Wirkung. Bern 1997)
- 59 NZZ 29.04.2006
- 60 NZZ am Sonntag 14.5.2006
- 61 NZZ am Sonntag 18.6.2006
- 62 Zeitschrift für Pädagogik, 51
- 63 Hartmut von Hentig, Die Schule neu denken, erweiterte Ausgabe, Weinheim 2003.
- 64 Von Panne zu Panne stolpernd – ein pädagogische Orplid, in NZZ 19.9.1978. (Über die heutige Laborschule informiert eine Homepage)
- 65 Zitiert nach : „Je pars avec la volonté de ne pas céder à ces modes fondamentaux de la pensée simplifiante : - idéaliser (croire que la réalité puisse se résorber dans l'idée, que seul soit réel l'intelligible); - rationaliser (vouloir enfermer la réalité dans l'ordre de la cohérence d'un système, lui interdire tout débordement hors du système, avoir besoin de justifier l'existence du monde en lui conférant un brevet de rationalité); normaliser (c'est-à-dire éliminer l'étrange, l'irréductible, le mystère).
Je pars aussi avec le besoin d'un principe de connaissance qui non seulement respecte, mais reconnaisse le non-idéalisable, le non-rationalisable, le hors-norme, l'énorme. Nous avons besoin d'un principe de connaissance qui non seulement respecte, mais révèle le mystère des choses.“ (Edgar Morin, La complexité humaine, Paris 1994. Seite 258)
- 66 Wolfgang Binder, Das Bild des Menschen in der modernen deutschen Literatur,, Zürich 1969.
- 67 Elias Canetti, Die gerettete Zunge, Geschichte einer Jugend, München 1977
- 68 Fritz René Allemann, „25mal die Schweiz“, München 1965. Alain Pichard, Land der Schweizer. Ein Porträt der zweiundzwanzig Kantone“, Zürich 1980.
- 69 Als Beispiele wären etwa zu nennen: Jean-Pierre Vouga, „Westschweizer, Deutschschweizer, Tessiner“, Zürich 1980. Marcel Schwander, „Deutsch & Welsch“, Bern 1991. Pierre du Bois, „Alémaniques et Romands entre unité et discorde“, Lausanne 1999. Christophe Büchi, « Röstigraben », Zürich 2000. Zahlreich sind die Sammelbände, zum Beispiel: « Union et divisions des Suisses »

-
- (Journées d'études, EPF Lausanne, 1980). „La Suisse face à ses langues/Die Schweiz im Spiegel ihrer Sprachen“ (NHG-Jahrbuch 1990/91).
- 70 Sandro Bianconi, *Lingue di frontiera*, Bellinzona 2001.
- 71 David Lasserre, *Schicksalsstunden des Föderalismus*, Zürich 1963, Seite 137 und 170 ((*Étapes du Fédéralisme*, Lausanne 1954)
- 72 Béatrice Perregaux in *L'Hebdo*, 23.5.1996.
- 73 *Les pays romands au Moyen Age*, publié sous la direction de Agostino Paravicini Bagliani, Jean-Pierre Felber, Jean-Daniel Morerod, et Véronique Pasche. Lausanne, 1997.
- 74 Jean-Daniel Morerod, *Genèse d'une principauté épiscopale. La politique des évêques de Lausanne*. Lausanne 2000.
- 75 Hans Conrad Peyer, *Von Handel und Bank im alten Zürich*, Zürich 1968.
- 76 Markus Meyer, *Die interkantonale Konferenz – ein Mittel der Kantone zur Zusammenarbeit auf Regierungsebene*, Dissertation Universität Bern, 2005.
- 77 Bernhard Ehrenzeller, *Kooperativer Föderalismus und Demokratie*, im Tagungsband zur ersten Nationalen Föderalismuskonferenz in Freiburg, 2005.
- 78 Martin Schuler, Anne Compagnon, Christophe Jemelin, *Die Grossregionen der Schweiz – Die Schweiz im NUTS-Regionalsystem*, Bundesamt für Statistik, Neuenburg, 1999.
- 79 Remigio Ratti, *Leggere la Svizzera*, Lugano 1995.
- 80 in der Reihe «Les essais du Nouveau Quotidien», 1995. (Rezension NZZ 22.7.1995)
- 81 NZZ 19.8.2002
- 82 Karl Schmid, *Europa zwischen Ideologie und Verwirklichung*, Stäfa 1990.
- 83 Karl Schmid, *Versuch über die schweizerische Nationalität (1957)*, in *Gesammelte Werke*, Band II, Zürich. Seiten 301, 325, 326.
- 84 *Verständigungskommissionen des National- und Ständerates*, Bericht der Kommissionen, 22. Oktober 1993. Seite 4.
- 85 NZZ 5.4.1993
- 86 NZZ 16.4.1991
- 87 „Ein Plädoyer für horizontale Netze“, in „Einheit Schweiz“, Zürich 1993. Seite 53.
- 88 Rudolf Hotzenköcherle, „Zur Raumstruktur des Schweizerdeutschen. Statik und Dynamik“ in *Dialektstrukturen im Wandel*, Aarau/Frankfurt, 1984,
- 89 „Riflessioni su problemi letterari ticinesi“ in „Cooperazione“, 19.10.1968.